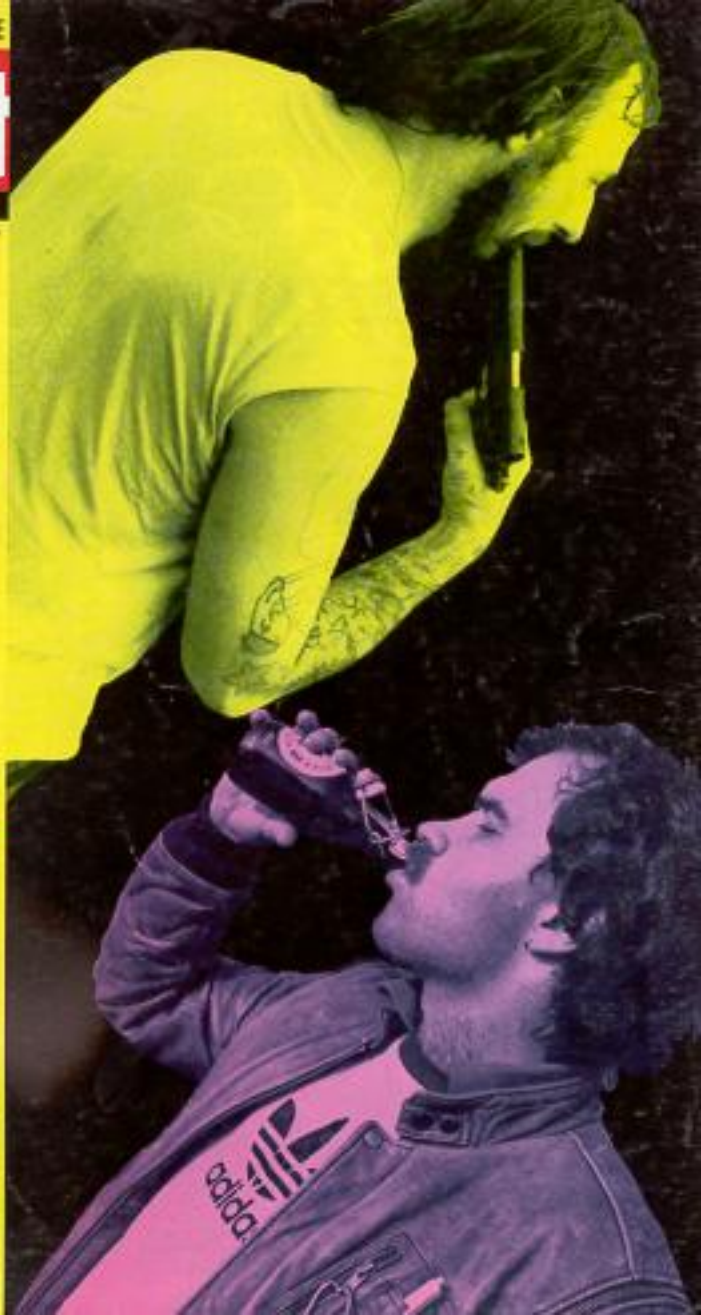
Heft 10 Oktober 1988 6,- DM C 4143 E

Konkret

Politik & Kultur

- Deutscher Sommer '88: Todesschuß und Bölkstoff
- Dokument: RAF-Papier über Boock
- Amendt: Staat gegen Porno?
- Kuba-Krise: Kennedys schmutzige Tricks
- Piwitt
- Altenburg
- Wollschläger
- Henscheid
- Diederichsen
- Reemtsma



in konkret Oktober 1988

Von Konkret

An Konkret

Bölkstoff und Tod von Hermann L. Gremliza

Finaler Güter-Schutz von Rolf Gössner

Im Anfang war der Staat. Das Leben kommt später. Wenn die Polizei eingreift, um Geiselnehmer zu erschießen, geht es nur noch um die »Güter seiner Bürger« und die Staatsräson, nicht um das Leben der Geisel. Und on den Fernsehapparaten schießen alle braven Bürger mit

Doppelter Absturz von Oliver Tolmein

Safest Sex von Günter Amendt

Zu ihrem Hearing über ein Anti-Porno-Gesetz hatte die SPD-Fraktion des Bundestags auch den Sexualwissenschaftler Günter Amendt (»Sexfront«, »Das Sex Buch«) eingeladen. KONKRET dokumentiert seinen Diskussionsbeitrag

»Boocks Lügen« von RAF

Die Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion (RAF) haben uns eine Erklärung zukommen lassen und um deren Abdruck gebeten: Es ist ihre Antwort auf den Fall Jürgen Boock, der seiner Vergangenheit abgeschworen hat und über dessen Begnadigung aus lebenslanger Haft sich jetzt sogar Bundespräsident von Weizsäcker Gedanken macht

Die Stumpfnase der Neger von Lukas Malkin

Eine deutsche Mediziner-Karriere: Kindereuthanasie im Auftrag der Führerkanzlei, schon zwei Jahre nach Kriegsende Dozent an einer Universitäts-Nervenklinik, 1952 Professor, 1954 gerichtlicher Sachverständiger und Leiter des Landeskrankenhauses Göttingen, Verfasser eines psychiatrischen Standardwerks, das seit 1944 fast unverändert (und 1900 in der zehnten Aufloge) erscheint

Trotz Fleiß kein Preis von Ludger Weß

Von der Geschichte und der Kontinuität deutscher Eugenik und Rassenhygiene haben die etablierten Wissenschaftler jahrzehntelang nichts wissen wollen. 1988 endlich melden sie sich zu Wort – und natürlich gleich mit einem »Standardwerk«. Von wegen

Waffen für El Salvador von El Salvador-Solidaritätsgruppen BRD/Westberlin

Erklärung zur Gründung von El Salvador Libre e.V.

Der perfekte Mord von Irmela Hannover

Der Justiz der Bundesrepublik ist es gelungen, alle on der Ermordung des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann beteiligten SS-Männer von Strafe freizuhalten: ob durch Unterlassung und Verschleppung von Ermittlungen, ob durch Angriffe auf Zeugen oder höchstrichterliche Alibi-Konstruktionen

Umwelt statt Geschichte von Hermann Reineck; Herbert Sehring

Der Produzent des Giftes, mit dem in Auschwitz zwei Millionen Menschen ermordet wurden, ist dennoch in Verruf geraten: Umwelt-Politiker mußten feststellen, daß Zyklon B »ökologisch unverträglich« ist

Partei im Verschiß von Peter Kammerer

Der PCI, die Kommunistische Partei Italiens, einst als originelles antikapitalistisches Ungetüm gefürchtet, erntet seit Jahren nur noch Tritte, Spott und gute Ratschläge

von wohlmeinenden Feinden. Im Februar 1909 soll ein »Parteitag der Wende stattfinden

Murdoch, der Moloch von Konrad Ege; Pit Wuhrer
Hearst, Maxwell, Springer, Burda – alles kleine Fische. Einen wie Rupert Murdoch hat die Welt der Medien noch nicht gesehen: Er herrscht über ein Imperium, das drei Kontinente umspannt; er macht Politiker und vernichtet sie, verdient Milliarden und setzt sie ein fürs rechte Ziel

Die Inszenierung von Bernd Greiner
Auch John F. Kennedy hatte, wie der spätere Präsident Nixon, Abhöranlagen im Weißen Haus installieren lassen. Den Tonbändern, die unter anderem auch festhielten, was im Oktober 1962 während der sogenannten »Kuba-Krise« im präsidialen Krisenstab beredet wurde, läßt sich heute entnehmen, wie entschlossen die amerikanische Führung damals war, wegen einiger auf Kuba stationierter sowjetischer Mittelstreckenraketen den Atomkrieg zu riskieren. Der Historiker und Politikwissenschaftler Bernd Greiner hat die erst kürzlich freigegebenen Abschriften der Tonbänder ausgewertet und eine minutiöse Darstellung der amerikanischen Planung und Vorgehensweise während der entscheidenden 13 Tage im Oktober 62 erarbeitet. KONKRET druckt im folgenden zwei Passagen aus Greiners Kuba-Krisen-Buch, des Anfang Oktober mit umfangreichem Dokumentenanhang erscheinen wird, vorab. Der erste Abschnitt, von uns leicht gekürzt, schildert die propagandistischen Anstrengungen der US-Administration, der Weltöffentlichkeit die bereits seit Monaten anvisierte gewaltsame Lösung des »Problems Kuba« als Notwehrreaktion auf sowjetische Waffenlieferungen an Kuba zu verkaufen. Der zweite Abschnitt zeigt die US-Administration zur Bombardierung und Invasion Kubas und zur Kriegsführung mit der UdSSR bereit – am Tag bevor die Sowjetunion nachgibt und die Demontage der Raketenstellungen anordnet

No Business like Shoahbusiness von Eike Geisel
Zum Jubiläumsjabr der »Kristallnacht« sind alle fleißig am Publizieren, um sich mit der Einzigartigkeit der deutschen Geschichte über die eigene Mittelmäßigkeit hinwegzutrösten

Eine Lektion in Geschichte von Zehdi Terzi; Georg Stein
Wird das Exilparlament der Palästinenser, der Palästinensische Nationalrat, auf seiner Sitzung im Oktober einen Palästinenserstaat ausrufen und eine provisorische Regierun einsetzen? Georg Stein befragte Zehdi Terzi, PLO-Vertreter bei der UNO in New York

Buch des Monats: Hand auf's Herz von Wolfgang Schneider
Der Berliner Antisemitismusstreit, hrsg. v. Walter Boehlich, Insel Verlag Frankfurt/M. 1988, 269 5., 14 Mark.Ein unvermeidlicher Streit: Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina, hrsg. v. der Redaktion »Arbeiterkampf«, Hamburger Satz und Verlags-Kooperative 1988, 127 S., 8 Mark

Käptn Iglu und der Humanismus von Hermann Peter Piwitt
Ein Essay über »Aspekte des notwendigen sanften Verschwindens des Menschen von der Erde«

Die Stimme dieser Gesellschaft von Hans Wollschläger
Alljährlich zur Buchmessenzeit leistet der Literaturbetrieb seinen Offenbarungseid – in Gestalt des »Literaturbetreuers« beispielsweise

Jean Améry, 1978-1988 von Jan Philipp Reemtsma
Franz Lerchenmüllers Beitrag »Links-stehen« in KONKRET 9/88 über den Schriftsteller und Essayisten Jean Améry, der sich vor zehn Jahren das Leben nahm, hat eine heftige Replik provoziert, die wir hier mitsamt einer Duplik Lerchenmüllers abdrucken

So komme uns keiner von Franz Lerchenmüller
Franz Lerchenmüllers Beitrag »Links-stehen« in KONKRET 9/88 über den Schriftsteller und Essayisten Jean Améry, der sich vor zehn Jahren das Leben nahm, hat eine heftige Replik provoziert, die wir hier mitsamt einer Duplik Lerchenmüllers abdrucken

Black out von Corinne Schelbert
Die südafrikanische Schriftstellerin Nadine Gordimer, die sich seit 50 Jahren schreibend mit dem Rassismus in ihrem Lande auseinandersetzt, gilt weltweit als ebenso mutige wie brillante Autorin. Mit ihrem letzten Roman allerdings hat sie eine Utopie für Schwachsinnige geliefert

Ich habe gelesen von Matthias Altenburg

Symmetrien des Irrsinns von Walter Klier
Zweimal ist der französische Schriftsteller Jean Genet in den Nahen Osten gefahren, um die palästinensischen Lager und Stützpunkte zu besuchen. Er hat miterlebt, wie 1970 Husseins Jordanier und im September 1982 christliche Milizen die Palästinenser massakrierten. Kurz vor seinem Tod im April 1986 hat er darüber einen Bericht geschrieben, der jetzt in deutscher Übersetzung vorliegt

»Filmt uns!« von Dietrich Kuhlbrodt
Ein Beiruter Videohändler hat den Widerstand der Palästinenser im Flüchtlingslager Chatila gegen die belagernde Amal-Miliz gefilmt. Die Medienwerkstatt Freiburg hat die Bänder in bester Absicht leider kommentiert

Heller für Helle von Gabriele Riedle
Sündige Phantasien wollte Robert van Ackeren mit seinem neuesten Film, »Die Venusfalle«~ bebildern – platte Klischees mit einem Schuß Küchenpsychologie hat er geliefert

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid; Jens Thierfelder

Wippen und Schütteln von Volker A. Zahn
Die ehemalige »Brigitte«-Chefredakteurin, der grüne Bundestagsabgeordnete, die Leiterin des »Mutter Erde Zentrums«, der Politikwissenschaftler in Orange, der Weltenstürzer Bahro – alle waren sie mitsamt ihrem Fußvolk noch Köln gekommen, ein neues Kapitel in der Chronologie des laufenden Schwachsinns aufzuschlagen: das neueste Buch des Bhagwan Shree Rajneesh

Platte des Monats: Breiter als das Leben von Diedrich Diederichsen
Henry Kaiser: Those Who Know History Are Doomed To Repeat It; SST/EFA

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/88, S. 4

Von Konkret

Ingrid Strobl bleibt in Haft. In einer schriftlichen Erklärung zum jüngsten Haftprüfungstermin hatte die Journalistin dargelegt, warum sie den Namen des Freundes, für den sie den Wecker der Marke Emes Sonochron gekauft hat, nicht nennen wird: Sie wolle niemanden in eine Lage bringen, in der er der Bundesanwaltschaft so ausgeliefert wäre wie sie jetzt. Diese Einlassung genügte dem vorsitzenden Richter des 5. Senats des Oberlandesgerichts Düsseldorf, Arend, die Fortdauer der Untersuchungshaft gegen Frau Strobl zu verfügen. Über den Haftgrund ließ Richter Arend keinen Zweifel: »Die einzige Frage, die ich hätte stellen wollen, will Frau Strobl nicht beantworten. Alles wäre viel einfacher. Statt langer Schriftsätze zu sagen: der X heißt so und so und wohnt da und da.« Ingrid Strobl sitzt in Beugehaft. (Und arbeitet: In KONKRET 11/88 erscheint ihre Rezension des Buchs von Katja Leyrer »Hilfe, mein Sohn wird ein Macker«.)

Wie schön sie doch waren, die Druckfehler der Bleisatz-Zeit. Wenn am Lichtsatz-Computer was danebengeht, bleibt dem Leser keine Chance der Text-Rekonstruktion. Da fallen plötzlich in der Schlußkorrektur ganze Absätze in ein schwarzes Loch – wie beim »Verfassung, neu, umständehalber zu verkaufen« von Gabriela Simon in KONKRET 9/88. Was dort fehlte, sei hier nachgetragen:

Ein besonderer Dorn im Auge ist den Multis auch der Artikel 177 (der neuen Verfassung Brasiliens), der den Staat verpflichtet, bei der Vergabe von Aufträgen nationale Unternehmen prinzipiell zu bevorzugen. Doch so leicht lassen sich die internationalen Konzerne von der »neuen Republik« nicht aus dem Feld schlagen. Am 4. Juli kündigten Vertreter von 16 Unternehmen (darunter VW, General Motors, Shell, Esso, Philips, Ciba Geigy und Xerox) an, 2 Millionen Dollar in eine Kampagne gegen die störenden Artikel im Verfassungstext zu investieren. Die Dollars sollten, so ließen die Konzern-Vertreter wissen, für Zeitungsanzeigen, Fernsehwerbung und »Gespräche mit Parlamentariern, Ministern und Gouverneuren« verwendet werden. Diese unverschämt offene Ankündigung von Schmiergeldern für Parlamentarier erzürnte selbst konservative Abgeordnete, die den »Angriff auf die Souveränität der Verfassunggebenden Versammlung« empört zurückwiesen.

Über den Seitenzahlen-Salat im Inhaltsverzeichnis von KONKRET 9/88 werden die Leser leichter hinweggekommen sein.

In Oliver Tolmeins und Detlev zum Winkels Beitrag über die Startbahn West (»Runter kommen sie immer« KONKRET 7/88) hieß es:

Immer noch wird allerdings 3 Startbahngegnern vorgeworfen, sie hätten am 2.11.87 zwei Morde begangen bzw. seien an deren Begehung beteiligt gewesen: Andreas Eichler, bei dem die angebliche Tatwaffe gefunden worden ist, Reiner Hübner und Frank Hoffmann...

Das stimmte nicht (mehr): Das Ermittlungsverfahren gegen Reiner Hübner wegen des Verdachts der Beteiligung am Mord und versuchten Mord ist bereits am 2. November 1987 eingestellt worden, da zur Erhebung der öffentlichen Klage kein genügender Anlaß bestehe.

Kritik und Selbstkritik In KONKRET 9/88 zerlegte Michael Stamm die KONKRET-Beiträge von Thomas Rothschild und Hermann L. Gremliza über Gorbatschows »neues Denken«; in diesem Heft kritisiert Jan Philipp Reemtsma den Beitrag von Franz Lerchenmüller über Jean Améry, und Lerchenmüller antwortet. Warum das sein muß? Wir wollen es mal so sagen: Der kritischsolidarischen Taten sind genug getutet / Laßt uns auch endlich Worte wechseln.

Zur Erklärung der RAF (Seite 16)

Das Urteil, das Peter Jürgen Boock zum Mörder erklärte, war – wie viele andere Urteile auch – ein Akt nackter Staatsgewalttätigkeit. Um den geht es hier nicht. Die Aufmerksamkeit wird gelenkt auf eine Kampagne, die den ehemaligen RAF-Mann Boock zum Modellfall der Pazifizierung machen will: Nicht der Verräter, den alle verachten, wird gesucht, sondern der edle Bekehrte, der abschwört und doch seine alten Genossen nicht denunziert. So erst entsteht jener Druck auf die in Einzelisolation sitzenden Mitglieds der Gruppe, der deren dem vernünftigen Bürger schier unvorstellbare und daher beunruhigende Resistenz brechen könnte. In hundert Zellen schimmeln Lebenslängliche dahin; daß und wie sich die liberale Presse und der Richard v. Weizsäcker nur um Boock bemühen, ist Grund genug, in KONKRET die »Betroffenen« dieser Kampagne zu Wort kommen zu lassen.

Auf der Frankfurter Buchmesse vom 5. bis 10. Oktober finden Sie LITERATUR KONKRET und KONKRET in Halle 5. 1, Stand 158. Der Konkret Literatur Verlag (Stand 156) legt zwei Neuerscheinungen vor: Günter Franzen/Boris Penth (Hg.): »Hüten und Hassen. Geschwistergeschichten« und Rolf Gössner: »Widerstand gegen die Staatsgewalt. Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte«. Rolf Gössner wird im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung zum Thema »Repression und Zensur« am 7.10 um 20.00 Uhr ein Referat halten. Veranstalter: »Contraste«; Ort: Mainzer Landstraße 147, 4. Stock, Großer Saal.

Konkret 10/88, S. 6

An Konkret

Sektiererisch

KONKRET 9/88 »Sektiererisch und ohne Perspektive«, Armin Mittelstädt über die britischen Gewerkschaften

Der Titel und der Einleitungs-Block dieses Artikels wurden von der KONKRET-Redaktion verfaßt, ohne mein Einverständnis einzuholen. Die von mir gewünschte Überschrift »Traditionsreich, radikal – und ohne Perspektive?« sollte an dem gängigen Bild anknüpfen, das hierzulande von den britischen Gewerkschaften existiert, und gleichzeitig die problematischen Entwicklungstendenzen andeuten. Trotz meiner ausdrücklichen Bitte, keine Änderungen (insbesondere Wahl eines neuen Titels) vorzunehmen, wurde schließlich eine Formulierung abgedruckt, die nicht die Intention meines Artikels widergibt. Das Wort »sektiererisch« wird im eigentlichen Text nur am Rande gebraucht, um das »Image« zu beschreiben, das den TUC-Verbänden – auch nach eigenen Einschätzungen – anhaftet und an dessen Entstehen sie m. E. »nicht ganz unbeteiligt« gewesen sind. Eine bewußt vorsichtige Einschätzung, die es nicht rechtfertigt, als zentrale Aussage fettgedruckt vorneweg zu stehen.

Als aktiver Gewerkschafter, der auf innere Widersprüche in der organisierten Arbeiterbewegung kritisch aber konstruktiv hinweisen möchte, will ich mich nicht in die große Zahl derer eingereiht sehen (diesseits und jenseits des Kanals), die entweder ihre Freude über die Probleme der Gewerkschaften kaum verbergen können, oder von der obersten Etage des linken Elfenbeinturms ihre leuchtenden Breitseiten abschießen.

Armin Mittelstädt, Bremen

Linkssektiererisch

KONKRET 9/88 »AIB – Alles in Bewegung« Klaus Marquardt über die marktgerechte Umgestaltung des Antiimperialismus

Geograph ist der Mensch und versucht sich als Sprachanalytiker. Dies ist dann auch erbärmlich danebengegangen. So verrät er sich und seine Absicht dann auch deutlich: am liebsten möchte Marquardt eine antiimperialistische Zeitschrift haben, die von wenigen »Experten« gelesen und verstanden wird. Publikationen, die den Versuch unternehmen Antiimperialismus darüber hinaus auch nicht zu einer Massenerscheinung werden zu lassen, will sagen: mehr Menschen zu solcherlei Erkenntnissen gelangen zu lassen, werden dann eben in altbekannter linkssektiererischer Manier heute als platt (früher dann schon eher als revisionistisch) bezeichnet. Ich finde nicht, daß Jede und Jeder in KONKRET seinen Senf zum Besten geben dürfte. Langsam allerdings nimmt es mit solcherlei linksradikalem Senf zu in KONKRET, leider.

Andrea Arcais, Münster

Bitte versucht Euren AutorInnen doch mal folgendes nahezulegen:

1. Zitate nicht nach Belieben zusammenzustottern,

2. bei Analysen, bzw. in diesem Falle eher: Analyse-Versuchen nicht an der Oberfläche zu bleiben,

3. politische Inhalte zu liefern, bevor mensch versucht, bei Euch ein Honorar abzukassieren.

Alle drei Anforderungen wurden jedenfalls von o.g. Beitrag nicht erfüllt. Eine wichtige Gelegenheit wurde damit vertan. Denn über die Drahtseilakte diverser linker Zeitschriften zwischen Publikumsattraktivität und Aufgabe politischer Inhalte, würde sich durchaus zu streiten lohnen, also z. B. auch darüber, ob der Versuch, internationale Politik auch für Nicht-Akademiker verständlich zu machen wie bei »Dritte Welt« (AIB), die richtige Linie ist. Glücklicherweise gibt es das Problem, daß sie heute wirklich selbst entwickelt werden muß, weil sich die sowjetischen GenossInnen einfach weigern, sie noch jemand vorzugeben. Oder ob es eher linksradikales Sektierertum sein sollte, wie es sich bedauerlicherweise bei Euch ausbreitet. Wobei »radikal« natürlich der falsche Begriff ist, es gab mal einen, der nannte das die »Kinderkrankheit des Kommunismus«.

Doch freut Euch nicht zu früh. Ich bleibe Abonnent.

Martin Böttger Mitglied im Bundeshauptausschuß der Jungdemokraten Bonn

Ich muß gestehen, bis jetzt habe ich köstlichere Sprachstil-Kritiken nur bei Kurt Tucholsky und Hans Reimann gefunden. Was das anbelangt, ist der Artikel von Klaus Marquardt wirklich erfrischend.

Man darf ihn allerdings nicht öfter als zweimal lesen.

Spätestens dann hat sich die Kraft dieses brillanten Feuerwerks erschöpft, und man beginnt zu merken, daß der Autor sein Pulver im luftleeren Raum verschossen hat. Er hat mit fröhlicher Boshaftigkeit einige stilistische Tretminen zur Explosion gebracht und grammatische Scharfschüsse abgefeuert, aber nach Abzug des Rauchvorhangs kann man aufatmend feststellen: Das Ziel der Marquardt'schen Attacke hat nichts abgekriegt. Er hat noch nicht einmal an der Oberfläche gekratzt. Parturiunt montes – nascetur ridiculus mus. *Alfred J. Arndt, Mörfelden*

Primärwut

KONKRET 9/88 »El Caso Sandra« G. Amendt/A Loeboll zur Dollar-Prostitution auf Cuba

Da haben wir's nun!

Die Hurerei ist auf Cuba ausgebrochen! Und Fidel als Oberloddel gar?

Ich hab's immer gewußt, schlimmer als Aids ist der sozialdemokratische Virus mit AHA-Effekt, der hinter problemzerfurchten Stirnen anpuritanisierter Denker und Stänkerchen-Bla-Blas der saturierten Metropolen als progressiver Paralogismus sein epidiologisches Unwesen treibt.

Da ich's aufgegeben habe, mich mit einer gewissen Bagage linker Couleur zu streiten, betrachte ich diesen Brief als individual-therapeutischen Versuch, Primärwut zu bewältigen.

Cuba braucht Tourismus, den zahlungskräftigen, nicht den klugscheißernden der Rucksack- und Polittouristen; die Begleiterscheinungen wird es überleben.

KONKRET braucht ganzseitige Tabakwerbung, für die eigene Kasse und das differenzierte Feeling der Understatementdreher unter seiner Clientèle.

KONKRET wird die Begleiterscheinungen (einige Abonnenten werden an Lungen- und Bronchialkrebs abkratzen) wohl auch überleben.

Ich hoffe nur, daß über uns nicht der Chor der Ameisen kommt:

Allemsig müßt ihr sein

Ihr Wimmelscharen:

Nur mit dem Gold herein!

Den Berg laßt fahren.

Klaus Stuckmann, Bielefeld

Biobrot

KONKRET 9/88 »Klasse Rasse« von Hermann L Gremliza

Sicherlich, es ist ein Luxus, sich für's Wetter von morgen zu interessieren, weil die meisten Menschen mehr als genug damit zu tun haben, das Brot von morgen zu besorgen. Aber es ist ein für alle lebensnotwendiger Luxus!

Dadurch, daß nur wir durch Ausplünderung reichen Nordler überhaupt die Möglichkeit haben, uns mit dem drohenden, von uns verschuldeten ökologischen Kollaps der Erde zu beschäftigen, wird es doch noch nicht falsch, sich dem entgegenzustemmen. Du tust wieder mal so, als gehe es um die Entscheidung Brot für die Welt *oder* Biobrot für uns. Das stimmt nicht: Nicht nur wir ersticken, wenn im Amazonasgebiet kein °2 mehr produziert wird.

Ökologische Kreisläufe interessieren sich nicht dafür, wer sie wie warum zerstört und davon profitiert, sie gehen einfach kaputt, ohne jedes Gerechtigkeitsempfinden. Manchmal sind sie sogar ausgesprochen zynisch: Unter der Zerstörung der Ozonschicht haben am meisten die Länder in Äquatornähe zu leiden...

Oliver Thomas Domzalski Berlin

Befehl und Gehorsam

KONKRET 9/88 »Vorsätzlich und gemeinschaftlich«, Otto Köhlers Offner Brief an die Richter der 5 Strafkammer des Landgerichts München I

Justiz und Militär stecken hierzulande seit jeher unter einer Decke. So auch heute. Daher überrascht es nicht, daß bundesdeutsche Richter in Prozessen wegen »Wehrkraftzersetzung« gewöhnlich promilitärisch und damit anti-pazifistisch urteilen. Blinder Gehorsam geht diesen Richtern über alles, Gehorsamsverweigerung (»Widersetzlichkeit«) gegen den

Strich. Sie scheinen kein Verständnis dafür zu haben, daß der Grundsatz von Befehl und Gehorsam nicht bloß menschenunwürdig, sondern auch undemokratisch ist, und zwar für Soldaten ebenso wie für Zivilisten. Doch das kümmert diese Richter nicht. Sie fällen ihre wehrkrafterhaltenden Urteile und »begründen« diese »mit allen Mitteln des Rechtsstaats«, das heißt mit denen *rechten* Staats, damit Recht und Rechtens bleibe, was rechts ist. Aber das darf nicht so bleiben. Dafür müssen *Linke* sorgen, mit allen Mitteln der Kritik an rechten Richtern. Otto Köhlers Offener Brief *ist* ein solches Mittel.

Hans Wittek Leutkirch

Konkret 10/88, S. 8

Hermann L. Gremliza

Bölkstoff und Tod

Am Dienstag, dem 23. August, wird der Schweizer Jürg Weis in einem Maisfeld nahe Ilobasco im Departement Cabanas (El Salvador) gefunden. Der Arzt Douglas McArthur Castro aus Ilobasco notiert: »Ablösung des weichen Gewebes von Schädel, Gesicht und Hals durch Raubtiere und Zerstörung der Stirn- und Schädeldecke, Einschuß von zwei cm in der rechten Schulter ohne Austrittsöffnung, Fleischwunde in der rechten Hüft- und Lendengegend, 30 x 20 cm, durch Raubtiere und neun großkalibrige Einschüsse ohne Austrittsöffnungen vom linken Schulterblatt bis zur Hüfte. Außerdem mehrere zehn Zentimeter lange Schnittwunden in der rechten Brustgegend.« Als die staatlichen Mörder (Standardbewaffnung: G3 Gewehre, Kaliber 7.62, made in Germany) das Feuer auf ihn eröffneten, soll Jürg Weis gerufen haben: »Nicht schießen,ich bin Arzt!«

Anfang September schlägt der Intendant des Hamburger Thalia Theaters, Jürgen Flimm, das Angebot des Rüstungskonzerns Messerschmidt-Bölkow-Blohm aus, mit 75 000 Mark als Sponsor der Bühne aufzutreten. In einem Interview mit dem »Spiegel« sagt Flimm: »Es wird merkwürdig, wenn wir den 'Frieden' spielen und lassen uns das von MBB sponsern. Das hielte ich für ein bißchen absurd.«

Auf Motorrädern, in nicht ganz neuen Autos, mit Schlafsäcken und Zelten reisten an einem Wochenende im September 200 000 junge Leute aus allen Ländern der BRD zum Flugplatz Hartenholm (Schleswig-Holstein), um gemeinsam ein paar Millionen Liter eines Bieres auszusaufen, das sie Bölkstoff nennen, und es in 600 mobilen Toiletten wiederzugeben. Was sich dort traf in Begeisterung über die Inbetriebnahme einer »Katzenscheiß-Wurfmaschine«, waren nicht Popper oder Yuppies, sondern das, was man einst nach Alter und sozialer Herkunft »die junge Garde des Proletariats« genannt hätte.

Drei Wochen im Sommer 1988. Der Tote im Maisfeld, der renitente Intendant, die Bölkstoffel von Hartenholm: was haben sie miteinander zu schaffen? Nichts – außer der Gleichzeitigkeit dreier Möglichkeiten, in den herrschenden Verhältnissen zu leben oder zu sterben.

Die junge Garde knallt sich die Birne zu und die Ohren voll. Sie kann sich's leisten. Zehn Millionen Mark wurden an diesem Wochenende umgesetzt: Ausdruck der ökonomischen Potenz einer Klasse, die vom Proletariat zu einer Art Lumpenmittelstand aufsteigen durfte, an dessen Kaufkraft vorbei in dieser Republik nichts mehr geht. »Bestehen Sie in den Ferien auf Schnitzel mit Pommes frites. Chinesisch können sie auch zu Hause essen«, heißt eine Tourismus-Parole, die dem neuen Selbstbewußtsein oder einfach: der Frechheit dieser Bagage Zucker gibt. Sie ist übrigens nicht etwa Teil jener »nivellierten Mittelstandsgesellschaft«, von der bei feineren Essayisten so oft schon die Rede war und ist. Das beförderte Proletariat ist auch im Wohlstand eine von der Bourgeoisie, ja selbst vom Kleinbürgertum deutlich geschiedene und identifizierbare Klasse: von kulturlosen, halbalphabetischen Konsumtrotteln.

Welche Denunziation! Aber ist es, bei aller Bewunderung, die Reste eines kämpferischen Proletariats immer wieder erregen, noch länger möglich, die über jedes geahnte Maß entfaltete Materialisierung einer Prognose zu ignorieren? Die Korruption der westeuropäischen Arbeiterklasse durch Beteiligung am kolonialen Ausbeutungsgewinn, von Lenin in ihren Anfängen beschrieben, dauert nun mit kurzen Unterbrechungen mehr als ein Jahrhundert an. Sie hat, vor allem in den letzten vierzig Jahren, Bewußtsein und Psyche derer geprägt, die einst nicht mehr zu verlieren gehabt haben sollen als ihre Ketten. Nur die Theorie ihrer Verelendung hat recht behalten: je mehr der materielle Aufschwung sie zu widerlegen schien, desto mehr bestätigte sie der Verfall von Denken und Fühlen. Arm aber glücklich waren sie nie, doch jetzt haben sie ein Prämiensparbuch und Krebs.

Der jüngste Schwenk der großen Wahlpartei der Arbeiter ist ein Versuch, sich dieser Realität anzupassen. Nicht als »moderne Unternehmerpartei«, wie manche Kritiker nach dem letzten Parteitag der SPD klagten – eine Arbeiterpartei der Unternehmer war die Sozialdemokratie, seit ihr Programm auf Sozialpartnerschaft zielte. Die neue Wende, personifiziert durch die Herren Lafontaine, Schröder und Engholm, nimmt eine andere Richtung: weg von allen Entschuldigungen für den Verrat an den Anfängen und hin auf ein ehrliches Ja zu den Bedürfnissen der Schnitzel mit Pommes-Eltern und ihrer Bölkstoff-Bälger nach dumpfstem Konsum, nach Bildung, Mehrung und Schutz des kleinen Privateigentums (demnächst, so Lafontaine, auch an Produktionsmitteln, z.B. als Kleinaktionäre=Mitbesitzer bei MBB). So eine Gesellschaft, so wunderschön wie diese, die will die Sozialdemokratie gemütlich zurechtmachen. Und »die da unten« wollen's auch. Nichts ist den breiten Massen so heilig wie ihre Freiheit, breit zu sein. »Des kleinen Mannes Sonnenschein: Schlag Hacken und Besoffensein« – aus dem selbstironischen Spottvers ist längst eine bramsköpfige Konfession geworden.

Wer nicht mitmacht, gilt als Sektierer und ist es auch. Geht dieser brave Sozialdemokrat Flimm doch tatsächlich hin und verweigert einer Firma, der die regierende SPD mit dem »Tornado« und die opponierende noch mit dem »Jäger 90« Milliarden nachgeschmissen hat, die Annahme von ein paar Werbegroschen! Sein Kollege Zadek, Avantgardist einer

sozialdemokratischen Moderne, hielt sogleich die Hand auf – sehr vernünftig: Denn womit hat Augstein, dessen Spende Flimm ersatzweise annahm, sein Geld verdient? Mit Anzeigen auch der Rüstungsindustrie.

Was schließlich hatte Jürg Weis in El Salvador zu suchen? Konnte er die Entwicklung dieses fernen Landes nicht den dafür zuständigen Organisationen überlassen: der Weltbank, der Friedrich Ebert-Stiftung, der Sozialistischen Internationale? Was können Einzelne dort schon ausrichten gegen den Willen und die Waffen der USA? War Jürg Weis nicht doch bloß ein närrischer Revolutionstourist, ein internationalistischer Romantiker? Selbst schuld, wenn er dort Heiner Geißlers überseeischen Freunden in die Hände fällt.

Nein, mit der Vernünftigkeit der Hartenholmer Bölker konnte Jürg Weis sich so wenig messen wie mit der Lafontaines oder Wischnewskis, an die nicht einmal ein Jürgen Flimm heranreicht, obwohl der sich dann doch noch Mühe gab und im Blatt seines Ersatzsponsors beteuerte, mit »68er Pfadfindertum« habe er nichts zu schaffen. Der Hohn ist billig, billig und mies. Denn das, was er da meint und zeitgeistgewandt ins Lächerliche zieht, trifft das Beste, das die Geschichte dieser Gesellschaft hervorgebracht hat: Neben allem Karrieristenpack, das sich, wie leider auch Flimm, heute darüber lustig macht, ein paar Leute, die Nein zu sagen sich entschlossen – Nein zur Ausbeutung, zum Völkermord, zum weißen Rassismus, zur Herrschaft des Privateigentums und des Profits – und die bei ihrem Nein geblieben sind, auch als sie erkennen mußten, daß diese Gesellschaft nicht geändert werden, sondern bleiben will, wie sie ist: von tödlicher Gemütlichkeit.

Man kann diese Haltung, wie gesagt, sektiererisch nennen. Einen Einwand allerdings darf sie sich verbitten: Sie sei erfolglos oder gar, wie linke Karrieristen gerne sagen, kontraproduktiv, weil sie die Reaktion herausfordere. Kontraproduktiv (wofür? für die »Strategie der systemüberwindenden Reformen«?) war nicht einmal die RAF und erfolgloser bei der Bekämpfung des deutschen Imperialismus als die jungsozialistischen Internationalisten Voigt, Roth, Gansel und Schröder schon gar nicht.

Schlichter Schluß: In verächtlichen Verhältnissen, die dennoch nicht umzustürzen sind, ist jede Verweigerung, ist jeder Widerspruch, ist jede Hand (und sogar das zaghafte Händchen eines sozialdemokratischen Regisseurs), die Sand ins Getriebe von Staat und Geschäft wirft, ein Akt der Menschlichkeit, dessen Würde, ob unvergleichlich in Ilobasco oder bescheidener in Hamburg, der Approbierung durch Linienrichter so wenig bedarf wie durch Schleimscheißer.

Konkret 10/88, S. 10

Rolf Gössner

Finaler Güter-Schutz

Im Anfang war der Staat. Das Leben kommt später. Wenn die Polizei eingreift, um Geiselnehmer zu erschießen, geht es nur noch um die »Güter seiner Bürger« und die Staatsräson, nicht um das Leben der Geisel. Und on den Fernsehapparaten schießen alle braven Bürger mit

Die Bundesrepublik – ein Scharfschützenverein? Wer hat sich angesichts des grausamen, öffentlich zelebrierten Gladbecker und Bremer Geiseldramas nicht dabei ertappt, wenigstens einen winzigen Moment lang präzise Schüsse auf die Geiselnehmer als die beste und einfachste Lösung des Problems anzusehen? Zum Wohle der Geiseln, versteht sich, als Rächer und Befreier. Dieser jüngste Fall von Geiselnahme hat es doch offensichtlich geschafft, massenhaft Jagdinstinkte einer alten »Kulturnation« mit Genickschuß-Erfahrung zu Tage zu fördern. Hobby-Präzisionsschützen aller Schichten saßen vor ihren Fernsehapparaten und zielten durchs Fadenkreuz. Die Fernsehanstalten lieferten die menschlichen Zielscheiben frei Haus, für ungeübtere Zeitgenossen wurden die laufenden Bilder in den jeweils geeigneten Todesschuß-Situationen eigens angehalten und herausfordernd mit Ziel-Ringen unterlegt. Die Fernseh-Reparatur-Werkstätten müßten eigentlich in den darauffolgenden Tagen viel zu tun gehabt haben.

Nach der öffentlichen Fernseh-Fahndungshatz »XY-ungelöst« nun also die öffentlich-rechtliche Hinrichtung – der Goldene Schuß als neues Spiel ohne Grenzen? Da wird die Video-Spiel-Branche nicht lange auf sich warten lassen, bis sie das geeignete Schießtrainingsmaterial für Stammtischtäter vorlegt – höchstwahrscheinlich genausowenig, wie die vereinigte Waffen-Elektronik-Branche, die wohl schon bald für als Journalisten getarnte Polizisten mit dem Prototyp einer Video-Kamera aufwarten wird, die eine Präzisionspistole in sich birgt, mit der publicity-süchtige Geiselnehmer beim Interview porträtnah anvisiert, abgeknallt und synchron gefilmt werden können. Alles in einem, für jede/n etwas: todsicher, staatstragend, live zum Mitschießen, sensationell und profitabel zugleich.

Lautstarke Schützenhilfe für alle Verfechter des kurzen Prozesses kommt prompt und erwartungsgemäß von den professionellen Bonner und Münchener Scharfschützen der CDU/CSU, die nun Volkes Stimmung auszuschlachten versuchen, um endlich den vielgepriesenen und -geübten »finalen Rettungsschuß« bundesweit durchzupeitschen. Da werden vom Münchner CSU-Innenministerium für den bundesweiten Nachhilfeunterricht kurzerhand »Geiselnahmen« nachgestellt und in Sekundenschnelle von Spezialeinheiten bravourös beendet: Die »Geiselnehmer« fallen, vom fingierten »finalen Rettungsschuß« wie vom Blitz getroffen, planmäßig »tot« um; die »Geiseln« bleiben, so sieht es die Regie vor, unverletzt und wohlauf, ebenso unbeteiligte Dritte. Eine Traumnummer. Es geht doch! Wenn nur das rechtliche Instrumentarium vorhanden ist und der politische Wille, die Staatsautorität kompromißlos gegen das Verbrechen zu schützen – koste es, was es wolle.

In Bayern gibt es für die Polizei auch im wirklichen Leben bereits seit rund zehn Jahren eine gesetzliche Ermächtigung zur Abgabe des »finalen Rettungsschusses«. Ebenso in den CDU-regierten Bundesländern Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Nicht dagegen in den SPD-Domänen Nordrhein-Westfalen und Bremen, aber auch nicht in den anderen (teils CDU-regierten) Bundesländern. Und hieran, an diesen unterschiedlichen Rechtslagen, entzündet sich nun der aktuelle sicherheits- und parteipolitische Disput.

Polizeiangelegenheiten sind nach dem Grundgesetz prinzipiell Ländersache, Und das ist auch gut so, denn dieser föderale Polizeiaufbau ist schließlich eine wesentliche Konsequenz aus den mörderischen Erfahrungen mit der allmächtigen Geheimen Staatspolizei im Nationalsozialismus, und soll eine neuerliche undemokratische Machtkonzentration verhindern helfen. Doch längst gibt es in der Praxis massive Zentralisierungs- und Vereinheitlichungsbestrebungen, die mit diesem Prinzip rigoros brechen: Zu ihnen gehört die »Innenministerkonferenz«, die bereits in den sozialliberalen siebziger Jahren den berühmt-berüchtigten »Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz des Bundes und der Länder« zuwege brachte. Dieser Musterentwurf, der für alle Bundesländer unmittelbar als Vorbild für die eigene Polizeigesetzgebung dient, sieht eine erhebliche Erweiterung der vorbeugenden sowie repressiven Zugriffsmöglichkeiten der Polizei gegenüber den BürgerInnen vor und schreckt auch nicht vor der mustergültigen Legalisierung von Methoden zurück, die einem Polizeistaat alle Ehre machen. So ist, neben der Ausweitung polizeilicher Kontrollbefugnisse, auch vorgesehen, die Polizei zu einer Art Bürgerkriegsarmee aufzurüsten, die mit Maschinengewehren gegen Menschenmengen und mit Handgranaten gegen Personen eingesetzt werden kann (also mit kriegsmäßigen Waffen, die eine ungezielt tödliche Wirkung entfalten) und der darüber hinaus der gezielte Todesschuß, selbst auf Kinder unter 14 Jahren, erlaubt werden soll.

Das war der Startschuß zur bundesweiten Legalisierung des gezielten Todesschusses zur »Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr«, aber auch der »gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der körperlichen Unversehrtheit«. Dem Vorbild dieses Musterentwurfes eiferten im Laufe der vergangenen zehn Jahre im wesentlichen alle Bundesländer nach, lediglich bei der Frage des Waffeneinsatzes ist es zu unterschiedlichen Normierungen gekommen. Die meisten

Bundesländer haben, wie gesagt, den sogenannten »finalen Rettungsschuß«, auch aufgrund massiver öffentlicher Proteste, (noch) nicht gesetzlich eingeführt.

Die damalige und auch heute noch gültige Kritik an einer solchen Ermächtigungsnorm machte sich zunächst einmal an der herrschenden, verschleiernden und verharmlosenden Sprachregelung fest, die sich ganz besonders in Bezug auf das polizeiliche Waffenarsenal großer Beliebtheit erfreut: Ähnlich wie die Sicherheitspolitiker etwa die völkerrechtlich geächteten, lebensgefährlichen chemischen Kampfgase CN oder CS zu »Tränengas« rühren oder knochenbrechende Wasserwerfer und Hartgummigeschosse der Bevölkerung wahlweise als »unschädliche Einsatzmittel«, »Waffen mit gebremster Gewalt«, als »nicht tödliche« oder gar »humane« Waffen verschrieben, so verdecken und verharmlosen sie mit dem Begriff »finaler Rettungsschuß« ebenfalls den wahren Sachverhalt – daß es sich dabei nämlich um die Legalisierung des gezielten Tötens handelt, letztlich um die Ermächtigung zum staatlichen Mord. Damit wird, so lautet die Kritik, die vom Grundgesetz abgeschaffte Todesstrafe praktisch durch die Hintertür wieder eingeführt und gleich vor Ort vollzogen. Eine solche staatliche Disposition über menschliches Leben, quasi die letzte, zielgerichtete tödliche Konsequenz des staatlichen Gewaltmonopols, dürfe es nicht geben. Außerdem werde durch eine solche Ermächtigung zum gezielten Todesschuß als staatlichem Hoheitsakt auch die Hemmschwelle zum polizeilichen Schußwaffengebrauch und zum Töten im staatlichen Auftrag drastisch herabgesetzt.

Im Falle von Geiselnahmen würde eine gesetzliche Ermächtigung konkret bedeuten, daß der gezielte Todesschuß selbst gegen den mutmaßlichen oder erklärten Willen der Geisel(n) auf den oder die Geiselnehmer abgefeuert werden kann – und zwar, da er auch auf höheren Befehl angeordnet werden kann, selbst gegen den Willen des Schützen, der sich nur bei Strafe eines Disziplinarverfahrens verweigern könnte. »Wer den Schußwaffengebrauch ablehnt, darf nicht Polizist werden«, kommentiert der führende Polizeirechtler Mertens, der herrschenden Meinung folgend: »In Extremsituationen kann sich der Staat wegen seiner Pflicht zum Schutz der vitalen und fundamentalen Güter seiner Bürger den Luxus von Gewissensentscheidungen der Polizeibeamten nicht leisten.«

Die Geiseln hätten also den in jedem Fall auch für sie risikoreichen Todesschuß in Kauf zu nehmen, selbst dann, wenn sie selbst um ihrer eigenen Sicherheit willen Verhandlungen und ein Eingehen auf die Forderungen der Geiselnehmer für angemessener hielten. In der Regel bedroht ein Geiselnehmer die Geisel demonstrativ und unmittelbar mit einer Waffe, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen und einen Angriff auf sich auszuschließen; wird auf ihn geschossen, so ist niemals ausgeschlossen, daß er dabei nicht, zumindest als Reflex, die Geisel tötet, wenn nicht schon das Polizeigeschoß direkt dieses Ergebnis zeitigt. Das oberste Gebot, das Leben der Geisel zu schützen, weicht damit schon vom Ansatz her dem Prinzip der Staatsräson, dem das Lebensinteresse der Geisel untergeordnet wird. Eine (strafrechtliche) Kontrolle findet dann grundsätzlich nicht mehr statt. Der Staat kann also Stärke beweisen ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit von Beteiligten und auch Unbeteiligten, kann beweisen, daß er sich nicht erpressen läßt, nicht gezwungen werden kann, privater Gewaltkonkurrenz kampflos zu weichen. Oder mit den Worten von Franz-Josef Strauß: daß der Rechtsstaat nicht vor dem Verbrechertum kapituliert.

Und wie liegen die Dinge nun in jenen Bundesländern, in denen der »finale Rettungsschuß« noch nicht legalisiert ist? Dort kann, wir ahnen es schon, selbstverständlich auch aus Polizeiwaffen scharf geschossen werden, allerdings nach anderen Vorschriften: Den jeweiligen Polizeigesetzen entsprechend darf die dortige Polizei als Hoheitsträgerin auf Personen nur schießen, um sie »angriffs- oder fluchtunfähig zu machen«, also nicht um sie vorsätzlich zu töten. Dabei dürfen Unbeteiligte, Geiseln oder Zuschauer, nicht in Lebensgefahr geraten, was in den allermeisten Geiselnahmefällen einen polizeilichen Schußwaffengebrauch eigentlich von vornherein verbietet. Es muß bei der Entscheidung des Schußwaffengebrauchs der Grundsatz der Vehältnismäßigkeit beachtet werden, falls dieser dem einzelnen Polizeischützen im Eifer des Gefechts überhaupt noch gegenwärtig ist. Die Beachtung dieses Grundsatzes kann nachträglich gerichtlich überprüft werden.

Darüber hinaus ist der einzelne Polizeibeamte vor Ort aber auch als Privatperson gefragt, der, wie allen anderen BürgerInnen auch, das weitreichende Notwehr- bzw. Nothilferecht zusteht. Um also sein eigenes Leben, von dem er annimmt, es sei akut bedroht, oder aber das Leben der Geisel zu retten, kann er sich oder dieser zu Hilfe eilen und den Geiselnehmer notfalls auch erschießen. Das entscheidet er nach seinem Gewissen; der Schuß kann ihm also nicht befohlen werden.

Das Nothilferecht zugunsten der Geisel darf allerdings dann nicht ausgeübt werden, wenn anzunehmen ist oder Gewißheit darüber besteht, daß die Geisel den Nothilfe-Schuß ablehnt, weil sie sich dadurch noch mehr gefährdet sieht als durch den Geiselnehmer und deshalb eine friedliche Lösung ohne Polizei bevorzugt, was die Regel sein dürfte. Im Falle eines Treffer-Schusses, den ein Polizist in Nothilfe-Absicht abfeuert, muß er sich prinzipiell strafrechtlich verantworten, da er damit den Tatbestand der (fahrlässigen oder vorsätzlichen) Tötung oder der Körperverletzung objektiv erfüllt hat, ihn allerdings möglicherweise ein Rechtfertigungsgrund (Nothilfe, Notwehr) vor einer Bestrafung rettet, was jedoch erst vom Strafrichter festzustellen ist. Es findet also jeweils, so ist es jedenfalls vorgesehen, eine individuelle strafgerichtliche Kontrolle statt. Allerdings, so zeigt die Praxis, haben Todesschützen der Polizei in aller Regel eine aussichtsreiche Position bei der

gerichtlichen »Klärung« der Vorfälle. Zumeist werden sie freigesprochen. Der frühere Vorsitzende der »Gewerkschaft der Polizei« und spätere Polizeipräsident von Bielefeld, Helmut Schirrmacher, findet das auch in Ordnung: »Wenn jeder Polizist fürchten müßte, bei seinem Einsatz eine Klage an den Hals zu kriegen, dann würde doch keiner mehr bereit sein, etwas zu riskieren.«

Wir sehen also, überall in der Bundesrepublik darf im Falle einer Geiselnahme polizeilicherseits geschossen, notfalls sogar getötet werden – wenn auch in den einzelnen Bundesländern aufgrund der jeweiligen Gesetzeslagen unterschiedliche Prioritäten gelten. In der bundesweit eingeführten Polizeidienstvorschrift PDV 132 (»VS-Nur für den Dienstgebrauch«) heißt es dazu: »Bei der Befreiung von Geiseln läßt sich nicht jedes Risiko ausschließen. Bei übergeordnetem Interesse kann im Einzelfall eine erhöhte Gefährdung der Geiseln unumgänglich sein.« Mit anderen Worten: Es kann unumgänglich sein, zur Rettung der Geiseln ihren Tod in Kauf zu nehmen – Operation geglückt, Patient tot. Diese generelle Option einer polizeitypischen Gewaltlösung im »übergeordneten (Staats-)Interesse« birgt letztlich immer die Gefahr eines Blutbades in sich.

Das hat sich auch im Gladbecker und Bremer Geiseldrama bestätigt. Ohne das gewaltsame Eingreifen der Polizei wären mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine Todesopfer zu beklagen. Dies gilt schon für den Beginn der Affäre in Gladbeck, als die Polizei mit einem großen und lautstarken Aufgebot, mit Blaulicht, Martinshorn und Hubschraubern die überfallene Bank belagerte und so die Geiselnahme erst provozierte: Die Bankräuber sahen angesichts dieser Lage praktisch keinen anderen Ausweg mehr zur Flucht; das gilt insbesondere auch für die fatale Festnahme der Komplizin durch Spezialeinsatzkräfte, die zur Ermordung des jungen Italieners Emanuele de Giorgi führte, sowie für die finale Rambo-Aktion des nordrhein-westfälischen Sondereinsatzkommandos auf der Autobahn bei Köln, in deren Verlauf die zweite Geisel, Silke Bischoff, ums Leben kam. Bei dieser Aktion, die gegen den erklärten Willen der Geiseln durchgeführt wurde, handelte es sich offensichtlich um eine politische Entscheidung, durch die das ramponierte Ansehen der Polizei wiederhergestellt und die Macht des Staates auch um den Preis von Menschenleben demonstriert werden sollte. «Wie sehen die Leute den Staat?«, sorgte sich etwa der Bonner Polizeipräsident Fritsch schon während des Geiseldramas, »die Polizei ist der Lächerlichkeit preisgegeben.«

Der Satz: »Ohne Polizei wäre das nicht passiert« gilt aber auch für andere Geiselnehmer der vergangenen Jahre, in denen Menschen aufgrund polizeilichen Verhaltens ums Leben kamen oder schwer verletzt wurden: In München starben 1971 der Bankräuber Georg Rammelmeyer und seine Geisel Ingrid Reppel, während der Münchener Olympiade 1972 fünf Palästinenser sowie ihre israelischen Geiseln; 1974 wurde der Geiselnehmer Emilio Gonzales bei einem versuchten Bankraub in Hamburg getötet, seine Geisel dabei schwer verletzt. Diese Kette von Vorfällen reicht bis hinein in die achtziger Jahre: So wurden etwa im Jahre 1983 die beiden Geiseln Karl D . und Alfred M. beim polizeilichen Beschuß des Fluchtautos tödlich getroffen.

Die einzige Alternative, dem Desaster zu entrinnen, das polizeitypische Vorgehensweisen insbesondere in Geiselnahmefällen zu hinterlassen pflegen, ist, dem Leben der Geiseln absolute Priorität zu geben, ohne jegliche staatsschützerische Hintergedanken. Das erfordert: Totaler Abzug der Polizei; Anstreben einer ehrlichen und klaren gewaltfreien Lösung im Verhandlungswege, mit Geschick, ohne Tricks und Hinterhältigkeit; Einsatz ziviler VerhandlungspartnerInnen, die Vertrauen schaffen können und den freien Abzug der GeiselnehmerInnen mitsamt Geiseln und Beute zusichern und gewährleisten, und zwar solange, bis die Geiseln freigelassen werden.

Rolf Gössner ist der Autor des Buches »Widerstand gegen die Staatsgewalt – Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte«, das im Oktober im Konkret Literatur Verlag erscheint

Konkret 10/88, S. 12

Oliver Tolmein

Doppelter Absturz

Kein Staatsnotstand mußte ausgerufen werden, es brauchte keinen kleinen oder großen Krisenstab, ja nicht einmal die Chefredakteure der Medien wurden zu irgendeinem Innenminister beordert – die bundesdeutsche Presse kroch nach dem durch die Polizeitaktik provozierten tödlichen Ende der Geiselnahme von Gladbeck ganz von allein zu Kreuze. »Herr Innenminister, meinen Sie nicht auch, daß die Medienberichterstattung wesentlich schuld an dem tragischen Ausgang...« – Ja, das meint der Innenminister auch. Und, weils so schön war, gleich nochmal: »Hätten die Medien sich in ihrer Berichterstattung nicht stärker zurückhalten müssen, um die Polizei nicht in ihrer Arbeit zu behindern?« Selbstverständlich. Und weil sich die Presse im freiesten Staat, der je auf deutschem Boden existiert, so richtig frei erst fühlt, wenn sie sich den Maulkorb selbst umhängen darf, tritt auch der Deutsche Presserat noch auf den Plan: »Die Aufgabe der Journalisten zu informieren, darf auch bei Geiselnahme nicht eingeschränkt werden. Sie sollen darüber unabhängig und authentisch, d.h. auf Grund eigener Wahrnehmungen berichten, aber sie dürfen sich dabei nicht zum Werkzeug von Verbrechern machen lassen. Ein abgestimmtes Verhalten zwischen Polizei und Medien darf es nur geben, wenn Leben und Gesundheit von Geiseln und anderen Beteiligten durch das Handeln von Journalisten geschützt bzw. gerettet werden könnten.«

Dem Wahren, Schönen, Guten fühlt sich der bundesdeutsche Journalist also verpflichtet – alles weitere, auch das beschließt der Presserat, regelt die »Richtlinie 31«. Und die hat, wie in etlichen Veranstaltungen der gewerkschaftlichen »deutschen journalisten union« und dem ständischen »Deutschen Journalisten Verband« in den Wochen seit Gladbeck zufrieden erinnert wird, ihre Bewährungsprobe, oder soll man besser sagen: Feuertaufe, bereits bestanden. 1977 wurde nach dem RAF-Anschlag auf Generalbundesanwalt Buback und wenige Wochen vor der Schleyer-Entführung beschlossen: »Insbesondere sollten Einzelheiten über laufende Fahndungen und von Krisenstäben eingeleitete Maßnahmen in Fällen von erpresserischem Menschenraub, Flugzeugentführungen, Bomben- und Entführungsandrohungen, sowie über Zeit und Ort von angedrohten Terroraktionen möglichst nur nach Absprache mit den Strafverfolgungsbehörden veröffentlicht und unangemessen sensationelle oder detaillierte Darstellungen, die die Arbeit der Ermittlungsbehörden beeinträchtigen könnten, vermieden werden.« Das Ergebnis ist bekannt: Schleyer starb, Jan-Carl Raspe, Andreas Baader und Gudrun Ensslin kamen auf ungeklärte Weise zu Tode. Die Presse hielt still, ließ sich diktieren, was sie fragen durfte, übernahm die offiziellen Kommuniqués. Das einzige Wächteramt, das sie innehatte: darüber zu wachen, daß es bei so offensichtlicher Gleichschaltung nicht zum Kurzschluß kommt.

So gezielt rücksichtslos und offen brutal wie im deutschen Herbst hat die Repression seitdem nicht mehr zugeschlagen. Auf die Nachrichtensperre von damals – gesperrt wurden die Nachrichten für die Öffentlichkeit, in den Redaktionen waren sie zumeist bekannt – folgte keine weitere. Die Bundesrepublik sei eine »zivile Gesellschaft« geworden, haben viele, auch linke Publizisten aus dieser Beobachtung in den letzten Jahren geschlossen und sich, über den »Normalzustand« beruhigt, im Sessel zurückgelehnt. »Faschisierung«, neue Gestapo – alles Spinnkram von gestern...

Nach den Szenen in der Kölner Innenstadt, wo die Polizei nicht ganz erfolglos versucht hat, die nach Interviews gierenden Journalisten still und leise durch getarnte Polizisten auszutauschen, ist der Irrtum offensichtlich: Wir leben in einer Zivilfahnder-Gesellschaft, deren Öffentlichkeit bestimmt wird durch die öffentlich-rechtlich verordnete und privatwirtschaftlich gewünschte Komplizenschaft von Presse, Polizei und Politik. »Wo Reporter unbeabsichtigt ins Geschehen einbezogen werden, haben sie sich nicht mehr um ihre 'Story', sondern – wie jeder Bürger auch – allein um den Schulterschluß mit der Polizei zu kümmern« schreibt der stellvertretende Chefredakteur der »Zeit«, Robert Leicht, und er kämpft, eingereiht in die Phalanx der wehrhaften Demokraten, in Treue fest für den Rechtsstaat in den Grenzen von 1977.

Das »Hamburger Abendblatt« liefert das passende Vokabular, um die im Geist des gesunden Volksempfindens sich formierenden Reihen dann ganz fest zu schließen: »Die beiden Gladbecker Gewohnheitsverbrecher hatte sozusagen die Hölle ausgespien. Sie waren innerlich längst gestorben. Intakt war allein ihre kriminelle Energie. Solche menschlichen Geschosse, ohne Gefühl und Gewissen, per Freigang wieder in Umlauf zu bringen, ist tödlicher als der Tod.« Und die »Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland« liefert Hinweise, wie die »kriminelle Energie« zu stoppen sein könnte: »Politisch motivierte Terroristen oder ein kranker Krimineller zünden die Welt an, nur um auf sich aufmerksam zu machen. Verweigert man ihnen dieses 'Erfolgserlebnis' nimmt man ihnen einen Teil ihrer Motivation«.

Aber die Empörung über die Live-Interviews mit den Geiselnehmern bewegt auch die sogenannte kritische Öffentlichkeit. Wer »das Killer-Duo« zu Wort kommen läßt, mutmaßt in der »Frankfurter Rundschau« Walter Jens, hätte auch Josef Mengele interviewt: »Wieviele gedenken sie heute noch ins Gas zu schicken, Herr Mengele?« Daß Jens glaubt, den grundsätzlichen Unterschied zwischen den beiden aus einem Milieu von Gewalt und Hoffnungslosigkeit kommenden Degowski und Rösner und dem im Staatsdienst von der industriellen Massenvernichtung der Juden durch seine Experimente profitierenden Arzt Mengele mal eben so zur Seite wischen zu können, macht seine Medienkritik populär –

dokumentiert aber vor allem, daß statt sorgfältiger Auseinandersetzung moralisierendes Schwadronieren gefragt ist. Wie könnte das auch anders sein, wenn plötzlich ausgerechnet die Medien, die noch Stunden und Tage zuvor selbst die Bilder ausgestrahlt oder groß und möglichst in Farbe auf der ersten Seite gebracht haben, jetzt gegen die »journalistische Meute« (»Nürnberger Nachrichten«) zu Felde ziehen.

Wie ernstgemeint diese Selbstkritik ist, wird knapp zwei Wochen später unsichtbar, als nicht mehr »Die Geiseln klagen an« von den Titelblättern prangt, sondern »Ramstein: stoppt diesen Irrsinn«. Und wieder Blut, Schweiß und Tränen – bunt aufgemacht: Wir wollen Auflage. Nur diesmal hebt kein Walter Jens mahnend den Zeigefinger und sinniert über Moral und die »Grenzen des Journalismus«, kein »Vorwärts« stellt die »Frage der Woche: Was sollen Medien bei künftigen Geiselnahmen anders machen?« und keine »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, sonst Propagandistin des privaten Kommerzfernsehens, kritisiert mit Neil Postman, daß das Problematische an den elektronischen Medien sei, »daß sie jedes Thema als Unterhaltung präsentieren«.

Nicht die grellen Bilder, das Vermarkten des Leidens der Opfer stört die Kommentatoren – davon leben sie schließlich. Daß die beiden »Geiselgangster«, daß »Killer-Duo«, die »kriminellen Schwerstverbrecher« auch einen Ausschnitt ihrer Geschichte mitteilen konnten, unbezahlte Sendezeit bekamen, »ein direktes Hilfeersuchen an Macht und Menschlichkeit« zu richten – das ist der Anlaß für die Medien- und Selbstkritik. Die »FAZ« formuliert die Richtlinien: »Noch immer ist es eine journalistische Grundregel, nicht offenkundig im Interesse von Kriminellen zu handeln« (lieber verdeckt im Wirtschaftsteil), der »Spiegel«, noch voller Stolz im Besitz des Titels »linke Kampfpresse«, hat Vorschläge für die Umsetzung: »So war es ein Journalist, dem Rösner in Bremen sein Herz ausschüttete ('ich war von Anfang an im Erziehungsheim da und solche Scheiße alles') – warum stand da nicht ein Zivilfahnder, der sich das Vertrauen des redseligen Verbrechers erarbeitet hätte?«

Konkret 10/88, S. 14

Günter Amendt

Safest Sex

Zu ihrem Hearing über ein Anti-Porno-Gesetz hatte die SPD-Fraktion des Bundestags auch den Sexualwissenschaftler Günter Amendt (»Sexfront«, »Das Sex Buch«) eingeladen. KONKRET dokumentiert seinen Diskussionsbeitrag

»Ein befreiter Mensch ist noch kein freier Mensch, Befreiung ist nur die Möglichkeit, Freiheit zu gewinnen. . .«, mit diesem Satz von Joseph Brodsky ist präzise beschrieben, worum es ging, als die antiautoritäre Studentenbewegung Ende der 60er Jahre zum Kampf um »sexuelle Emanzipation« aufrief. Es ging um Befreiung, um einen *Prozeß* der Veränderung nicht nur im Sexuellen, denn die Notwendigkeit einer radikalen gesellschaftlichen Veränderung wurde dabei immer mitgedacht.

Die Sexualkampagne der Studentenbewegung setzte, wie hätte es anders sein können, nicht nur die Schubkraft emanzipatorischer Bestrebungen frei, sie ließ auch den Mechanismen des Marktes freien Lauf. Porno, Puff und Peepshow sind folglich nicht unangenehme Begleiterscheinungen der »sexuellen Liberalisierung« sondern deren unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen logische Konsequenz. Wie auch die Pornographisierung des sogenannten Privatfernsehens auf den Kanälen von RTL plus und SAT I Ergebnis – wie ich vermute, vorhergesehenes und eingeplantes Ergebnis – der Auslieferung des Mediums an die Gesetze des Marktes ist.

Das als Vorbemerkung und Versuch, die neu entbrannte Pornographiediskussion politisch und ökonomisch einzuordnen.

Die Auseinandersetzung mit Pornographie war von Anfang an Bestandteil der Sexualkampagne und somit auch Teil meiner Arbeit als Autor von Sexualaufklärungsbüchern. Fotos, Zeichnungen und Grafiken sind Inhalt eines Sexualaufklärungsbuches und nicht einfach Illustration oder Verzierung. Anders als der Text, der sich am sexualwissenschaftlichen Erkenntnisstand orientiert und sich an ihm messen lassen muß, sind Zeichnungen und Fotos subjektiven Bewertungsmaßstäben unterworfen und damit immer auch der Gefahr ausgesetzt, Geschmacklosigkeiten zuzulassen.

Weil ich, was Pornographie ist, damals, als ich das Buch »Sexfront« schrieb, wissenschaftlich so wenig definieren konnte wie heute, habe ich mich an selbstgesetzten Richtlinien orientiert und bei der Auswahl von Bildvorlagen alle Motive vermieden, die ein Subjekt in der Haltung eines jederzeit verfügbaren, willenlosen Objektes darstellen. Gleichzeitig habe ich mich ironisierend und karikierend mit dem Frauenbild in der Werbung auseinandergesetzt. Denn bereits hier, in der Alltagspornographie der Werbung – von »Oil of Olaz« bis »Lenor« wie auch in der Titelblattgestaltung von Zeitschriften und Illustrierten – stellt sich die Gewaltfrage. Es wäre zu untersuchen, was das Frauenbild von Heranwachsenden mehr prägt: ein in Seilen gefesseltes und geknebeltes Pornomodell, zu dessen Anblick nur gelangt, wer sich durch den Kauf eines Pornoheftes oder die Leihgebühr eines Videopornos Zutritt verschafft, oder aber der alltägliche Anblick einer vom ewig schlechten Gewissen geknebelten und gefesselten Hausfrau, die, um der Rollenerwartung zu genügen, zum Weichspüler greift.

Bereits die Auseinandersetzung mit Pornographie gerät selbst schnell unter Pornographieverdacht. Das hat die »Emma«-Redaktion gerade selbst erfahren müssen. Ich rate den Befürwortern und Befürworterinnen der Gesetzesinitiative zu studieren, wie Verbotsanträge gegen die »Sexfibel«, »Betr.: Sexualität«, »Sexfront«, »Sexualinformationen für Jugendliche«, »Das Sexbuch« und eine Vielzahl von Schülerzeitungen begründet wurden, um zu verstehen, wie groß die Zensurbereitschaft in diesem Lande ist, und wie aberwitzig die Begründungen der Antragsteller sind.

Den Erfahrungen von zwei Jahrzehnten als Sexualwissenschaftler und Autor verdanke ich einige Erkenntnisse über die individuelle wie gesellschaftliche Bedeutung von Pornographie, die meine Haltung in der aktuellen Diskussion bestimmen.

Was Pornographie ist bzw. als Pornographie empfunden wird, unterliegt dem gesellschaftlichen Wertewandel. Eine Banalität. Aber nicht alle Subjekte werden gleichermaßen und gleichmäßig von diesem Wandel erfaßt. Ergebnis dieser Ungleichzeitigkeit ist eine Normen- und Wertepluralität, wie sie in Europa noch vor einem halben Jahrhundert undenkbar gewesen wäre.

Ferner habe ich gelernt: Die Phantasie der Individuen geht Wege und sucht sich Bahnen, die kein Autor, kein Maler, kein Photograph vorwegnehmen könnte, wollte er etwa versuchen, auf dem Wege der Vor- und Selbstzensur dem Pornographievorwurf zu entgehen. Es gibt keinen Zustand der »Unschuld«. Dahin kann nur gelangen, wer sich auf ein totales Bildtabu und letztlich ein Sprach- und Sprechverbot einläßt. Doch auch im Nichtgezeigten, Nichtgesagten lauert Pornographie. Das ist beispielsweise nicht zu übersehen im Remake der Kolle-Filme, die unter dem irreführenden Titel »Als die Liebe laufen lernte« derzeit in den Kinos gezeigt werden.

Schließlich habe ich aus Erfahrung gelernt, daß der Pornographievorwurf fast immer ein Totschlaginstrument ist, eine Technik des Kommunikationsabbruchs und eine Waffe der politischen Zensur. Nicht nur als Autor sexualwissenschaftlicher Veröffentlichungen entscheide ich mich deshalb im Zweifelsfall für die Geschmacklosigkeit gegen das Geschmacksdiktat, für das Nackte gegen die Zensur.

Trotz – und selbstverständlich auch wegen – aller Indizierungsanträge, Zensurversuche und Beschlagnahmeaktionen fanden die erwähnten Veröffentlichungen ein Publikum, weil unter dem Einfluß der sexualpolitischen Bewegung, deren Ziele sie selbst mitformuliert hatten, sich eine Gegenöffentlichkeit herausbildete, die unbeeindruckt und unbeeinflußt von der herrschenden, längst brüchigen Sexualmoral eigene Norm- und Wertvorstellungen entwickelt hatte – und danach lebte bzw. zu leben versuchte: »Die Entwicklung neuer Lebensformen und die Herausbildung neuer Beziehungsnormen... wurde in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und oft auch individuellen Krahakten erkämpft und durchgesetzt« (Amendt, 1986) . Dieser von Anfang an labile »neue moralische Konsensus« – labil, weil auch in ihm die Interessen und Bedürfnisse von Frauen nicht wirklich aufgehoben waren – scheint nun unter dem Ansturm der von «Emma« ausgelösten Porno-Kampagne zusammenzubrechen. Warum das so ist, steht zur Diskussion.

Aus meiner Sicht habe ich die Frage nach dem Warum bereits beantwortet, als ich sagte, daß der Kampf um sexuelle Emanzipation radikale gesellschaftliche Veränderung immer mitdachte. Wird der gesellschaftliche Zustand, gegen den Verstand und Sinne rebellieren, ausgeblendet und die Notwendigkeit, diesen Zustand zu verändern, nicht mehr erkannt, dann verkommt die sexualpolitische Diskussion zu einem Zeitgeistthema, dann verkümmert Sexualpolitik zu einer von Sexualtechnokraten angeleiteten Serie fragwürdiger Kampagnen: *safesex, safersex, safest sex* – diese Kampagne hat die Entwicklung auf den Begriff gebracht.

Safe-Sex-Kampagne und PorNo-Kampagne verdienen es, in einem Atemzug genannt zu werden. Beide Kampagnen wurden aus den USA eingeschleppt, beide beziehen ihre Substanz aus der Sexualideologie der weißen Mittelschicht, beide sind Ausdruck eines Denkens, das gesellschaftliche Probleme konsequent individualisiert und radikal entpolitisiert. »Mit dem Verbrechen, individuell nicht ohnmächtig zu sein, wird (zugleich) so getan, als ob man zur Bannung der Aids-Katastrophe – eben anders als bei Frieden, Umwelt, Arbeitslosigkeit – *nicht* die Gesellschaft ändern muß, sondern nur 'das Individuum, in dem das Übel zum Ausbruch kommt'.« Was Gunter Schmidt über die Safe-Sex-Kampagne sagt, läßt sich umstandslos auf die PorNo-Kampagne übertragen: Mit dem Versprechen, individuell nicht ohnmächtig zu sein, wenn Frauen den Weg zum Zivilgericht wagen, wird so getan, als ob man zur Bannung oft gewalttätiger Männerphantasien nicht die Gesellschaft ändern müsse, sondern den Wichser, in dem das Übel zum Ausbruch kommt.

Der Versuch, Pornographie zu einer Art sozialer Geschlechtskrankheit zu stilisieren, um so ein Klima moralischer Panik zu erzeugen, erinnert an jene durchaus auch kampagnenhaften Bemühungen im vergangenen Jahrhundert, die Masturbation als Keim alles Bösen und Wurzel allen Übels zu mystifizieren.

Pornographie *ist* übel. Vieles, was ich gesehen, gelesen und gehört habe, empfinde ich als häßlich, gemein, brutal und erniedrigend. Manches ist einfach nur lächerlich. »Nichts ist harmlos, denn ohne Macht und Unterwerfung, ohne Triumph und Demütigung ist Pornographie nicht denkbar, gar nicht existent. Insofern ist Pornographie nicht harmlos«. (Gunter Schmidt, 1987)

Die Pornophantasien vieler Männer – nicht nur von Männern will ich hier sprechen – sind nicht nur Ausdruck eines individuellen sondern auch Ausdruck eines gesellschaftlichen Elends. Pornographie ist ein Symptom. Pornographie ist aber auch eine Realität, die die Geschlechterbeziehungen beeinflußt, weil Pornophantasien sich zwischen Mann und Frau drängen. Wer aber die Geschlechterbeziehungen mit Hilfe von Gesetzen und staatlichen Vollzugsorganen regeln will, hat jede Hoffnung auf Emanzipation der Menschen von staatlichen Zwängen und damit jede Hoffnung auf emanzipatorische Veränderung aufgegeben.

Deshalb kommt der Beifall zur PorNo-Kampagne auch von der richtigen Seite – von daher nämlich, wo die Vertreter und Befürworter von »law and order« ihre sexualfeindlichen Ideologien ausbrüten. Versprochen werden Sicherheit und Sauberkeit, und die sind Geschwister von law and order. In der herrschenden Sexualmoral spiegelt sich immer der allgemeine moralische Zustand einer Gesellschaft. Die herrschenden moralischen Prinzipien aber heißen: Ungleichheit und Ungerechtigkeit, Korruption und Vorteilsname, Leistungsterror und Ellbogenmentalität. Jedes dieser allgemeinen moralischen Prinzipien hat seine Entsprechung im Sexuellen. Auf diesem Fundament bestimmen zu wollen, was im Sexuellen sittlich oder unsittlich, sauber oder unsauber, richtig oder falsch ist und bei der Durchsetzung seiner Vorstellungen den Gesetzgeber zu bemühen, heißt die herrschende Doppelmoral zu bestätigen und zu verstärken.

Die PorNo-Kampagne ist nur scheinbar eine Offensive im Kampf der Frauen um ihre Rechte. Sie ist in Wirklichkeit das Eingeständnis einer Angst, die sich nicht nur innerhalb der Frauenbewegung immer weiter ausbreitet. Es gibt Gründe für diese Angst. Im Zeichen von Aids ist Repression angesagt. Überwunden geglaubte Moralvorstellungen werden mit aller Macht wieder propagiert. Viele, die längst jenseits dieser alten Moralvorstellungen nach eigenen neuen Werten leben, fürchten, die Gesellschaft werde diesem politischen Druck nicht standhalten. Und so kommt es, daß die Zeiten

sozialliberalen Wohlbehagens wieder beschworen werden. Verkannt wird dabei, daß der konservativ-reaktionäre Einfluß damals nur weniger spürbar war, und unterschlagen wird, daß bereits damals – lange vor Aids also – die sexualmoralische Wende vollzogen wurde. Ich erinnere an die defensive Haltung der sozialliberalen Koalition in der Abtreibungsfrage, das Versagen sozialdemokratischer Kultusminister bei der Durchsetzung schulischer Sexualerziehung und die Weigerung der Sozialdemokratie, den Paragraphen 175 endlich abzuschaffen.

Der Kampf auch um die moralische Vorherrschaft kommt nie zum Stillstand. Es ist zu hoffen, daß die SPD ihren verbliebenen Anteil an der Liberalisierung der Sexualgesetzgebung nicht auch noch aufgibt, indem sie sich einläßt auf die Gesetzesinitiative von »Emma«, die einmal mehr das Sexuelle zu reglementieren versucht, indem sie ein gesellschaftliches Problem verrechtlicht.

Selbstverständlich ist es legitim, erneut nach einem moralischen Konsensus in der Bewertung von Pornographie zu suchen. Das Mittel, diesen Bewußtwerdungsprozeß in Gang zu setzen, ist Aufklärung – auch militante. Ein anderes politisch vertretbares Mittel kenne ich nicht.

Konkret 10/88, S. 16

RAF

»Boocks Lügen«

Die Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion (RAF) haben uns eine Erklärung zukommen lassen und um deren Abdruck gebeten: Es ist ihre Antwort auf den Fall Jürgen Boock, der seiner Vergangenheit abgeschworen hat und über dessen Begnadigung aus lebenslanger Haft sich jetzt sogar Bundespräsident von Weizsäcker Gedanken macht

wir hatten bisher nie vor, mit einem bericht zu boock rauszukommen. sein zentraler inhalt ist, daß er die gruppe monatelang bewußt täuschte, einen großen teil ihrer kräfte ausbeutete und – nachdem seine lügen offen waren – eine gute auflösung der sache verhinderte. wichtiger als boock und seine produktionen seit 81 für dreckskampagnen gegen die raf war uns immer die klärung der voraussetzungen in der gruppe – subjektive und politische struktur – , die ihm sein spiel so lange möglich machten. jetzt sagen wir ein paar grundtatsachen doch, weil da ein starker mangel an konkretem wissen ist (ein genauerer bericht kommt, wenn es notwendig wird), das heute – wie wir jetzt einschätzen – die politische diskussion stärken kann. boock lancierte zu einem frühen zeitpunkt in die gruppe – er erzählte sie einzelnen – die geschichte, daß eine untersuchung durch einen arzt, die vor der zeit war, als er abtauchte, das ergebnis darmkrebs gebracht hat. dazu eine zeitspanne, die sein leben noch dauern würde. später erzählte boock von starken schmerzen und vermittelte sie direkt in seinem körperlichen ausdruck. die schmerzmittel, die er anfangs wollte, waren noch relativ einfach zu beschaffen. seine schmerzen wurden immer stärker, er schmiß sich in »krämpfen«, geschrei – alle paar tage, dann täglich. nun sollten es besondere schmerzmittel sein, die schwer zu beschaffen sind. besonders aus der struktur einer illegalen politischen gruppe heraus. es ist gefährlich. eine genossin wurde allein deswegen gefangengenommen, weil sie mit uncoolem rezept nachschub für boocks stoff holen mußte. er machte druck . er wollte solche mengen, die er mit »furchtbaren schmerzanfällen« forderte, daß die beschaffung zwangsläufig immer riskanter wurde. wir haben schon früh das naheliegende überlegt. wir müssen ein gutes und sicheres krankenhaus organisieren. gut meint, mit der möglichkeit für boock mit der gruppe in kontakt zu bleiben und mit ärzten, die die lage begreifen. und sicher meint, in einer region, wo die imperialistischen apparate nichts zu sagen haben. boock bekämpfte solche ansätze. er wollte keine untersuchung, wie er sagte, weil er eh nur noch ne handvoll monate lebt und die zeit mit denen er gekämpft hat zusammensein will. und weil auch genossenärzte letztlich bürgerliche seien, die kranke als objekte wollen. ärzte, die mal in eine wohnung kamen, keine untersuchungen machen konnten, aber schmerzmittel gaben, akzeptierte er. seine furcht war untersuchung, weil dann klar geworden wäre, daß er gesund ist. die lage wurde immer extremer, und wir bereiteten dann ein krankenhaus mit den richtigen kriterien vor, ohne boocks ablehnung aufzulosen. es war zwingend und logisch und niemand dachte daran, daß seine geschichte einfach erfunden ist. schließlich war alles organisiert. boock wollte die lüge nicht auflosen, also mußte er die reise dahin machen. auf dem weg lief die verhaftung der vier in j. und noch eine verhaftung, die des genossen, der nachkommen mußte. die in j . verhafteten machten den behörden sofort dringend, daß boock schwer krank sei und ärztliche versorgung braucht. jetzt gab's keinen weg mehr an der untersuchung vorbei. das ergebnis war, boock ist völlig gesund. nach der freilassung gingen die vier zusammen weiter in ein sicheres land. eine wichtige sache wurde die klärung. der fakt war sehr einfach: die lüge, die die gruppe viel kraft und mehrere verhaftungen gekostet hatte, boocks weg in der lüge und seine weitere vorstellung und die der gruppe wurden in den diskussionen dann klarer.

seine resignation an der politik, die er als »starker typ« an keinem zipfel offen machte, seine schläue, die geschichte zu lancieren und einen ganzen politischen zusammenhang für ne flucht in drogen auszubeuten und die dynamik, in der er die ratte im labyrinth von konsum, droge, lüge und ausbeutung seiner genossen wurde. über das, was gewesen war, entstand mit der zeit mehr klarheit. offen blieb erstmal, wie will er weiter und wie die gruppe. in der zeit liefen auch anfänge der klärung über die aktionen 77, ihre wirkungen, die fehler, wie weiter – also die ganze aufarbeitung einer kampfphase und wieder stärker freier kopf für perspektive und planungen. die meisten diskussionen waren ohne boock. eigentlich konnte sich keiner vorstellen, mit ihm weiter nach allem. das bedeutete, vorschlagen, ein sicheres leben zu organisieren, einen lebenszusammenhang, der langfristiger möglich ist, das war bald klargemacht. die möglichkeit war da, aber boock hatte sich noch für nichts entschieden. boock war in der zeit nur teil einer großen klärung . in den monaten ging die aufarbeitung der vorangegangenen kampfphase auch dahin, daß nach und nach acht aus der gruppe weggehen wollten. die gründe und der weg zur konsequenz der trennung waren immer verschieden, und die initiative zur klärung kam teils von den einzelnen selbst, manchmal ging sie von denen aus, die das politisch-militärische projekt dann weitergeführt haben. für die, die weggingen, suchten wir einen zusammenhang, der mehr ist als sicheres versteck, der vielmehr leben und perspektive wird. die lösung wurde eine gute sache, auch boock hätte sich für sie entscheiden können. sie war deshalb möglich, weil solidarität und verantwortlichkeit in der gruppe (und ihre politischen verbindungen) über persönliche und politische widersprüche um die weiterführung des kampfs hier nach 77 rausgetragen haben. die gruppe war bald wieder stärker in den neuen überlegungen und praktischen schritten für die kontinuität der politik. zu anfang mehr noch an konkreten neuen aktionen als schon dichtere konzeptionelle vorstellungen.

bald drängte boock, daß er zurück nach westeuropa will, mit uns weiterkämpfen. es gab viele diskussionen darum. er wollte das organisierte exil nicht und überwand immer mehr die ablehnung der gruppe gegen die vorstellung, wieder mit ihm zusammen.

boock mobilisierte viel selbstkritik, um sich durchzusetzen, und vor allem, er lehnte das exil ab. wir konnten den genossen dort aber nicht einen typen dalassen, der da gar nicht sein will. das wäre ne unwürdige lösung geworden. und sie ertrugen schon bis dahin seine ansDrüche kaum.

schließlich organisierten wir boocks reise nach westeuropa und integrierten ihn in einen teil der neuen struktur. es verging nur eine kurze zeit und er war zugange, stoff zu beschaffen. daran wurde ne neue entscheidung notwendig und einfach klar, es geht nicht weiter zusammen. das exil also die lösung, von dem wir nicht mehr abgingen. boock tickte, daß das nun wirklich ne klare entscheidung der gruppe war. wir organisierten seine reise. das war der moment, in dem er abhaute.

es gibt einen kern, der seinen willen, zurück nach westeuropa, beherrschte: der konsum, der nur in der metropole möglich ist; und letztlich seine zuversicht in seine schläue, aus der er sich vorstellte, sich durch ein leben in der illegalität zu dealen und nach einer möglichen verhaftung den deal auf einem neuen terrain fortzusetzen. die spekulation auf baums angebote in den jahren. praktisch wurde es dann sein versuchter deal mit rebmann, in dem ihm seine schläue zur politischen doofheit wurde. so machte boock schließlich seinen aussteigerprozeß und zieht figuren und eine ganze gemeinde an sich, die dreck gegen die raf suchen. das wurde also der weg, der seitdem öffentlich daliegt, und in dem er hamstert.

ob boock mit den staatsschutzapparaten verbunden ist, ist nicht klar. offenbar ist aber, er wird geführt – auf der journalistischen schiene. boock ist in der aussteigerriege eine besondere figur. er wurde im gang seiner betrügereien ein moralisch leerer mensch. das macht ihn besonders disponibel für die bedürfnisse der staatsschutzpropaganda. das leere gefäß, in das vieles abgefüllt werden kann. dazu sein ticket: »insider« (aber nicht zu sehr). selbst ein teil der linken, in konsum- und schlüssellochmentalität zuhause, vermutet in boocks vielen storyproduktionen authentisches. aber da ist nichts. seine geschichte ist ein hochgebauter dom auf verlogenen stelzen. sie ist fast ausschließlich sein trip. ware, mit der er seine begnadigung erdealt, auch rache, projektion und verachtung gegenüber allen, die ihm auf seinem eigenen terrain: schläue – begegnen.

relevant ist allerdings die kampagne, in der er geführt wird. sie bringt die immer wiederkehrenden schemas, die schon standard sind in den staatsschutzkampagnen zur politisch-moralischen denunzierung der guerilla, aller entschiedener befreiender aufbrüche in der metropole überhaupt. boocks hochgebaute geschichte: der underdog – besondere beziehung zu den stammheimern – die frühe raf war noch politisch – die kontinuität der raf als kampf gegen haftbedingungen – der techniker, von der gruppe ausgenutzt – die hierarchie – der neue mensch ist vergeblich – der gruppendruck – freundschaft mit den palästinensern, die ihn vor der gruppe schützt – exil als schlimmes vegetieren – die heimkehr – und der rote teppich für seine rehabilitierung im schmierstück, die nazis waren ja noch schlimmer und mußten nie in den knast.

da drängt die gebrochene deutsche intellektuelle linke zu den futtertrögen. sie ist nicht opfer von boocks lügen, es ist ein arrangement. alles ist da, um die schamlose unterwerfung unter die macht zu rechtfertigen. eine stunde der wahrheit, die am meisten 77 für diese linken sektoren hier reinbrach, löst sich auf im reigen mit dem betrüger boock.

»die zeit« proudly presents. und im »spiegel«: »weizsäcker interessiert sich für den fall«. die großen medienkampagnen – das ist die verwertung des zertretenen, reuigen ex-militanten, exemplarische befriedung als treibstoff für die expandierende weltgeltung des neuen deutschen imperialismus. *august 88 knut folkerts, rolf heißler, sieglinde hofmann, christian klar, christine kuby, roland mayer, brigitte mohnhaupt, adelheid schulz, günter sonnenberg, rolf-klemens wagner*

Kasten »Fußnoten:« auf Seite 17:

»Die Gruppe«: Knut Folkerts, Rolf Heißler, Christian Klar, Christine Kuby, Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz, Günter Sonnenberg und Rolf-Klemens Wagner sind zu lebenslanger Haft verurteilt, Sieglinde Hofmann zu 15 und Roland Mayer zu 12 Jahren. Fast alle werden z.T. seit bis zu zehn Jahren in Einzelisolation gehalten.

»Aktionen 77«: Buback, Ponto, Anschlag auf die Bundesanwaltschaft, Schleyer.

»j.«: Jugoslawien

»Baums Angebot«: Der damalige FDP-Innenminister Gerhard Baum stellte reuigen RAF-Mitgliedern »faire Verfahren« in Aussicht.

1981: Boocks Verhaftung

Konkret 10/88, S. 18

Lukas Malkin

Die Stumpfnase der Neger

Eine deutsche Mediziner-Karriere: Kindereuthanasie im Auftrag der Führerkanzlei, schon zwei Jahre nach Kriegsende Dozent an einer Universitäts-Nervenklinik, 1952 Professor, 1954 gerichtlicher Sachverständiger und Leiter des Landeskrankenhauses Göttingen, Verfasser eines psychiatrischen Standardwerks, das seit 1944 fast unverändert (und 1900 in der zehnten Aufloge) erscheint

Die Prozeßunterlagen lesen sich, als wären die Rollen vertauscht: Nebenkläger und Zeuge ist Prof. Dr. Dr. Gerhard Kloos, Jahrgang 1906, Nervenarzt aus Göttingen, »der während des Dritten Reichs an der Kindereuthanasie maßgeblichen Anteil hatte«. Angeklagt – wegen eben jener Äußerung, die er 1983 auf dem Deutschen Ärztetag in Kassel machte – : der 35 Jahre jüngere Westberliner Arzt Dr. Helmut Becker.

Unter den Standesgleichen griff damals Empörung Raum, als der gerade zum Vizepräsidenten der Berliner Ärztekammer gewählte Becker öffentlich die NS-Vergangenheit des angesehenen Professors zur Sprache brachte. Kloos selbst war nicht anwesend; ein befreundeter Delegierter machte ihn auf Beckers Redebeitrag aufmerksam. Als dieser auch nach einem Briefwechsel nicht von seinem Vorwurf abrückte, ging der Göttinger Psychiater wegen »Beleidigung« vor Gericht. Beinahe fünf Jahre dauerte der Rechtsstreit zwischen den beiden Medizinern.

»Erst im April dieses Jahres gab der rüstige Pensionär ... auf«, hieß es in der »Spiegel«-Serie »Die Mörder sind noch unter uns« am 20. Juni 1988. Tatsächlich gab »der rüstige Pensionär« im April dieses Jahres einiges auf – insbesondere: seinen Geist. Er starb nämlich am 22. April. Drei Jahre früher präsentierte sich ein kernseifenfrischer 78jähriger Doktor der Medizin und Doktor der Philosophie im Berliner Amtsgericht Tiergarten. Er könne ruhig auch im Sitzen aussagen, bot der junge Richter dem schmächtig-hageren Herrn an, der sich aufrecht hielt, als habe er einen Ladestock verschluckt. Nein, das kam nicht in Frage für den Professor. Die ganze Verhandlung über stand er stramm da – wie auch seine Meinung strammstand: »Grundsätzlich hatte ich nichts gegen die Erlösung von tiefstehenden, entwicklungsunfähigen Kindern. Es gibt Fälle, da ist das Leben quälender als der sanfte Tod. Trotzdem wollte ich das nicht. Ich bin ja auch zum Beispiel ein Anhänger der Todesstrafe, aber keineswegs geneigt, sie selbst zu vollstrecken, und esse auch Fleisch, wäre aber nicht geneigt, den Metzgerberuf auszuüben. So wollte ich mich als Facharzt und Hochschullehrer, der ich mich zum Besten berufen fühlte, nicht zum Henker meiner idiotischen Pfleglinge herabwürdigen lassen.«

Mit diesen Sätzen hatte der Psychiater schon einmal seine Unschuld erklären wollen. 1961 war seine Arbeit zwischen 1939 und 1945 als Direktor der Landesheil- und Pflegeanstalt Stadtroda in Thüringen Gegenstand von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft des Göttinger Landgerichts. Weil ihm keine »gezielten Tötungshandlungen« nachgewiesen werden konnten, wurde das Verfahren damals eingestellt. Für die Adenauer-Justiz fiel es nicht weiter ins Gewicht, daß Kloos als eine der wenigen ausgesuchten Vertrauenspersonen in die Kanzlei des Führers bestellt und über die künftige Tätigkeit eines »Reichsausschusses zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten Leiden« unterrichtet worden war: Durch die Gründung sogenannter »Kinderfachabteilungen« sollte der Mord an »erb- und anlagebedingt« behinderten Kindern vorbereitet werden.

Wegen der »thüringischen Geschwätzigkeit« seines Personals, so erklärte Gerhard Kloos im Februar 1985 vor Gericht, habe er sich dagegen gesträubt, bei sich eine solche Tötungsabteilung einzurichten. Außerdem: »Auf dem Friedhof, der neben der Klinik liegt, würde man sofort sehen, wenn dort massenhaft Kinder begraben würden. (...) Und geheim sollte das ja bleiben, es war eine 'geheime Reichssache'«. Dafür, daß er später dann doch eine »Kinderfachabteilung« in Stadtroda aufmachte, hatte Kloos eine Rechtfertigung zur Hand: Er habe gefürchtet, andernfalls beruflich außer Tritt zu geraten, womöglich gar entlassen zu werden. In einer Vernehmung Anfang der sechziger Jahre sprach der Professor von einer »Gefälligkeit« gegenüber der Hitlerkanzlei. Wie er damals zu Protokoll gab, wollte er nicht »unfreundlich, unhöflich, undankbar oder widersetzlich« erscheinen.

Einen ungeheuerlichen Fall von Kindermord in Stadtroda, schon bevor dort die »Kinderfachabteilung« eröffnet wurde, schilderte der ehemalige Pfleger Erich S. als Zeuge in dem Ermittlungsverfahren gegen Kloos. Eines Tages habe es im Garten der Heil- und Pflegeanstalt, wo er sich gerade mit Patienten aufhielt, Aufregung gegeben. Angehörige eines Kranken, »die von dem Tod desselben unterrichtet worden seien«, hätten sich bereits auf dem Weg zur Anstalt befunden. Erich S. bezeugte: »Es war klar, daß diese Unterrichtung irrtümlich erfolgte; denn der vermeintlich Tote hielt sich noch mit den übrigen Patienten im Garten auf. Ich konnte beobachten, daß der betreffende Kranke sofort vom diensttuenden Pfleger in die Abteilung zurückgebracht wurde. Ich glaube, daß es Oberpfleger Lange war, der beim Wegbringen des Kranken äußerte, daß dieser sofort abgespritzt werden müsse. Wie ich dann hörte, soll dies auch tatsächlich dann unmittelbar darauf geschehen sein.« Auch an die Tötung eines 10jährigen Jungen in seiner Abteilung konnte sich dieser Pfleger, der bis 1941 in Stadtroda beschäftigt war, erinnern.

Daß in der 1942 von ihm übernommenen »Kinderfachabteilung« einige seiner kleinen Patienten ums Leben kamen, bestritt nicht einmal Kloos selber. Er habe die »kleinen Idioten, die ununterbrochen schrien, ihre Wäsche und ihr Bettzeug – damals schwer ersetzbares, bewirtschaftetes Material – dauernd zerrissen, einnäßten und einkoteten und das Pflegepersonal kratzten und bissen, durch nicht unerhebliche Dosen von Beruhigungs- und Schlafmitteln« dämpfen müssen. Barbitursäurepräparate – exakt die von der Kanzlei des Führers als Schaltzentrale der »Euthanasie« empfohlene »Behandlung« – seien verabreicht worden. Dies habe eben nicht selten Kreislaufschwächen und Lungenentzündungen mit tödlichem Ausgang zur Folge. Mindestens 5.000 vom »Reichsausschuß erfaßte« Kinder sind nach 1939 in den etwa 30 »Kinderfachabteilungen« ermordet worden. In seiner eigenen Abteilung habe es jedoch lediglich drei oder vier Todesfälle unter diesen »Reichsausschußkindern« gegeben, hob Professor Kloos 1985 im Prozeß gegen Helmut Becker hervor. Es gab auch Eltern, die ihre Kinder vor dem »Euthanasie«-Tod bewahrten, indem sie sie aus der Stadtrodaer Anstalt herausholten und mit nach Hause nahmen. Kloos' Kommentar vor Gericht: »Eine kaum verständliche Affenliebe, mit der die Mütter an ihren tiefstehenden, hirngeschädigten Kindern hingen.«

E ist Februar im Jahre 1945. Ein »Flüchtlingslager« bezieht in der Anstalt Stadtroda Quartier. Medizinal- rat Kloos führt ein gastfreies Haus in jenen Tagen. Schließlich, mit den »Flüchtlingen« hat es seine besondere Bewandtnis: Es sind Bedienstete der Führerkanzlei – darunter der Leiter des »Reichsausschusses« Dr. Hans Hefelmann und sein Vertreter Richard von Hegener – , die in dem thüringischen Fleckchen für über einen Monat Zuflucht finden. Und so fügt es sich, daß Kloos von Hefelmann Anweisung, sämtliche die Kindertötung betreffenden Akten zu vernichten, früher als alle übrigen »Kinderfachabteilungs«-Leiter erfährt und sie auch als erster ausführt. Kloos, der von Anbeginn an »einen menschlich ausgezeichneten Eindruck von Dr. Hefelmann« hatte, wird ihm zum Jahreswechsel 1952 in einem Brief zusichern: »Ich bin zu jeder Art von Hilfeleistung gern bereit«.

Noch 12 Jahre verstreichen, bis es zu einem Wiedersehen mit dem hohen Gast aus dem Frühjahr '45 kommt. Am 9. Juli 1964, Hefelmann muß sich inzwischen vor dem Landgericht Limburg wegen Mordes an 70.000 Erwachsenen und mindestens 3.000 Kindern verantworten, stattet ihm Kloos nach einer Verhandlung einen Besuch ab, um ihn noch am selben Abend zu untersuchen. Den nächsten Tag ergeht sowohl an Hefelmanns Limburger Arzt als auch an seinen Anwalt ein »Befundbericht«. Darin schreibt Kloos, der nicht öffentlich als ärztlicher Gutachter auftritt, über den Angeklagten: »Wie ich feststellen konnte, hat er wesentliche Strecken der vorausgegangenen Hauptverhandlung nicht aufgefaßt oder gleich wieder vergessen... Bei diesem körperlichen und seelischen Befund ist Herr Dr. Hefelmann nach meiner Ansicht nicht mehr fähig, der weiteren Verhandlung mit lückenloser Aufmerksamkeit zu folgen und sich mit der nötigen Spannkraft zu verteidigen.« Wenige Tage später wird Hefelmann für bedingt verhandlungsunfähig erklärt. Seit 1972 gilt der »Euthanasie«-Funktionär als dauernd verhandlungsunfahig.

Nach Kriegsende gerät der hochmögende Medizinalrat Kloos in amerikanische Gefangenschaft. Er sei, wie er in dem bereits erwähnten Brief an Hefelmann seufzt, »von Lager zu Lager geschleppt, wie alle sehr schlecht ernährt« worden – »weit schlechter als es in den deutschen KZs üblich war...«. Nach 16 Monaten wird er aus der Internierungshaft entlassen. Kloos – der nicht nur Mitglied der NSDAP, des NS-Ärztebundes, des NS-Dozentenbundes, sondern auch Gründer und Leiter der Ortsgruppe Freiburg der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene sowie Beisitzer am Erbgesundheitsobergericht in Jena war – ist ein freier Mann. Und in einer Zeit, wo bekanntlich antifaschistische Ideale weit weniger gefragt sind als die realen NS-bewährten 'Stützen der Gesellschaft', findet auch er schnell in die Startlöcher zur zweiten Karriere.

Schon im Frühjahr 1947 wird er Dozent und Assistenzarzt an der Universitäts-Nervenklinik in Kiel. Aus dieser Zeit stammt seine Studie über »Die Konstitutionslehre von Carl Gustav Carus mit besonderer Berücksichtigung seiner Physiognomik«. Bereits auf den ersten Seiten schwärmt Kloos darin von der Möglichkeit, »die mühevolle und zeitraubende Ergründung der psychophysischen Eigenart eines Menschen ... durch eine 'Persönlichkeitsdiagnose auf den ersten Blick'« zu ersetzen, »die sich nach den schnell und leicht feststellbaren äußeren Merkmalen richtet«. Carus erläuternd, stellt er nur allzu bereitwillig seine eigene ungebrochen rassistische Gesinnung unter Beweis. Kostprobe: »Bei der Deutung der kleinen, stumpfen, aufgeworfenen Nase als Zeichen einer unvollkommenen Geistesentwicklung verweist er auf die Stumpfnase der Neger. Auch für die psychologische Auslegung der vorstehenden Kiefer, die dem Kopf ein tierisches Aussehen geben und einen geistigen Tiefstand ausdrücken, dienen die Neger als Beispiel.« Gegen Ende des 1951 erschienenen Buches rühmt Kloos Carus, den Altersfreund Goethes, als jemanden, der die »Physiognomik, diesen Lieblingstummelplatz unklarer Köpfe, ... in ein System gebracht (hat), das sich durch einen außerordentlichen Reichtum der Gesichtspunkte auszeichnet.«

1952, Kloos hat inzwischen die Leitung der Hirnverletzten-Abteilung des Versorgungskrankenhauses Bad Pyrmont übernommen und ist zum Professor ernannt worden, bringt der Stuttgarter Piscator-Verlag seine »Anleitung zur Intelligenzprüfung« in dritter Auflage heraus. Die erste Auflage ist von 1941, die zweite von 1943. Am Inhalt verändert hat sich wenig in der Nachkriegs-Ausgabe. Zwar gibt der Verfasser im Anfangskapitel »Die Technik der Intelligenzprüfung« jetzt nicht mehr wie 1943 den Tip, Simulanten mit dem »Hinweis auf die Gefahr der Unfruchtbarmachung im Falle einer Schwachsinnsdiagnose« zu begegnen; jedoch hier wie da heißt es: »Geradezu unentbehrlich ist eine Intelligenzprüfung aber zur Erkennung eines angeborenen Schwachsinns ... Die Fragen dürfen einerseits nicht so schwer sein, daß auch geistig

durchschnittliche Volksgenossen (statt »Volksgenossen« sind es 1952 »durchschnittlich Begabte«) sie größtenteils nicht beantworten können, andererseits aber auch nicht so leicht, daß auch eindeutig Schwachsinnige ihnen meist noch gewachsen sind.«

Auf den Frontseiten der beiden NS-Ausgaben prangt der Schriftzug: »Im Auftrage des Thüringischen Landesamtes für Rassewesen«. Kloos' Intelligenztest-Anleitung gab Amtsärzten und Anstaltspsychiatern in ihrer Gutachtertätigkeit für Erbgesundheitsgerichte die wissenschaftlich verbrämte Grundlage. Die Beantwortung des von ihm zusammengestellten Intelligenz-Fragen-Katalogs war nicht nur ausschlaggebend für die Frage der Zwangssterilisierung, sondern entschied nicht selten auch über Leben und Tod des jeweiligen Probanden.

Unter der Überschrift »Politisches Wissen« stehen Fragen wie: »Was heißt NSDAP? – Wann hat der Führer Geburtstag? – Leistungen des III. Reiches? – Erste Strophe vom Horst-Wessel-Lied? – Was heißt 'arisch'? – Warum lehnen wir die Juden ab?«. In der Fassung von 1952 heißt es an gleicher Stelle: »Die Fragen sind dem jeweiligen Zeitgeschehen anzupassen (neueste politische Parteien und ihre wesentlichen Ziele, bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Verfassung, Verwaltung u.a.).«

Gerhard Kloos, der unter dem strengen Regiment seines Vaters Michael Kloos, eines eisern-nationalistischen Gymnasial-Professors, in Siebenbürgen aufwuchs und sich – kaum 27jährig – bereits mit zwei Doktortiteln schmücken konnte, verwies nach Kriegsende mehrfach stolz auf die große, in seinen Augen wissenschaftliche Produktion, die sich unter seiner Direktion in Stadtroda entfaltet habe. Über 50 Arbeiten – sowohl von seinen Assistenz- und Oberärzten, als auch von ihm selbst – seien in diesen sechs Jahren publiziert worden. Kloos' bekannteste Schrift entstand gleichfalls in jener Zeit: 1944 legte der Verlag von Rudolf Müller&Steinicke in München erstmals das Lehrbuch »Grundriß der Psychiatrie und Neurologie« vor.

Ganze Studentengenerationen paukten und pauken bis heute nach diesem psychiatrischen Standardwerk, das es versteht, kompliziertes medizinische Sachverhalte auf einen einfachen Nenner zu bringen. »Für die Erkennung psychischer Störungen« empfiehlt Kloos in seiner orangefarbenen »Klatsche« »treffsichere 'Anhiebsdiagnosent<: »Jeder neue Kranke wird dann schon beim Betreten des Untersuchungszimmers gewissermaßen in eines der Gefächer eingeordnet, in denen der Arzt die Erinnerung an frühere Kranke aufbewahrt.« Schublade zu und weg bist du! »Schon vor jeder näheren Fühlungnahme mit dem Kranken durch Anknüpfen eines Gesprächs kann man durch bloßes Sehen zahlreiche Einzelheiten feststellen, die für die Diagnose richtungsweisend sind.« Das gesunde Volksempfinden erhält professorale Weihen.

Auch darüber, worauf man beim »bloßen Sehen« achten muß, läßt der famose Psychiater und Neurologe den ihm anvertrauten Mediziner-Nachwuchs nicht im Unklaren. Beim Stichwort »Körperpflege« heißt es im »Grundriß«: »Kokette Psychopathinnen, aber auch feminine und homosexuelle Männer machen oft allzu reichlichen Gebrauch von Parfum, Schminke und Puder oder behängen sich übermäßig mit Ringen, Armbändern und sonstigem Schmuck.« Und: »Die Haartracht gibt ebenfalls manchen diagnostischen Fingerzeig: weichliche, unmännliche Psychopathen tragen die Haare mit Vorliebe lang, legen sichtlich großen Wert auf eine schöne Frisur oder lassen sie 'genialisch' als lockige 'Künstlermähne' wachsen. Mit wallendem Haupthaar und Prophetenbart gehen schizophrene Apostel, 'Erlöser' und Weltverbesserer einher, aber auch psychopathische Sektierer und Außenseiter.« Alle hier zitierten Passagen überdauerten unverändert Auflage für Auflage »des Kloos« – bis hin zur zehnten, die erst Anfang dieses Jahres erschienen ist.

Ähnlich wie sein Psychiatrie-Lehrbuch schlängelt sich auch der Verfasser durch die Zeitläufe und bleibt dabei stets obenauf. 1954 wird Kloos nicht nur gerichtlicher Sachverständiger – unter anderem in Wiedergutmachungsverfahren (!) – sondern auch hauptamtlicher Leiter des Landeskrankenhauses Göttingen. Dort hat man mit dem neuen Direktor keine Probleme – obwohl doch Kloos' Vorgänger Professor Ewald war, »der in den Jahren des Nationalsozialismus offen Widerstand gegen die Tötung der psychisch Kranken leistete« (»Niedersächsisches Ärzteblatt«). Während seiner 14jährigen Amtszeit wird der freundliche Herr mit dem Schmiß in der linken Gesichtshälfte allseits geschätzt. Ende 1968 gibt Prof. Dr. Dr. Kloos die Direktion der Landesklinik ab und geht in den Ruhestand.

Im Mai 1982, an Kloos' letzter Wirkungsstätte wurde gerade ein Klinikneubau in Betrieb genommen, erscheint eine Art Festschrift über das Niedersächsische Landeskrankenhaus Göttingen. In der von Niedersachsens Sozialminister Hermann Schnipkoweit herausgegebenen Hochglanz-Broschüre läßt der damalige Göttinger LKH-Direktor Professor Ulrich Venzlaff die über 100jährige Geschichte seines Hauses Revue passieren. Den Absatz über seinen Amtsvorgänger fängt er so an: »Prof. Dr. Dr. G. Kloos (der Name ist gesperrt gedruckt) übernahm ein schweres Erbe.« Weiter schreibt er: »Die Nazizeit und der Zweite Weltkrieg hatte ... eine schwere moralische Hypothek für die deutsche Psychiatrie hinterlassen...«, um schließlich in hymnisches Lob auszubrechen: »In seiner (also Kloos') untadeligen Gesinnung, seinem warmherzigen Verständnis für psychisch Kranke, aber auch seiner fürsorglichen Einstellung gegenüber seinen Mitarbeitern hat er trotz immer erneuter Rückschläge seine Stimme für durchgreifende Verbesserungen erhoben.«

In der Traueranzeige vom 28. April 1988, sechs Tage nach Kloos' Hinscheiden, finden Leitung und Personalrat des Landeskrankenhauses ähnliche Worte. Sie halten diesen Text für angemessen: »In schwieriger Zeit und unter ungünstigen

äußeren Bedingungen hat er die Entwicklung des Krankenhauses zu einer modernen und menschenwürdigen Behandlungsstätte gefördert. Dafür sind wir ihm dankbar.«

Der da so über den Schellenkönig gelobt wird, teilte offenbar auch selbst gern Lob aus. Dem angesehenen Frankfurter Publizisten Ernst Klee schrieb Kloos Wohlwollendes über dessen vor wenigen Jahren erschienenes Buch >'Euthanasie' im NS-Staat – Die 'Vernichtung lebensunwerten Lebenst'<, in dem auch Kloos' Name an zwei Stellen auftaucht: »Es ist zweifellos das beste, ausführlichste und gründlichste, aber vor allem am gewissenhaftesten auf Urkunden gestützte Werk über die 'Euthanasie'...«. Den kopierten Einstellungsbescheid des Ermittlungsverfahrens gegen ihn schickte der Briefschreiber gleich mit. Für das überraschende Lob des »Euthanasie«-Doktors an den »Euthanasie«-Kritiker gibt es eine Erklärung: Professor Dr. med. habil.et Dr. phil. Leitender Medizinaldirektor i.R. Kloos verbringt die letzten Wochen seines Lebens als Patient auf einer Station des einst von ihm geleiteten Göttinger Landeskrankenhauses. Die Diagnose: senile Demenz. Schon vor seinem Klinikaufenthalt kann sich der »unnütze Esser« nicht mehr selbst beköstigen. Für den Lehrbuchautor Kloos ist der Fall klar. Im Kapitel »Senile Demenz« des »Grundrisses der Psychiatrie und Neurologie« steht unter »Rechtliche Beurteilung«: »Durch die Neigung zu Sittlichkeitsverbrechen an kleinen Mädchen, fahrlässigem Umgehen mit Feuer und Gas, Verschmutzung und Verwahrlosung geben sie oft Anlaß zum Einschreiten der Behörden; meist ist dann ihre Anstaltsunterbringung (wegen Gemeingefährlichkeit oder Hilflosigkeit) erforderlich.« Der Patient Kloos hätte allen Grund gehabt, den Arzt Kloos zu fürchten.

Konkret 10/88, S. 21

Ludger Weß

Trotz Fleiß kein Preis

Von der Geschichte und der Kontinuität deutscher Eugenik und Rassenhygiene haben die etablierten Wissenschaftler jahrzehntelang nichts wissen wollen. 1988 endlich melden sie sich zu Wort und natürlich gleich mit einem »Standardwerk«. Von wegen

Etwa seit Anfang der siebziger Jahre wurden in der Bundesrepublik von Frauen und Männern aus Medizin, Biologie, Geschichts- und Sozialwissenschaft zahlreiche Untersuchungen über die Geschichte der Gesundheits- und Sozialpolitik im Nationalsozialismus und damit auch über die verschiedenen Aspekte von Rassenhygiene und Eugenik zusammengetragen. Was für die herrschende Geschichtswissenschaft ein sorgfältig vermiedenes Thema gewesen war, wurde nun Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen. Dabei wurde die Vorgeschichte »auslesender« und »ausmerzender« Politik ebenso deutlich herausgearbeitet wie das Problem der Kontinuität dieser Politik im bundesrepublikanischen Gesundheits- und Sozialsystem. Nachgewiesen wurde auch das Ausmaß der theoretischen und praktischen Beteiligung natur- und sozialwissenschaftlicher Disziplinen an der Gestaltung der nationalsozialistischen Rassenhygiene und Bevölkerungspolitik. Im Zusammenhang mit den Debatten um Gen- und Reproduktionstechnologie ist das Interesse an diesem Thema in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen.

Mit einiger Verzögerung hat sich nun auch die etablierte Wissenschaft dieses Themas angenommen. Peter Weingart, Jürgen Kroll und Kurt Bayertz, allesamt Sozialwissenschaftler an der Universität Bielefeld, haben jetzt den Versuch unternommen, die Geschichte der Rassenhygiene und Eugenik in Deutschland im Überblick darzustellen. Das etwa siebenhundertfünfzig Seiten starke Werk trägt den Titel »Rasse, Blut und Gene« und umfaßt die Zeitspanne von der Entstehung rassenhygienischen und eugenischen Gedankenguts im vorigen Jahrhundert bis zur Herausbildung der aktuellsten Variante der Eugenik, der zeitgenössischen Humangenetik. Eine solche geschlossene Übersicht hat es bisher nicht gegeben. Neu ist auch der Versuch, die Geschichte der Rassenhygiene und Eugenik in Deutschland über das Jahr 1945 hinaus zu verfolgen und die Entwicklung der bundesdeutschen Humangenetik zu beschreiben. Gerade über diese besonders wichtige jüngere Geschichte gab es bisher nur kursorische Darstellungen.

Die Autoren haben Fleißarbeit geleistet und zahlreiche Archivmaterialien, zeitgenössische Originalarbeiten und – vorwiegend angelsächsische – Sekundärliteratur zusammengetragen. Abgesehen von einer Fülle von Detailinformationen ist aber leider nichts Neues dabei herausgekommen. Weingart und seine Mitautoren beschränken sich darauf, die Kontinuität eugenischen Denkens in Medizin und Humangenetik bis heute zu belegen und ein weiteres Mal den Nachweis zu führen, daß Mediziner, Genetiker und Anthropologen im Nationalsozialismus nicht »verstrickt« oder das Opfer eines »Mißbrauchs« ihrer Wissenschaft wurden, sondern das neue Regime begrüßten und der Verstümmelungs- und Vernichtungspolitik aktiv zuarbeiteten.

Damit vollziehen sie aber nur einen Teil der Erkenntnisse nach, die ein Spektrum von Initiativen, Vereinen und Einzelpersonen in jahrelanger Arbeit längst zusammengetragen hat. Diese Untersuchungen versuchten, sich am Beispiel des Nationalsozialismus unter anderem Klarheit darüber zu verschaffen, welche Rolle die wissenschaftlich-technische Modernisierung bei der »rationalen« Lösung der »sozialen Frage« hatte und noch immer hat. Beschrieben wurde das schreckliche Faktum der Modernisierung durch Vernichtung. Erstmals wurde in diesen Zusammenhängen auch untersucht, welchen Anteil die Sozialwissenschaften an Theorie und Praxis der Rassenhygiene hatten.

Diese Ansätze werden von Weingart, Kroll und Bayertz nahezu vollständig ignoriert. Die Eugenik wird ausschließlich als Problem der Naturwissenschaften behandelt, und das Buch eröffnet somit leider keine historische Perspektive für die Kritik an dem gegenwärtig zu beobachtenden, geradezu beängstigenden Trend zum Biologismus in den Sozialwissenschaften. Genannt sei nur die Hinwendung zur Soziobiologie und die wachsende Bedeutung der neuen Disziplin der »biopolitics«.

Aber auch bei der Behandlung der naturwissenschaftlichen Seite der Rassenhygiene und Eugenik bleibt das Buch hinter Fragestellungen zurück, die in der Auseinandersetzung mit der Rolle von Medizin und Genetik im Nationalsozialismus entwickelt wurden und im Kontext radikaler Kritik am gentechnologischen Fortschrittsboom präzisiert worden sind. Längst ist dokumentiert, daß die Vordenker der Sterilisations- und Vernichtungspolitik des NS-Regimes sich ab Mitte der dreißiger Jahre an den international anerkannten Leitbildern der Genetik und Evolutionsbiologie orientierten. Die Avantgarde reduktionistischer biologischer Forschung hat mit ihren Denkmodellen sowohl zur Präzisierung als auch zur Entgrenzung des Zugriffs auf »Minderwertige« und »Fremdrassige« beigetragen. Auch für die Menschenversuche in den Konzentrationslagern ist nachgewiesen, daß sie keineswegs mit der medizinischen Tradition brachen, sondern die Konsequenz einer reduktionistischen naturwissenschaftlichen Medizin darstellten. Und schließlich steht die objektivierende, eindimensionale naturwissenschaftliche Sichtweise bereits seit längerer Zeit im Zentrum feministischer Wissenschaftskritik. Diese Kritik hat auch an anderen historischen Epochen eindrucksvoll belegt, wie sehr Methoden und

Fortschrittsbegriff der Naturwissenschaften mit jahrhundertelanger und ungebrochener Unterdrückungsgeschichte zusammenhängen.

Zu diesem Kern des Problems dringen Weingart, Kroll und Bayertz nicht vor. Sie kommen zu dem Schluß, »daß die dem Imperativ der Professionalisierung gehorchende Wissenschaft amoralisch ist«. Damit wird die Amoralität der Wissenschaft, die in diesem Jahrhundert hinreichend bewiesen hat, daß sie bereit ist, im Namen des Fortschritts den Massenmord zu entfesseln, als Problem der Organisation von Wissenschaft und nicht als Problem des naturwissenschaftlichen Denkbildes beschrieben. Die Autoren bemerken weiter, daß das »überraschende Erstarken der Ethik« der Gesellschaft eine Atempause verschaffen könne, die Zielsetzung des »wissenschaftlichen Menschenzüchtungsprogramms« noch einmal zu überdenken. Keinesfalls dürfe dieser Bereich »ausschließlich den Wissenschaftlern – ohne Rücksicht auf ethische Einwände oder politisch-juristische Normierung – « überlassen werden. Unter dem Eindruck der oben angeführten Erkenntnisse ist gegen diese Position einzuwenden, daß den Wissenschaftlern in diesem Bereich *gar nichts* überlassen werden darf. In Enquete-Kommissionen vorgetragene »ethische Einwände« und gesetzliche Regelungen sind auch da, wo sie nicht Teil einer geschickten Akzeptanzstrategie von Interessenten und Betreibern der Gentechnologie sind, angesichts der herrschenden politischen Bedingungen kaum in der Lage, auch nur ein annäherndes Gegengewicht zu den Innovationsinteressen der Industrie und dem Fortschrittsfanatismus der Wissenschaftler herzustellen, vor allem dann nicht, wenn sie die Gentechnologie garnicht verhindern, sondern nur kanalisieren wollen.

Im Schlußkapitel wird als »Paradoxie der Moderne« geschildert, daß die modernen Selektionstechniken (von der künstlichen Befruchtung über Retortenbabies und Leihmutterschaft bis zur Pränataldiagnostik und 'Abtreibung im Reagenzglas') »nicht etwa mit Hilfe staatlicher Zwangsprogramme umgesetzt, sondern (...) von einer aufnahmebereiten Öffentlichkeit nachgefragt (werden)«. Die Frage nach den Hintergründen dieser scheinbar freiwilligen Nachfrage wird nicht gestellt. Es wird weder darauf hingewiesen, daß die bundesdeutschen Humangenetiker keine Gelegenheit ausgelassen haben, die Nachfrage nach humangenetischer Beratung und Pränataldiagnostik zu steigern (die Palette reichte von regelrechten Werbefeldzügen in Tageszeitungen bis hin zur besonders widerlichen Ausnutzung der Tschernobyl-Katastrophe, um die ohnehin verängstigten Schwangeren nachgerade in Panik zu versetzen), noch wird geschildert, welche sozialpolitischen Mechanismen bei der Ausgrenzung behinderter Menschen wirksam sind und auf diese Weise die Nachfrage nach dem »gesunden Kind« auch unter Verzicht auf direkte Zwangsmaßnahmen sehr effektiv steuern.

Abschließend sei auf einige besondere Verzeichnungen dieses sich als Standardwerk zum Thema gerierenden Bandes hingewiesen. Lassen wir einmal das Beispiel Alfred Grotjahn beiseite (der Streit um den sozialdemokratischen Arzt und Rassenhygieniker, der von der reformistischen Linken lange Zeit völlig unkritisch als »Vater der Sozialhygiene« gefeiert wurde, ohne seinen Sozialrassismus und seine Aussonderungskonzepte gegen das »Lumpenproletariat« zu beachten, wurde vor vier Jahren eröffnet; er wird im Buch nicht angesprochen und die sozialrassistische und verhängnisvolle sozialtechnische Dimension von Grotjahns Werk weitgehend unterschlagen) und konzentrieren uns auf andere Beispiele für die offenbar bewußte Vermeidung einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlich-rationalen Fortschrittsbegriff und seinem Einfluß auf die Modernisierung der (NS-)Sozialpolitik.

Ignoriert wurden beispielsweise die Fundamente, die im Namen eugenischer Bevölkerungspolitik in grausamen Experimenten an Frauen in KZs und Haftanstalten für die Reproduktionsmedizin gelegt wurden. Dieser Zusammenhang ist ebenso wie das geheime »Projekt Samenbank«, in dem mit künstlicher Befruchtung experimentiert wurde, ein bisher kaum bekanntes Kapitel der Reproduktionsmedizin, die im Interesse der Rassenhygiene begründet wurde, und das in einem Standardwerk über Rassenhygiene und Eugenik nicht fehlen dürfte (siehe KONKRET 1/86).

Unterschlagen wird vor allem die Dimension der »sozialistischen Eugenik«. Gerade die Fortschrittsutopien und Machtansprüche der »wissenschaftlichen Linken« unter den Genetikern führten zu den Katastrophentheorien über den nahenden populationsgenetischen Verfall der Menschheit, die die nazistische Sozialbiologie noch einmal radikalisierten. Die Autoren gestehen zu, daß dieses »moderne« populationsgenetische Denken der dreißiger Jahre zu einer Verschärfung rassenhygienischer Konzepte geführt habe, ziehen sich in der Auseinandersetzung mit diesem Problem dann aber auf eine angeblich nicht exakt nachweisbare Wirkungsgeschichte zurück.

Regelrecht skandalös aber ist ihre Behandlung der Erbpsychiatrie. Das Buch verweist auf die Modernität der genetischen Psychiatrie, wie sie bereits in der Weimarer Zeit an Ernst Rüdins Kaiser Wilhelm-Institut für Psychiatrie in München betrieben wurde. Dieses Institut hat nicht nur Traditionen begründet, die auch die angelsächsische Psychiatrie bis heute beeinflußt haben, es hat entscheidenden Anteil an der Aussonderung und Vernichtung psychisch kranker Menschen gehabt. Hier hätte also die Möglichkeit bestanden, das Verhältnis zwischen Fortschritt und Vernichtung im Detail zu untersuchen, zumal eine jüngere amerikanische Studie den verhängnisvollen Einfluß der hier geborenen biologistischen Konzeptionen auf die amerikanische Psychiatrie belegt. Weder das Institut, noch Ernst Rüdin oder die Erbpsychiatrie werden jedoch zusammenhängend behandelt; Rüdins Einfluß wird so ein Stück weit unkenntlich gemacht.

Haben hier die beiden Humangenetiker Friedrich Vogel und Peter Propping, die die Autoren beraten und das Manuskript, wie im Vorwort bezeugt, mit ihrer Kritik begleitet haben, diskreten Einfluß genommen? Vogel und Propping zählen zu den

internationalen Vorreitern der durch die Gentechnologie wiederbelebten Psychogenetik und sind seit geraumer Zeit dabei, gerade die erbpsychiatrische Tradition des Rüdin-Institutes zu beerben. Anfang dieses Jahres war in einer medizinischen Zeitschrift zu lesen, daß unglücklicherweise gerade dieses Fachgebiet durch die NS-Zeit noch immer besonders belastet sei. Auch wurde beispielsweise ein von Propping mitgestaltetes Symposium zur psychiatrischen Genetik 1986 in Berlin bewußt aus dem Internationalen Kongreß für Humangenetik (der erste, der seit 1945 in Deutschland stattfinden konnte) ausgelagert und unter dem Tarnnamen »Münchener Genetik-Gespräch« mit handverlesenen Gästen durchgeführt. Hier sind die Autoren aufgefordert, schnellstens Klarheit zu schaffen. Im Gegensatz zu Müller-Hills aufsehenerregender Studie von 1984 (»Tödliche Wissenschaft«), die die Verbrechen der Genetik und Anthropologie im Nationalsozialismus für ein breites Publikum drastisch darstellte, wird »Rasse, Blut und Gene« unter den Humangenetikern kaum Aufregung hervorrufen. Nach Müller-Hills Buch konnte die Profession ihre Vergangenheit sowieso nicht mehr unter den Tisch kehren und diskutierte auf ihrer folgenden Jahrestagung hinter verschlossenen Türen bereits über die einzuschlagende Strategie. Seither haben die Humangenetiker die Flucht nach vorne angetreten und bekennen sich zur »schmachvollen Vergangenheit« ihrer Disziplin. Mit der vorliegenden Untersuchung werden sie gut leben können. Sie hat den Enthüllungen von Müller-Hill nichts Neues hinzugefügt und die Berührung mit den eingangs skizzierten weitergehenden Fragestellungen weitgehend vermieden.

Peter Weingart, Jürgen Kroll, Kurt Bayertz: Rasse, Blut und Gene. Rassenhygiene und Eugenik in Deutschland, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1988 752 S., Ln. 78 Mark, Kt. 58 Mark

Konkret 10/88, S. 24

El Salvador-Solidaritätsgruppen BRD/Westberlin

Waffen für El Salvador

Erklärung zur Gründung von El Salvador Libre e.V.

Seit acht Jahren reden die USA von Frieden und Demokratie für Mittelamerika und führen Krieg, meinen die Zerschlagung und Zermürbung der nationalen revolutionärem Volksprojekte und deren Unterwerfung unter ihren Hegemonieanspruch. Ein zweites Nicaragua soll es in ihrem »Hinterhof« nicht geben. Die Lektion, die sie allen um Befreiung kämpfenden Bewegungen erteilen wollen, lassen sie sich in El Salvador zwei Millionen Dollar täglich kosten, womit dieses Land die viertgrößte Militär- und Finanzhilfe der USA weltweit erhält. Für die Bevölkerung bedeutet diese Politik acht Jahre Krieg und Terror, 70.000 Tote, Massenexodus, Hunger und Verelendung. Doch es zeichnet sich immer deutlicher ab, daß die US-Strategen – wie schon in Vietnam – den Widerstand des Volkes unterschätzt haben.

Gegenüber 1980 – zum Zeitpunkt des ersten Aufrufs »Waffen für El Salvador« – haben sich die Bedingungen des Krieges jedoch geändert. Damals fehlte es der Guerilla an Waffen. Es galt, »eine Bevölkerung, die nur noch im bewaffneten Aufstand ihre Überlebenschance sieht, zu bewaffnen«. Die Volksorganisationen waren zerschlagen.

Nach der gescheiterten Generaloffensive 1981 konsolidiert die FMLN (Frente Farabundo Marti para la Liberacion Nacional) ihre militärischen Kräfte, baut in den von ihr kontrollierten Zonen kollektive Strukturen auf und hält so die Perspektive revolutionärer Veränderung wach. Die Befreiungsfront schafft die Voraussetzung, daß die Bevölkerung ihr Repressionstrauma von 1980/81 überwinden und an die politischen Erfahrungen in den Volksorganisationen der siebziger Jahre anknüpfen kann. Diese Tatsache wird ab 1983 zum entscheidenden Faktor bei der Reorganisierung der Massenbewegung.

1988 – nach acht Jahren Befreiungskampf – ist die Situation in El Salvador zugespitzt. Dies ist das Resultat einer Strategie, die den bewaffneten Kampf mit dem politischen, gewerkschaftlichen und diplomatischen Kampf effektiv zu verbinden wußte. Durch den von der FMLN systematisch ausgeweiteten Kampf haben sich in den vergangenen Jahren Guerilla und Volksbewegung zu einem hohen militärisch-politischen Niveau entwickeln können, das beispielhaft und von großer Bedeutung für die revolutionären Kämpfe in ganz Lateinamerika ist. Die FMLN hat ein Netz aus Stadtguerilla, Landguerilla und Milizen über das gesamte Territorium aufgebaut. Aber nicht nur die FMLN hat mit der Ausweitung ihrer Strukturen und äußerst flexiblen Taktiken auf die US-Kriegskonzeption geantwortet, die Bevölkerung hat trotz Repression und Kriegsbedingungen begonnen, große Bereiche des politischen, sozialen und kulturellen Lebens zu organisieren.

Die Massenbewegung konnte sich nicht nur verbreiten, sondern auch radikalisieren. Enteignungsaktionen in Supermärkten, Lebensmittelverteilungen in Armenvierteln, Land- und Fabrikbesetzungen, Streiks, Demonstrationen und militante Straßenaktionen, die eindeutig Sabotagecharakter haben, sind zu neuen Kampfformen geworden. In den Flüchtlingslagern entwickeln sich kollektive Strukturen; Flüchtlinge setzen ihre Rücksiedlung in ihre Herkunftsdörfer durch. Die Bewohner aus den Elendsvierteln San Salvadors und die Opfer des Erdbebens vom Oktober 1986 beginnen, sich zu organisieren und gegen die Repression zu wehren. Der vor zwei Jahren gegründete Gewerkschaftsdachverband UNTS mit 180 Einzelgewerkschaften und über 400.000 Mitgliedern schließt neue, breitere Bündnisse auf der Basis sozialer Plattformen, die überzeugend sind für alle von der Wirtschaftskrise Betroffenen.

Die FMLN/FDR (Frente Democratico Revolucionario) konfrontiert die Regierung Duarte seit Jahren mit ihrer Dialogbereitschaft. Duarte antwortet mit der absurden Aufforderung, die Waffen niederzulegen und sich in den »demokratischen« Prozeß einzugliedern. Das Volk will den Dialog, aber ohne Vorbedingungen. Es weiß sehr genau, daß die FMLN/FDR als legitime Vertreterin seiner Interessen den Dialog nur aus der Position der Stärke führen kann. Eine gesellschaftliche Perspektive, die die Ursachen des Krieges beseitigt, ist die einzige Lösung des Konflikts. Um dieser Perspektive zum Durchbruch zu verhelfen, braucht die FMLN Waffen.

Die US-Administration beantwortet die Forderungen des Volkes nach sozialer Gerechtigkeit und nationaler Unabhängigkeit mit einem ausgeklügelten Aufstandsbekämpfungskonzept, das das Marionettenregime und seine Armee ausführen. Sie reagiert in El Salvador – wie in Guatemala, den Philippinen, Haiti und überall dort, wo Widerstand wächst – mit einer integrierten Strategie der »Kriegsführung niederer Intensität«, die auf ökonomischer, politischer, militärischer und sozialer Ebene unterhalb der Schwelle des Einsatzes regulärer US-Truppen und auch unterhalb der Reizschwelle westlicher Medien interveniert. Es ist ein Konzept, das von der Unterwanderung der Gewerkschaften, der Bestechung und nötigenfalls der Ausschaltung ihrer Führer, über Pseudoagrarreformen und »Hilfsprogramme« für die Bevölkerung bis zur psychologisch-ideologischen Kriegsführung mit Hilfe der Medien geht. Die klassischen Mittel der Aufstandsbekämpfung – Bombardierung der Zivilbevölkerung, Terror und Mord – werden in El Salvador jedoch weiterhin angewendet. Die Installierung scheindemokratischer Regierungen ist ein wesentlicher Faktor dieser Aufstandsbekämpfungsstrategie. In El Salvador ist dieses Modell, das die Regierung des Christdemokraten Duarte repräsentieren sollte, gescheitert.

Die völlige Anbindung an die Interessen der USA und die Aufgabe jeglicher nationaler Souveränität, Korruption, Konkurrenzkampf, Perspektivlosigkeit und interne Spaltung der Christdemokraten sowie die Unfähigkeit Duartes, das Land aus der ökonomischen Krise zu führen und dem Volk den versprochenen Frieden zu bringen, führten zu einer weiteren Polarisierung im Land, die sich in der Niederlage der Christdemokraten bei den letzten Wahlen ausdrückt. Dieses Machtvakuum kann die FDR als Verbündete der FMLN zusammen mit der neugegründeten Convergencia Democratica besetzen und damit verhindern, daß die US-Strategen eine neue politische Mitte herstellen.

Das Scheitern des US-»Demokratisierungs«-Modells wird die USA zu einer Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen zwingen; d. h. zur Erhöhung der US-Militärhilfe und zu verstärktem Terror gegen die Zivilbevölkerung. Für die internationale Solidarität kommt es in dieser Situation darauf an, die

- materielle und politische Unterstützung der FMLN zu verstärken, –

die Militär- und Finanzhilfe für das Regime zu blockieren, –

die politische und ökonomische Unterstützung durch die europäische Christdemokratie – an ihrer Spitze die BRD-Regierung – anzugreifen.

Das Waffenkonto ist ein praktischer Ausdruck unserer Unterstützung der FMLN. Über 4 Millionen DM hat die Solidaritätsbewegung der BRD in acht Jahren auf das Waffenkonto gespendet. In den letzten Jahren ist diese Unterstützung politisch wie materiell zurückgegangen. Das kann nicht nur durch das Verschweigen des Waffenkontos und eine die Befreiungsbewegungen ablehnende Berichterstattung erklärt werden. Es hat auch damit zu tun, daß viele damals nach dem Sieg der Sandinisten auf einen schnellen Sieg der FMLN hofften. Sie wandten sich enttäuscht ab, als der Krieg vor allem durch die US-Intervention verlängert wurde, und sich ein mühsamer Prozeß von Aufbau revolutionärer Strukturen und Gegenmacht entwickelte, in dem es auch zeitweise zu harten internen Auseinandersetzungen kam.

Für uns geht es aber nicht darum, von hier aus die erwünschte Gradlinigkeit und Makellosigkeit des revolutionären Prozesses in El Salvador zu überwachen, sondern dessen Dynamik zu begreifen, davon zu lernen und ihn solidarisch zu begleiten. Kontinuierliche Solidarität bedeutet für uns, die Zusammenhänge von Ausbeutung und Unterdrückung hier und in der »Dritten Welt« aufzuzeigen und das internationale Kapital und seine Instrumente – wie IWF/Weltbank – zu bekämpfen.

In El Salvador haben das Volk und die FMLN die Machtfrage gestellt. Das Konto »Waffen für El Salvador« zwingt uns zur Auseinandersetzung mit dem Recht der Völker, den Kampf für nationale Souveränität und soziale Gerechtigkeit bewaffnet zu führen. Es ist unsere Antwort auf den Versuch der Herrschenden, Klasseninteressen weltweit zu verwischen, Spaltung statt Solidarität zu fördern, uns die Form unserer Solidarität vorschreiben zu wollen. Wir wissen, daß der Sieg in El Salvador international neue Handlungsspielräume für revolutionäre Bewegungen eröffnet. Jede Schwächung des gemeinsamen Feindes – egal wo – wirkt sich international aus. Jeder Sieg eines Volkes gegen den Imperialismus ist auch unser Sieg und stärkt unsere Kraft.

El Salvador-Solidaritätsgruppen

BRD/Westberlin

Kasten auf Seite 24 » Erklärung zur Gründung von El Salvador Libre e.V.«

Im Jahre 1980 hatte der Verein der »Freunde der alternativen Tageszeitung« mit großer Mehrheit beschlossen, den Aufruf »Waffen für El Salvador« zu veröffentlichen und ein Spendenkonto einzurichten, auf dem bis heute über vier Millionen Mark eingegangen sind. Diese Spenden sind der salvadorianischen Befreiungsbewegung Frente Farabundo Marti de Liberacion Nacional (FMLN) überwiesen worden. Im Aufruf der »tageszeitung« hieß es damals:

Der Krieg in El Salvador ist in eine neue Phase getreten. Die Militärregierung, unterstützt von den USA, Guatemala und Honduras, hat mit ihren Truppen und den von den USA bezahlten, ausgerüsteten und befehligten Söldnerkommandos eine großangelegte Offensive zur Ausrottung der Opposition eingeleitet... Die Solidaritätskomitees. . . müssen die politische Alternative, die revolutionäre Umwälzung, benennen und unterstützen – und der einzige Weg dahin ist in El Salvador der bewaffnete Kampf.

Die in diesen Sätzen zum Ausdruck gebrachte Haltung hat die »tageszeitung« in den letzten Jahren mehr und mehr aufgegeben: Das Waffenkonto wurde immer seltener abgedruckt, die Berichterstattung über die FMLN und andere Befreiungsbewegungen wurde immer distanzierter. Es mehrten sich die Stimmen von leitenden »taz«-Redakteuren, die eine Unterstützung des bewaffneten Kampfes von Befreiungsbewegungen ablehnten und für eine Aufgabe des Waffenkontos plädierten. Forderungen der Solidaritätskomitees, die »taz« möge zur Solidarität mit dem salvadorianischen Volk zurückkehren und das Waffenkonto reaktivieren, wurden zurückgewiesen.

In dieser Situation entschlossen sich die Komitees, das Waffenkonto und die Solidarität mit der Befreiungsbewegung auf eine breitere Basis zu stellen: Sie entwarfen den Plan, verschiedene Publizisten und Medien, die sich anders als die »tageszeitung« und andere ehemals »linksradikale« Publikationen und Journalisten nicht zu sozialdemokratischen Befriedungsmodellen bekehrt hatten, für die Fortführung des Waffenkontos und der politischen Solidaritätsarbeit zu gewinnen. Die »taz« wurde aufgefordert, sich an der Reaktivierung des Waffenkontos zu beteiligen und das Konto, dessen Führung nach wie vor beim Verein der Freunde der »taz« liegt, einem neuen Trägerverein zu übergeben. Diese Forderung wurde vom Plenum der »taz« abgelehnt: Auch exponierte Gegner des Waffenkontos ließen sich von dem Argument beeindrucken, daß dessen Aufgabe die »taz« den Abgang von »fünf- bis achttausend Abonnenten« (Christian Ströbele) kosten werde, Zusammenarbeit mit anderen Publizisten und Medien, die die Kampagne »Waffen für El Salvador, unterstützen wollen, wurde ebenfalls abgelehnt.

Die Solidaritätskomitees haben daraufhin beschlossen, die politische und materielle Solidarität mit der FMLN nicht den betriebswirtschaftlichen Erwägungen der »tageszeitung« zu unterwerfen und die Reaktivierung des Waffenkontos auch gegen den Willen der »taz«-Freunde anzugehen. Nach intensiven Gesprächen mit linken Publizisten und Medienvertretern entschlossen sie sich, mit diesen den Verein »EL SALVADOR LIBRE e.V.« zu gründen, dessen Gründungsvorstand neben zwei VertreterInnen der Solidaritätsgruppen der Arzt Ralf Syring, die Bundestagsabgeordnete Ellen Olms, die Publizisten Karl-Heinz Roth und Hermann L. Gremliza angehören.

EL SALVADOR LIBRE wird die politische Vertretung der Kampagne »Waffen für El Salvador« übernehmen und sich für eine möglichst breite publizistische Unterstützung des salvadorianischen Befreiungskampfes einsetzen. Da die »taz« das von ihr geführte Waffenkonto aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht abgeben oder für andere Träger öffnen will, ihr andererseits aber eine korrekte Buchführung attestiert werden kann, wird EL SALVADOR LIBRE e.V. bis auf weiteres kein neues Waffenkonto einrichten, sondern auch in anderen Medien zu Spenden auf das von der »taz« geführte Waffenkonto aufrufen.

Konkret 10/88, S. 26

Irmela Hannover

Der perfekte Mord

Der Justiz der Bundesrepublik ist es gelungen, alle on der Ermordung des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann beteiligten SS-Männer von Strafe freizuhalten: ob durch Unterlassung und Verschleppung von Ermittlungen, ob durch Angriffe auf Zeugen oder höchstrichterliche Alibi-Konstruktionen

»Der gefangene Ernst Thälmann ist sehr stark, viel stärker als seine Peiniger, die ihn verschwinden lassen möchten und es nicht wagen.« Heinrich Mann im Jahre 1936. Dr. Friedrich Roetter, der von den Nazis für den seit 3 Jahren ohne Anklage inhaftierten KPD-Führer bestellte Pflichtverteidiger, war gerade nach Paris geflohen, wo er der Weltöffentlichkeit die Details eines geplanten Justizmordes vorlegte. Damit war die Inszenierung eines perfekten Mordes an Ernst Thälmann eigentlich bereits im Planungsstadium gescheitert: Die mit dem Pflichtverteidiger abgesprochenen Prozeßschritte zum schon vorab verabredeten Todesurteil konnten nach dem »Verrat« des NSDAP-Anwalts als scheinrechtsstaatliches Schauspiel nicht mehr aufgeführt werden. Angesichts des internationalen Interesses an dem Prozeß – allein aus dem Ausland hatten sich über 1000 Journalisten angekündigt – entschloß sich das Nazi-Regime, auf die »Generalabrechnung mit dem Kommunismus« zu verzichten. Das Tribunal wurde vom »Volksgerichtshof« abgesetzt und die Untersuchungshaft aufgehoben. Das bedeutete aber keinesfalls Freiheit für den prominentesten Häftling der Nazis. Man nahm ihn vielmehr sofort in Schutzhaft, »da Sie sich zweifellos im Falle einer Entlassung wieder im kommunistischen Sinne betätigen würden«. Und so gelang es den Peinigern Thälmanns doch noch, den populären Arbeiterführer verschwinden zu lassen: 11 Jahre Schutzhaft in absoluter Isolation und schließlich 1944 dann doch: der perfekte Mord.

Daß der Mord perfekt war, wissen wir seit dem 29. August 1988. Genau 44 Jahre und 11 Tage nachdem Thälmann im Krematorium des KZ Buchenwald von Mitgliedern des SS-Kommandos »99« erschossen wurde, wird das letzte noch lebende Mitglied dieses Exekutionskommandos vom Landgericht Düsseldorf freigesprochen. Begründung: Es sei dem damaligen SS-Stabsscharführer und Leiter der Schreibstube des KZ Buchenwald, Wolfgang Otto, nicht mit Sicherheit nachzuweisen, daß er an der als »Sonderbehandlung« deklarierten Exekution des berühmten Häftlings teilgenommen hat.

»Versuchen Sie einmal, sich für zwei Minuten in einen Terroristenprozeß mit anderen politischen Vorzeichen zu versetzen. Versuchen Sie sich vorzustellen, daß in allen Protokollen und Zeugenaussagen, die wir hier gehört haben, überall da, wo der Name Wolfgang Otto steht, der Name Andreas Baader oder der Name Peter-Jürgen Boock stehen würde; und dann stellen Sie sich bitte vor, ein Staatsanwalt würde sich für einen Freispruch ins Zeug legen mit der Begründung, dem Angeklagten könne nicht mit letzter Sicherheit nachgewiesen werden, daß er auch an dieser Exekution mitgewirkt habe. Das ist unvorstellbar.« Eine rhetorische Aufforderung des Vertreters der Nebenklägerin Irma Gabel-Thälmann, RA Heinrich Hannover, in seinem Schlußplädoyer an das Landgericht Düsseldorf. In der Tat wurde damit dem Gericht zu viel Phantasie abverlangt. NS-Verbrecher als das zu sehen, was sie sind, nämlich Terroristen im Staatsauftrag, überforderte bisher noch jedes bundesdeutsche Gericht, so auch das Düsseldorfer. Denn was für Terroristen gilt, gilt noch lange nicht für NS-Verbrecher. Die unterschiedliche politische Herkunft und Motivation der Täter macht aus dem einen vor Gericht einen Mörder, aus dem anderen im günstigsten Fall einen Gehilfen, im schlimmsten: einen Unschuldigen. Einen »Unschuldigen« wie Wolfgang Otto.

Und einen »Schuldigen« wie z. B. Peter-Jürgen Boock. Während der eine als Mittäter des Schleyer-Mordes 1977 verurteilt wird, obwohl er zum fraglichen Zeitpunkt krank in Bagdad lag, wird der andere freigesprochen, weil ihm nicht nachzuweisen ist, daß er bei der Exekution Thälmanns physisch anwesend war. Und selbst wenn ihm das hätte nachgewiesen werden können, hätte ihn das noch nicht zum (Mit-)Täter gemacht, allenfalls zum Gehilfen bei der Umsetzung eines Mordbefehls. Die Logik dieser derart widersprüchliche Ergebnisse zeitigenden juristischen Konstruktion liegt im Kotau der Justiz vor dem Untertanengeist, was angesichts des eigenen NS-Engagements zumindest nicht verwundert: Leute wie Otto, die z. B. in der Schreibstube der Kommandantur des KZ Buchenwald tätig waren und über deren Schreibtisch nicht nur alle Exekutionsbefehle gingen, sondern die auch zuständig waren für die bürokratische Abwicklung der Exekutionen vor Ort (wenn sie nicht sogar, wie eingestandenermaßen Otto, an einigen Exekutionen selbst als Schützen teilnahmen) – solche Leute gelten als willenlose Werkzeuge, die »die Tat nicht als ihre eigene wollten«, sondern nur untertänigst Befehle der drei großen »Täter« Hitler, Himmler und Heydrich ausführten. O-Ton Otto: »Ich habe keinen Gedanken daran verschwendet, ob das rechtmäßig ist oder nicht. Wenn eine oberste Behörde das verfügt, dann muß ich das akzeptieren.«

Die RAF hingegen war oder ist – so lautet das unverdiente Kompliment bundesdeutscher Richter, die es auch nicht als solches verstehen – basisdemokratisch organisiert. Gemeint ist damit: Jede Tat wurde bis ins letzte Detail von allen im »Kollektiv RAF« diskutiert und gemeinsam beschlossen, so daß das einzelne Mitglied nicht nur nicht am Tatort anwesend sein mußte, sondern weitab jeglicher »Tatherrschaft« in Bagdad weilen konnte, um dennoch zum Täter mit kollektivem Tatvorsatz zu werden. Dieses Abstellen auf rein subjektive, innere Tätermerkmale (die gemeinsame RAF-Gesinnung), ist

nicht nur rechtsstaatlich bedenklich und typisch für die politische Strafjustiz, sondern steht auch der Realität einer illegal arbeitenden, von ständiger Verhaftung ihrer Mitglieder bedrohten Organisation entgegen. Die Rechtskonstruktion der kollektiven Begehung eines Verbrechens würde hingegen dort Sinn machen, wo NS-Täter zur Abstrafung stehen, wo der Weg eines Befehls über all die vielen geschmierten Rädchen der ins Verbrechersystem eingespannten Bürokraten bis hin zum Mann am Ende der Kette, der »sich die Hände schmutzig macht«, eine einheitliche Handlungsfolge bildet. »Die Tätigkeit eines jeden Mitglieds eines Vernichtungslagers stellt vom Eintritt in das Lager – womit in aller Regel sofort die Kenntnis von dessen Aufgabe, Tötungsmaschinerie zu sein, verbunden war – bis zu seinem Ausscheiden eine natürliche Handlung dar, was immer es physisch zur Verwaltung des Lagers und damit zur Endlösung beigetragen hat. Es hat fortlaufend, ununterbrochen mitgewirkt.«

Diese vom ehemaligen hessischen Generalstaaatsanwalt Fritz Bauer 1967 vertretene Rechtsansicht hat sich in der Bundesrepublik nie durchsetzen können. Sie hätte das sowohl historisch wie rechtlich unmögliche Aufdröseln z. B. der »Endlösung der Judenfrage« in lauter Einzeltaten von Einzeltätern unnötig gemacht. Der alte Mordparagraph gibt für eine solche Handhabung aber auch keine ausreichende Grundlage, weil der Verbrechertypus »Mittäter im Tötungskollektiv« nicht vorgesehen, oder besser: nicht vorstellbar gewesen war. Und daß der 1954, nach Verabschiedung eines UNO-Abkommens, auch ins bundesdeutsche StGB eingeführte Paragraph 220a, »Völkermord«, nicht auf NS-Verbrecher angewendet werden konnte, dafür sorgte das »Rückwirkungsverbot« des Artikels 103 Absatz 2 Grundgesetz, der die rückwirkende Anwendung von Strafbestimmungen ausschließt. Dieser durchaus wichtige rechtsstaatliche Grundsatz muß die Verfolgung von NS-Tätern nach den neuen Tatbestandsmerkmalen des Völkermordes aber nicht zwangsläufig verhindern, wie der entsprechende Artikel in der Europäischen Menschenrechtskonvention beweist. Die Konvention macht in ihrem Artikel 7 Absatz 2 dann eine Ausnahme vom Rückwirkungsverbot, wenn eine Handlung »im Zeitpunkt ihrer Begehung nach den von den zivilisierten Völkern allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen strafbar war.« Diesen Artikel 7 Absatz 2 hat die Bundesregierung nicht ratifiziert.

Immerhin: Ein bundesdeutsches Gericht hatte es trotzallem geschafft, den ehemaligen Spieß Otto als Gehilfen an der Ermordung Thälmanns zu verurteilen. Zusätzlich dadurch behindert, daß das Verfahren über Jahrzehnte hinweg von einer völlig desinteressierten Staatsanwaltschaft verschleppt worden war, hatte das Landgericht Krefeld 1984 durch akribische Kleinarbeit die Beteiligung des Einzeltäters Otto an der Einzeltat »Exekution Thälmann« nachgewiesen. Es verurteilte Otto nicht als Schreibtischmörder, wofür nach Ansicht des Nebenklagevertreters der geltende Mordparagraph auch eine ausreichende Grundlage abgegeben hätte, es verurteilte ihn vielmehr – revisionssicher, wie es glaubte – als Mordgehilfen, weil er bei der Exekution Thälmanns anwesend gewesen sei. »Lebensfremd« nämlich erschien dem Gericht die Annahme, »daß er ausgerechnet an dieser Exekution nicht teilgenommen hat.«

Die geradezu revolutionäre Neuerung in der bundesdeutschen Rechtsprechung durch das LG Krefeld bestand dabei in einer Beweiswürdigung, die aus der Funktion des Angeklagten im KZ auf seine Teilnahme an dem Mord schloß. Seine bürokratische Funktion innerhalb der Mordmaschinerie wird im Urteil so beschrieben: »Die Anordnung zur Exekution selbst wurde jeweils vom Kommandanten getroffen. Sie gelangte über den Adjutanten zum Angeklagten. Dieser gab die Anordnung weiter an den Arzt und die sonst an der Exekution beteiligten Personen. Soweit der Angeklagte bei Exekutionen als Protokollführer teilnahm, stellte er die Identität der zu exekutierenden Personen fest, notierte er sich den Todeszeitpunkt, der vom anwesenden Arzt mitgeteilt wurde, und erstellte er in der Schreibstube den Entwurf des Exekutionsprotokolls, welches vom Adjutanten abgezeichnet und anschließend vom Kommandanten unterschrieben wurde. Das Original des Protokolls wurde alsdann dem SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt zugeleitet, die Durchschrift verblieb bei den Exekutionsakten, die sodann vom Angeklagten als erledigt abgelegt wurden. Außerdem wurde dem Reichssicherheitshauptamt eine Vollzugsmeldung über die Exekution erstattet.« Das war, wie Ralph Giordano es nannte, »die historische Begegnung der Beamtenseele mit dem Staatsverbrechen«.

Beamtenseele scheint er noch heute zu sein: Grau, ja aschfahl, sitzt Otto zwischen seinen beiden Anwälten, spricht kaum und wenn, dann nur nach Aufforderung, er scheint völlig unselbständig. Merkwürdig unbeteiligt stenografiert er Zeugenaussagen mit, so als säße er noch immer auf der Schreibstube und erfülle seine Pflicht. In den Pausen meist allein, packt er sein mitgebrachtes Butterbrot aus, faltet das Pergamentpapier zusammen, geht ein bißchen auf und ab – der freundliche Nachbar von nebenan aus dem Örtchen Geldern. Schwer vorstellbar, daß diese graue Erscheinung Mensch die jungen sowjetischen Kriegsgefangenen, kurz bevor sie an einfachen Haken im Keller des Krematoriums aufgehängt wurden, nach ihren Namen fragte, um sie dann nach ihrer Tötung abzuhaken. Diese Art der Exekution nannte Otto »noch weniger ästhetisch« als das, was er im Pferdestall gesehen hat, wo Kriegsgefangene im Laufe einer vermeintlichen ärztlichen Untersuchung hinterrücks erschossen wurden. Da hat er dann schon mal zur Übertönung der Schüsse »gefälligere Musik« im Radio eingestellt. Manch Spätgeborener oder die vielen im Gerichtssaal anwesenden ehemaligen KZ-Häftlinge mögen gestaunt haben, als dieser Mann 45 Jahre später in eine Fernsehkamera sagte: »Wie soll ich einen Freispruch nicht erwarten, wenn ich doch nichts getan habe?!« – der Bundesgerichtshof gibt ihm da allemal recht.

Denn: »Getan« im strafrechtlichen Sinne als »Täter« hat nach Ansicht der obersten Richter nur der etwas, der über einen Befehl hinaus z. B. als sadistischer Exzeßtäter sich hervorgetan hat und damit erkennbar »fremde verbrecherische Ziele zu

seinen eigenen machte« . Doch Otto ist nicht Exzeßtäter . Otto ist Untertan. Die Verurteilung dieses braven Untertanen wegen schlichter Pflichterfüllung im Einzelfall Thälmann paßte den Bundesgerichtshofrichtern so offensichtlich nicht ins Konzept der garantierten Exkulpierung von NS-Verbrechern, daß sie etwas taten, was einem Revisionsgericht eigentlich nicht zusteht: Es beanstandete die Krefelder Beweiswürdigung: »Die Bindung des Revisionsgerichts an die Überzeugung des Tatrichters vom Tatgeschehen gilt nur, wenn... sich die Schlußfolgerungen nicht so sehr von einer festen Tatsachengrundlage entfernen, daß sie letztlich bloße Vermutungen sind...« Das sagte derselbe 3. Strafsenat, der die Vermutung des OLG Stuttgart, Boock habe den Mord an Schleyer mitgeplant, organisiert und gewollt, bestätigte und deswegen den Schuldspruch aufrechterhielt. Der Senat steuerte dann selbst noch eine eigene Vermutung bei: Das Mitglied des Exekutionskommandos »99«, der Stabsscharführer Otto, habe sich womöglich zum Tatzeitpunkt gar nicht im Lager aufgehalten, somit weder einen Befehl erhalten noch am Tatort anwesend sein können.

Das war eine Idee, auf die bisher noch keiner gekommen war, und die einen Freispruch zu garantieren schien. Als dann aber über die Generalstaatsanwaltschaft der DDR völlig überraschend Fernmeldebücher in das Verfahren eingeführt wurden, die für die fragliche Mordnacht vom 17. auf den 18. August 1944 Eintragungen von Otto enthielten, da flog die Geschichte von der in einem Hotel bei Weimar wartenden Ehefrau, die Otto zu seinem Geburtstag dort besucht haben wollte, als peinliche Lüge auf. Die Fernmeldebücher hatten übrigens Jahrzehnte im Bundesarchiv in Koblenz gelagert, bis sie im Rahmen des Kulturabkommens in die DDR überführt worden waren, wo es eine mit einem größeren Verfolgungseifer ausgestattete Staatsanwaltschaft endlich für nötig befand, sie auszuwerten.

Daß das Düsseldorfer Gericht am ~ 29.8.88 schließlich dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Freispruch Ottos folgte, war trotz ihrer realistisch-pessimistischen Erwartungshaltung für die meisten der Prozeßbeobachter eine große Enttäuschung. Immerhin konnte dieser Freispruch angesichts der durch die Fernmeldebücher geschaffenen neuen Beweislage nur gelingen, indem die drei Hauptbelastungszeugen entweder ganz oder im entscheidenden Punkt für unglaubwürdig erklärt wurden. Mochte dies beim seit über 20 Jahren verstorbenen Zeugen Markian Zgoda noch leicht gefallen sein, weil er als einziger Augenzeuge sich bei Vernehmungen insbesondere durch den sich antikommunistisch profilierenden Staatsanwalt Dr. Korsch (O-Töne: »Im KZ saßen nicht nur edle Menschen« und »Abgerundet wird das Bild des Angeklagten durch die Tatsache, daß er in den fünfziger Jahren kommunistische Flugblätter verteilt hat«) in Widersprüche verwickelte, so mußte sich das Gericht beim Zeugen Fuchs erheblich anstrengen.

Die Aussage des »absolut glaubwürdigen Zeugen Fuchs«, wie der letzte Überlebende des Buchenwalder Leichenträgerkommandos, Zbiegnew Fuchs, in der mündlichen Urteilsbegründung durch den Vorsitzenden Enno Legde immer angesprochen wurde, gehörte sicherlich zu den erschütterndsten Zeugenaussagen dieses Prozesses. Dem Eindruck seiner Schilderungen der Vorgänge in Pferdestall und Krematorium, die er miterleben mußte, konnten sich weder das Krefelder noch das Düsseldorfer Gericht entziehen. Und Zbiegniew Fuchs, der immer dort, wo seine Erinnerung nachließ, von sich aus relativierte und einschränkte, konnte sich an eine Sache genau erinnern. An das Datum der Nacht, in der er den Of en anheizen mußte, in der er später in seiner verschlossenen Unterkunft das Auto und dann die Schüsse hörte, und an den Morgen, als er die Asche aus dem Ofen holte, die verkohlte Uhr mit den Initialen E.T. fand und ihm der Kapo sagte: »Das war Ernst Thälmann«. Drei Tage zuvor nämlich, am 14. August, dem Tag, an dem in der Wolfsschanze Himmler auf Befehl Hitlers hinter den Punkt Nr. 12 »Thälmann«: »ist zu exekutieren« schrieb, hatte Fuchs Geburtstag.

Das aber war dem Gericht kein ausreichender »Erinnerungsanhaltspunkt«, hier könnte sich der »absolut glaubwürdige Zeuge« – übrigens gemeinsam mit anderen Zeugen – irren. Auf diese Weise hatte das Gericht ganz schnell den Beweistrumpf aus der DDR vom Tisch: Die tatsächliche Mordnacht sei nicht feststellbar, sie liege irgendwann zwischen dem 14., dem Tag von Hitlers Mordbefehl, und dem 24. August, dem alliierten Bombenangriff auf Buchenwald. Damit sei aber auch das Beweismittel »Fernmeldebuch« wertlos.

Der dritte Belastungszeuge, wegen Altersdemenz schon in Krefeld nicht mehr vernehmungsfähig, inzwischen verstorben, war der ehemalige SS-Angehörige und Standesbeamte in Buchenwald, Fricke. Ihm gegenüber hatte Otto zugegeben, an der Exekution Thälmanns beteiligt gewesen zu sein. Man könne ihm aber nichts anhaben, hatte Otto gemeint, denn nicht er, sondern Barnewald habe geschossen. Nicht zuletzt wegen dieses Entlastungsversuchs, der typisch für die Verdrängungs- und Untertanenhaltung des Angeklagten sei, hatte das Landgericht Krefeld die Aussage des Zeugen Fricke als glaubwürdig gewürdigt. Nicht so die Staatsanwaltschaft und das Landgericht Düsseldorf, die nicht glauben wollten, daß jemand wie Otto sich freiwillig einem SS-Kameraden »auslieferte«. Dazu Rechtsanwalt Hannover in seinem Schlußplädoyer: »Fricke war für Otto damals der ehemalige SS-Kamerad, der auf den gemeinsamen SS-Grundsatz 'Unsere Ehre heißt Treue' eingeschworen und mit Otto durch das gleiche Interesse verbunden war, den Amerikanern keine gegenseitig belastenden Aussagen zu liefern... Daß Fricke dann zu einem der ganz wenigen ehemaligen SS-Mitglieder wurde, die belastende Angaben gegen ihre früheren Kumpane gemacht haben, konnte Otto damals nicht voraussehen. Herr Staatsanwalt Leißen hat denn auch für dieses ungewöhnliche Verhalten keine andere Erklärung als die, Frickes Altersdemenz um 20 Jahre zurückzuverlegen. Wer in NS-Verbrecher-Verfahren der Wahrheitsfindung dient, muß ja schon immer ein bißchen verrückt gewesen sein.«

Der Thälmann-Prozeß ist zu Ende, denn daß der BGH dieses offensichtlich gewünschte Urteil noch einmal aufheben wird, ist kaum vorstellbar. Er ist verloren, aber war er deswegen umsonst? Hier endlich kann man dem vorsitzenden Richter Enno Legde, der die durch seine aufmerksame und sachliche Verhandlungsführung geweckten Hoffnungen mit seiner Urteilsbegründung so sehr enttäuschte, zustimmen: «Wenn dieser Prozeß überhaupt einen Sinn hatte«, sagte er, als sich die Empörung anläßlich des Freispruchs wieder gelegt hatte, »dann den, an die Morde im KZ Buchenwald zu erinnern und an die Leiden Ernst Thälmanns, der bis zum bitteren Ende für seine Überzeugung eingestanden ist. Man muß kein Kommunist sein, um diese Haltung zu würdigen.« Mit diesem Schlenker und einem Hinweis auf den Rechtsstaat, der uns angeblich die Hände bindet, wird das Urteil sicherlich auch gegenüber der DDR gerechtfertigt werden. Für die bitter enttäuschte Irma Gabel-Thälmann wird es kaum ein Trost sein, daß der Freispruch des letzten wegen Mordes an ihrem Vater Angeklagten mit einem liberalen Spruch auf Ernst Thälmann garniert wurde.

Konkret 10/88, S. 30

Hermann Reineck; Herbert Sehring

Umwelt statt Geschichte

Der Produzent des Giftes, mit dem in Auschwitz zwei Millionen Menschen ermordet wurden, ist dennoch in Verruf geraten: Umwelt-Politiker mußten feststellen, daß Zyklon B »ökologisch unverträglich« ist

Mitte Juni 1987 meldete die »Frankfurter Rundschau«: »Proteste gegen geplantes Chemiewerk im Osthafen – Ökoinstitut sieht Gefahren sogar für Offenbach«. Dann steht auf einmal der Name da: Degesch – Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung. Was, *die* gibt es noch? Aber in dem Artikel findet sich kein Hinweis auf Zyklon B. Auschwitz, Gaskammern. Wußte es die Zeitung nicht? Hatten vielleicht auch die Grünen im östlichen Stadtteil keine Ahnung, die wenige Tage später eine Informationsveranstaltung zur Degesch und dem geplanten Chemiewerk durchführen? Anderthalbstündige Vorträge über roten und weißen Phosphor, Brandgefahr, Giftwolken und die Rechtsproblematik bei Einwendungen gegen die Firma, gefolgt von einer lebhaften Diskussion, die Referenten des Öko-Instituts und der anwesende Umweltdezernent der Stadt Offenbach werden ausführlich befragt. Anschließend verweist jemand kurz auf die nationalsozialistische Vergangenheit der Degesch. Der Versammlungsleiter verkrampft zusehends und bekommt einen roten Kopf, die Spezialisten vom Öko-Institut Darmstadt sehen böse aus, als sei etwas Unanständiges gesagt worden. Es gibt keine Rückfragen, die Diskussion ist vorbei, und der Leiter verkündet umgehend das Ende der Versammlung.

15 Monate später kann jener Abend als typisch gelten. Immer noch wird beim Thema Degesch eifrig über Chemie gestritten, aber zu den Gaskammern der Nazis geschwiegen. Tatsächlich wären die Degesch und ihr Zyklon B ja auch in Vergessenheit geblieben, wenn sich die Firma nicht durch den Antrag auf Erweiterung ihrer Produktionsanlagen in Frankfurt selbst in Erinnerung gebracht hätte.

Die Degesch wurde 1919 in Frankfurt gegründet. Sie stellte sogenannte Schädlingsbekämpfungsmittel aus der hochgiftigen Blausäure her und gehörte zu je 42,5 Prozent der IG Farben und der Degussa. Die einzelnen Bestandteile des Zyklon produzierte sie nicht selbst, sondern koordinierte die Herstellung in verschiedenen chemischen Werken. Vor allem sorgte sie für den Vertrieb sowie die Ausbildung von Personal im Umgang mit dem Gas. Durch einen Vertrag mit IG Farben und Degussa wurde die Degesch zum Vertriebsorgan für sämtliche »Schädlingsbekämpfungsmittel« aller beteiligten Firmen. Formal zwar eine selbständige Gesellschaft war die Degesch faktisch eine ausgegliederte Giftgas-Spezialabteilung von IG und Degussa. Auf dem Weltmarkt hatte sie eine monopolartige Stellung inne. Mit Beginn des Krieges und der Errichtung riesiger Konzentrationslager stieg der Bedarf an Zyklon enorm an. Zunächst, um die Fleckfieber übertragende Kleiderlaus zu bekämpfen, die sich unter Wehrmachtsangehörigen und Lagerinsassen ausbreitete. Ein zentraler Arbeitsausschuß im Nazi-Rüstungsministerium war für die Zuteilung des Zyklon zuständig (Ausschußvorsitzender: Degesch-Direktor Dr. Gerhard Peters). Die Lieferung des Gases erfolgte an den Hauptsanitätspark von Wehrmacht und SS und auch direkt an die einzelnen Konzentrationslager. So kam das Gas in die Hände der SS, die ihre Leute von der Degesch auch zum Vergiften ausbilden ließ.

Im Sommer 1941 erhielt der Kommandant von Auschwitz, Höß, von Himmler den Befehl, Auschwitz-Birkenau zum Vernichtungslager auszubauen. Auf der Suche nach einem geeigneten Tötungsmittel stieß man auf das Zyklon B. mit dem am 3.9.41 die ersten knapp 1.000 Häftlinge ermordet wurden. Nicht nur, weil es im Lager vorhanden war, sondern noch aus einem anderen Grund ist es alles andere als ein Zufall, daß ein »Schädlingsbekämpungsmittel« zur Menschenvernichtung eingesetzt wurde. »In der deutschen Propaganda waren die Juden häufig als Ungeziefer dargestellt worden. Frank und Himmler hatten wiederholt konstatiert, die Juden seien Parasiten, die man wie Ungeziefer ausrotten müsse – mit der Einführung des Zyklon B in Auschwitz war dieser Gedanke Wirklichkeit geworden« (Raul Hilberg, »Die Vernichtung der europäischen Juden«, Berlin 1982).

Allein nach Auschwitz lieferte die Degesch 23.000 kg Zyklon. Zwischen 1942 und 1944 wurden damit etwa 2 Millionen Menschen ermordet. Die Verantwortlichen des Unternehmens wußten, daß ihr Gas zur Menschenvernichtung eingesetzt wurde. So entfernte die Firma auf Drängen der SS einen der Blausäure sonst beigemischten Geruchswarnstoff, damit die Tötungsrate weiter erhöht werden konnte; oder, wie es der Lagerkommandant von Auschwitz ausdrückte: »Damit die Schweine es nicht riechen können.«

Nicht einmal das ist der Degesch später zum Verhängnis geworden, im Gegenteil: Nach sieben Instanzen zwischen 1949 und 1955 bescheinigte das Landgericht Frankfurt dem ehemaligen Degesch-Chef Peters, er habe mit der Entfernung des Geruchswarnstoffes den Tod im Gas »humaner« machen wollen – und sprach ihn frei! Der Geschäftsführer und der Prokurist einer anderen Vertriebsfirma, die das Degesch-Gas ebenfalls nach Auschwitz geliefert hatten, standen bereits 1946 vor einem nicht mit Landsleuten besetzten Gericht. Von einem englischen Militärgericht in Hamburg wurden sie zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Als seine Geschäftspartner schon tot waren, widmete sich der oberste »Schädlingsbekämpfer« des Deutschen Reiches und Zyklon-König noch immer seiner Lebensaufgabe. Im Jahr 1953 bemühte sich Peters um eine Lieferung von »Schädlingsbekämpfungsmitteln« an das Kriegs- und Innenministerium Ägyptens – damaliger Kriegsgegner des jungen Staates Israel! In den folgenden Jahren beschäftigte sich Peters mit Auspuffgasen und stieg zum Direktor der Essener Firma »Co-Ex« (Monoxyd-Ex) auf. Er erwarb Patente im Katalysator-Bau und wurde für seine Verdienste in eine »Bundeskommission zur Bekämpfung der Luftverschmutzung im Ruhrgebiet« berufen. Vom Mordgehilfen der »Endlösung« zum Umweltschützer! Und leise fragt man sich, ob es wohl nordrheinwestfälische Sozialdemokraten waren, denen er diese Anerkennung verdankt.

Während sich Peters bis 1955 noch mit der Justiz herumschlagen mußte, blieben die Zyklon B-Geschäfte für die Hintermänner und Profiteure, Degussa und IG-Farben, ohne Folgen. Zwar standen die IG-Direktoren 1948 vor dem internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg und ihr Konzern wurde wegen NS-Verbrechen aufgelöst. Vom Vorwurf des Massenmordes durch Zyklon B wurden die Angeklagten jedoch freigesprochen. Das Gericht vertrat die Auffassung, die Degussa sei der eigentliche Drahtzieher der Degesch und des Zyklon-Geschäftes gewesen. Zu einer Anklage gegen die Degussa ist es aber nie gekommen.

Flexibel, wie das westdeutsche Kapital, das sich den Verhältnissen nach 1945 anpaßte und statt auf der faschistischen nun auf der parlamentarisch-demokratischen Klaviatur spielte, zeigte sich auch die Degesch. Den IG Farben-Anteil übernahm das alte Familienmitglied Bayer AG, und das Verhältnis zur unbehelligten Degussa wurde immer enger. Auf dem Degussa-Gelände in Hanau-Wolfgang – in unmittelbarer Nachbarschaft zu den westdeutschen Plutonium- und Uran-Projekten – begann die Degesch mit dem Neuaufbau der im Krieg zerstörten Produktionsanlagen. Unter den Fittichen der Degussa wurde die Degesch schnell wieder das, was sie seit den zwanziger Jahren immer gewesen war: einer der weltgrößten Hersteller von »Schädlingsbekämpfungsmitteln«. Ihrer Muttergesellschaft und anderen einschlägigen Vorbildern folgend, gründete sie schließlich auch Niederlassungen und Produktionsstätten im Ausland; freilich nicht irgendwo, sondern z. B. in Chile und Südafrika.

So reibungslos und normal verlief die ganze Entwicklung, daß nicht nur der alte Firmenname beibehalten werden konnte, sondern auch das alte Firmenprodukt weiter hergestellt und im Ausland auch unter seinem alten Namen verkauft wurde: Zyklon. Für die BRD hat es den unbelasteten Namen Cyanosil erhalten. Und weil es hierzulande vor allem korrekt und ordentlich zugeht, wird das Tatwerkzeug der »Endlösung« im »Pflanzenschutzmittelverzeichnis der biologischen Bundesanstalt für Land und Forstwirtschaft« geführt und darf zur »Begasung warmblütiger Vorratsschädlinge« eingesetzt werden. Nichts schien darauf hinzudeuten, daß die Degesch einmal von ihrer Vergangenheit eingeholt werden würde, als Anfang 1986 etwas merkwürdiges passierte. Gleichzeitig verkauften Degussa und Bayer AG ihre Degesch-Anteile, und die Degussa kündigte den Pachtvertrag für das Hanauer Gelände.

Das abrupte Ende einer mehr als ein halbes Jahrhundert währenden Partnerschaft wird erst bei näherem Hinsehen plausibel. 1985 war das Jahr, als Flick Kasse machte und seine Anteile an die Deutsche Bank verkaufte. Infolgedessen wurden gegen dieses Prachtstück westdeutscher Wirtschaftsmacht Entschädigungsforderungen für die Ausbeutung von Zwangsarbeitern während der Nazizeit erhoben. Die Summe, die Flick schließlich der »Claims Conference« zahlte, wird die Deutsche Bank der Portokasse entnommen haben. Das eigentliche Ärgernis aber waren die Schlagzeilen; denn man blickt im Deutschland der 80er Jahre in die Zukunft und möchte endlich mit dem »Kram« von damals in Ruhe gelassen werden. Der »unangenehme« Zwischenfall könnte die Spitzen deutscher Industrieunternehmen veranlaßt haben, ihre Beteiligungen einmal durchzusehen und zu bereinigen. Dabei sind Degussa und Bayer AG – letztere schon in Vorbereitung ihrer 125jährigen Geburtstagsfeier – auf die Degesch gestoßen. Die Trennung erfolgte im Frühjahr 1986 und wird nicht allzu schwer gefallen sein. Für die beiden Großkonzerne ist die Degesch ein kleiner Fisch, der aber einmal einen großen Gestank verursachen könnte. Wie dem auch sei: Als die Degesch wegen des von der Degussa erzwungenen Abschieds aus Hanau ihre Frankfurter Niederlassung ausbauen wollte, geriet sie in die Schlagzeilen.

Nicht nur Umweltschützer reagierten, sondern auch ein Teil der antifaschistischen Szene aus Frankfurt und Umgebung. Eine Initiative bemühte sich, die Öffentlichkeit über die Degesch-Vergangenheit zu informieren und forderte eine Stillegung der Firma. Um Stellungnahmen gebeten, reagierte eine Reihe von Organisationen und Personen empört und protestierte gegen die fortdauernde Existenz des Zyklon B-Herstellers. Diese Reaktionen konnten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der größte Teil der angesprochenen Öffentlichkeit, vor allem in Frankfurt selber, schweigend oder sogar offen ablehnend reagierte. Als das Land Hessen z. B. im Oktober 87 den »Welternährungstag« der UNO-Organisation FAO ausrichtete und auch die Degesch dazu einlud, wurden die Veranstalter und Teilnehmer von der Initiative darauf hingewiesen und um ihre Meinung gebeten. Einzig die internationale Studentenorganisation »World University Service« versicherte, sie wäre nicht gekommen, wenn sie vorher von der Degesch erfahren hätte, und bat um weiteres Informationsmaterial. Symptomatisch für die übrigen Reaktionen war ein Brief der »Deutschen Welthungerhilfe« (Schirmherr: Bundespräsident Richard von Weizsäcker), in dem es u. a. heißt: »Da es heute glücklicherweise keine Sippenhaft mehr gibt, sollte man auch einem Unternehmen zugestehen, die Vergangenheit bewältigt zu haben, wie dies bei anderen deutschen Industrieunternehmen geschehen ist.«

Sehen wir über den Versuch hinweg, einen versteckten NS-Vorwurf an die Kritiker zurückzugeben (»Sippenhaft«), denn das Thema eignet sich nicht für gewöhnliches Politgeplänkel. Wer so reagiert, hat nicht begriffen, daß es für Zyklon B keine Vergangenheitsbewältigung geben kann. Wir werden es ihnen nicht erklären.

Während die ökologischen Bedenken gegen die Degesch in der Folgezeit verhältnismäßig ausführlich erörtert wurden, prallten die Antifaschisten mit ihren Recherchen und der Forderung nach einer Schließung der Firma an einer stillen, aber umso wirkungsvolleren großen Koalition ab. Die »Frankfurter Rundschau« referierte die Argumente der Ökologen vollständig – über die der Degesch-Initiative verlor sie kein Wort. Was am Anfang noch ein Verdacht war, wurde zunehmend zur Gewißheit: Die Ökologie ist das Ersatzthema, das behandelt wird, um nicht über die Vergangenheit sprechen zu müssen.

Niemand hat dies so deutlich vorgeführt, wie die Frankfurter Grünen selbst. Die realpolitisch orientierte Mehrheit ihrer Römer-Fraktion forderte in einem Antrag an die Stadt: »Der Magistrat entwickelt in Verbindung mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Vorschläge für eine Produktkonversion der Fa. Degesch und unterstützt diese bei der Umsetzung.« Begründung: »Angesichts der ökologischen Unverträglichkeit und Sinnlosigkeit der Produkte und Produktion sowie der NS-Vergangenheit der Firma Degesch ist hier die einmalige Voraussetzung für ein Modellprojekt gegeben: von ökologisch unverträglicher zur verträglichen Produktion überzugehen. « Tausche NS-Vergangenheit gegen ökologisch sinnvolle Produktion – die Ökologie entpuppt sich als Vehikel grüner Versöhnungswünsche. Aus einer der skrupellosesten Fraktionen des Kapitals, den Auschwitz-Gewinnlern, macht man mit staatlicher Hilfe Hersteller von Öko-Produkten – und die Welt ist wieder in Ordnung.

Es ist kein Zufall, daß eine ökologistische Denkweise zu derart absurden »Modellprojekten« gelangt. Denn im Mittelpunkt grüner Ideologie steht die ahistorische Sicht des Produkts, der Natur, der Technik usw. und nicht der Mensch und die von ihm zu verantwortenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Nicht etwa, weil in diesem Land »Schädlingsbekämpfung« einmal Menschenvernichtung bedeutete, war und ist man gegen die Degesch, sondern weil deren Gifte ökologisch unverträglich sind. Nicht die Normalität, mit der eine solche Firma hier und heute existiert, ist erschreckend und bedrohlich, sondern der Phosphorwasserstoff und andere Chemikalien, die die Firma emittieren könnte. Die Katastrophe der Degesch ist, folgt man den Ökologen, nicht etwa schon passiert, sondern steht in Gestalt eines denkbaren »Bhopals am Main« erst noch bevor.

Es ist kein Zufall, daß ausgerechnet grüne Realpolitiker schrieben: »Die heutige Firma Degesch produziert *unter dem Namen* eines Unternehmens, mit dessen Produkten im NS Millionen von Menschen planvoll und grausam umgebracht wurden.« Und damit es auch jeder versteht, wird an anderer Stelle betont: »Daß eine *gleichnamige Firma Degesch* in dieser marktwirtschaftlich orientierten, freiheitlichen Gesellschaft« ungestört produzieren könne, sei »bitter« und »beschämend«. Angestrengt wird die Unterscheidung zwischen einer bösen und einer guten Degesch, einer bösen und einer guten deutschen Geschichte bemüht. Kontinuitäten gibt es nicht. Begünstigt werden solche Vorstellungen dadurch, daß sich die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung nur noch durch Figuren wie Barbie, Demjanuk oder Malloth an Nazi-Verbrechen erinnern läßt.

Aber nicht nur Schlächter, Ärzte Richter, Politiker und Generäle stehen in diesem Land für Kontinuität, auch das sozusagen materiell gewordene Verbrechen, der Reichtum, bezeugt sie. Das Beispiel der Degesch macht klar, daß *diese* Kontinuität nicht einmal an Personen gebunden ist. Aus dem Zyklon-König Peters wird ein »Umweltschützer«, und die Degesch wird von Leuten geleitet, die in den sechziger Jahren Chemie studiert haben. Und doch ist die bloße Existenz der Firma schreiendes Unrecht. Ein Unrecht, das allerdings von keinem Paragraphen des Strafgesetzbuches geahndet wird. Die Degesch profitiert von einer Generalamnestie für das Kapital, und sie profitiert von der Amnesie gerade auch einer liberalen, grünen und vermeintlich kritischen Öffentlichkeit, die häufig auf »Betroffenheit« pocht, aber vom Nationalsozialismus als einer Form kapitalistischer Gesellschaften genausowenig wissen will wie von der Tatsache, daß ein Großteil des bundesrepublikanischen Reichtums aus der Planung und Durchführung gigantischer Verbrechen stammt.

Degesch – vorläufig letzter Akt: Mitte Juni 1988 erklärt die Firma den Verzicht auf ihre Erweiterungspläne und kündigt an, den Standort Frankfurt aufgeben zu wollen. Die Produktion soll in verschiedene Zweigwerke nach Laudenbach (Odenwald) in die USA und nach Chile verlegt werden. Als Grund gibt die Firma »chemiefeindliche Strömungen« an, die Neu-Investitionen im Frankfurter Raum unmöglich machten; unter anderem beklagt sie die Verschleppung ihres Antrages durch die Stadt Frankfurt. Am Ende eines diesbezüglichen Berichts der »Frankfurter Rundschau« heißt es dazu, der Degesch sei »u.a. vorgehalten worden, dem NS-Regime das Blausäure-Gas 'Zyklon B' für die Todeslager geliefert zu haben«. Unter anderem, ferner liefen, nebenbei bemerkt...

Abgesehen davon, daß man von Hoechst bis Wallmann über die »chemiefeindliche Strömung« herzlich gelacht haben dürfte – die Firma und ihre großen Frankfurter Paten brauchen die lange genossene Anonymität und fürchten die Schlagzeilen, ja sogar die beiläufigen Anmerkungen »unter anderem«. Obwohl sogar die Mehrheit ihrer Gegner bemüht war, die Degesch vor sich selbst und ihrer Geschichte in Schutz zu nehmen, hat sie es vorgezogen, hier einen Schritt zurück zu machen. Der Unterschied zwischen den Antifaschisten und den Realökologen aber ist der, daß die einen diesen Prozeß begriffen und ein wenig beschleunigt haben. Die anderen haben nichts gerafft und eher blockiert. Während die

»chemiefeindliche Strömung« jetzt vielleicht zufrieden gestellt ist, sollten die anderen überlegen, wie es weitergeht; denn die Degesch gibt es immer noch – und nicht nur sie.

Konkret 10/88, S. 34

Peter Kammerer

Partei im Verschiß

Der PCI, die Kommunistische Partei Italiens, einst als originelles antikapitalistisches Ungetüm gefürchtet, erntet seit Jahren nur noch Tritte, Spott und gute Ratschläge von wohlmeinenden Feinden. Im Februar 1909 soll ein »Parteitag der Wende stattfinden

Gleich vorab muß gesagt werden daß es mir schwer fällt, heute über die kommunistische Partei Italiens, ihren neuen Sekretär Achille Occhetto und das von ihm angekündigte Projekt eines »Wiederaufbaus der Partei« (»ricostruzione del partito«, eines »Neuen Kurses« (»nuovo corso«) oder gar einer »Neugründung« (»rifondazione«) der Partei zu schreiben. Der PCI, unter den kleiner werdenden immer noch die größte kommunistische Partei des Westens, ist bei den Intellektuellen aus der Mode, bei den Arbeitern im Verschiß, vom Durchschnittsitaliener geachtet, aber nicht mehr gewählt, und allgemein von vielen guten Geistern verlassen. Wie läßt sich heute ein kritischer Artikel schreiben, ohne in die Gesellschaft der Treter, Spötter und Ratschläger zu geraten? Aber auch ohne diejenigen zu schonen, die aus »Sachzwang«, Torheit oder weißgottwasimmer ein großes Erbe verschleudern? Denn mit dem, was Occhetto zu Beginn seiner Rede vor dem ZK am 20. Juli sagte, bin ich einverstanden: »Unsere Niederlagen sind gewiß Siege der Anderen, aber sie sind kein Sieg einer Perspektive der Stärkung und Erneuerung des demokratischen Systems, der sozialen Gerechtigkeit und der Freiheit«.

Nach dem Scheitern des »historischen Kompromisses« stehen wir heute vor den Konsequenzen einer historischen Niederlage, deren Qualität durch die Parolen vom »Neuen Kurs«, vom »Wiederaufbau« und von einer »Neugründung« der Partei auf dramatische Weise unterstrichen wird. Diese Ziele, die sich Occhetto und das ZK auf mehreren Sitzungen im Juni/Juli 1988 setzten, sollen von einem »Parteitag der Wende« bereits im Februar 1989 konkretisiert werden. Man darf skeptisch sein.

Wieviele Illusionen! Auf dem Festival dell'Unità 1976 in Modena verkündet Berlinguer: »Noch nie war der Sozialismus in Italien so greifbar nahe«; im Winter 1977/78 verteilt man in den kommunistischen Salons bereits Ministersessel, im Oktober 1980, beim letzten großen FIAT-Streik, spricht Berlinguer von »Fabrikbesetzung« und noch 1987 rechnet Parteichef Natta für die Kommunisten die Chance aus, die Christdemokraten zu überholen und stärkste Partei zu werden, ein »sorpasso« in Richtung 35 Prozent. Doch es kommt ganz anders. Das Wahlergebnis liegt unter 30 Prozent, und ein Jahr später fällt die Partei bei verschiedenen Regional- und Kommunalwahlen auf 20-25 Prozent zurück. Der gesundheitlich angeschlagene Natta tritt zurück, und Occhetto sieht heute in der grundlegenden Reform der Partei eine Existenzfrage. Ausgangspunkt seiner Analyse sind die Wahlergebnisse. »Sie«, so erklärte er im Namen der Parteiführung, »verändern die Qualität unserer Präsenz in der Gesellschaft«. In diesem Satz kommt zum Vorschein, wie sehr die italienischen Kommunisten seit Jahren ihre Präsenz im repräsentativen, politischen Überbau als den entscheidenden Ausdruck für ihre »Präsenz in der Gesellschaft« begreifen.

Diese Sichtweise hat sie jahrelang daran gehindert, die Indizien des schleichenden und sich langsam beschleunigenden Niedergangs ernst zu nehmen. Solange Wahlerfolge winkten, sah die Parteiführung im ständigen Mitgliederschwund, in der Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Partei und im Nachlassen der »Militanz« kein besonderes Problem bzw. Lediglich einen Tribut an »neue Verhaltensweisen in einer modernen Gesellschaft«, im guten Sinne sogar eine Art Säkularisierung und Entideologisierung. Zwischen 1978 und 1988 ging die Mitgliederzahl von 1,8 auf 1,5 Millionen zurück, die Zahl der jährlichen Neuzugänge sank von 103 Tsd. auf 47 Tsd., der Anteil der Rentner nahm zu – das Durchschnittsalter der Parteimitglieder liegt heute bei über 50 Jahren.

Bezeichnender als diese Daten ist jedoch die fast systematische Gedankenlosigkeit, die sich in der Partei breit gemacht hat. Warum die Perspektive des Sozialismus auch innerparteilich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre an Attraktivität verlor, wurde nie geklärt. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und der Kampf gegen den (linken) Terrorismus führten die Partei zur Unterstützung einer »Regierung der nationalen Solidarität«. Die Verteidigung des »demokratischen Rechtsstaates« (so wie er war) und die Stabilisierung der Wirtschaft (so wie sie war) durch die Opfer der Arbeiterklasse wurden stolz als Pluspunkte verbucht, als Beweise dafür, daß die italienischen Arbeiter sehr wohl in der Lage sind, ihr »Klasseninteresse« dem »Gemeinwohl« zu opfern. In diesem Sinne wurden Gegenleistungen (etwa ein größerer Einfluß der Arbeiter auf Wirtschaft und Politik) erst gar nicht gefordert, und es gab dementsprechend auch nie Verhandlungen über diese Frage mit den Christdemokraten. Daß diese Vorleistungen nie honoriert wurden – warum auch? – , führte nach ein paar Jahren zum Scheitern der »Regierung der nationalen Solidarität«.

Der anschließende Schock des Zusammenbruchs der FIAT-Streiks im Herbst 1980 wurde entweder verdrängt oder der ebenso »antiquierten« wie »extremistischen« Opposition der Arbeiter gegen neue Technologien zugeschrieben. Bis zu den Wahlen 1987 schwankte die Partei zwischen Opposition und Stützung der Regierung, und erst kurz vor den Wahlen erklärte Natta, die Partei sei nicht mehr bereit, in die Regierung einzutreten, es beginne eine neue Phase

unmißverständlicher Opposition. Der Wahlausgang machte diese Ankündigungen jedoch gegenstandslos, denn ihr Sieg machte die herrschende Fünferkoalition weitgehend unabhängig von den Stimmen der Kommunisten. Diese bleiben, ob sie wollen oder nicht, in der Opposition und dürfen – geht es nach Craxi und Andreotti – höchstens in die Regierung, wenn sie klein und »demokratisch« genug geworden sind.

Aber ist der PCI überhaupt noch oppositionsfähig? Eine Generation von Funktionären hat mit allen Mitteln – auch dem der Selbstverleugnung – versucht, sich als regierungsfähig zu legitimieren. »Jetzt ist es ein Problem der Partei, sich als oppositionelle Kraft geltend zu machen«, titelte die Parteizeitung »Unit□« am 5.6.1988. Bis in die Sprache hinein war der PCI »regierungsfähig« geworden. Die größten Skandale erzeugten seit Jahren nur noch »ernste Proteste«. Und hinter dem Ernst die Gesichter der Parteiführung: ein Gruppenbild von Veteranen und im parlamentarischen Dienst ergrauten Herren (während die Sozialisten ihre Parteispitze radikal verjüngt hatten und selbst die christdemokratischen Notabeln junge Gesichter um sich versammelten).

Der Siegeszug neuer Technologien, Massenentlassungen, die Profitexplosion der Unternehmen, Revolution und Konzentration der Medien und die massenhafte Verbreitung aufpolierter Unternehmerideologien wurden von dieser Führungsgruppe bloß papiermäßig und parlamentarisch bearbeitet. Zu keinem dieser Themen gab es eine intellektuelle und politische Mobilisierung der Massen (etwa vergleichbar der, die die Partei noch Ende der 70er Jahre gegen den Terrorismus organisierte). Der Kampf um die Scala mobile, d.h. gegen den Abbau der automatischen Angleichung der Löhne an die Inflation, führte 1985 zu einer doppelten Niederlage: Die Partei verlor das Referendum, wußte aber mit dem erheblichen Konsens, den sie trotz allem erzielt hatte (immerhin 45 Prozent der Stimmen), nichts anzufangen. Anderen großen Themen wie 'Frauen, Frieden, Umwelt' steht man staatsmännisch und aufgeschlossen gegenüber, ohne je in Gefahr zu geraten, bahnbrechend zu wirken. Auf dem Parteitag in Florenz, im April 1986, gerade noch rechtzeitig vor Tschernobyl, setzten die Kernenergiegegner in der Partei gegen den Willen der Parteiführung eine sensationelle Kampfabstimmung durch, bei der sie knapp mit 440 gegen 457 Stimmen unterlagen. Wenige Monate sp§ter machte sich dann die Parteiführung die Forderung der Grünen nach einer Volksabstimmung zu eigen, in der die Kernkraftgegner schließlich siegten.

Im Selbstverständnis der Arbeiterbewegung war Opposition stets mehr als bloßes Nein-sagen im Parlament. Das schwere Geschäft einer Opposition in und außerhalb der Institutionen muß der PCI erst wieder lernen. Ein paar Sätze aus der Debatte, die unmittelbar dem Bericht Occhettos folgte, lassen ahnen, wie schwierig das sein wird. Bertinotti: «Die Wurzel unserer Krise liegt darin, daß unsere Kritik am heutigen Kapitalismus sich verflüchtigt hat... Wir akzeptieren äußere Vorgaben als objektive Sachzwänge (aber es ist ein Unterschied, ob man Zwänge erkennt und überwindet, oder ob man sie anerkennt)«. Barca: »Tatsache ist, daß wir nicht mehr in der Lage zu sein scheinen... eigenständige Kampagnen und Bewegungen zu organisieren«. Vertemati: »Während sich die Gesellschaft veränderte, wartete die Partei auf klärende Hinweise, um sich zu mobilisieren, und wartete die Führung ab, was passiert, um zu sehen, ob ihre Entscheidungen richtig seien oder nicht«. Magnan: »Heute existiert eine kommunistische Organisation höchstens noch formal und auch nur in bestimmten Teilen des Landes«. Occhetto selbst: »Opposition ist also heute für uns ein Schlüsselbegriff, den wir vertiefen müssen« (alle Zitate aus »Unità«, 20.7.1988). Nach derart artikuliertem Willen zur Opposition beschloß Ingrao, der alte Linksdenker in der Parteiführung, seinen Beitrag mit den Worten: »Opposition? Ja. Aber um eine Wende herbeizuführen und um eine neue Fähigkeit zu schaffen, die Entwicklungsprozesse zu beherrschen ('una forza di governo'), in Italien und in Europa«.

Um das Schlachtengemälde zu vervollständigen, müssen noch einige Ereignisse der letzten Monate erwähnt werden. Zum ersten Mal seit über 20 Jahren spalteten sich wieder die Gewerkschaften anläßlich des Firmentarifvertrags bei FIAT. Die christliche FIM und die sozialdemokratisch-sozialistische UILM unterzeichneten einen Vertrag, den die kommunistisch-sozialistische FIOM als »erbärmlich und demütigend« bezeichnete. Wie 1955 ist die FIOM also bei FIAT wieder isoliert, ein Ereignis von im Augenblick nicht abschätzbarer Tragweite. Einig sind sich jedoch die drei Gewerkschaften und der PCI (jeweils gegen interne Minderheiten) in der Zustimmung zu einem Streikgesetz, das »im Interesse der Verbraucher« das Streikrecht im öffentlichen Dienst und in lebenswichtigen Teilen des Dienstleistungssektors beschränken wird. Die zahlreichen Basisgruppen in diesem Bereich (COBAS) stehen in frontaler Opposition zu diesem Gesetzentwurf gegen »wilde Streiks«. Auch hier also eine Spaltung der Arbeiterbewegung, deren Folgen noch nicht abzusehen sind.

Anfang Juni akzeptierte die italienische Regierung die Forderung der Nato, die aus Spanien abgezogenen F 16-Geschwader in Kalabrien zu stationieren. Wenige Wochen später zeigte der Abschuß eines iranischen Passagierflugzeuges durch US-Militärs, wie problematisch auch die italienische Präsenz im Golf ist. In beiden Fällen verzichtete die Partei auf eine breitere Mobilisierung der Öffentlichkeit und beschränkte sich darauf, im Parlament gegen die Vorlagen der Regierung zu stimmen und die Regierung »dringend aufzufordern, die Sicherheitspolitik neu zu überdenken«. Gegen eine von Teilen der Partei (L. Castellina z.B.) geforderte aktivere Opposition in diesen Fragen steht die Position der Parteiführung (niedergelegt im sicherheitspolitischen Dokument Napolitanos vom Nov. 1986) gegen eine einseitige Abrüstung und für eine gemeinsame Sicherheitspolitik der europäischen Linken innerhalb der Nato. Der PCI verlangt also von der Regierung in der Frage der F 16-Stationierung lediglich »ein Überdenken dieses Beschlusses«, »seinen Aufschub auch im Lichte der in Gang gekommenen Ost-West-Verhandlungen« und natürlich »Garantien« gegen den Mißbrauch der Militärbasen.

Bereits in den 70er Jahren waren die Initiativen des Mitbegründers der Partei, U. Terracini, »für ein Mittelmeer des Friedens, gegen die amerikanische und sowjetische Präsenz«, von der Partei als Alleingänge abgeschmettert worden. So radikale Friedensvorstellungen vertrugen sich nicht mit dem NATO-Bekenntnis Berlinguers, das die Partei inzwischen durch eine diskrete und loyale Mitarbeit ihrer Exponenten in den Nato-Gremien verwirklicht hat. Mit gutem Gewissen und frei von diplomatischen Rücksichten konnten daher nur die süditalienischen Bischöfe gegen die Stationierung der F 16 protestieren, zum Ärger des Regierungschefs De Mita, der diese Haltung als verantwortungslos anprangerte, was Occhetto die Möglichkeit gab, die Position der süditalienischen Bischöfe zu verteidigen.

Die Aufgabe, eine konkrete, bahnbrechende und die Gesellschaft verändernde Opposition aufzubauen, wird nur teilweise erleichtert durch die »Arroganz der Macht«, die die Christdemokraten seit ihrem comeback Mitte der 80er Jahre wieder unverhohlen zur Schau stellen. Wer die italienische Entwicklung mit einigermaßen offenen Augen verfolgt, entdeckt in den verschiedensten Bereichen Anzeichen einer Restauration, die in ihrer Direktheit und Arroganz an die 50er Jahre erinnert. In Bagnoli verprügelte die Polizei (zum ersten Mal wieder seit Jahren) Arbeiter, die gegen die Stillegung der Stahlwerke protestierten. In Genua wurde ein Kommissar zum Leiter der Einsatzpolizei ernannt, der nachweislich Terroristen tagelang gefoltert hatte (Aufblähen der Körper durch Salzwasser, elektrische Schläge an den Genitalien, fingierte Erschießung etc). In den ersten Augusttagen forderten die Kommunisten den Rücktritt von Innenminister Gava, gegen den ein Gerichtsverfahren läuft, weil er im »Fall Cirillo« mit der Camorra verhandelt haben soll. Am 5. August verließen in Rom Kommunisten, Grüne und Demoproletarier unter Protest die Stadtratssitzung, auf der die Fünferkoalition einen christdemokratischen Bürgermeister mit neofaschistischer Vergangenheit wählte (in den nächsten zwei Jahren stehen Investitionen von 3 Milliarden DM zur Verfügung, um Rom auf die Fußballweltmeisterschaft 1990 »vorzubereiten«, und der neue Bürgermeister bietet die Garantie, daß die Fünferkoalition und die hinter ihr stehenden Spekulanten sich ungeniert bedienen können).

Flankenschutz erhält die sich regenerierende herrschende Mischung von Profitexplosion, Luxuskonsum, alter und neuer Wirtschaftskriminalität, Spekulation und reaktionärer Reorganisation des Staatsapparats durch eine »ideologische Debatte«, die zeigen will, daß jenseits des liberalen Denkens und der liberalen Praxis nur das Verbrechen wartet. Die Antithese Faschismus-Antifaschismus verdecke die wesentliche Tatsache, daß auch die Antifaschisten Mörder waren. So verkündete Claudio Martelli, rechte Hand des Sozialistenführers Craxi, im März (auf dem ersten Höhepunkt der Kampagne): »Togliatti war ein Henker Stalins«. Martelli geht es dabei nicht um ein historisches oder politisches Urteil über Togliatti, sondern darum: »Die Kommunisten müssen sich von ihrer Vergangenheit lossagen, wenn sie eine moderne, bündnisfähige Partei sein wollen«. Monate später, Anfang Juli, sprach Occhetto prompt von einer »inevitabile corresponsabilità«, einer »unvermeidbaren Mitverantwortung« Togliattis und diese, von der Unità als mutiger Schritt gefeierte Feststellung, die jedem politisch informierten Menschen seit Jahren klar war, beschäftigte denn auch die Diskussion im Zentralkomitee. Wie steht die Partei heute zu ihrer Vergangenheit, wie läßt sich verhindern, daß der Gegner das Bild dieser Vergangenheit besetzt und die Partei von ihren historischen Wurzeln abschneidet, in welche Richtung hat sich die Suche nach einer neuen Identität zu bewegen? Das alles sind Fragen, die der für Februar einberufene Parteitag auf einer politisch adäquaten Ebene zumindest aufgreifen muß.

»Rekonstruktion« und »Neugründung« der Partei auf einem »Kongreß der Wende« sind große Worte, werbewirksam vielleicht, doch ein lebensgefährlicher Boomerang, wenn sie ohne Folgen bleiben. Mit Sicherheit wird die Organisationsstruktur der Partei verändert werden, mit Wahrscheinlichkeit wird es bei zentralen Fragen zu Kampfabstimmungen kommen, was bisher auf Parteikongressen verpönt war. Doch letztlich wird es um die Frage gehen, wie man mit der eigenen Geschichte umgehen muß, um aus ihr Energien und Erfahrungen zu ziehen. Und dabei geht es nicht mehr nur um die italienischen Kommunisten. »Alle Traditionen sind in Frage gestellt: unsere, aber auch die der Arbeiterbewegung und des Sozialismus insgesamt. In der Tat tragen wir auf unseren Schultern einen Berg von Problemen« (Occhetto, »Unità« vom 3.6.1988).

Auf dem letzten Parteitag von Florenz 1986 hatten sich die italienischen Kommunisten als »integraler Bestandteil der europäischen Linken« präsentiert, unter besonderem Liebäugeln mit den Sozialdemokraten des Nordens, die für den PCI wesentlich attraktiver sind als der »mediterrane Sozialismus« eines Craxi, Mitterrand, Gonzales oder Papandreou. Das war ein Versuch, »die eigene, historische Tradition zu archivieren und im weiten Feld der europäischen Linken aufzugehen« (so A. Natoli im soeben erschienenen Italienband bei Elefantenpress). Doch hinter diesem »Archivieren« und »Aufgehen« – was schwieriger ist, als es sich der 17. Kongreß wohl vorgestellt hat – steht eine andere, spannende Frage: Sind es nur noch die Riten der Vergangenheit, die Sozialdemokraten und Kommunisten trennen, und besteht heute, bei Strafe des Untergangs, ein historischer Zwang, wieder zu vereinen, was der erste Weltkrieg und die Oktoberrevolution getrennt haben? Das meinen wohl die italienischen Kommunisten, wenn sie davon reden, angesichts der neuen Qualität der kapitalistischen Entwicklung müsse die Geschichte der gesamten Arbeiterbewegung seit der Oktoberrevolution neu überdacht werden. Nur, wenn man sich die Parteien anschaut, die da antworten sollen, muß man fürchten, daß die Geschichte diese Frage von selbst erledigen wird.

Konkret 10/88, S. 38

Konrad Ege; Pit Wuhrer

Murdoch, der Moloch

Hearst, Maxwell, Springer, Burda – alles kleine Fische. Einen wie Rupert Murdoch hat die Welt der Medien noch nicht gesehen: Er herrscht über ein Imperium, das drei Kontinente umspannt; er macht Politiker und vernichtet sie, verdient Milliarden und setzt sie ein fürs rechte Ziel

Mitte Juni 1988 ließ Rupert Murdoch mal wieder eine Bombe platzen. Ab Februar nächsten Jahres dürfen Europäer auf vier neuen TV-Kanälen in die Röhre gucken, ohne dafür Gebühren bezahlen zu müssen. Eine einmalige Ausgabe in Höhe von 250 Pfund (für Satelliten-Antenne und Anschluß) genüge, um fortan Sport pur oder Nonstop Hollywood-Schinken zu betrachten. Falls der Start des Astra-Satelliten klappt, der für November vorgesehen ist, hat der Australier mit dem US-amerikanischen Paß, dessen Sky Channel in bereits neun europäischen Ländern empfangen werden kann, mal wieder die Nase vorn. Mit den vier Kanälen, seiner Zeitplanung und dem Verzicht auf Gebühreneinnahmen geht Murdoch Risiken ein – es ist ein Wagnis nach seinem Geschmack. Der Mann, dem der Kabel-TV-Kanal Sky Channel gehört, der die US-Filmverleihgesellschaft 20th Century Fox kontrolliert, seit 1981 die britische Tageszeitung »The Times« sein eigen nennt und vor kurzem auch 20,57 Prozent der Unternehmensgruppe Pearson (»Financial Times«, »The Economist«, Madame Tussaud's) übernahm, dieser rauhbeinige Australier hat sich mit rastloser Raffgier und skrupellosen Methoden hochgeboxt – nicht in die noblen Upper Class-Zirkel hinein, denen er immer angehören wollte aber nie durfte, sondern darüber hinaus.

»Red Rupert«

Die beispiellose Karriere des Rupert Murdoch vom Kleinverleger zum Medien-Tycoon begann im Jahre 1952, als Sir Keith Murdoch dahinschied und seinem Sohn, 22jährig und Student an der Universität Oxford (GB), die »Adelaide News« hinterließ. Über Nacht wurde Rupert so zum Eigentümer einer der großen renommierten Tageszeitungen der westaustralischen Halbmillionenstadt Adelaide. Als ehemaliges Mitglied des linken Labour-Clubs in Oxford verfolgte er für ein paar Jahre mit seinem liberalen Chefredakteur einen Labour-nahen Kurs. Als 1959 ein Aborigin aufgrund eines erzwungenen Geständnisses hingerichtet werden sollte, startete die »News« eine Kampagne gegen die australische Rassenjustiz, kritisierte die Methoden der Polizei und die unfairen Richter. »Red Rupert«, ein Spitzname, den er wegen seines verbal-radikalen Auftretens in Oxford verpaßt bekommen hatte, setzte sich durch: Ein Berufungsgericht wandelte das Todesurteil in lebenslänglich um.

Bald darauf aber änderte er seinen Kurs und feuerte seinen sozial gesonnenen Chefredakteur. Das Engagement der »News« hatte zwar den Beifall liberaler Kreise gefunden, dem Anzeigenaufkommen war die redaktionelle Linie jedoch abträglich gewesen. Mit anwaltschaftlichem Journalismus verdient man nicht das große Geld. Murdoch beorderte seine Londoner Korrespondenten mit Boulevardzeitungserfahrung nach Australien zurück und stritt von da an auf Seiten der Mächtigen: If you can't beat them join them.

Die »Adelaide News« verschaffte dem Jungunternehmer ansehnliche Profite. Zu einer lokalen TV-Station in Adelaide, die er bereits in den 50er Jahren erworben hatte, gesellten sich bald weitere Zeitungen: Die »Sunday Times« in Perth, die Tages- und Sonntagszeitung der Mirror-Gruppe in Sydney, zwei Wochenzeitungen in Brisbane und Melbourne (beide mit dem Namen »Truth« und fast ausschließlich pornographischen Inhalts). In diese Richtung trieb er auch seine anderen Zeitungen: Wenige Tage nach Übernahme des »Daily Mirror« (Sydney) feuerte er Chefredakteur und Ressortleiter und besetzte die freien Posten mit willfährigen Journalisten. Aus dem »Mirror« wurde ein profitables Revolverblatt, das als seichte Sex'n Crime-Postille über Mangel an Werbeaufträgen nicht klagen konnte.

Murdochs importierter Boulevard-Journalismus fand auf dem fünften Kontinent Gefallen: Mit Bettgeschichten und Katastrophenstories steigerte er die Auflagen von Zeitungen, die er zumeist als Verlustobjekte billig eingekauft hatte. 1964 wagte sich der Geschäftsmann an die Gründung einer nationalen Tageszeitung; in dem großen Land mit den wenigen Einwohnern und den weiten Distanzen galt ein solches Projekt immer als Kamikaze-Unternehmen. Murdoch war sein »Australian« jedoch wichtig – mit der einzigen landesweiten Zeitung, dazu in der Hauptstadt Canberra produziert, erhoffte er, politischen Einfluß zu gewinnen, den ihm seine anderen Medien noch nicht verschafft hatten. Der Einstieg ins TV-Geschäft gelang 1962. Die betulichen australischen Zeitungs- und TV-Gewaltigen hätten dem aufstrebenden Medien-Rambo gern den Zugang zu diesem zukunftsträchtigen Bereich verwehrt, doch Murdoch trickste sie aus und erstand in den USA alle verfügbaren Filmrechte. Mit diesem Faustpfand – ohne Spielfilme kein Fernsehen – sicherte er sich 25 Prozent der wichtigsten TV-Kanäle von Melbourne und Sydney.

Die Sun geht auf

Ende der 60er Jahre, als Murdoch in Australien fast alles besaß, was er besitzen konnte – die Eigner der übrigen Printmedien hätten sich eher totschlagen lassen, als ihm auch nur ein weiteres Prozent ihrer Unternehmungen zu überlassen – setzte er an zum Sprung auf die andere Seite des Globus: nach Großbritannien. Sir William Carr, Kopf einer Familie, die

seit 80 Jahren die Sonntagszeitung »News of the World« (NoW) besaß, wollte Anteile des Boulevardblattes abstoßen. Die Auflage – einst bei sechs Millionen - sank kontinuierlich, die Eigentümer waren zwar reich, aber auch alt geworden. Es gab bereits einen Interessenten für die »NoW«, doch der hieß Robert Maxwell, ein Selfmademan wie Murdoch, Labour-Abgeordneter, später Murdochs Hauptkonkurrent bei Fleet Streets Gossenpresse und Eigentümer einiger Zeitungen in Großbritannien, also in gewisser Weise Carrs Gegenspieler. Murdoch hingegen hatte einen Vorteil: Carr kannte ihn nicht. Er erhielt den Zuschlag und drängte – mit Hilfe dunkler Transaktionen und zu Carrs Verblüffung – die altehrwürdige Verlegerfamilie ganz aus dem Geschäft.

Die »NoW« war eine Zeitung nach Murdochs Geschmack. Sie befand sich schon dort, wohin er seine australischen Blätter erst hatte bringen müssen: Ultrarechts und voyeuristisch bot sie der überwiegend proletarischen Leserschaft einen Blick auf die Perversitäten des gesellschaftlichen Lebens. Stories über bestialische Kriminalfälle mischten sich mit Geschichten über die sexuellen Abartigkeiten der Upper Class und verpaßten den Käufern einen Schuß Moral. Die wöchentliche Peepshow samt Kanzelpredigt, eingewickelt in eine Zeitung, verkaufte sich gut; die Probleme der »NoW« lagen vorwiegend im organisatorischen Bereich.

Im gleichen Jahr noch (1969) erwarb Murdoch »The Sun«, eine Tageszeitung, die – schwer kränkelnd – billig über den Tisch ging. Wieder hatte sich Maxwell beworben, wieder ging der tschechoslowakische Emigrant leer aus, denn die Drucker- und Setzergewerkschaften entschieden sich für den Australier, weil sie die von Maxwell angekündigten drastischen Rationalisierungsmaßnahmen nicht schlucken wollten. 1969 prangte auf der »Sun«-Frontseite noch der Untertitel »Forward with the People« – eine Erinnerung an den Ursprung dieser Zeitung, die fünf Jahre zuvor die Nachfolge des legendären »Daily Herald« angetreten hatte; in den 30er Jahren war der »Herald«, die Tageszeitung der britischen Arbeiterbewegung, noch das meistverkaufte Blatt Großbritanniens gewesen. Murdoch sanierte, und innerhalb eines Jahres kletterte die Auflage von 800 000 auf über zwei Millionen, während die Qualität der Zeitung in bis dahin nicht geahnte journalistische Tiefen vorstieß. Andere britische Zeitungen wie »Daily Mail«, »Daily Express«, »Daily Star«, selbst der labour-nahe »Daily Mirror« übernahmen Murdochs Idee mit dem barbusigen Modell auf der dritten Seite und folgten der »Sun« im Sturzflug – angesichts des niedrigen Niveaus, das diese Blätter bereits vorher hatten, eine beachtliche Leistung. Mit der Gehässigkeit und schmierigen Fantasie der »Sun«-Redakteure kann die Konkurrenz jedoch bis heute nicht mithalten. Der britische Presserat müßte – wollte er jeden Verstoß der »Sun« gegen die journalistische Sorgfaltspflicht behandeln – in Permanenz tagen. So aber tritt das Gremium vor allem in Wahlkampfzeiten zusammen, wenn »Sun«-Redakteure jeden zweiten Tag eine neue Bettgeschichte über linke Labour-KanditatInnen erfinden.

Bis in die 70er Jahre hatte Murdoch ein vorwiegend kaufmännisches Interesse an seinen Medienerzeugnissen; Zahnbürsten oder Toaster, Billigwaren für einen Massenmarkt, hätten es vielleicht auch getan. Mit millionenfach verkauften Luftbefeuchtern kann man jedoch keine Politik machen. 1972 verhalfen Murdochs australische Zeitungen, allen voran der »Australian«, der australischen Labor-Partei unter Edward Gough Whitlam zum Wahlsieg. Als sich Whitlam kurze Zeit danach jedoch weigerte, gegen Docker und Seeleute vorzugehen, die aus Protest gegen den Vietnamkrieg US-Kriegsschiffe boykottierten, und danach auch noch die US-Installationen in Alice Springs als CIA-Kommandozentrale brandmarkte, war für Murdoch das Maß voll. Seine Blätter begannen eine Kampagne gegen die Labor-Regierung; Murdoch, der nach eigener Einschätzung Whitlam zum Erfolg verholfen haben will, ließ Ende 1975 den Premierminister feuern. Der britische Generalgouverneur in Australien, Murdochs Freund Sir John Kerr, setzte Whitlam ab und ernannte den Konservativen Malcolm Fraser zum neuen Premierminister. Murdochs erfolgreiche Attacke war nach Meinung vieler seiner Redakteure ein Ausdruck der Verbundenheit mit seiner neuen Wahlheimat (er hatte sich eine Luxuswohnung in New York und zwei Zeitungen in San Antonia / Texas gekauft) und eine Rache an der internationalen Linken, die er für den Sturz seines Idols Richard Nixon verantwortlich machte.

The Times are changing

Umsatzstarke Revolverblätter, Bauxit-Minen in Australien, Anteile am Kommerzkanal »London Weekend Television«, ein halbwegs seriöses Blatt in Canberra, eine bis dahin angesehene Zeitung in den USA (1976 erstand er die liberale »New York Post«) – was Murdoch fehlte, war eine Qualitätszeitung in Großbritannien. Wie alle aufstrebenden Tellerwäscher wollte auch er von der High Society anerkannt werden; dazu mußte er sich vor allem in Großbritannien vom Rufe eines Sexbarons befreien. Daß die Belegschaft der angesehenen Sonntagszeitung »Observer« für eine kalifornische Ölgesellschaft votierte, als das Blatt zum Kauf anstand, soll ihn getroffen haben (die RedakteurInnen erhofften sich von der US-Firma weniger Einmischungen in die redaktionelle Linie, Murdoch war dagegen für das schnelle Auswechseln der verantwortlichen Zeitungsleute bekannt; einer seiner Chefredakteure in Australien durfte gerade rekordverdächtige 48 Stunden in seinem Sessel sitzen). 1981 kam schließlich Murdochs große Zeit in London: Der kanadische Großverleger Thomson hatte den Spaß an seinen beiden britischen Zeitungen (»The Times«, »The Sunday Times«) verloren, nachdem er in einem einjährigen Kampf (beide Zeitungen stellten für 12 Monate ihr Erscheinen ein) den Drucker- und Setzergewerkschaften unterlegen war. Kenneth Thomson bot die hoffnungslos defizitäre »Times« und die einigermaßen profitable »Sunday Times« (ST) zum Kauf, und Murdoch griff zu.

Die »Times«, der Welt berühmteste Zeitung, verkörperte all das, was Murdoch haßte. Sie war eine große Institution, widerspiegelte das versnobte und verhockte Weltbild der englischen Upper Class, sorgte für belanglose polit-moral-imperialistische Betrachtungen beim Five-o'clock-tea, befriedigte die Grillen alternder Kolonialoffizierswitwen, verzichtete bis in die 50er Jahre hinein auf schnöde Wirtschaftsberichte und plazierte Familien- und Todesanzeigen auf der Titelseite. Die »ST« hingegen pflegte im Gegensatz zur tantenhaften »Times« einen investigativen Journalismus. Diese aufklärerischbürgerliche Sonntagszeitung und das Gesellschaftsblatt »Times«, das seiner nichtprivilegierten Leserschaft mit jedem Artikel zu verstehen gab, daß sie nur voyeuristisch an Riten teilhaben darf, die sie im Grunde nicht kapiert – dieses respektable Zweigespann fiel Murdoch zu, u.a. weil ihn die Gewerkschaften favorisierten; schließlich hatten sie ihn als Retter der »Sun« gefeiert.

Mr. Premierminister

Als Murdoch diese beiden Zeitungen seinem Imperium einverleibte, war Margret Thatcher dank der publizistischen Schützenhilfe von »Sun« und »NoW« bereits zwei Jahre im Amt. Seine Übernahmen 1981 waren auf Bedenken gestoßen, schließlich besaß er damals schon die zwei auflagenstärksten Zeitungen »Sun« (heute 4,1 Millionen), »NoW« (heute 5 Millionen) im Land. Die Forderung nach einer Untersuchung durch die Monopolkommission wischte Thatchers Minister John Biffen beiseite: Murdoch habe erklärt, daß er an die redaktionelle Unabhängigkeit der »Times« und der »ST« nicht zu rühren gedenke. Murdoch hatte solche Erklärungen in der Tat schon öfter abgegeben. Als ihm australische Regierungsbehörden ähnliche Fragen stellten, es ging dabei um die Kontrolle des mächtigen TV-Kanals 10 in Sydney, zögerte Murdoch keine Sekunde: Natürlich wolle er sich nicht einmischen, gab er damals zu Protokoll und feuerte zwei Wochen später den Intendanten.

Seine Medien bringt er durch rigide Personalpolitik auf Linie. Manchmal kündigt er den Chefredakteuren sofort, manchmal stellt er ihnen einen zweiten Mann zur Seite, der die alten Journalisten zermürbt. »Erzähle den Politikern, was sie hören wollen«, lautet einer seiner Leitsätze: »Wenn du dann deine Meinung änderst, werden sie dich nicht jagen, das wäre schlecht für ihr Image.« Kurz nach dem Kauf wechselte er auch bei »Times« und »ST« die Chefredakteure und kündigte schließlich Harold Evans (den er Jahre zuvor noch als »den besten Chefredakteur der Welt« bezeichnet hatte, weil dieser die US-amerikanische Mittelamerika-Politik kritisierte). Unter Murdochs Kontrolle wird aus dem schrulligen Aristokratenblatt »Times« eine rechtsradikale Thatcher-Fan-Postille mit »Sun«-Niveau, während die respektable »ST« mit dem Abdruck der »Hitler-Tagebücher« ihren Ruf ziemlich versaut. Thatcher, die sich in außenpolitischen und ideologischen Fragen öfter mit Rupert Murdoch berät, hat Anfang der 80er Jahre nicht nur die rechtlich zwingende Instanz der Monopolkommission ausbooten lassen, sondern 1987 auch Murdochs Übernahme der fünften landesweiten Zeitung (»Today«) gutgeheißen. Dem Australier, der ihre Wahlsiege sicherte, hat dieses innige Verhältnis in den eigenen Redaktionen den Beinamen »Mr. Primeminister« eingetragen.

Belegschaften gegen Murdoch

Im Februar 1986 merkten die Drucker- und Setzergewerkschaften, die Murdoch bis dahin unterstützt hatten, daß sie den »Devil« doch nicht so gut kannten wie ursprünglich angenommen. Mitten in London ging berittene Polizei gegen Demonstranten vor; aus friedlichen Kundgebungen wurden im Handumdrehen und mit samstäglicher Regelmäßigkeit Straßenschlachten; Szenen, die im Jahr zuvor in kleinen Bergarbeiterstädtchen stattgefunden hatten, wiederholten sich nun plötzlich in der Metropole. In den 80er Jahren hatte Thatcher Solidaritätsstreiks illegalisiert, streikwilligen Belegschaften ein enges Korsett verordnet, den Gewerkschaften erkämpfte Rechte beschnitten, den Unternehmern jedoch alle Freiheiten belassen.

Während viele Unternehmen auf die rechten Regierungsgeschenke verzichteten, um den Arbeitsfrieden nicht zu gefährden, griff Murdoch zu, verlagerte seine Produktionsstätten von Fleet Street in die Docks provozierte mit seinen Plänen einen – auch nach Thatchers Anti-Gewerkschafts-Gesetzgebung legalen – Streik und setzte – ebenfalls legal – 5500 Drucker, Sekretärinnen, Setzer, Fahrer auf die Straße. Den Arbeitskonflikt – ein Jahr lang standen die Streikposten vor Wapping, ein Jahr lang versuchten Tausende von Demonstranten, die Auslieferung der Sonntagszeitungen »NoW« und »ST« zu verhindern – ließ Murdoch von Thatchers Staatsmacht bereinigen. Während die Drucker vor dem stacheldrahtbewehrten Tor Posten standen, gewann Murdoch die Journalisten, indem er ihnen 2000 Pfund Lohnerhöhung im Jahr, private Krankenversorgung und einen Swimming-Pool im Werk versprach.

Murdoch setzte damit die Printgewerkschaften vor die Tür, die ihm überhaupt erst seine Raubzüge im britischen Blätterwald ermöglicht hatten. Dieser hemdsärmelige Macher, der sich heute noch Leitartikel seiner inzwischen über hundert Zeitungen kontrollhalber durchtelefonieren läßt, hat sich in dreißig Jahren das größte Medienimperium der Welt aufgebaut. Er trickste alte Bündnispartner – wie die britischen Gewerkschaften – aus und versetzte Konkurrenten – wie die New Yorker Verleger, mit denen er 1978 ein Abkommen schloß, um den Forderungen der Drucker und Setzer zu widerstehen: Kaum war der Zeitungsstreik im Gange, verbrüderte sich Murdoch in Geheimverhandlungen mit den Gewerkschaften. Während die Aussperrung der New Yorker Zeitungsverleger acht Wochen dauerte, erschien Murdochs

»New York Post« nach vier Wochen wieder an den Kiosken; die Auflage kletterte auf über eine Million, das Anzeigenvolumen erreichte phänomenale Ausmaße.

Im Land der (fast) unbegrenzten Möglichkeiten

In den USA hatte Murdoch neben den Zeitungen in San Antonio (»Express«, »News« und der »Post«) noch Zeitungen in Chicago und Boston, das Wochenblatt »Star« (Auflage: 3,5 Millionen), sieben TV-Stationen, den Filmkonzern 20th Century Fox, das New Yorker Verlagshaus Harper and Row und unzählige Zeitschriften zusammengerafft. Die US-Staatsbürgerschaft, die sich Murdoch 1985 im Schnellverfahren zulegte, kam gerade noch rechtzeitig, ihm den Kauf der Fernsehsender zu ermöglichen – nach US-Gesetzen dürfen Ausländer nicht mehr als 20 Prozent eines TV-Senders besitzen. Heute kommen etwa 40 Prozent des murdochschen Einkommens aus den USA.

Mit seiner Medienmacht wuchs auch in den USA sein politischer Einfluß. In New York liegt ihm der rechtspopulistische Bürgermeister Ed Koch zu Füßen. Auf nationaler Ebene bemühen sich Politiker aller Schattierungen, Murdoch nicht in die Quere zu kommen. Ex-Präsident Jimmy Carter bewilligte ihm 1979 gar ein 657-Millionen-Dollar-Billigdarlehen. Drei Tage später sprach sich die »New York Post« in den N.Y.-Vorwahlen für Carter aus; in den Hauptwahlen machte Murdoch jedoch für Ronald Reagan mobil.

Auch in den USA hat Murdoch größere Pläne. Sein nationales Fernsehnetz »Fox Television« soll den drei großen Networks CBS, ABC und NBC Konkurrenz machen; mehr als hundert TV-Stationen übernehmen inzwischen die FOX-Programme. Seine TV-Operationen brachten ihn allerdings auch in Schwierigkeiten. Das US-Gesetz gegen »cross ownership« (Besitz einer Zeitung und einer Fernsehstation im gleichen Medienmarkt) zwang ihn zum Verkauf einiger Zeitungen. Vor allem mußte er sein Lieblingskind, die »New York Post«, abstoßen, mit ihr hatte er seine US-Karriere begonnen, sie sicherte ihm seinen politischen Einfluß. Umgegangen war Murdoch mit ihr wie mit seinen anderen Blättern: Konnten sie beim Kauf einen Gewinn aufweisen, wie beispielsweise der »San Antonio Express«, ließ er die RedakteurInnen wie gewohnt weitermachen. Das galt selbst für »Village Voice«, eine schick-links-alternative New Yorker Wochenzeitung. Schrieb das Kaufobjekt jedoch rote Zahlen, machte Murdoch kurzen Prozeß.

Da die »Post« – 1976 noch ein liberales Blatt – schon jahrelang Defizite produzierte, feuerte Murdoch etwa 150 RedakteurInnen und übernahm persönlich das Kommando. Innerhalb von zwei Jahren hatte er die »Post« (Auflage zwischen 500 000 und 700 000 schwankend) in ein reaktionäres Kampfblatt verwandelt, das sich mit titelseiteneinnehmenden Sensationsüberschriften (»Kopflose Leiche in Oben-Ohne-Bar«) profilierte und sich besonders 1980 durch einen Kreuzzug gegen die Vizepräsidentschaftskandidatin Geraldine Ferraro auszeichnete. Daß Ferraros Vater vierzig Jahre zuvor wegen illegalen Glücksspiels verhaftet worden war, war der »Post« eine Titelseite wert.

Murdochs Interesse gilt heute zunehmend den elektronischen Medien. Seine sieben TV-Stationen und »20th Century« (120 Millionen Dollar Gewinn) werfen hohe Profite ab, Profite, die ausreichen, um die Verluste des »Fox Networks« (50 Millionen Dollar im ersten Jahr) auszugleichen. Das Network-Fernsehen ist in den USA zwar auf dem absteigenden Ast – ABC und NBC steigen verstärkt ins Kabelfernsehen ein, weil die Zuschauerzahlen in den letzten 15 Jahren von 92 auf 75 Prozent zurückgegangen sind – aber aus politischen Gründen hält Murdoch an »Fox« fest. Schließlich hatte er auch bei der »Post« ein Defizit hingenommen, das sich in seiner Zeit auf 150 Millionen Dollar summierte. In den anderen Staaten leistet er sich ebenfalls einflußreiche Zeitungen, selbst wenn diese jahrelang negative Bilanzen erwirtschaften – die »Times« scheint noch nicht gänzlich saniert, und der »Australian« wirft erst seit kurzem einen hübschen Profit ab. Murdoch ist auf weitere Defizite seiner wichtigen Meinungsträger vorbereitet; seine News Corporation hat im Finanzjahr 1986/87 3,2 Milliarden Dollar umgesetzt und dabei einen Profit in Höhe von 600 Millionen erzielt.

Der Kauf des Himmels

Während er in den USA und in Großbritannien expandierte, vergrößerte er seinen australischen Besitz. Inzwischen kommen 63 Prozent der Tageszeitungen aus seinen Verlagshäusern, er ist größter Aktionär der australischen Presseagentur »Australian Associated Press« (auch »Reuter« gehört zu einem Zehntel ihm) und kontrolliert 48 Prozent der einzigen Zeitungspapiermühle des fünften Kontinents. Den Vertrieb der Ware Information hat er ebenfalls fest im Griff: 50 Prozent der großen Fluglinie »Ansett« sind sein Eigentum, sowie fast alle größeren Postvertriebsgesellschaften und der Zeitungsgrossist »Gordon & Gotch«, der über das Monopol der Kioskbelieferung verfügt. Wer immer in Australien eine Zeitung (oder ein Magazin) gründen will, kommt an Rupert Murdoch nicht vorbei. Auf Erden sind seinen Expansionsgelüsten immerhin Grenzen gesetzt: Aufgrund bestehender Kartellgesetze werden Neuerwerbungen für ihn schwieriger. Drum kauft er sich jetzt den Himmel: Im Bereich des Satelliten-TV gibt es bisher keine gesetzlichen Schranken. Daß dem Fernsehen die Zukunft gehört, weiß der Herr über hundert Zeitungen und zahlreiche Buchverlage. In Großbritannien geht die Auflage seiner Boulevard-Zeitungen langsam zurück; dank Thatchers Bildungspolitik ist letztes Jahr der Anteil der Analphabeten unter den Schulabgängern erneut gestiegen.

Kasten »Letzte Meldung« auf Seite 41:

Murdoch erweitert sein Imperium

S.. WASHINGTON, 8. August. Rupert Murdoch wird sein Medien-Imperium um Zeitschriften und Druckereien der Triangle Publishing Inc. anreichern. Er ist mit Walter Annenberg, dem achtzigjährigen Inhaber von Triangle übereingekommen, den Verlag für drei Milliarden Dollar zu kaufen; dies ist die bisher größte Transaktion im Medienmarkt. Triangle besitzt mit TV Guide (Fernsehzeitschrift) die Publikumszeitschrift mit der größten Auflage von 17 Millionen Exemplaren. Außerdem gibt das Unternehmen die Mädchenzeitschrift »Seventeen«, einen Informationsdienst für Pferderennen »Racing Form« und »Good Foot« heraus. Zu Triangle gehören auch 60 bis 65 Druckereien.

Frankfurter Aligemeine Zeitung, 9.8.1988

Konkret 10/88, S. 42

Bernd Greiner

Die Inszenierung

Auch John F. Kennedy hatte, wie der spätere Präsident Nixon, Abhöranlagen im Weißen Haus installieren lassen. Den Tonbändern, die unter anderem auch festhielten, was im Oktober 1962 während der sogenannten »Kuba-Krise« im präsidialen Krisenstab beredet wurde, läßt sich heute entnehmen, wie entschlossen die amerikanische Führung damals war, wegen einiger auf Kuba stationierter sowjetischer Mittelstreckenraketen den Atomkrieg zu riskieren. Der Historiker und Politikwissenschaftler Bernd Greiner hat die erst kürzlich freigegebenen Abschriften der Tonbänder ausgewertet und eine minutiöse Darstellung der amerikanischen Planung und Vorgehensweise während der entscheidenden 13 Tage im Oktober 62 erarbeitet. KONKRET druckt im folgenden zwei Passagen aus Greiners Kuba-Krisen-Buch, des Anfang Oktober mit umfangreichem Dokumentenanhang erscheinen wird, vorab. Der erste Abschnitt, von uns leicht gekürzt, schildert die propagandistischen Anstrengungen der US-Administration, der Weltöffentlichkeit die bereits seit Monaten anvisierte gewaltsame Lösung des »Problems Kuba« als Notwehrreaktion auf sowjetische Waffenlieferungen an Kuba zu verkaufen. Der zweite Abschnitt zeigt die US-Administration zur Bombardierung und Invasion Kubas und zur Kriegsführung mit der UdSSR bereit – am Tag bevor die Sowjetunion nachgibt und die Demontage der Raketenstellungen anordnet

22. Oktober 1962

Walt Whitman Rostow* notiert in einem Memorandum vom 22. Oktober: »Wir sollten versuchen, diese Krise so weit wie möglich zu dramatisieren – und zwar nicht als eine kubanische Krise, sondern als eine weltweite Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, an der wir alle mit gleichen Interessen und gleichem Risiko beteiligt sind.« In diesem Sinne stimmt auch John F. Kennedy das ExComm. (Exekutiv-Komitee des Nationalen Sicherheitsrates) ein. Während der morgendlichen Sitzung weist er darauf hin, daß die Verpackung mindestens so wichtig sei wie der Inhalt der Politik: »Es ist genauso wichtig, über das Vorgehen zu sprechen wie über den Inhalt der Politik.« Heute abend will der Präsident vorführen, was damit gemeint ist. Er wird vor die Fernsehkameras treten und die Blockade Kubas verkünden.

Es kostete noch viel Mühe, die Zweifler und Skeptiker – insbesondere jenseits des Atlantik – zu überzeugen. Am Abend zuvor hatte John F. Kennedy den britischen Premierminister, Harold Macmillan, telefonisch über die amerikanischen Absichten informiert. Nun lag eine schriftliche Stellungnahme aus Downing Street vor. London war alles andere als begeistert. Macmillans Brief ließ Unangenehmes ahnen. »Der Präsident meinte, daß die Botschaft des Premierministers wohl darauf hinausliefe, überhaupt nicht zu handeln.« Macmillan begriff nicht, warum der diplomatische Weg ausgeschlagen wurde. Warum beriefen die Amerikaner nicht ein Gipfeltreffen mit Chruschtschow ein? Bei einem solchen Treffen ließe sich über Abrüstungsfragen im Allgemeinen und die beiderseitigen Militärstützpunkte im Besonderen reden. Zwischen den Zeilen wurde deutlich, daß Macmillan die amerikanische Regierung für »Kuba-besessen« hielt. Das ExComm. glaubte zu wissen, daß andere europäische Regierungen mit dieser Haltung sympathisierten und geneigt sein würden, die Kuba-Raketen mit einem Achselzucken hinzunehmen. In der Tat: Was eigentlich war neu oder dramatisch an der jetzigen Situation? Seit Jahren schon waren sowjetische Mittelstreckenraketen auf Westeuropa gerichtet. Niemand kam bisher auf den Gedanken, deswegen eine internationale Krise vom Zaun zu brechen oder gar irgendwo eine Blockade zu verhängen. Es würde schwer sein, die Europäer zu überzeugen.

Information und Propaganda müßten sich, so die Meinung im ExComm., an folgenden Kriterien ausrichten: Es gibt keine Alternative zum vorgeschlagenen Kurs, die USA sind zu diesem Vorgehen gezwungen; die Raketenstationierung kommt wie ein Blitz aus heiterem Himmel; die Reaktionen des Weißen Hauses sind schnell, aber gleichwohl überlegt, verantwortungsbewußt und besonnen. Man wollte in der Öffentlichkeit weder über Luftangriffe noch über Invasion spekulieren, sondern zunächst die ganze Aufmerksamkeit auf die große militärische Bedrohung lenken.

Ausdrücklich mahnte das Weiße Haus die Presse zur Zurückhaltung: Über militärische Planungen des Pentagon sollte nicht berichtet werden. Dadurch würde nur Verwirrung gestiftet, Unruhe provoziert und die Opposition gegen den Kennedy-Kurs angeheizt. Wer sollte hingegen einem Präsidenten die Gefolgschaft verweigern, der glaubhaft versicherte, von hinterhältigen Kommunisten belogen und in eine Falle gelockt worden zu sein? Wer wollte kritisieren, wenn dieser Mann energisch aufstand und verkündete: Bis hierher und nicht weiter?! Kennedy würde sich als Präsident zeigen, der die Risiken überblickte, die Entwicklung im Griff hatte und folglich Vertrauen verdiente. John F. Kennedy unterstrich gegen Ende der Sitzung noch einmal nachdrücklich, daß nun alle Beteiligten *eine* Sprache sprechen müßten. Soweit der Zugriff des Weißen Hauses reichte, galten diese Regeln auch für die »freie Presse«.

Für die weitere Inszenierung der Krise lag ein detaillierter Fahrplan vor. Außenministerium, Pentagon und Weißes Haus hatten ein minutiöses Public-Relations-Programm entwickelt. Dieser 22. Oktober war in der Art eines »Countdown« verplant. Noch immer sind nicht alle Details zugänglich. Aber bereits eine grobe Zusammenfassung läßt ahnen, wie präzise die USA ihren politisch-ideologischen Einfluß ausspielten, wie geschickt die diversen Apparate eingesetzt wurden. Die Solidarität wurde weltweit organisiert; mit Ausnahme der sozialistischen Länder drangen die USA buchstäblich bis in den

hintersten Winkel der politischen Welt vor. Die UdSSR sollte propagandistisch überrollt und politisch in die Ecke gedrängt werden. Hierzu einige Beispiele: –

10 Uhr: Die amerikanischen Botschaften in London und Ottawa bitten die Regierungen ihrer Gastländer, vorübergehend alle Transit- und Überflugrechte für Flugzeuge zu stornieren, die aus sozialistischen Ländern kommen und als Ziel Kuba angeben. –

11 Uhr: Die US-Vertretungen in Lateinamerika und die Botschaft in Manila warnen Innenministerien und Polizeiapparate vor Protest und Aufruhr. Möglicherweise würde Kennedys Rede die Castro-freundliche Opposition »aufwiegeln«. Das Pentagon hat bereits Kriegsmaterial zusammengestellt (»riot control equipment«) und an jene lateinamerikanischen Diktaturen weitergeleitet, die als besonders »gefährdet« gelten. Die amerikanischen Botschaften und die CIA werden bei der Unterdrückung oppositioneller Aktivitäten Hilfe leisten. –

11 Uhr: Im Außenministerium werden Resolutionen entworfen, die von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verabschiedet werden sollen. Die Texte werden am Nachmittag an die Mitgliedsstaaten der OAS weitergeleitet. –

11 Uhr: Im Weißen Haus tritt das ExComm. zusammen. Die Kommandeure der Jupiter-Stützpunkte** in Italien und der Türkei werden zu besonderen Vorsichtsmaßnahmen angehalten. –

12 Uhr: Kennedys Pressesprecher, Pierre Salinger, gibt bekannt, daß der Präsident um 19 Uhr eine wichtige Rede halten wird. –

12.30: Auch im Pentagon herrscht hektische Betriebsamkeit. Die Atlantikflotte bereitet die Blockade vor; aus dem Pazifik werden zusätzliche Truppen in den Atlantik verlegt; das Taktische Luftkommando beginnt den »partial airborne alert«, d. h. ab sofort werden dutzende von Flugzeugen Warteschleifen über Florida drehen und sich für ihren Einsatz bereithalten; Angehörige der Soldaten werden aus Guantanamo, dem US-Stützpunkt auf Kuba, ausgeflogen; weltweit werden die US-Streitkräfte in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt; für das Strategische Luftkommando gilt zum ersten Mal seit 1945 »Defense Condition« 2 (DefCon 2) – DefCon 1 wäre bereits der Einsatzbefehl; erstmals seit dem Korea-Krieg werden auch alle anderen Waffengattungen gleichzeitig in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt – für sie gilt DefCon 3; die Mittelstreckenbomber vom Typ B-47 werden auf 33 Zivilflughäfen verlegt; der für den »airborne alert« abgestellte Teil der B-52 Langstreckenbomber wird beträchtlich erhöht: Jede achte Maschine ist beständig in der Luft, voll ausgerüstet mit Atom- und Wasserstoffbomben und jederzeit zum Einsatz gegen die UdSSR bereit; Log-Bücher werden ausgegeben, um die Interkontinentalraketen startklar zu machen. Sobald der Präsident am Abend vor die Mikrophone von Rundfunk und Fernsehen tritt, wird der Schleier der Geheimhaltung gelüftet und die militärischen Vorbereitungen werden dann in aller Öffentlichkeit abgewickelt. –

14 Uhr: Vom New York International Airport startet eine Aeroflot-Maschine Richtung Moskau. An Bord: Außenminister Andrej Gromyko und seine Delegation, die sich für mehrere Tage in den USA aufgehalten haben. Im Weißen Haus ist man wegen dieses Fluges sehr nervös. Wie üblich, wird Gromyko am Flughafen eine Presse-Erklärung abgeben. Hat er möglicherweise bei seinem Treffen mit Kennedy und Rusk Lunte gerochen? Wird er den USA zuvorkommen, die Stationierung der Mittelstreckenraketen bekanntgeben und zugleich vor möglichen Gegenaktionen warnen? In diesem Fall würde er in der Tat den ganzen Fahrplan durcheinanderbringen. Das Weiße Haus ist darauf eingestellt, die Blockade nötigenfalls sofort auszurufen. Aber Gromyko hält sich kurz und geht über die protokollarisch ohnehin vorgesehenen Floskeln nicht hinaus. –

15 Uhr: Das ExComm. tritt zum zweiten Mal an diesem Tag zusammen. Erneut geht es um die Jupiter-Raketen in Italien und in der Türkei. Punkt für Punkt hakt der Krisenstab die Argumente ab, mit denen man die Öffentlichkeit davon überzeugen will, daß die grenznahe Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen notwendig, sowjetischer Systeme hingegen verwerflich ist. –

17 Uhr: George Ball spricht mit den einflußreichsten Journalisten des Landes. James Reston von der »New York Times«, Joseph Alsop und Alfred Friendly, letzterer als Herausgeber der »Washington Post«, werden gebeten, ihre Journalisten auf den offiziellen Kurs des Weißen Hauses einzuschwören. Allerdings versagt ein wichtiger Meinungsmacher die Gefolgschaft: Walter Lippmann, der seit Jahrzehnten mit seinen Kolumnen und Berichten einen in den USA beispiellosen öffentlichen Einfluß ausübt. Lippmann ist offensichtlich mit Kennedys Politik nicht einverstanden – und wird dies in den folgenden Tagen auch journalistisch zu Protokoll geben. –

17 Uhr: Die wichtigsten Politiker aus Senat und Repräsentantenhaus werden mit Sondermaschinen der Luftwaffe in Washington eingeflogen. Der Präsident, Dean Rusk und ein Geheimdienstoffizier unterrichten sie. Es wird, wie Robert Kennedy berichtet, eine sehr turbulente Sitzung. Die Kongreß-Vertreter, mehr als alle anderen auf einen militanten Antikommunismus eingeschworen, wollen nicht begreifen, wieso Kennedy eine Blockade verhängen will. Luftangriffe und Invasion seien die richtige Antwort. Je länger die Sitzung dauert, desto deutlicher erfährt Kennedy, daß er sich diesem Druck nicht lange wird entziehen können. –

18 Uhr: Der sowjetische Botschafter, Anatoli Dobrynin, fährt in Foggy Bottom, dem Sitz des Außenministers, vor. Er ist zu einer Unterredung mit Dean Rusk geladen, hat aber nicht die geringste Ahnung, worum es geht. Auch Chruschtschow hat ihn noch immer nicht über die Kuba-Raketen informiert. Als Dobrynin das Arbeitszimmer seines Amtskollegen verläßt, ist er, so berichten Augenzeugen, »aschfahl«. –

18 Uhr: Foy D. Kohler, seit wenigen Monaten amerikanischer Botschafter in Moskau, übergibt einem Verwaltungsbeamten des Kreml den Text der angekündigten Kennedy-Rede und einen Brief des Präsidenten an Nikita Chruschtschow. (Averell Harriman und Roger Hilsman haben in letzter Minute den Brief diplomatisch »entschärft«. Einige schroff ultimative Formulierungen der ursprünglichen Fassung sind gestrichen worden; der drohende Unterton ist jetzt deutlich gemildert.) –

18 Uhr: Eine in der Geschichte der Diplomatie beispiellose Brief- und Telegrammaktion nähert sich ihrem Ende. 15 verschiedene Briefe des Präsidenten werden an insgesamt 441 Adressaten übermittelt, 95 Botschafter in Washington erhalten mündliche Instruktionen. Das ExComm. läßt in allen Kontinenten Unterstützung mobilisieren. Die besondere Aufmerksamkeit gilt Westeuropa und Lateinamerika. Alle Regierungschefs und Präsidenten Lateinamerikas (außer Kuba) erhalten Kennedys Rede in spanischer Übersetzung, einen Begleitbrief des Präsidenten und den Entwurf einer Resolution, die so schnell wie möglich von der OAS verabschiedet werden sollte. (Der mexikanische Präsident befindet sich zu dieser Stunde auf dem Rückflug von einem Staatsbesuch auf den Philippinen. Um ja keine Zeit zu verlieren, informiert ihn das Oberkommando der amerikanischen Pazifikstreitkräfte noch im Flugzeug). –

18:15: Georg Ball und Roger Hilsman unterrichten die im Außenministerium versammelten Botschafter der NATO-, SEATO- und CENTO-Staaten. Im International Conference Room stehen Fernsehgeräte bereit, damit alle die Rede des Präsidenten verfolgen können. –

18:30: Washingtons diplomatische Emissäre treffen in London, Paris und Bonn mit den dortigen Regierungschefs zusammen. Die Unterredung in London verläuft wie erwartet schwierig. Macmillan sichert zwar Solidarität zu, verknüpft diese aber mit kritischen Hinweisen. In einem sofort an Kennedy abgesetzten Telegramm mahnt er zu äußerst behutsamem Vorgehen: Auf keinen Fall dürften die USA in eine Lage kommen, wo sie als erste das Feuer eröffneten. Schon ihre (gemeinsame) Verantwortung gegenüber Berlin verbiete ein solches Risiko. Auch will sich der britische Premier den Hinweis nicht verkneifen, daß eine Blockade normalerweise als kriegerischer Akt gewertet wird. Ganz anders reagieren De Gaulle und Adenauer. Der Franzose will gar keine Details hören, sondern läßt Kennedy übermitteln, daß er mit Frankreichs bedingungsloser Unterstützung rechnen kann. Mit großer Geste versichert er, an Kennedys Stelle hätte er genauso gehandelt. Adenauer freilich will es dabei nicht bewenden lassen. Schon lange sind ihm die ostpolitischen Akzente Washingtons (Grenzfragen mit Polen und der CSSR, Gespräche über einen Atomteststop) ein Dorn im Auge. Jetzt endlich sieht er wieder eine Gelegenheit, in die Schützengräben des Kalten Krieges zurückzukehren. Der »Spiegel« zitiert das politische Tagebuch von Horst Osterheld, einem außenpolitischen Berater Adenauers, wie folgt: »Adenauer meinte, daß die Amerikaner zu lange geschlafen hätten und auch nicht energisch genug reagierten. Eine Blockade sei zu wenig; das Wichtigste sei, die Raketen wegzubekommen und die Basen zu besetzen. Dann könnten die Amerikaner die drohende Niederlage in einen Erfolg verwandeln, und es könne zu einer richtigen Wende kommen... Er sei für beides: die Bombardierung und die Invasion. Die Basen müßten weg.« –

18:45: Die technischen Vorbereitungen sind jetzt abgeschlossen. Die U.S. Information Agency und die Voice of America hatten seit Freitag Überstunden gemacht. Kennedys Rede sollte von jedem Rundfunkgerät dieser Erde empfangen werden können. Mittelwellensender übertragen rund um die Uhr in spanischer Sprache nach Kuba. Zwischen den Radiostationen und dem Weißen Haus sind direkte Telefonleitungen geschaltet; die Fernmeldegesellschaft AT&T richtet zusätzliche Verbindungen zwischen Washington und den lateinamerikanischen Hauptstädten ein. Das System funktioniert beinahe perfekt. Weltweit kommt es nur zu einer größeren Störung. Die Telegraphenstation in Nicosia (Zypern) fällt aus und kann die vorgesehenen Botschaften nicht rechtzeitig nach Afrika übermitteln. Kennedys Rede wird in mehrere Sprachen übersetzt und auf Ton- und Filmträgern innerhalb weniger Stunden um den ganzen Globus verteilt.

Um 19 Uhr schließlich hat John F. Kennedy seinen großen Auftritt. Der Präsident zeigt sich als Detektiv, Kriegsherr, Befreier und nicht zuletzt als Souverän der westlichen Welt. Seine Rede ist ein Meisterstück psychologischer Kriegsführung. Anatol Rapoport kommentiert: »Er ist ein auffallend gutaussehender Mann, großartig in seiner kühlen Selbstsicherheit. Zuerst sieht er aus wie der strahlende Detektiv, der dem auf frischer Tat gefaßten Mörder verkündet, daß alles aus ist.« Hört man Kennedy, so kann es in der Tat keinen Zweifel geben: Die sowjetischen Führer lügen, trügen und täuschen wie es ihnen paßt, sie agieren heimlich und hinterlistig, stellen Fallen und verlassen sich auf die Gutmütigkeit des »liberalen Westens«. Jedes Schamgefühl sei ihnen fremd. Gromyko lüge selbst dann noch, wenn er dem Präsidenten im Weißen Haus gegenübersitze. Punkt für Punkt geht Kennedy die sowjetischen Erklärungen durch, die in den letzten Wochen und Monaten zur Raketenfrage abgegeben worden waren. Ein jedes Mal schließt er mit dem unterkühlten, daher aber umso dramatischer wirkenden Satz: »Diese Aussage war falsch.« »Auch diese Aussage war falsch.« Kennedys Argumentation kopiert den Stil eines Boxers, der seinen Gegner in dessen Ringecke gestellt hat und ihn nun mit gezielten Haken K.O. schlagen will. »Beim Boxen«, so Anatol Rapoport, »nennt man diese Technik one-two-punch«.

Und »dann geht er zu der traditionellen Rolle des Kriegsherrn über«. Selbstverständlich steht jetzt die militärische Bedrohung im Mittelpunkt – kein Wort darüber, daß man in diesen Raketen in erster Linie ein politisches Problem sieht und sie aus politischen Gründen beseitigen will. Auch hier verfährt Kennedy – bzw. sein Redenschreiber Theodore Sorensen – sehr geschickt. An keiner Stelle wird explizit gesagt, daß sich das militärische Kräfteverhältnis zu Lasten der Vereinigten Staaten verändert habe. Die neue Bedrohung wird stets nur suggeriert, umschrieben, angedeutet – und erscheint gerade deshalb umso gefährlicher. Das Monster lauert im Nebel einer weltweiten kommunistischen Konspiration. Wieder einmal ist Vorkriegszeit, wieder einmal geht es um den Kampf gegen den Totalitarismus. In den 30er Jahren kam er in Braunhemden daher, heutzutage in metallisch glänzenden Sprengköpfen mit rotem Stern. Womöglich wird es zum Krieg kommen – alle hehren Ziele, so Kennedy, haben ihren Preis. In jedem Fall wäre dies ein »gerechter Krieg«, ganz wie jener gegen Hitler. Und wie damals wird Gott auf Seiten Amerikas kämpfen, davon ist der gläubige Katholik Kennedy überzeugt: »Der Kurs, den wir jetzt gewählt haben, ist voller Risiken wie alle Wege – aber es ist der Kurs, der unserem Charakter und unserem Mut als Nation sowie unseren Verpflichtungen überall in der Welt am meisten entspricht. Der Preis der Freiheit ist stets hoch – aber wir Amerikaner haben ihn immer entrichtet, und ein Weg, den wir niemals wählen werden, ist der Weg der Kapitulation oder der Unterwerfung. Unser Ziel ist nicht der Sieg der Macht, sondern die Aufrechterhaltung des Rechts – nicht Frieden auf Kosten der Freiheit, hier in dieser Hemisphäre und, so hoffen wir, in der ganzen Welt. Mit Gottes Hilfe werden wir dieses Ziel erreichen.«

Sodann droht Kennedy der Sowjetunion mit atomarer Einäscherung: Sollte auch nur eine einzige Rakete von Kuba aus abgefeuert werden, gleichgültig gegen wen, dann würde die gesamte Atomlast des Strategischen Luftkommandos auf die Sowjetunion fallen. Kennedy erweckt auch für diesen Fall Siegeszuversicht, wenn nicht Gewißheit.

Schließlich und endlich spricht der Präsident als Befreier. Sein Aufruf zur Konterrevolution in Kuba entpuppt sich als Aufruf zum »Tyrannenmord«: »Das kubanische Volk hat sich in der Vergangenheit oftmals erhoben, um Tyrannen zu vertreiben, die seine Freiheit zerstörten. Und ich zweifle nicht daran, daß die meisten Kubaner heute auf die Zeit warten, daß sie wirklich frei sein werden – frei von ausländischer Herrschaft; frei, sich ihre eigenen Führer zu wählen; frei, sich ein eigenes System auszusuchen; frei, ihr eigenes Land besitzen zu dürfen; frei, ohne Furcht vor Erniedrigung reden, schreiben und ihre Religion ausüben zu können. Und dann wird auch Kuba wieder in der Gemeinschaft der freien Nationen und den Vereinigungen dieser Hemisphäre willkommen sein.« Damit endet der Präsident. Als die Nationalhymne über die Sender geht, sind sich alle einig: Seit Franklin Delano Roosevelts Zeiten hat kein Präsident die Medien so geschickt für seine politischen Zwecke eingesetzt.

Der Kreml wurde von diesen Ereignissen und ihrer weltweiten Inszenierung völlig an die Wand gespielt. Die USA hatten auf allen vorstellbaren politischen Ebenen die Initiative ergriffen. Das Weiße Haus nannte die Themen, lieferte die Hintergrundinformationen, präsentierte Beweise, bot Argumente an. Die Medien der Welt waren zu einem riesigen Markt für die US Information Agency und die Voice of America geworden. Nie in der Nachkriegszeit funktionierten die Public Relations besser, nie wurde in so kurzer Zeit so erfolgreich Meinung »gemacht«. Die akribische Auswertung der ausländischen Presse und der Erklärungen fremder Regierungen sollte zeigen: Die Anstrengungen hatten sich gelohnt. Kritische Stimmen ließen sich an einer Hand abzählen. Nur wenige Regierungen in der westlichen Welt und in den Entwicklungsländern konnten sich dem allgemeinen Anpassungs- und Konformitätsdruck entziehen. Der wahrscheinlich größte Erfolg dieser Kampagne zeigte sich jedoch erst Jahre später. Als die ersten historischen Studien zur Kuba-Krise auf den Markt kamen, ertönte noch einmal der argumentative Dreiklang aus Kennedys Public-Relations-Stab. Es hätte keine Alternative zum Kurs des Präsidenten gegeben, allenfalls politische Tagträume der Illusionisten um Stevenson; die Entwicklung hätte – wie bei allen Krisen – völlig überraschend eingesetzt und ab Mitte Oktober eine arg- und ahnungslose Regierung in Washington überrumpelt; der junge Präsident hätte spontan, aber abgeklärt und weise, verantwortungsbewußt und moderat reagiert und sich als Führer von wahrhaft historischem Format erwiesen. Bis heute sind diese Thesen das Leitmotiv der historischen Wissenschaft geblieben und im kollektiven Gedächtnis von Generationen dies- und jenseits des Atlantik tief verankert. John F. Kennedy hatte Recht: Mitunter ist die Verpackung einer Politik wichtiger als ihr Inhalt.

27. Oktober 1962

Noch immer hielt der Tanker »Graznny« Kurs auf Kuba. Am 25. Oktober hatte sich das ExComm. vorläufig darauf geeinigt, die Sowjets nicht herauszufordern und den Tanker passieren zu lassen. Die CIA hatte zu diesem Zeitpunkt bereits gemeldet, daß alle Schiffe mit militärischem Cargo unmittelbar nach Kennedys Fernsehrede die Rückreise angetreten hatten. Und nicht zuletzt hatte das Ex-Comm. bei der Entscheidung vom 25. Oktober die sowjetischen Interessen in Rechnung gestellt. Chruschtschow war immer wieder bemüht gewesen, den USA die »politische Schmerzgrenze« der UdSSR zu verdeutlichen. Übergriffe auf Handelsschiffe würden als exemplarische und provokante Demütigung begriffen und die Sowjetunion zu Gegenmaßnahmen herausfordern. Man wollte sich nicht vor den Augen der Weltöffentlichkeit das Recht auf freie Seefahrt nehmen lassen. Vor zwei Tagen also noch wollte das ExComm. diese Erklärungen des Kreml würdigen und einen direkten Zusammenstoß mit sowjetischen Schiffen vermeiden. Nun aber sollte das alles nicht mehr gelten. Kennedy wollte über UNO-Generalsekretär UThant wegen der »Graznny« eine Warnung an die Sowjets

aussprechen lassen. Sollte das Schiff dennoch nicht abdrehen, würde es am Sonntag von amerikanischen Kreuzern aufgebracht. Der Präsident ließ keinen Zweifel daran, daß er diesen Zusammenstoß riskieren würde. »Die Konfrontation muß stattfinden. Es muß sein...« Am Beispiel der »Graznny« sollten »Standfestigkeit« und »Ernsthaftigkeit« amerikanischer Politik demonstriert werden. »Dieses Schiff wird die wichtige Sache sein. Wird er (Chruschtschow – B. G.) dem Boot die Umkehr befehlen oder...« Das ExComm. nahm Kennedys Bemerkungen kritiklos und selbstgefällig zur Kenntnis. Endlich, so die unterschwelligen Kommentare, hat der Präsident begriffen, worum es geht. Endlich schließt er sich der Mehrheit ohne Wenn und Aber an.

Die zunehmende Verhärtung der Standpunkte zeigte sich auch in der Diskussion über die Einsätze niedrigfliegender Aufklärer. Am Sonntag, den 28. Oktober, würden die F-101 wieder in wenigen dutzend Metern Höhe über die Insel rasen und Bilder von Raketenstellungen machen, über die man schon längst hinreichend informiert war. Vom rein militärischen Standpunkt aus gesehen glaubte das Pentagon auf diese Flüge verzichten zu können. McNamara*** und General Taylor bestanden freilich aus zwei Gründen auf diesen Einsätzen: –

Sie waren ein wichtiges Mittel psychologischer Kriegsführung. Man glaubte, die Sowjets damit effizient unter Druck setzen und verunsichern zu können. –

Sollten die Sowjets und/oder die Kubaner auf diese Flugzeuge feuern, dann hätte man einen idealen Vorwand für den lange geplanten Einsatz der US-Luftwaffe über Kuba.

Diese Provokation eines Zwischenfalls schält sich immer mehr als der eigentliche Grund der F-101-Flüge heraus. John F. Kennedy beginnt mit dem lauten Nachdenken: Sollte morgen auf die Flugzeuge geschossen werden und sollten die Sowjets bis Sonntag abend nicht bzw. ablehnend auf die heutigen Forderungen reagiert haben, dann werde er nicht länger zögern. Die Luftwaffe werde Kuba offiziell zu einem »open territory«, d.h. vogelfrei, erklären; am Montag werden *alle* Luftabwehrstellungen zerstört werden. So weit der Präsident.

Einige im ExComm. überblicken sofort die Reichweite eines solchen Beschlusses. Die SAM-Batterien dienen mehrheitlich dem Schutz der Mittelstreckenraketen und sind in unmittelbarer Nähe derselben ringförmig angelegt. Es ist unmöglich, bei Luftangriffen auf diese Komplexe präzise zwischen verschiedenen Objekten zu unterscheiden und beispielsweise die Mittelstreckenraketen zu verschonen – zumal es sich bei diesen um ungehärtete, mit leichtem Bordfeuer verwundbare Ziele handelt. Sie würden also im Zuge einer Angriffswelle zerstört werden, die sich vorgeblich nur gegen die Luftabwehr auf Kuba richtet und vorgeblich nur »Vergeltung« für vorausgegangenes Artilleriefeuer üben will. An dieser Stelle wird deutlich, warum McNamara und die Militärs von der ursprünglichen Forderung, exemplarisch nur eine SAM-Batterie anzugreifen, abgerückt sind und die Zerstörung aller SAM fordern. Sie würden zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und hätten überdies eine ideale politische Rechtfertigung zur Hand. Die Kubaner, so würden sie vor der Öffentlichkeit argumentieren, hätten verhindern wollen, daß die US-Air-Force weiterhin die Arbeit an den Raketenstellungen beobachtet; die USA seien auf diese Informationen aber angewiesen, um rechtzeitig Vorbereitungen für einen Überraschungsangriff erkennen zu können; daher habe man die SAM vernichten müssen; im Zuge dieser Angriffe und infolge einer Verkettung unvorhergesehener Umstände seien auch die Mittelstreckenraketen gesprengt worden.

In der Planung des Pentagon ist dieses Szenario mittlerweile die Option Nr. I; unter Option 2 würde die Luftwaffe auch gegen Flugplätze, die sowjetischen MIGs und Häfen eingesetzt; Option Nr. 3 sieht eine Kombination von Bombardierung und Invasion vor. McNamara favorisiert zu diesem Zeitpunkt Option Nr. 1. Wiederholt orakelt er, daß man einen »Vorwand« für die Angriffe auf die SAM brauche. Außenminister Rusk begreift offenbar erst jetzt, was sich hinter dem Vorschlag verbirgt und ruft überrascht in die Runde: »Auf die Raketen schießen, die am Boden stationiert sind, mit der Begründung, daß man das Feuer eröffnet auf die...« – der Rest geht im Stimmengewirr unter, muß aber zweifellos »SAM« heißen.

Es war erstaunlich, daß weder McNamara noch Taylor diese Zusammenhänge in der ExComm.-Diskussion offen beim Namen nannten. Möglich, daß darüber in kleineren Gruppen oder während der Sitzungspausen beraten worden war. Möglich, daß Übermüdung, Streß und psychische Erschöpfung ihren Preis forderten und notwendige Informationen deshalb nicht mehr weitergegeben werden konnten. Möglich, daß Kennedys Berater daran kein Interesse hatten, weil sie ohnehin eine baldige Entscheidung erzwingen wollten und zum Einsatz des Militärs entschlossen waren. Allerdings ist auch eine weitere Vermutung nicht von der Hand zu weisen: Die Konsequenzen wurden bewußt nicht beim Namen genannt, weil man endlich Fakten schaffen wollte. Jetzt war der Punkt erreicht, vor dem McNamara noch am 16. Oktober gewarnt hatte. Es wurden Entscheidungen getroffen, deren Implikationen und Konsequenzen nicht offengelegt waren.

Ob John F. Kennedy die Zusammenhänge durchschaute, ist aus den Tonbandprotokollen nicht ersichtlich. Jedenfalls folgte er den Überlegungen McNamaras und autorisierte die für den folgenden Tag vorgesehenen Flüge der Niedrigaufklärer. Er wollte das Spiel mit den vielen Unbekannten riskieren, wollte unbedingt testen, wie weit er selbst gehen konnte und ab wann die Sowjets Widerstand leisteten, ob sie oder die Kubaner neue Angriffe wagten, wo ihre Schwächen lagen. »Wir wollen auch herausfinden, ... ob sie morgen Artillerie einsetzen.«

Das Drehbuch für einen möglichen Krieg war damit zu Ende geschrieben. Wer in dieser Stunde welche Details kannte, wer aus welchen Gründen Informationen zurückhielt oder wer wen mit welchen politischen Manövern übertölpeln wollte, war zweitrangig geworden. Entscheidend war, daß die Risiken blindlings akzeptiert wurden – von den militanten Falken, weil sie in ihrer Allmachtsphantasie nicht an eine sowjetische Vergeltung glauben wollten; vom »inner circle« der Kennedy-Berater, weil sie politisch keine Alternative zur »Politik der Stärke« sahen und unbedingt die Hegemonie der USA in der Weltpolitik wiederherstellen wollten; und schließlich von einem Präsidenten, der zwar immer noch zweifelte, aber allmählich zurückwich und den Verlockungen eines vermeintlich »schnellen Sieges« erlag.

Die notwendigen militärischen Vorbereitungen waren zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen. McNamara erhielt die Erlaubnis, weitere 14.000 Reservisten der Lufttransporteinheiten (insgesamt 24 »squadrons«) einzuberufen und 300 zusätzliche Truppentransporter anzufordern. Damit war das Invasionsheer komplett. Der Military Air Transport Service (MATS) hatte die Mannschaften in Florida und auf Schiffen im Abstand von 50 bis 150 Meilen um Kuba in Stellung gebracht – die Zahlenangaben schwanken zwischen 100.000 und 150.000 Mann. Sie konnten mit der Unterstützung von 850 Kampfflugzeugen rechnen . (Das waren ca. 40 Prozent aller taktischen Kampfverbände der US-Luftwaffe). Rückblickend kam Luftwaffengeneral David A. Burchinal noch immer ins Schwärmen: »Ich dachte, es (Florida – B.G.) würde im Meer versinken, so viele Flugzeuge, Bomben und Raketen transportierten wir nach Florida. Wir hatten genug, um Kuba buchstäblich von einem Ende zum anderen einzunehmen, und wir hätten jede beliebige Option, die sie wollten, umsetzen können. Invasion oder Luftangriff, wir konnten es.« Burchinal übertrieb nicht. Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, Maxwell Taylor, hatte bereits am 25. Oktober in einem Memorandum für McNamara die Zeitvorgaben für verschiedene Optionen zusammengefaßt. Wieviel Zeit würde verstreichen zwischen einem Einsatzbefehl aus Washington und der militärischen Ausführung? Taylor faßte zusammen: Bei Einsätzen gegen Luftabwehrstellungen zwei Stunden; bei einem umfassenden Luftangriff 12 Stunden. Sollte eine Invasion durchgeführt werden, müßte Kuba zunächst flächendeckend bombardiert werden, um den Widerstand zu brechen. Sieben Tage nach Beginn der Bomberflüge würden die ersten Truppen auf der Insel landen; voraussichtlich 18 Tage nach »D-Day« hätte man alle Truppen samt Unterstützungseinheiten nach Kuba gebracht.

Aber die Militärs hatten nicht nur für den Krieg um Kuba vorgesorgt. Man mobilisierte auch für »Armageddon«, für den Fall eines strategischen Atomkrieges gegen die UdSSR. 672 atomare Langstreckenbomber (B-47 und B-52) standen bereit, verteilt über 33 zivile und militärische Flughäfen. 60 von den B-52 kreuzten ständig im Luftraum über den USA (»airborne-alert«) und konnten ohne jeden Zeitverlust eingesetzt werden. Alle anderen Bomber konnten binnen 15 Minuten starten. 172 Interkontinentalraketen vom Typ Atlas und Titan waren einsatzbereit. Mit der Direktive Nr. 6917 wurde das Oberkommando der Strategischen Luftstreitkräfte angewiesen, alle verfügbaren Kapazitäten auszuschöpfen. In der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober warteten 2858 Atomwaffen auf ihren Einsatz. Die Vereinigten Stabschefs hatten mittlerweile angeordnet, daß im Fall eines Krieges oder Notstandes die Armee die Exekutivgewalt im Land übernehmen und das öffentliche Leben regulieren würde. Der Stabschef des Heeres unterhielt eine Planungsgruppe (»civil affairs special planning group«), die detaillierte Einsatzpläne für die Aufrechterhaltung von »Ruhe und Ordnung« ausarbeitete.

Es ist kurz vor 23 Uhr. Nach nahezu 13stündigen Beratungen vertagt sich das ExComm. Die Stimmung ist nervös, überreizt, voll düsterer Vorahnungen. Jeder weiß, daß der Schlüssel für die weitere Entwicklung jetzt in Moskau liegt. Alles hängt davon ab, ob Chruschtschow die amerikanischen Signale richtig versteht und bereit ist, nachzugeben. Er darf im Ultimatum Robert Kennedys keinen Bluff sehen; das Präsidium muß in der Lage sein, in einer extrem angespannten Situation und binnen kürzester Frist eine definitive Entscheidung zu treffen. Einen nochmaligen Aufschub wird es nicht geben – auch dies weiß jeder in Washington.

Robert McNamara hat die Situation noch klar vor Augen: »An diesem zweiten Wochenende mußten wir die Sache zu einer schnellen Entscheidung bringen, weil ab Montag der Druck, Luftangriffe zu fliegen, enorm gewesen wäre.« Der Präsident und

sein »inner circle« konnten nicht mehr recht daran glauben, daß ihr Vabanque-Spiel gutgehen würde. Ihre eigene Analyse sprach dagegen. Wie sollte ein zerstrittenes und womöglich in mehrere Lager gespaltenes Politbüro die geforderten Zugeständnisse machen können? Die »Besten und Klügsten« wußten: Man verlangte von der Gegenseite Schritte, die im umgekehrten Fall als unzumutbar und als Zeichen der »Schwäche« empört zurückgewiesen worden wären. Und sie wußten, daß von Seiten des Präsidenten wohl keine neuen politischen Initiativen mehr kommen würden.

»Ich denke, wir tun das, was wir als einziges tun können...«, bemerkte Robert Kennedy lakonisch. John F. Kennedy schätzte das Kriegsrisiko auf irgendwo zwischen 25:75 und 50:50; McNamara fragte sich, ob er jemals wieder einen Samstag erleben würde. Einzig die traditionellen Falken schienen keine Angst vor dem »großen Krieg« zu haben. Ausgerechnet sie entwickelten ein hohes Vertrauen in die Rationalität und Berechenbarkeit sowjetischer Politik. Konventioneller Krieg mit der UdSSR? Möglich, aber wenig wahrscheinlich. Atomkrieg? Ausgeschlossen! Und selbst wenn das Unmögliche eingetreten wäre: Viele der höchsten Militärs waren davon überzeugt, 90-100 Prozent (!) des strategischen Arsenals der Sowjets am Boden zerstören zu können. Ob Naivität, Selbsttäuschung oder Kriegslust – solche

Visionen erleichterten es, den Einsatz im Krisenpoker zu steigern. Wäre es also tatsächlich zu einem Krieg mit der UdSSR gekommen – ob konventionell oder atomar – , so hätte niemand im ExComm. behaupten können, man sei »hineingeschlittert«.

In dieser Stunde glaubt die Mehrheit im ExComm. und in den politischen und militärischen Apparaten, daß John F. Kennedy den Luftangriff befehlen werde. Auch Robert McNamara sieht den Rubicon bereits überschritten. Er packt seine Unterlagen zusammen und will den Raum verlassen, als ihn Robert Kennedy zur Seite nimmt und fragt, wie er sich fühle. »Nun, schwer zu sagen«, antwortet der Verteidigungsminister. »Hast du irgendwelche Zweifel? ...Bobby, ...wir werden zwei Sachen parat haben müssen, eine Regierung für Kuba, weil wir eine brauchen werden (Worte unklar) und zweitens Pläne, wie wir der Sowjetunion in Europa antworten, weil sie dort etwas unternehmen werden, so sicher wie das Amen in der Kirche.« Ein anderer der »Besten und Klügsten« hört im Hinausgehen das Gespräch mit und kommentiert trocken: »Wie wäre es, wenn wir Bobby zum Bürgermeister von Havanna machten?«

*Leiter des außenpolitischen Planungsrates im US-Außenministerium

**Stellungen amerikanischer Mittelstreckenraketen

***Damaliger US-Verteidigungsminister

Bernd Greiner: Kuba-Krise. 13 Tage im Oktober: Analysen, Dokumente, Zeitzeugen. Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 7, GRENO 1988, ca. 450 S., 38 Mark

Kasten » Zur Vorgeschichte« auf Seite 42:

1953-1959: Guerilleros unter Führung des Rechtsanwalts Fidel Castro Ruz bekämpfen die Regierung des Diktators Batista

l.1.1959: Batista flieht ins Exil

13.2.1959: Castro übernimmt das Amt des Ministerpräsidenten

Okt. 1960: Die USA verhangen ein partielles Handelsembargo gegen Kuba, nachdem die Revolutionsregierung 36 der wichtigsten US-Unternehmen verstaatlicht hat

Frühjahr 1961: Der von den USA unterstützte Versuch von Exilkubanern, eine Invasion der Insel durchzuführen, scheitert (»Fiasko in der Schweinebucht«)

2.12.1961: Kuba wird sozialistische Republik

Febr. 1962: Die USA verhängen ein totales Embargo auf alle Einfuhren aus Kuba

Konkret 10/88, S. 52

Eike Geisel

No Business like Shoahbusiness

Zum Jubiläumsjabr der »Kristallnacht« sind alle fleißig am Publizieren, um sich mit der Einzigartigkeit der deutschen Geschichte über die eigene Mittelmäßigkeit hinwegzutrösten

Hätten sie damals zu ihren Eltern gehalten, dann wären sie vielleicht heute auch irgendwo oben und nicht nur dazwischen. Mit großer Verspätung haben die Linken begriffen, daß die einzig erfolgreiche kriminelle Organisation die Familienbande ist. Die erfolgreiche Mutation der revolutionären Zellen zu Keimzellen des Staates faßte der SPD-Funktionär Glotz vor einiger Zeit in einem vernichtenden Lob zusammen, er sprach von der »zur Standhaftigkeit geläuterten Protestgeneration von 1968.« Trotz dieses Persilscheins benötigte der sozialdemokratische Parteivorstand noch fast zwei Jahre, um die selbstverschuldete Harmlosigkeit der ehemaligen Aufrührer zu honorieren. Im Frühjahr 1988 traf die SPD mit der Aufhebung des »Unvereinbarkeitsbeschlusses« eine jener richtungsweisenden Entscheidungen, welche die Behauptung unterstreichen, die hundertjährige Geschichte der Sozialdemokratie sei die Geschichte des Aufstiegs von Karl Marx zu Hans-Jochen Vogel. Die Mitglieder des SDS, eines linksradikalen Vereins, den es schon seit 1970 nicht mehr gibt, dürfen diesem Beschluß zufolge also wieder SPD-Mitglied sein. Genau so relevant wäre etwa eine Ankündigung des Finanzministeriums, die Krawattensteuer sei abgeschafft oder die Frustrationsabgabe für Verheiratete werde aufgehoben . Nicht einmal im Traum würde einer der geläuterten Revolutionäre auf den Gedanken kommen, den ehemaligen Verein wiederzubeleben, aber nach diesem Beschluß können sie doch besser schlafen . Denn wie der gläubige Katholik erst die Absolution braucht, um ohne Gewissensbisse zum Abendmahl zu treten, so wünschen die Genossen von einst, makellos dazustehen, wenn sie das Sakrament einer Planstelle empfangen.

Jahrzehnte ehe sich so viele wieder familiär zusammenrotteten, legte der spätere Bundespräsident bereits jenen herzlichen Familiensinn an den Tag, den heute alle uneingeschränkt an ihm bewundern. Mit seiner Wahl hatte auch die deutsche Nachkriegsliteratur ihren ersten und einzigen politischen Erfolg vorzuweisen: Weizsäcker war die Antwort auf die Spätheimkehrerprosa Ende der 70er Jahre, die Antwort auf ein von der sogenannten Väterliteratur formuliertes kollektives Bedürfnis. Deshalb kann man heute kaum mehr unterscheiden, ob der neueste Artikel Hochhuths vom Kanzler diktiert oder die letzte Kirchentagsrede des Bundespräsidenten von Walser verfaßt wurde; deshalb gibt es heute keine Klassen mehr, sondern nur noch Väter, Söhne und Enkel.

Seinen Vater, bei dessen Verteidigung er im Nürnberger Prozeß »aus tiefer Überzeugung« mithalf, würde Weizsäcker, wie er israelischen Journalisten erklärte, heute genauso unterstützen wie damals. Die vornehme Zurückhaltung des Bundespräsidenten, nicht die unmanierliche Wut, mit welcher der »Stern«-Redakteur Frank sich seines von den Alliierten gehenkten Vaters annahm, wirkte stilbildend auf zahlreiche Bekenntnisse, die unter Titeln wie »Zweite Generation« oder »Kinder der Täter« zur neuen Betroffenheitsbelletristik zählen.

Alle diese Berichte illustrieren vornehmlich die Binsenweisheit, daß einer keine Nazieltern haben mußte, um unter ihnen zu leiden, – wie umgekehrt gilt, daß ein lieber, fürsorglicher Familienvater die allerbesten Voraussetzungen mitbringt, auch ein guter Nazi zu werden. Die gestandenen und geständigen Mittvierziger, denen die eigenen Bälger mit unangenehmen Fragen nach dem gegenwärtigen Mitläufertum auf der Nase herumtanzen, entdecken nun, daß sie vor allen Dingen die lebenslänglichen Kinder ihrer Eltern sind. Nicht von ungefähr forderte deshalb eine Psychoanalytikerin, welche die Selbstdiagnose dieses Personenkreises als repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ansah, die sofortige Umwandlung der Bundesrepublik in eine geschlossene Anstalt. Ihren Kollegen, so war im »Spiegel« zu lesen, warf sie vor, es versäumt zu haben, der »massenhaften Traumatisierung der Deutschen ins Auge zu sehen.«

Doch wie unheilbar gesund und in Sehnsucht nach Wiedervereinigung von Urahne, Großmutter, Mutter und Kind sich verzehrend die angeblich traumatisierten erwachsenen Kleinen sind, geht aus den Aufzeichnungen einer Autorin über sich und andere »Kinder der Täter« hervor. Dörte von Westernhagen, die ihr Hobby, Familienarchäologie, in Therapiezirkeln und Interaktionsseminaren professionalisiert hat, schreibt: »In dem verzweifelten Bemühen, sich von negativen Elternbildern zu befreien und gleichzeitig doch noch zu bekommen, wonach man sich sehnte, Verständnis, Zugang zu guten Eltern, machten wir später den Eltern den Prozeß, klagten sie in Wut und Haß an und wurden unsererseits zum Verfolger«. Weder sie selbst, noch eine der Personen, von denen sie berichtet, hat sich je an den Eltern vergriffen wegen deren Nazivergangenheit; es hat sich alles, abgesehen vom Vaterschänder Frank, zum Guten gewendet. Nur gelegentlich werden durchschnittliche Kinder von Rachegelüsten gepackt und begehen dort einen Mord, wo die meisten Kapitalverbrechen geschehen: zuhause. Das gehört zu den Betriebskosten der familiären Sicherungsverwahrung. Zu diesen Kosten rechnet die Autorin auch die für den deutschen Hausgebrauch verschärfte Anwendung des fünften Gebots: »Es geht außerdem darum, die Liebe zu den Eltern, wie belastet sie immer waren, möglich zu machen..(es) entsteht ansatzweise auch Dankbarkeit...«.

Mittlerweile handelt es sich zumeist um posthume Familienfürsorge. Auch der Vater des Bundespräsidenten, der ehemalige Staatssekretär mit hohem SS-Rang, kommt nicht in die Lage, das vom Sohn erneuerte juristische Beistandsangebot anzunehmen. Erstens ist er tot, und zweitens interessieren sich, so wie die Dinge liegen, die deutschen Gerichte bestimmt nicht für ihn. Wahrscheinlich würde er als Widerstandskämpfer anerkannt und trotzdem eine Pension beziehen. Denn nach eigener Aussage war seine Mitgliedschaft in NSDAP und SS ein persönliches Opfer, um das Schlimmste zu verhindern, das er gerade durch seine Tätigkeit im Auswärtigen Amt damals anrichtete.

Auch der Bundespräsident will immer das Schlimmste verhindern. Er ist die personifizierte Begrenzung des Schadens, den alle um die Familienehre, will heißen um die Reputation der Bundesrepublik Besorgten, abwenden wollen und doch so zielsicher herbeiführen. Und am Ende kommt wie immer heraus, was angeblich keiner gewollt hat: zum Beispiel die neue Lust am historischen Schuldbekenntnis der Deutschen.

Horkheimer diagnostizierte 1960 das »kleinlaut und formell gewordene Schuldgetue«, welches nur die Funktion habe, sich »zum rechten Patriotismus wieder das gute Gewissen zu machen«. Nach den tapsigen Auftritten des Kanzlers in Israel, in Bitburg und bei dem von allen gepriesenen Staatsschauspiel in Bergen-Belsen hat sich die kleinlaute Verdrücktheit in die stolze und vollmundig selbst von Kohl verkündete Einmaligkeit der deutschen Verbrechen verwandelt. Vor der entlastenden Ausrede, der Massenmord sei eine Doublette gewesen, rangiert nun die Verteidigung des Urheberrechts, der Anspruch auf Originalität: Auschwitz bleibt deutsch. Als Verbrechen zwar, aber doch auch als unvergleichliche Spitzenleistung.

Mit dieser Erklärung hat sich der Kanzler die offizielle Eintrittskarte zur »Zentralen Gedenkveranstaltung« am 9. November in der Frankfurter Synagoge erworben. Nachdem er sich bislang nur blamiert und immer bloß der Bundespräsident gute Zensuren ausgestellt bekommen hat, möchte er sich nun öffentlich bestätigen lassen, daß einige seiner besten Juden die Freunde der Deutschen seien.

Der inoffizielle Passierschein, mit dem der Kanzler zur Feierveranstaltung der neuen deutsch-jüdischen Symbiose durchgelassen wird, sieht hingegen anders aus – nämlich wie ein Bankauszug des verstorbenen Zentralratsvorsitzenden der Juden. Im Feudalismus wurden die Hofjuden physisch bedroht, damit sie den Finanzhaushalt des bankerotten Fürsten in Ordnung brächten; die Hofjuden, die sich die Bundesrepublik hält, werden finanziell unter Druck gesetzt, damit sie den angegriffenen Seelenhaushalt der Gesellschaft ausgleichen. Ihr oberster Funktionär hatte nämlich etwas getan, wovon abgestuft die ganze Bevölkerung seit der Nazizeit profitiert, und war in die Rolle des Vernichtungsgewinnlers geschlüpft, was deshalb als besonders skandalös galt, weil es ihn, wenn die Deutschen noch genügend Zeit gehabt hätten, eigentlich gar nicht mehr hätte geben dürfen. Als Nachmanns Unterschleif bekannt wurde, meldeten sich sofort besorgte Politiker und warnten davor, das Vergehen dieses Nachahmungstäters antisemitisch auszuschlachten. Damit waren sie bereits zum Symptom der Krankheit geworden, die sie verhindern wollten.

Und so kommt Kohl nach Frankfurt. Weil er will, was alle wollen, nämlich die ganze deutsche Geschichte, ist die Kritik verstummt. Die Kritiker haben sich in bekennende Historiker verwandelt. Mit der Konkursmasse aus einer neuerlichen Pleite, nämlich mit den Trümmerstücken des friedensbewegten Patriotismus beteiligen sie sich fleißig am Wiederaufbau der Nationalgeschichte. Sie wollen auch nichts anderes als Deutschland, nur Deutschland anders. »Die deutsche Geschichte – dreigeteilt niemals!« ruft es aus dem Kanzleramt, und aus dem Westberliner Arbeitszimmer Peter Schneiders schallt es zurück: »Es muß . . . endlich ein Ende haben mit dem gekrümmten Gang... Die deutsche Geschichte ist länger als zwölf Jahre...« Einige Jahrzehnte vor Auschwitz hatte sein Dichterkollege Börries Freiherr von Münchhausen, der in keinem Schullesebuch fehlt, eine stimmige poetische Metapher für die deutsche Traditionsbildung gefunden – die Lederhose: »Ja – Geschlechter kommen, Geschlechter gehen, Hirschlederne Reithosen bleiben bestehen.«

Mit der nationalen Wiedergutwerdung der Deutschen, die am 9. November 1988 in der Frankfurter Synagoge jüdisch abgesegnet werden und damit die Verwandlung der Bundesrepublik in Deutschland abschließen soll, werden andrerseits die Juden aus dem runderneuerten Kollektiv, vor dem sie schon heute mit bewaffneter Polizei geschützt werden müssen, ausgeschlossen. Manchmal explodiert schon heute ein Sprengsatz in einem Gemeindezentrum; aber abgesehen davon ist, wie Politiker immer wieder versichern, das Verhältnis von Deutschen und Juden ganz normal. Als Antwort auf die Mutation von deutschen Linken in linke Deutsche haben sich jüdische Linke in linke Juden verwandelt. Zu welch vergleichbar komischen Resultaten diese Veränderung geführt hat, liest man gelegentlich in der »taz«, wenn ohne Arg über jüdisch-christliche Andachtsrituale von Linken berichtet wird, die sich vorzugsweise in evangelischen Akademien treffen, um sich nach dem gemeinsamen Kiddusch ans heitere Beruferaten »Wer bin ich?« zu machen. Diese Frage beantwortet in einer eigens zu diesem Zwecke gegründeten Zeitschrift namens »Babylon« Dan Diner mit einer Variation auf das seit der Friedensbewegung in Deutschland beliebte Rollenspiel, sich für das Opfer zu halten, indem er sich als Max Horkheimer verkleidet und darauf hofft, man werde ihn verwechseln: »Wir jüdischen Intellektuellen, die dem Märtyrertod unter Hitler entronnen sind, haben nur eine einzige Aufgabe«, zitiert er aus den »Notizen« als blicke er in einen Spiegel. Heraus schaut aber das austauschbare Gesicht der A 13-Kultur. Nicht dem Märtyrertod ist er entronnen, entkommen ist er der Frankfurter Scene, was ja auch eine glückliche Schicksalsfügung sein kann. Vor Jahren schrieb er im Westend über den Nahen Osten: »Keine Zukunft auf den Gräbern der Palästinenser«; heute ist er Professor in Tel Aviv.

In der Bundesrepublik sind zum Jubiläumsjahr der »Kristallnacht« alle fleißig am Graben, Recherchieren, Renovieren und Publizieren, um sich mit der wiedergefundenen Einzigartigkeit der deutschen Geschichte über die eigene Mittelmäßigkeit hinwegzutrösten. Ein halbes Jahrhundert nach der wirtschaftlichen Ausplünderung der Juden, die 1938 einen Höhepunkt erreicht hatte, sind die Vertriebenen und Ermordeten zum Material einer gemeinnützigen Wachstumsindustrie geworden: There is no business like Shoahbusiness.

Die »Wiederjudmachung« Deutschlands, wie die Allgegenwart jüdischer Themen in den Medien von jenen bezeichnet wird, die in regelmäßigen Abständen den Deutschen erklären, daß Auschwitz kein Sanatoriumsaufenthalt für sie war, ist inzwischen zu einem flächendeckenden Arbeitsbeschaffungsprogramm geworden. Keine Gemeinde ist mehr ohne Judenreferent, jeder Sender hat seinen Vernichtungsexperten – die Nazis hätten sich die Finger nach so viel Fachleuten geleckt. Durch deren vereinigte Anstrengung gibt es zwar in der Bundesrepublik nicht weniger Antisemiten, nur weniger Arbeitslose, aber es wird durch sie nocheinmal bestätigt, was zur Erfahrung der letzten Jahrzehnte gehört: daß Erinnerung in Deutschland die höchste Form des Vergessens darstellt. Ihr Modell ist, vom Ende des Hauptbeteiligten abgesehen, der EichmannProzeß.

Nach seiner Festnahme in Argentinien wurde Eichmann aufgefordert, eine Erklärung zu unterschreiben, er sei einverstanden, vor ein israelisches Gericht gestellt zu werden. Diese Erklärung unterzeichnete er erst, nachdem er deren Sprache seinem Amtsdeutsch anverwandelt und ihr eine kuriose Bitte hinzugefügt hatte: »Nachdem ich mich nicht an alle Einzelheiten mehr erinnere und auch manches verwechsle und durcheinanderbringe, bitte ich, mir dabei behilflich zu sein, durch Zuverfügungstellung, durch Unterlagen und Aussagen, die meinen Bemühungen, die Wahrheit zu suchen, behilflich zu sein.« Monatelang, Tag für Tag, erst im Gefängnis, dann im Gericht, bemühten sich die Prozeßbeteiligten um den Angeklagten wie Pädagogen, die einem begriffsstutzigen Kind eine Vorstellung von dem zu geben suchen, was es angestellt hat. Doch die Mühe war vergeblich, Eichmann las die von ihm unterzeichneten Anordnungen, die ihm vorgehalten wurden, mit derselben Beflissenheit durch, mit der er sie einst ausgefertigt hatte. Er hatte gewissermaßen seinen Arbeitsplatz aus der Berliner Kurfürstenstraße in den Glaskasten im Jerusalemer Landgericht verlegt.

Die Verlaufsform der deutschen Vergangenheitsbewältigung ähnelt auf frappante Weise jenem juristischen Schauspiel in Jerusalem. Wie der ewige Student saßen die Deutschen in einer Art Dauerrepetitorium und zeigten sich resistent gegen jede Aufklärung über die eigene Vergangenheit. Weil der Student nun im annähernd neunzigsten Semester sich befindet und immer noch bei jeder Prüfung durchfällt, werden anläßlich des Pogrom-Jubiläums wieder zahllose Sendungen, Veranstaltungen und Ausstellungen als Nachhilfeunterricht angeboten. Damit nun der Kandidat nicht sofort wieder alles vergißt und zwischenzeitlich – wie bei der Bundeswehr geschehen – nicht symbolisch ein paar Juden verbrennt, bietet das erste Fernsehprogramm im Anschluß daran die publizistische Endlösung der Endlösung als Intensivkurs an: einen Mehrteiler über die Massenvernichtung vom Nordkap bis zur Ägeis. Um die Lernmotivation des Studenten kümmert sich ein ganzes Rudel von bislang arbeitslosen Lehrern, die nun den neugeschaffenen Beruf des Betroffenheitsarbeiters ausüben nach der Devise: »Wenn Sie bisher Juden ausrotteten, dann müssen Sie jetzt Judenpfleger sein.« Diese Neufassung der Sonderbehandlung war einer der letzten Befehle, den Eichmann von Himmler erhalten hatte und nur mangels Gelegenheit nicht ausführen konnte. Der Umschwung wäre dem erklärten Hobbyjudaisten nicht schwergefallen. Statt seiner bemühen sich nun andere darum, diese Direktive zu befolgen. Mit pädagogischem Eifer sind sie darum bemüht, den Glaskasten in ein historisches Terrarium, in einen Erlebnisraum umzugestalten. Wenn einer schon nichts begreift, dann soll er wenigstens was zum Anfassen haben. »Ihre Neugier auf sinnliche Erlebnisse ist offensichtlich; die Phantasie möchte sich an der Retrospektive beteiligen«, schrieb W.F. Schoeller in der »Süddeutschen Zeitung« voller Sympathie für die Resteverwerter, die angesichts der freigelegten Fundamente des jüdischen Ghettos in Frankfurt ins Schwärmen gerieten. Weil es dort aber nur viel Steine und wenig Tod gibt, ist die Ausbeute an sinnlichen Erlebnissen mager Von Arnulf Baring, dem Peter Alexander der deutschen Historiker, kam ein ganzes Bündel von Vorschlägen, diesen Erlebnishunger zu stillen, darunter die Anregung, in die sinnliche Wahrnehmung der Vergangenheit auch ein Schnupperstudium mit »Zyklon B« einzubeziehen. Das neueste Stimulanz zur Beflügelung des Lerneifers ist jedoch, nachdem die »Geschichte von unten« an ihre natürlichen Grenzen, ans Grundwasser, gestoßen ist, die »Geschichte von innen«. So bezeichnen Menschen, die die Geschichte lieben, aber ihresgleichen offenkundig nicht respektieren, ein Projekt, in welchem sie Überlebende in ihre Geschichtswerkstatt locken, um Hand an sie zu legen. Die einst Verfolgten und Gequälten sollen dort, möglichst naturgetreu, ihr Opferschicksal rekonstruieren. In einem Versuchsprotokoll heißt es: »Der Zeitzeuge berichtet nicht nur mündlich, sondern er durchlebt gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern noch einmal den geschichtlichen Vorfall. Bei allen Beteiligten, nicht nur bei S. selbst, führte dies zu tiefen und eindringlichen emotionalen Reaktionen. 'Betroffenheit' wurde vom Schlagwort zur Realität.«

Zwei prominente Beutestücke, die den Jägern der verlorenen Einmaligkeit wieder in die Hände gefallen sind, liegen in Berlin: die ausgebuddelten Gestapo-Keller und die Wannsee-Villa, wo 1941 bei einem Arbeitsfrühstück die Richtlinien der Massenvernichtung beschlossen wurden.

Diese Villa soll, wie das Gruseltroja an der Mauer, als eine Art Spukschloß am Wannsee künftig das Pflichtprogramm von Klassenfahrten nach Berlin ergänzen. Und die Historiker, die die deutsche Selbstfindung in der Professoralform und im

Feuilleton versanden ließen, sollen hier wieder zur aktuellen Eingreiftruppe werden. In einer Art Neuauflage der Wannseekonferenz, die den Neid alternativer Freilandhistoriker auf sich zöge, könnten dann jene seit der TV-Sendung »Holocaust« unvermeidlichen Expertenrunden stattfinden. In der Atmosphäre des neuen Bekenntnisses zur Einzigartigkeit würde dann gewiß die immer noch brennende Streitfrage nach der maximalen Kapazität der Verbrennungsöfen zufriedenstellend geklärt. Damit ein solcher Ort jedoch richtig zum Übungsgelände für Identität und Nationalbewußtsein wird, dafür müssen dann die Kleinkünstler der deutschen Selbstwiedergutmachung sorgen – die Schriftsteller. Denn wo die Begriffe fehlen, da stellt sich eine Lesung ein. Und dafür, daß ihn vom Kanzler bis zum Regierenden Bürgermeister alle plagiieren, könnte sich Peter Schneider dann mit einer Lesung aus »Vati« revanchieren.

Konkret 10/88, S. 55

Zehdi Terzi; Georg Stein

Eine Lektion in Geschichte

Wird das Exilparlament der Palästinenser, der Palästinensische Nationalrat, auf seiner Sitzung im Oktober einen Palästinenserstaat ausrufen und eine provisorische Regierun einsetzen? Georg Stein befragte Zehdi Terzi, PLO-Vertreter bei der UNO in New York

KONKRET: Wie ein Erdbeben hat der palästinensische Volksaufstand (intifada) in den letzten neun Monaten die nahostpolitische Szenerie verändert. Worin liegen denn die wichtigsten Auswirkungen der intifada?

Terzi: Zunächst einmal: Die intifada ist kein Zufall. Sie ist vielmehr das Ergebnis von zwanzig Jahren Unterdrückung und Besatzung. Der Aufstand entwickelte sich tief im Innern der Palästinenser selbst. Der positive Aspekt der intifada besteht im Festhalten der Palästinenser an ihrem Recht auf staatliche Souveränität und Unabhängigkeit in ihrem eigenen Land; darin liegt der eigenständige Charakter des Aufstandes. Die intifada hinterließ ihren Einfluß jedoch nicht nur auf der palästinensischen Ebene. Das Wort intifada hat mittlerweile auf der ganzen Welt Eingang in die Wörterbücher gefunden. Der Aufstand machte vor allem deutlich, daß die Sicherheit Israels nicht von seiner Armee abhängt, sondern vielmehr von den guten Beziehungen zu seinen Nachbarn. Solange Israel die Palästinenser unterdrückt, kann es keine Sicherheit für Israel geben . Die intifada hat gezeigt, daß die Palästinenser in den besetzten Gebieten bereits die Grundlagen für einen Staat geschaffen haben. Sie üben jetzt die volle Autorität aus. Sagt die nationale Führung des Aufstandes: es wird gestreikt, dann wird gestreikt; verlangt sie das Streikende, dann wird der Streik gestoppt. Wenn die Israelis die Schulen schließen, findet der Unterricht eben zu Hause statt. All das stärkt die politische Einheit und Selbstbestimmung der Palästinenser.

KONKRET: Natürlich ist auch der Verzicht Husseins auf die Westbank eine direkte Konsequenz der intifada. Versucht Hussein mit diesem Rückzieher einmal mehr die PLO zu diskreditieren und auszuspielen oder ist sein Verzicht endgültig?

Terzi: Die Palästinenser in den besetzten Gebieten haben immer ganz klar gesagt, daß die sogenannte jordanische Option, die es ja schon seit 19S0 gibt, nichts wert ist und nichts für eine Friedenslösung bringt. Die Palästinenser wollen vielmehr einen eigenen unabhängigen Staat. Husseins Rückzug aus der Westbank hat das deutlich signalisiert. Die Palästinenser in den besetzten Gebieten bekennen sich einmütig zur PLO als ihrer einzigen legitimen Vertretung. Die PLO-Führung hat sofort nach Husseins Verzicht die volle Verantwortung für die besetzten Gebiete übernommen. Wenn Hussein keine Gehälter mehr zahlen will, wird das eben die PLO tun. Wenn Hussein nicht mehr die Palästinenser vertreten will, bitte schön, die PLO hat das palästinensische Volk schon immer vertreten. Husseins Rückzug hat nur erneut bestätigt, daß er nicht die Vertretung der Palästinenser ist. Seine Motive für den Verzicht sind eigentlich unwichtig. Die Palästinenser in den besetzten Gebieten haben Hussein unmißverständlich gesagt: Vielen Dank, auf Wiedersehen, wir möchten dich nicht mehr.

KONKRET: Auch die Politik der PLO wurde von der intifada beeinflußt . Wird der nächste Palästinensische Nationalrat (Exilparlament) eine provisorische Regierung einsetzen oder vielleicht sogar einen Palästinenserstaat ausrufen?

Terzi: Die intifada und die PLO sind ein Element; sie gehören auf's engste zusammen. Was der Nationalrat beschließen wird, kann ich natürlich nicht vorhersagen. Selbstverständlich haben wir ein Recht auf staatliche Unabhängigkeit. Ein eigener Palästinenserstaat ist eine conditio sine qua non für jede Friedensregelung. Es liegt an uns, zum richtigen Zeitpunkt unseren Staat auszurufen, gegebenenfalls sogar noch unter israelischer Besatzung.

KONKRET: Nochmals: Wird der bevorstehende Nationalrat bereits diesen Staat oder die Einsetzung einer Exilregierung verkünden?

Terzi: Wie gesagt, man kann die Nationalrats-Beschlüsse nicht vorwegnehmen. Ich würde vorschlagen, daß wir, ausgehend von unserem unveräußerlichen Recht auf Souveränität, unseren eigenen Staat ausrufen; einen Staat, wie er ja auch von der UNO bereits in vielen Resolutionen anerkannt wurde. Darüber hinaus sollte der Nationalrat eine Körperschaft bestimmen, die die Verantwortung für diesen Staat übernimmt. Der Nationalrat hat u.a. die Möglichkeit, dem Exekutivkomitee der PLO diese Verantwortung zu übertragen.

KONKRET: Würde die Ausrufung eines palästinensischen Staates rechtmäßig die de facto Anerkennung Israels bedeuten?

Terzi: Hier kommt die Frage nach der Legitimation auf. Die Legitimation Israels ist abhängig von der Legitimation eines Palästinenser-Staates. Solange es keinen palästinensischen Staat gibt, fehlt es im Prinzip auch an der Legitimation Israels. Die Geburtsurkunde Israels ist nämlich der UN-Teilungsbeschluß von 1947. Man kann nicht den einen Teil dieses Beschlusses durchsetzen, und den anderen vergessen. Man muß sich immer vergegenwärtigen, daß der Teilungsbeschluß zwei Staaten vorsah.

KONKRET: Bezieht sich die mögliche Ausrufung eines Palästinenserstaates auf die Westbank und den Gaza-Streifen oder auf das Territorium des Teilungsbeschlusses von 1947?

Terzi: An der grundsätzlichen Legitimation für unseren Staat kann niemand rütteln. Die Geographie dieses Staates muß jedoch von einer internationalen UN-Friedenskonferenz, an der Israel, die PLO und die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates teilnehmen sollen, diskutiert werden. Solange jedoch die prinzipielle Frage nach der Legitimation nicht geklärt ist, macht es keinen Sinn, über territoriale Fragen zu debattieren. Die Anerkennung und Respektierung der Legitimation eines unabhängigen Palästinenser-Staates ist daher ein Schritt in Richtung Friedenskonferenz, die dann die Territorialansprüche beider Staaten klären wird.

KONKRET: Inwieweit hat die intifada die Möglichkeit zur Einberufung einer Nahost-Friedenskonferenz erleichtert bzw. die einseitige Politik der USA verändert?

Terzi: Die Nichteinberufung dieser Konferenz 1983 war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit; Tausende mußten sterben. Die intifada zeigte jedoch die Notwendigkeit einer sofortigen Friedensregelung. Wenn die amerikanische Regierung die Botschaft des palästinensischen Volkes ignoriert, dann bedarf sie einer Lektion in Geschichte. Es könnte jedoch einen Wandel in West-Europa geben. Vor allem die EG hat jetzt die große Aufgabe, die Botschaft nach Washington zu bringen. Europa ist nämlich direkt davon betroffen, ob es im Nahen Osten Frieden gibt oder nicht. Ich denke, die EG wird nun mehr Verantwortung dafür aufbringen, die USA zumindest davon zu überzeugen, nicht länger ein Hindernis auf dem Weg zum Frieden zu sein.

Georg Stein lebt als freier Journalist in Heidelberg. Bei Pahl-Rugenstein erschien im April sein Buch »Die Palästinenser«

Konkret 10/88, S. 56

Wolfgang Schneider

Buch des Monats: Hand auf's Herz

Der Berliner Antisemitismusstreit, hrsg. v. Walter Boehlich, Insel Verlag Frankfurt/M. 1988, 269 5., 14 Mark.
Ein unvermeidlicher Streit: Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina, hrsg. v. der Redaktion »Arbeiterkampf«, Hamburger Satz und Verlags-Kooperative 1988, 127 S., 8 Mark

Am 6.9.1988 ließ die »Hamburger Morgenpost« den jüdischen Schriftsteller Erich Fried die auf die Fassade eines der besetzten Häuser in der Hafenstraße gemalten Anti-Israel-Parolen gegen den einige Tage zuvor an gleicher Stelle abgedruckten Einspruch des jüdischen Autors Michel R. Lang verteidigen: »Natürlich ist es traurig und bitter, wenn in Hamburg an den Häusern der Hafenstraße stehen muß 'Boykottiert Israel'. Gewiß, man denkt dabei an die Schand-Nazi-Losung 'Kauft nicht bei Juden'. Aber, Hand auf's Herz, wer denkt bei den Verbrechen der israelischen Regierung gegen die Palästinenser nicht auch an die Nazi-Verbrechen gegen die Juden? Solange das nicht aufhört, sind diese Losungen leider notwendig und richtig.«

Eine in ihrer Nonchalance gleich mehrfach bemerkenswerte Formulierung, deren Schlußsatz ebenso doppeldeutig ist – es liegt ja tatsächlich eine gewisse Wahrheit in der Annahme, die deutsche Linke könne, solange sie die israelische Besatzungspolitik mit dem Holocaust zusammendenke, nur nationalsozialistisch konnotierte Parolen ausgeben – wie ihr Mittelteil konfus: Fried hält es offensichtlich für völlig selbstverständlich, daß, wer den von ihm begrüßten Slogan wahrnimmt, ebenso unweigerlich 'Nazi-Verbrechen' assoziiert wie derjenige, der betrachtet, wogegen jener sich richtet. Aber Fried setzt nicht nur gleich, was auseinanderzuhalten wäre, und konfrontiert, was sich ähnelt – er zitiert auch noch falsch. Denn die infragestehende Fassadenbeschriftung, die vor einigen Wochen von der Stadt übermalt worden ist, lautete: »Boykottiert 'Israel' ! Waren, Kibbuzim + Strände/Palästina – Das Volk wird dich befreien/Revolution bis zum Sieg«.

Über sie haben die drei Verfasser des Buches »Hafenstraße, Chronik eines Konflikts« in einem Beitrag für die »Hamburger Rundschau« das Nötige gesagt: »Man muß ihretwegen in keine Diskussion über die Politik des Staates Israel eintreten. Für die Parole reichte die Frage hin, was eigentlich die Anführungszeichen um das Wort 'Israel' sollten und warum nun ausgerechnet eine Wand der Hafenstraße redet wie die Springer-Presse von der DDR. Für die Parole reichte hin, zu fragen, ob ein Boykott-Aufruf und zwar auch dann, wenn man politisch einen Boykott israelischer Waren für richtig hielte – an einer deutschen Wand nicht eben doch zu nahe am 'Kauft nicht bei Juden!' sei, um dort stehen zu dürfen. (...)

Aber es ging ja nicht um bloß Unbedachtes. 'Palästina – das Volk wird *dich* befreien' – stand da. Und nicht etwa: Das palästinensische Volk wird *sich* befreien.« Auf die palästinensische Bevölkerung komme es der Parole mithin gar nicht an, »das Volk« werde allenfalls als »ausführendes Organ eines Befreiungswillens« apostrophiert, den es selbst gar nicht zu haben brauche. Zwar gehe es der Parole tatsächlich um 'Befreiung' – »aber um Befreiung eines Landstrichs. Quadratkilometer aber kann man nicht befreien wie einen Menschen oder ein Volk, weil sie nicht unterdrückt sind. Sie können nur 'von' etwas befreit werden, was sich auf ihnen befindet, Menschen etwa. Und gemeint ist die jüdische Einwanderung wenigstens seit der Balfour-Declaration. Die Parole bedeutet: Macht Palästina judenfrei.«

Die von Fried zwecks Förderung ihrer Akzeptanz verharmloste Inschrift ist im Januar 1988 im Kontext einer Palästina-Demonstration entstanden, über deren politische Stoßrichtung es zu einer heftigen Kontroverse innerhalb der Hamburger Linken gekommen ist. Der Kommunistische Bund (KB) sah sich außerstande, einen Demonstrationsaufruf zu unterzeichnen, der nicht nur einen umfassenden antiisraelischen Boykott forderte, sondern darüber hinaus mit Hilfe »der Magie der Anführungszeichen« und Ersetzung des Wortes 'Israel' durch Formeln wie »zionistisches Gebilde« das Existenzrecht eines jüdischen Staates verneinte. In dem Band »Ein unvermeidlicher Streit« hat der KB nun sowohl die Begründung seines damaligen Verhaltens als auch die Reaktionen der zumeist antiimperialistisch/autonomen Gruppen, die die strittige Demonstration unterstützten, noch einmal abgedruckt.Er dokumentiert darüber hinaus die innerlinken Auseinandersetzungen, die zur gleichen Zeit und aus gleichem Anlaß in Freiburg und Bremen stattfanden, und bietet einen Überblick über den Streit, den die Grünen wegen der Israel-Reisen zweier Abgeordnetengruppen untereinander austrugen.

Daraus ist ein Buch geworden, dessen Lektüre auch noch die letzten Zweifel an der Bedeutung eines linksradikalen Antisemitismus' beseitigt und gleichzeitig klarmacht, daß dieser 'linke' bloß der ewig gleiche Antisemitismus ist, der allerdings mittlerweile zusätzlich dafür herhalten muß, die deutsche Vergangenheit alternativ zu entsorgen. Das Hamburger Palästina-Komitee etwa gesteht zwar zu, »daß die Linke in der BRD verpflichtet ist«, gegenüber nationalsozialistischer Judenverfolgung und konservativer Geschichtsklitterung »die vergangenen Verbrechen auch zukünftig und konsequent in ihr politisches Handeln und Denken einzubeziehen«, betont jedoch, daß sie dies zu leisten habe, »ohne in diesem 'historischen Kontext' verstrickt zu bleiben«. Der Stricke entledigt fährt das Komitee folgerichtig dann so fort: »Rücksichtnahme und Verständnis (!) für die jüdische Geschichte (!) sind nicht aufzurechnen oder abzuwägen gegenüber Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, völkerrechtswidrigem Verhalten u. dgl. m. von seiten Israels, die zurückzuführen sind auf ein Konzept, das theoretisch und praktisch und auch im Bewußtsein der Konsequenzen vor

Auschwitz geboren, vor Auschwitz längst begonnen wurde und nach Auschwitz, gerade nach Auschwitz, keine Berechtigung enthält.«

Kaum ein antisemitisches Klischee, das nicht beigezogen wird, um etwa die Forderung der Freiburger Zeitschrift »immer rebellieren!« zu stützen: »Das zionistische Staatengebilde 'Israel' muß verschwinden!«. Da wird wieder einmal »die zionistische Weltbewegung« beschworen und phantasiert: »Die Weltöffentlichkeit wird von der zionistischen Propaganda beherrscht«. Da wird das Judenreferat der SS/SD zur »jüdischen SS-Abteilung« umgelogen, um die prinzipielle Übereinstimmung und systematische Zusammenarbeit jüdischer Funktionäre mit den Nationalsozialisten zu belegen. Da wird zum gleichen Zweck die abstruse Geschichte kolportiert, nach der Goebbels eine Medaille anfertigen ließ, deren eine Seite das Hakenkreuz, deren andere den Davidstern gezeigt habe. Da wird schließlich die Fortsetzung der gedeihlichen deutsch-jüdischen Kooperation über das Jahr 1945 hinaus wie folgt behauptet: »Jene, die damals die sogenannten 'Wiedergutmachungszahlungen' in Milliardenhöhe befürworteten und beschafften, waren großenteils Protagonisten des Naziregimes. (. . .) Das, was den Menschen in der BRD als 'Wiedergutmachung' an die Opfer des Nationalsozialismus verkauft worden ist, hat Hunderttausenden von Menschen in Palästina und im arabischen Raum unendliches Leiden gebracht« – und wäre also besser unterblieben.

Daß die vom KB dokumentierten »antiimperialistischen« Texte antisemitisch, also gegen »die Juden« gerichtet sind, ergibt sich im übrigen aus der Art und Weise, in der sie die je nach Opportunität religionstheoretisch oder rassentheoretisch gefärbte Behandlung der »Judenfrage« zur Grundlage ihres Reflektierens über die Legitimität eines jüdischen Staates machen. Das reicht bis zum vermeintlich antirassistischen, in Wahrheit grotesken Argument – mit dem diese bestritten werden soll – , »der Ausdruck 'jüdisches Volk' ist nur möglich, wenn unterstellt wird, Juden seien eine Rasse«. Selbstverständlich hat der Autor dieses famosen Arguments mit dem »palästinensischen Volk« keinerlei Probleme.

»Die grundlegende Frage, ob die Juden ein Volk sind, d. h. ein nationales Recht beanspruchen können«, beantwortet die Autonome Nahost Gruppe Hamburg unter Verweis auf die palästinensische Nationalcharta von 1968: »Warum die Juden die Voraussetzung für die Staatsbildung nicht erfüllen, wird durch die nachfolgenden Sätze begründet: 'Das Judentum ist keine Nationalität mit eigenständiger Existenz. Desweiteren stellen die Juden kein einheitliches Volk mit eigener Selbständigkeit dar, vielmehr sind sie Bürger des Staates, dem sie angehören. ' Mit anderen Worten: Im befreiten Palästina soll den Juden kein nationales Recht zugestanden werden. Die bürgerliche Freiheit, die sie dann genießen werden, kann nur ihre Assimilation erleichtern und fördern.« Die ihnen im 19. Jahrhundert gewährte »Emanzipation« sei daher lediglich »als Mittel für ihre notwendige Assimilation zu verteidigen.«

Das hat, vor mehr als 100 Jahren, der nationalliberale Historiker Heinrich von Treitschke schon genauso gesehen: »Mit der vollzogenen Emancipation ist auch der alte Anspruch der Juden, eine Nation für sich zu sein, gänzlich hinfällig geworden. In diesem Jahrhundert der nationalen Staatsbildung können die europäischen Juden nur dann eine friedliche und der Gesittung förderliche Rolle spielen, wenn sie sich entschließen, ... in den Culturvölkern, deren Sprache sie reden, aufzugehen.... Beansprucht das Judenthum gar Anerkennung seiner Nationalität, so bricht der Rechtsboden zusammen, auf dem die Emancipation ruht.«

Diese Sätze finden sich in dem von Walter Boehlich herausgebenen Band »Der Berliner Antisemitismusstreit«, der endlich, 25 Jahre nach seiner Erstauflage, wieder greifbar ist. In ihm hat Boehlich die Auseinandersetzung um Treitschkes Fassung der »Judenfrage« dokumentiert, die 1879/80 unter den Bildungsbürgern des Deutschen Reiches Furore machte, weil, was bis dato einigen mediokren Journalisten und Antisemitenvereinigungen vorbehalten zu sein schien, nun offenbar mit professoralen Weihen salonfähig gemacht wurde. Treitschke, langjähriger Reichstagsabgeordneter, Leiter der »Preußischen Jahrbücher«, Verfasser des wohl meistgelesenen Geschichtswerks der damaligen Zeit (»Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert«) und »ein Menschenalter hindurch für die Jugend der besitzenden Klasse der gefeiertste und einflußreichste Lehrer in politischen Dingen« (Franz Mehring), hatte am Schluß eines zeitkritischen Aufsatzes mehr en passant und sich vorab vom Treiben des organisierten Antisemitismus' distanzierend festgestellt: »Es ist keine leere Redensart, wenn man heute von einer deutschen Judenfrage spricht.«

Im folgenden war dann viel von »fremdem Volksthum«, »germanischer Gesittung«, dem »Lug und Trug« des »Semithentums« und schließlich auch davon die Rede, daß »die laute Agitation des Augenblicks« letztlich doch eine »natürliche Reaction des germanischen Volksgefühls gegen ein fremdes Element« sei, »das in unserem Leben einen allzu breiten Raum eingenommen hat«. Treitschkes, wie wir heute wissen, in der Tat bahnbrechender Text gipfelte in der berüchtigten Formulierung: »Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf (...) ertönt es heute wie aus einem Munde: die Juden sind unser Unglück!«

Die Kreise der höchsten Bildung zeigten sich, soweit sie überhaupt schriftlich auf die Invektiven des offiziellen »Historiographen des preußischen Staates« reagierten, überwiegend schockiert. Vor allem seine jüdischen Kollegen konnten kaum glauben, daß der verehrte Herr Professor vom Wahrheitsgehalt seiner Thesen ehrlich überzeugt war. Dementsprechend ließen sie sich mit vollem Ernst und den Mitteln, die ihre Wissenschaft ihnen an die Hand gab, auf eine

inhaltliche Diskussion der Treitschkeschen Sottisen ein und beeilten sich ansonsten, ihre untadelige Gesinnung unter Beweis zu stellen, indem sie bestritten, »daß die deutschen Juden nicht von Herzen deutsch wären«.

Sie alle vermochten die Motive des angesehenen Historikers nicht zu begreifen, und auch Treitschke selbst, der sich keineswegs für einen Antisemiten hielt, war sich über den Zusammenhang seines Angriffs auf die Juden mit den krisenhaften Zeitläuften wohl schwerlich im klaren. Dennoch ist, wohin der forcierte Antisemitismus schließlich führen mußte, schon 1880 deutlich gesehen worden. Der Abgeordnete der Fortschrittspartei, Eugen Richter, hat im Reichstag auf seine Konsequenz hingewiesen: »Das ist gerade das besonders Perfide an der ganzen Bewegung, daß während die Socialisten sich bloß kehren gegen die wirthschaftlich Besitzenden, hier der Racenhaß genährt wird, also etwas, was der einzelne nicht ändern kann und was nur damit beendigt werden kann, daß er entweder todtgeschlagen oder über die Grenze geschafft wird.«

Den Historiker Treitschke wird diese Einsicht nicht sonderlich beunruhigt haben. Er hatte bereits 1858 in seiner Habilitationsschrift darauf bestanden, daß »die Staatsgewalt (...) die Macht und, in wirrenreichen Zeiten, wo ihre Existenz auf dem Spiele steht, auch das Recht (hat), einzelne soziale Kreise zu vernichten.«

Konkret 10/88, S. 58

Hermann Peter Piwitt

Käptn Iglu und der Humanismus

Ein Essay über »Aspekte des notwendigen sanften Verschwindens des Menschen von der Erde«

1. Die junge Frau hat sich zum Sonnenbaden am Strand nackt auf einer Liege ausgestreckt, direkt neben einem toten Seehund. Das Foto ging Anfang August durch die Presse. Es war – gleichgültig, ob gestellt oder nicht – für mich eines der ekelhaftesten, die ich je gesehen habe. Ich stelle mir vor: das gleiche Foto, nur anstatt des toten Seehunds ein toter halbverwester Mensch. Ein Massenmörder, meinetwegen. Trotzdem: »Welche Obszönität!« Hat nicht selbst der schlimmste Verbrecher einen Anspruch darauf, daß man ihm wenigstens im Tod seine Würde läßt?

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Woher eigentlich diese Gewißheit, daß ausgerechnet der Mensch Würde habe? »Menschlichkeit«: Was für ein selbst wieder obszöner Aussperrungs-Humanismus arbeitet mit diesem Begriff?

2. Daß der Mensch von Natur aus Würde habe, ist so gewiß wie, daß Gott einen Bart hat: Eine blanke Mystifikation. Hat er aber keine, so mecht' er doch wenigstens einmal eine gehabt haben. In vorgeschichtlicher Zeit zum Beispiel. Oder bei den Naturvölkern, so wie sie herumgesprungen seien andächtig um Bäume, ehrfürchtig um den getöteten Bären. Aber was sonst hätten sie nützlicheres, praktischeres schon tun sollen, dem Stand ihrer Naturwissenschaften nach? Entsühnungs- und Beschwichtigungsrituale ergaben sich aus dem Erfahrungskalkül, daß es allemal nichts schaden konnte, zu versuchen, die Natur sich gnädig zu stimmen, unberechenbar wie sie war.

Die operationelle Vernunft des Animismus erübrigt sich mit den Waffen, Meßgeräten und Werkzeugen der Neuzeit. Möglich wird nun, alle nichtmenschlichen wildlebenden Lebewesen auszurotten – und praktiziert, wo sie im Weg oder lebendig nicht von Nutzen sind. Von Nutzen sind... Denn immerhin wird in Mitteleuropa noch bis zur Jahrhundertmitte zwischen nützlichen und schädlichen Tieren unterschieden. Aber mit den Pestiziden und Insektiziden werden auch die nützlichen unter den Vögeln überflüssig. Der moderne Versuch, für Wildtiere und -pflanzen ein neues Lebensrecht als »Bioindikatoren« geltend zu machen, ist schließlich – denn längst gibt es die entsprechenden Meßgräte – nur noch lächerlich; und dabei so ehrenwert zynisch wie Juden retten vor 45 Jahren mit dem Hinweis, es handle sich um hochinteressantes Menschenmaterial.

3. Der Naturschützer und Tierökologe Professor Wolfgang Erz im »Stern«: »Wenn wenigstens mal einer von denen offen zugestehen würde: Na gut, wenn sich die Vögel nicht an die Surfer gewöhnen können, dann sind sie eben dumm, dann sollen sie aussterben... Aber alle beteuern, wie sehr sie für Naturschutz sind.« Na gut, wenn denn keiner, dann eben ich: Der Mensch braucht wildlebende Tiere und Pflanzen nicht neben sich. Und er braucht schon mal auch keine Robben. Hat vielleicht jemand aufgeschrien, als Puggel und Edelkrebs, Malermuschel und Otter aus unseren Bächen und Flüssen verschwanden? Die SPD ließ Schwimmbäder bauen an Land. Schick, wie man sie kannte und liebte aus Hollywood-Filmen; und alles war gut. Also warum das Geschrei nun wegen der Robben im Meer? Nur weil sie Harald Juhnke so ähnlich sehen? Man wird Schwimmbäder bauen auf Sylt, mit Ausblick auf die See. Man hat sich gewöhnt, in Flüssen nicht mehr zu baden. Man wird sich daran gewöhnen, auch nicht mehr ins Meer zu gehen. Na und?

4. Die Geschichte des Humanismus als einer altruistischen Anstrengung für das schutzlose Leben von Minderheiten im weitesten Sinn ist eine Geschichte planlosen Rückzugs unter Frontbegradigungen, die als Siege gefeiert werden. Hier eine einzige Tierart, zum Beispiel den Bison, gerettet – dort zig dem Aussterben preisgegeben. Winzige Reservate erkauft um den Preis der Vernichtung von freier Landschaft in riesigem Ausmaß gleich nebenan. Auf eine einzige rechtzeitige Rettungstat hunderte, die zu spät kamen. Es ist aber zu spät, immer nur zu spät zu kommen. Worin liegt der Fehler? Nur in den gesellschaftlichen Machtverhältnissen? Darin gewiß. Aber was ist falsch am Humanismus selbst, daß alle seine Triumphe aussehen wie Pyrrhussiege heute, in der Schlußbilanz? Und kann er denn etwas dafür? Rousseau, daß die hehre Idee des Naturrechts den Physiokraten in den Kram paßte als philosophische Begründung für ihr laisser faire laisser passer in Handel und Geschäftsleben? Oder die Theoretiker des Sozialismus? Daß man ihnen hinriebe den Zustand des Erzgebirges, des Aral-Sees? Es war ihr Verdienst, – statt eines Naturguten – die materiellen Interessen, den Egoismus der Unterdrückten wachzurufen und zur Solidarität zu befördern, und also zur größten Kulturleistung der letzten 140 Jahre, dem proletarischen Internationalismus.

Wo aber ist er heute, der Egoismus, der sich entfachen ließe zum Widerstand gegen die sich anbahnende Endlösung der Naturfrage? Es gibt ihn nicht. Die Wählermassen Westeuropas und der USA verbinden kein materielles Interesse damit, das Unheil abzuwenden. Ihr demoskopisches Bekenntnis zum Natur- und Artenschutz ist formelhaft. Sie werden auch in Zukunft keine der alten Parteien verlieren lassen, nur weil sich auf diesem Gebiet nichts tut; geschweige denn, daß sie sich gegen die Großverschmutzer erhöben. Die sterbenden Robben sind ihnen peinlich; aber nicht peinlicher, als wenn sie im Fernsehen mitansehen müssen, was im Schlachthof mit den Rindern passiert. Sie haben Ur und Dronte, Wolf und

Wandertaube nicht vermißt; sie haben auch das Verschwinden von Robbe und Otter schon so gut wie verschmerzt. Und was heißt »keine Fische mehr in der Nordsee«? An ferneren Küsten wird Käptn Iglu neue Gründe erschließen! Haben vielleicht TUI und Tjaereborg Vertragshotels am Wittenbergener Elbstrand? Na also.

Mögen die Kassandrarufe noch so laut sein, – imperialistisches Lebensgefühl ist stärker; denn es ist sich gewiß: Wenn es denn schon fünf vor Zwölf ist auf der Erde, so ist es doch für uns *zuletzt* zu spät.

5. In »Die offenen Adern Lateinamerikas« erzählt Galeano von den fremden Fischereiflotten, die vor der peruanischen Küste die Gründe leergefischt haben, so daß die einheimischen Fischer arbeitslos wurden und die Pelikane auf der Suche nach Nahrung immer weiter hinausfliegen mußten, bis sie entkräftet ins Meer stürzten. Das ist bekannt. Wie ohnehin alles zum Thema. Und zigfach beschrieben: Wie die Massen in den reichen Schmarotzer-Gesellschaften Westeuropas und der USA ruhig gehalten werden durch niedrige Preise für Güter des täglichen Bedarfs, die aus den Billiglohn-Ländern kommen, Ananas, Kaffee, Textilien, tropische Hölzer... Wie der parasitäre Lebensstandard noch den Ausgeplünderten, denen er sich verdankt, die Maßstäbe des Begehrens setzt; die weggenommene Arbeitskraft wiederauftaucht als Gegenstand der Sehnsucht in Aufwand, Luxus und Privilegien der Schmarotzer – mit all den bekannten ökologischen Folgen in den Wirtsländern selbst. Wie die globalen Oligarchien – um die Masse zufriedenzustellen, ohne die eigenen Privilegien aufgeben zu müssen – noch die letzten Ressourcen und Reservate freigeben und damit die Front des Klassenkampfes allenfalls weiter nach unten verschieben, allmählich weg von den Menschen, gegen die Schwächsten und Wehrlosesten hin, um des ideologischen Ertrags einer globalen Volksgemeinschaft willen, wo oben die Gärten und Golfplätze der Reichen mit Biotopen prunken und unten brandgerodet wird. Und...und...und...Und wie der Aporien des Humanismus kein Ende ist.

6. Aber der Sozialismus! Hm. Da gilt der Satz, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt. Aber Sein ist zum Beispiel auch die inzwischen erdrückende Überlegenheit des Menschen an Zahl, die sich Marx vielleicht hat träumen lassen; aber hat er auch gerechnet damit? »Sein«, das ist weiter die »Vorbild«-Funktion der großen Killergesellschaften des Westens, so wie sie die sozialistischen Staaten in Zugzwang bringt. Unser parasitärer Lebensstandard: wieso ekeln sich Ungarn, Ostdeutsche, Tschechoslowakei nicht davor? Wo ist ihre Würde, daß sie, statt uns zu verachten, verrückt danach sind? Die Frage der Fragen, nämlich, was eine Gesellschaft noch haben will, wenn alle alles zum Leben unbedingt Nötige haben – ist sie überhaupt noch vernünftig zu stellen unter der Bedingung, daß man immer schon vor Augen hat, was man nebenan alles *mehr* haben kann? Auf die lange Bank geschoben und auf der Strecke, wie sie darüber bleiben, die Genossen, als soundsovielter Nebenwiderspruch, die Genossen Flußbarbe und Kammolch...

Im Vorabendprogramm von DDR I sehe ich Kröten krabbeln und Bauerngärten sprießen, während parallel dazu, bei uns, Putz unter Kugeln wegspritzt und Autos in Flammen aufgehn. »Wo finden sich heute noch Landschaften, deren sich ein Westdeutscher nicht zu schämen braucht wenn nicht entlang der 'Zonengrenze'?« (Piwitt in »Boccherini und andere Bürgerpflichten«, 1976). In China, lese ich, ist die Todesstrafe ausgesprochen worden gegen den Mörder eines Panda-Bären. Und da wäre sie, die Chance, die kein anderes Gesellschaftssystem hat: Die Chance einer ökologischen Erziehungsdiktatur. Und schon bin ich wieder geliefert, ans Messer der Hoffnung: Von sechs Milliarden möchten Menschenfreunde, daß es ihnen in Zukunft gutgehe; und vielleicht sind es in dreißig Jahren schon acht. Aber selbst, wenn sie, befreit von den herrschenden kapitalistischen Rahmenbedingungen, jemals könnten, wie sie wollten, die Verantwortlichen: Wie die Ansprüche einer solchen globalen sozialistischen Mittelstandsgesellschaft befriedigen, ohne weiter in Kauf zu nehmen Dezimierung und Tod rarerer und kostbarerer Arten, als der Mensch ist, mithin die weitere Verödung der Erde?

Es hilft nichts. Wenn denn das Sein das Bewußtsein bestimmt. Der Mensch macht die Werkzeuge und die Werkzeuge machen die Menschen: Und so hat er sich denn endlich selbstverwirklicht, als Skandal der Evolution. Kraft seiner Übermacht an Werkzeugen, Waffen und Zahl. Und da ist denn, fürchte ich, auch der Sozialismus nur noch eine Reform nach der anderen, ein Sieg – gelänge er auch – wieder nur im Zuge humanistischer Frontbegradigungen. Besser als das übrige Garnichts, immerhin. Und darum noch jede Anstrengung wert.

Revolution aber wäre, griffe ein Humanismus des notwendigen sanften Verschwindens des Menschen von der Erde.

9. Immer wieder in diesen Tagen dieselbe quälende Phantasie, wie denn wohl einer, der, weil er im Land als Vorbild an Tugend und Menschlichkeit gilt, sich plötzlich mit der Entscheidung betraut sieht, entweder die letzten Fischotter oder zehntausend Menschen zu retten. . . Ernst sehe ich ihn abwägen: Was von beiden ist seltener, schutzbedürftiger, unersetzlicher, reicher an Talenten und weniger gemeingefährlich?

Konkret 10/88, S. 60

Hans Wollschläger

Die Stimme dieser Gesellschaft

Alljährlich zur Buchmessenzeit leistet der Literaturbetrieb seinen Offenbarungseid – in Gestalt des »Literaturbetreuers« beispielsweise

Aus dem »Wörterbuch des Unmenschen« ist seit langem bekannt, welche Sprache wen und was verrät, und namentlich das Unwort *Betreuen* ist dort von Dolf Sternberger auf eine Weise analysiert, daß man meinen sollte, kein leidlich intakter Mensch könnte es mehr in den Mund nehmen, ohne daß die Leute sofort zurückwichen und mit dem Finger auf ihn zeigten. Aber nichts da; der Unmensch ist, was alles 'un' auch sonst, in erster Linie unbelesen; er hat keine Ahnung, was seit 40 Jahren schon über ihn geschrieben steht; er hat keinen erblassenden Schimmer, was seine gebleckten Zähne alles an dreckigen Zielen hervorgrinsen, wenn ganz arglos die Vorsilbe »be-« zwischen ihnen erscheint, nämlich – kurz zusammengefaßt – die *Unterwerfung des Gegenstands,* die sein unterstes – und wie er sich einbildet: heimlichstes – Dreckziel ist, und alle Mitunmenschen grinsen mit und leisten im Chor den Offenbarungs-Eid ihrer längst innerinnigsten Eigendreckziele – : *Dieses »be-« gleicht einer Krallenpfote, die das Objekt umgreift und derart erst zu einem eigentlichen und ausschließlichen Objekt macht. Muster und Vorgänger sind: Beherrschen und Betrügen, Beschimpfen und Bespeien, Bestrafen, Benutzen, Beschießen, Bedrücken... – :* ach, auf wie dornige Böden fällt in Deutschland seit je das zarte Saatkorn der Aufklärung! Die ganze Gesellschaft ist, die Reihen ahnungsfest geschlossen, darüber wegmarschiert; die ganze Gesellschaft, die sich gegenseitig zum Gegenstand machen und unterwerfen, die sich gegenseitig beherrschen und betrügen, beschimpfen und bespeien, bestrafen, benutzen, beschießen, bedrücken will, schwört aufs *Betreuen* als ihr allumfassendes Schibboleth: – man kriegt da kaum noch Ausnahmen zu Gesicht, nur manchmal ein besonders eklatantes Beispiel.

Nun ist ja das, was unsereinem täglich in den Briefkasten gestürzt kommt oder vom Postboten mitfühlend in die Hand gedrückt wird, so unverfälscht die Stimme dieser Gesellschaft, daß man sich andererseits auch längst nicht mehr wundert, wenn ihre Selbstoffenbarung wieder einmal zum Schwur kommt; und finde ich etwa meine »Geistfernen Zeiten« auf einer Zeitungsseite besprochen, die *Wirtschaft und Verbraucher* heißt und neben der mich betreffenden *Konzertanten Leserschimpfe* noch Schlagzeilen bietet wie *In der Bundesrepublik beim Bargeld neuen Rekord erzielt* oder *Münchener Rück nahm 11,8 Milliarden an Beiträgen ein,* so sind das einfach bloß Beiträge der Sozietät zu meinem Wirken, die wiederum ich gelassen einnehme, um sie einen neuen Rekord erzielen zu lassen, und die Alltäglichkeit des Vorgangs, die an und für sich schon leicht langweilig wird, dient mir selber höchstens dazu, noch zuversichtlicher an die Unwandelbarkeit meines Weltbilds zu glauben. Irritierend könnten allenfalls die Leserzuschriften sein, die einem anzeigen, daß man doch nicht die einzige fühlende Brust ist, die unter dem Pofel all der Larven seufzt; aber auch darunter finden sich oft eigenartige Schriftstücke, und daß der Anteil der klinisch Irrsinnigen unter meinen Lesern einigermaßen beachtlich sein möchte, verdichtet sich im Fortgang der Zeiten zu einer Ahnung, die mich manchmal fast beunruhigen will, obwohl es sich auch ganz harmlos erklären läßt. Wenig harmlos erklärbar aber bleibt das fesche Tollhaus des Ganzen, in dem das alles sich tummelt, und aus ihm ist jüngst das folgende Paradigma zu mir entwichen:

Klaus Middendorf

Literaturbetreuer

Säulingstraße 40

D-8000 München 21

Tel.: (089) 576374

Warum sollte es in der heimlichen Hauptstadt der Literatur nicht einen unheimlich guten Literaturbetreuer geben?

Sehr geehrter Herr Wollschläger,

das leistet Ihr neuer Literaturbetreuer: –

Individuelle Betreuung (Beratung in Fragen der PR und Öffentlichkeitsdarstellung, Beratung in Zusammenhang mit Literaturveranstaltungen, Lesungen und Literaturwettbewerben, Kontaktvermittlung). Ein individueller Betreuungs-Paß gibt Ihnen jederzeit Auskunft über die aktuellen Vermittlungsaktivitäten. BUCHEN SIE MIT IHREM BETREUUNCS-PASS IHREN PUBLIKATIONSERFOLG! –

Ausarbeitung von Exposés und Konzeptionen – auch für Bildmedienprojekte –

Sie bekommen ein individuelles Verlagsprofil, auf dem die Verlage stehen, die von ihrem Programmprofil zu Ihnen passen. –

Persönliche Manuskript- und Projektvorstellung nach gemeinsamer Abstimmung auf der Grundlage Ihres Verlagsprofils. –

Vertragsverhandlungen und Vertragsabschlüsse –

Korrespondenz- und Honorarabwicklung (einschließlich Honorarüberwachung) –

Satz- und verlagsreife Lektorierung Ihres Manuskripts, Lizenzverwertung und -beratung –

Vermittlung von Auftragsarbeiten

(Ghostwriting, Koautorprojekte)

Wann planen wir Ihre nächste Buchpublikation?

Freundliche Grüße

Ihr

Klaus Middendorf

Literaturbetreuer

P.S.: Sie finden mich auf dem Gemeinschaftsstand der Internationalen Literaturagenten (Halle 4.0)

Recht hat er ja: die Buchmesse bietet einen Schutz, in dem so einer gar nicht auffällt, so wenig wie sagen wir der kranke Baum im Wald, und so will ich ihm den Leichtsinn, derart einfach seinen Fundort bekannt zu geben, gar nicht weiter vorhalten; ich finde ihn zudem auch so, ohne mir eigens den Gemeinschaftsstand der Internationalen Literaturagenten zumuten zu müssen; ich lasse ihn mir nicht entgehen, und selbst die postwendende Reue käme zu spät. Wir werden uns kennenlernen, und die Anrede »Mein Literaturbetreuer!« wird die Sachlage zwischen uns augenblicklich klären. Ich nehme aus der Krallenpfote meinen individuellen Betreuungs-Paß entgegen, den ich dann sicher auf Verlangen überall vorzeigen darf, und buche damit meinen Publikationserfolg: Exposés und Konzeptionen werden für mich ausgearbeitet (auch Bildmedienprojekte, in denen ich bislang noch wenig reüssieren konnte), ich bekomme ein Verlagsprofil, immer individuell, versteht sich, während die Verlage schon Programmprofile haben, von denen man auf dem meinen, wo sie drauf stehen, nachschauen kann, ob sie dazu passen, was bisher in den meisten Fällen zweifelhaft war, und auf der Grundlage wiederum meines Profils wird abgestimmt und alsdann rein persönlich eine Vorstellung von Manuskript und Projekt geleistet, ein Vertrag verhandelt und abgeschlossen, Korrespondenz und Honorar abgewickelt (und letzteres auch überwacht, damit ich keine Dummheiten damit mache), worauf mein Manuskript, das ich inzwischen offenbar geschrieben habe, aber auch als Auftragsarbeit an einen Ghostwriter oder Koautor vermitteln lassen kann, satz- und verlagsreif lektoriert wird, was ich mir immer schon gewünscht habe – : alles geritzt; ja, wann planen wir meine nächste Buchpublikation?

Wir planen nicht; wir sollen nur verplant werden. Es ist alles schon längst wieder da, was dazu an Voraussetzungen nötig ist. Und wenn ich nicht auch noch da wäre, um unsern unheimlich guten Literaturbetreuer mitsamt seinen aktuellen Vermittlungsaktivitäten niedriger zu hängen, liefe womöglich bald der ganze noch eben diskutable Rest der Kollegenschaft mit einem Verlagsprofil herum, und die Literaturabwicklung (einschließlich Literaturüberwachung) würde in der Münchener Säulingstraße geleistet, die man mit dem Auge leicht verniedlichen kann, wenn man nicht genau hinsieht. Die verplante, die abgewickelte und überwachte, die verlagsreif lektorierte, kurz die betreute Literatur – was wäre sie am Ende? Man braucht es nur zu übersetzen, sie wäre dann dies: beherrscht und betrogen, beschimpft und bespieen, bestraft, benutzt, beschossen, bedrückt... Am Ende – und wir wollen doch ruhig bis zum Horizont blicken, um zu erkennen, was wir mit dem Betreuungs-Paß buchen würden – : *Am Ende löscht die Betreuung den Jemand als Jemand, als eigenes Wesen, aus, dem sie gilt oder zu gelten scheint* – : lesen Sie das »Wörterbuch des Unmenschen«, das inzwischen 40 Jahre so aktuell und so ohnmächtig geblieben ist! Und lesen Sie zuletzt auch noch das Kleingedruckte, nämlich die Fußnote, in der Dolf Sternberger seinen grellsten Beleg beizieht, H. G. Adlers Buch über Theresienstadt: *»Alles und jeder wurde 'betreut'«, sagt der Autor, und er beschreibt, wohlgemerkt, ein Konzentrationslager für Juden. In letzter Konsequenz, bemerkt er auch, sei das Wort »ein Euphemismus für Morden und Mord«. . .*

Übertrieben ist in Deutschland bloß, was im Moment in Deutschland noch nicht wirklich ist. In der heimlichen Hauptstadt der Literatur wird es den unheimlich guten Literaturbetreuer einstweilen nicht geben. Aber in der Hauptstadt der Bewegung gibt es ihn schon. wir wollen gegen die Principien obstinat bleiben.

Dolf Sternberger, Gerhard Storz, W.E. Süskind: »Aus dem Wörterbuch des Unmenschen« . Ullstein Verlag, Neuauflage 1986, 9,80 Mark

Konkret 10/88, S. 62

Jan Philipp Reemtsma

Jean Améry, 1978-1988

Franz Lerchenmüllers Beitrag »Links-stehen« in KONKRET 9/88 über den Schriftsteller und Essayisten Jean Améry, der sich vor zehn Jahren das Leben nahm, hat eine heftige Replik provoziert, die wir hier mitsamt einer Duplik Lerchenmüllers abdrucken

»Lohnt es sich noch ihn zu lesen?«. So frage keiner. Alles ist falsch an dieser Frage, das »noch«, als wäre je ein Buch lesenswert gewesen, das es zehn Jahre nach dem Tode seines Autors nicht mehr ist, das »lohnt«, als wären Bücher danach zu bewerten, ob sie sich in ideologischen Salär ummünzen ließen, die Frage selbst, weil man sie deshalb nicht einmal mit Ja beantworten kann. »Sind seine Bücher spannend und wichtig geblieben?«. So frage keiner, der über Jean Améry schreiben will, und Franz Lerchenmüller, der es getan hat, frage sich, was er denn über Améry sagte, wenn er die Frage wirklich bejahte, und ob er denn Améry wirklich anpreisen will wie der Klappentext den Simmel.

Und er frage sich, ob er es nicht lieber hätte lassen sollen, das Schreiben über Améry, wenn es denn auf nichts anderes hinausläuft, als daß er sich bei einem linken Lese-Publikum entschuldigen zu müssen glaubt, daß er ihn überhaupt kennt. »Links-Stehen: Das war für ihn nicht die Konsequenz aus politischer Einsicht, sondern weit eher ein Entschluß aufgrund moralischer Erwägungen: Dort sah er Vernunft, Moral und Wahrheit angesiedelt« – aufgrund einer Landnahme vermutlich. Interessant, wie einer zwischen Wahrheit und Vernunft dort und politischer Einsicht hier zu unterscheiden weiß, und wie seine Formulierung gleichzeitig den fundamentalen Zweifel ausdrückt, ob man aufgrund politischer Einsicht zu der Meinung gelangen könnte, daß in oder auf der Linken Vernunft, Moral und Wahrheit siedelten. Das kommt davon. Er muß ja nicht ausplaudern, daß er Améry gelesen hat, wenn er befürchtet, Schläge dafür zu bekommen.

Und wie steht – hat er gedient? – Améry zum wissenschaftlichen Sozialismus? »Marxismus galt ihm vor allem als wissenschaftliches System, dem eine individualpsychologische und anthropologische Komponente dringend abging« – wie Lerchenmüller einerseits sein Satz und andererseits der Gedanke darin? Aber irgendwie, nicht wahr, ist Améry trotz seiner ideologischen Unzuverlässigkeit doch lesenswert? Ja, nämlich weil: »Hätte in diesem Land je eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit stattgefunden, wäre politische Moral nicht bloß fiktiv – allein der Verweis auf Amérys KZ-Berichte hätte genügt: Das Gerüst aus entschuldigenden Relativierungen und Lügen, das von der Rechten im Zuge des (von Améry schon detailliert vorausgeahnten) 'Historikerstreits' aufgebaut wurde, wäre in einer großen Bewegung weggefegt worden.« Hätte, wäre, hätte, wäre. Und da nicht, ist's wurscht oder Luxus? Aber Améry hat Hillgruber und Nolte prophezeit, und da dürfen wir staunen: schon damals! Und uns vergewissern, daß, wenn was in Deutschland hinhaut, es eine große Bewegung ist, die etwas wegfegt. So schreibe keiner, der Améry gelesen hat.

Aber so schreibt einer, und er fragt sich beim Schreiben, was er denn bloß schreiben solle für KONKRET, für »eine linke Zeitschrift«, in der man doch eigentlich über einen wie Améry nicht schreibt weil der doch nicht aufgrund einer Kapitalschulung ein Linker geworden ist, sondern bloß wegen der Folter, und wo der doch sichtlich unter Obsessionen gelitten und »auf der generellen Gültigkeit seiner Befunde« bestanden hat, obwohl man unter uns Objektiven vermuten muß, daß es nur das KZ-Syndrom gewesen ist. Und immer wieder dieselben Obsessionen, man mag's kaum zugeben, »immer wieder: die Juden und Israel«.

Ich weiß nicht, wie Lerchenmüller über Améry in KONKRET schreiben soll, ich weiß nur, daß man es ihn nicht hätte tun lassen sollen. Denn ich weiß, was man nicht zu schreiben hat, ganz gleich, wo: »Sicher, ein Mann, der die Folterkeller der Gestapo kennengelernt hat, wird einen Staat schätzen, der ihm Meinungsfreiheit und Rechtsschutz zusichert, und sich dagegen wehren, daß dieser als 'faschistoid' bezeichnet wird. Das ist verständlich, ändert aber nichts daran, daß...« – so schreibe keiner. Das »sicher« nebst nachfolgendem Komma und das »ändert aber nichts daran, daß«, dieser Ton herablassenden Verständnisses, und des Nun-wolln-wir-aber-mal-wieder-zur-Tagesordnung, dieser Ton sei nicht erlaubt, nirgendwo.

Selbstverständlich ist das intolerant. So, Herr Lerchenmüller, schreiben Sie nicht über Jean Améry, und Sie reden sich auch nicht damit heraus, daß Sie es gut meinen. Denn dieses Gutmeinen ist das Schlimmste. Jean Améry stehe »eine Sprache zur Verfügung, die 1988 fremd wirkt und befremdet«? Daran messe ich – lohnt es sich? – 1988 und nicht Améry. Und Sie, Herr Lerchenmüller, messe ich an Wortfolgen wie »Der beinahe Ausgelöschte wurde sich wichtig wie nie vorher«. Guckste mal, wie sich da einer wichtig wurde, der beinahe ausgelöscht worden wäre.

Jean Amérys Sprache sei »'klassisch' auf die Art, die ältere Gymnasialprofessoren (und Kritiker) einst in Verzückung versetzte: umständlich, gedrechselt, gestelzt, mit Verbalantiquitäten verziert« – ja, was über dem Niveau eines »taz«-Leserbriefes geschrieben ist, dünkt den Rezensenten schon möbelartig, und was nicht platt ist, barock. Daß die Sprache Amérys die ihr von Lerchenmüller zugeschriebenen Qualitäten nicht hat, weiß Lerchenmüller selbst, denn eine andere Stilcharakteristik lautet: »glasklar, eindeutig« – und was noch? richtig: »blitzend von witzigen Einfällen«, es fehlt nur

noch, daß ihm Heine einfällt. Läge aber nicht weitab, nicht wahr, waren doch beide frankophile Juden, und da liegt die Clarté gleich neben der Gleißnerei und das Eindeutige ist es mit zweideutiger Absicht: »glasklar, eindeutig, blitzend von witzigen Einfällen, unerwarteten Einschüben, selbstironisch in den besten Abschnitten. Eine Sprache, die oft französisch umschreibt, wo der Leser kantige Härte erwartet, und in der sich das vernichtende Urteil listig zwischen kunstvoll drapierten Sätzen versteckt« – olalà.

Soweit der Franzos. Und nun der Jud: »Überlegungen zum Existenzrecht des Staates, Polemiken gegen die arabischen Länder, Angriffe gegen die 'realpolitische Indifferenz' des Westens, Reden und Texte, die alle den ersten Eindruck erwecken, als sei dem scharfsinnigen Untersuchungsrichter bei diesem Fall sein analytisches Handwerkszeug abhanden gekommen, als kneife er, bei aller noch vorgenommenen Güterabwägung, voller Verbitterung und Eifer die Augen vor den Fehlern der Seite zu, auf die er sich stellte. Ist das so?« Nein das ist nicht so, und sie erwecken auch nicht diesen Eindruck, wenn man lesen kann. Und wer schreiben kann, schreibe auch nicht so als seien die Argumente Amérys Reflexhandlungen, und die Gründe, die er hatte, mildernde Umstände: »Der geschundene Jude hat gar keine Wahl. Die Vergangenheit holt ihn ein, jeden Morgen, wenn er beim Aufwachen die KZ-Nummer auf seinem Unterarm erblickt; für ihn, der seine Abstammung, 'Juda verrecke!', beim Studium der Nürnberger Gesetze erlernte, für alle, die hineingeworfen wurden in die 'Kommunität von Verfolgten', stellt Israel immer noch 'virtuelles Obdach' dar.« Immer noch. Und das nach 40 Jahren!

»Wer könnte hier streiten? Ein Jude.« Lehre der den andern Juden Mores, aber ein deutscher Jude muß es sein, einer, der nicht französisch umschreibt, wo der deutsche Leser kantige Härte erwartet: »In einem verglichen mit Amérys geschliffenen Texten ungelenken Beitrag über Antisemitismus und Antizionismus zählt Erich Fried ein paar schlichte historische Tatsachen auf, die das geschönte Israelbild einigermaßen zurechtrücken.« Einigermaßen. Dabei hätte dem Rezensenten eigentlich auffallen müssen, daß es doch wohl ungewöhnlich ist, in einer Werkausgabe eines Autoren den Text eines anderen zu finden, und zwar einen Text, der mit dem Amérys nichts zu tun hat außer daß das Thema ähnlich und die Funkanstalt, für die er produziert worden war, dieselbe gewesen ist, und der deshalb auch gar nichts zurechtrücken kann und auch nichts zurechtrückt, schon gar nicht ein Israelbild, um das es in Amérys Beitrag überhaupt nicht geht. Die Herausgeberin Lindemann sagt selbst, daß die Texte miteinander nichts zu tun hätten, also von ihr bloß deshalb hintereinandergedruckt worden sind, damit Améry in *dieser* Frage nicht unwidersprochen bleibe. »Und der Leser, plötzlich ernüchtert, merkt, wie groß die Gefahr ist, über Amérys leidenschaftlicher Rhetorik das eigene kritische Denken einzustellen.«

Jean Améry ist nicht in einem deutschen Konzentrationslager ermordet worden, er hat sich selbst getötet, 1978. Er ist an der Bundesrepublik Deutschland gestorben. Er ist an und in einer Linken gestorben, die ihr kritisches Denken eingestellt hatte, die einen Faschismus-Begriff favorisierte, dem der Massenmord an den europäischen Juden regionalspezifisches Beiwerk ist. Und darum, Herr Lerchenmüller, haben Sie recht, wenn Sie schreiben: »Die Schriften Amérys erwecken den Eindruck, als sei er in der Sphäre der Bücher und Zeichen, der Argumente und Gedankengebäude eher zuhause gewesen als in der wirklichen Welt«, in der Bücher und Zeichen, Argumente und Gedankengebäude nicht zuhause sind, sondern bloß vorkommen, in der aber Sätze vorkommen wie dieser: »Die Jahre von 1943 bis 1945 verbrachte Améry in verschiedenen Konzentrationslagern der Nazis.« Es hätte, diesen Worten zufolge, auch die Bühler Höhe gewesen sein können. »Einlieferung nach Auschwitz – das war der Eintritt in eine Realität« – die dem realitätsfernen Bücherwurm mal ganz gut tat? nein, »in der all das, was ihm bisher bedeutsam erschienen war, vom einen auf den anderen Moment überflüssig wurde« – was ihm bisher bedeutsam nur erschienen war, wo doch diese Sätze ihn hätten lehren können, daß in Wirklichkeit eine Realität herrscht, in der der Faustschlag des SS-Offiziers etwas ist, zu dem man sagen kann, es sei vom einen auf den anderen Moment passiert.

Und als er wieder raus war, gings wieder ab in die Bücher, er hat es sich eben zu einfach gemacht, und so geht's dann halt: »Nur noch die kühle Welt der Reflektion und der Sprache bot, anders als die soziale, einen Raum, in dem kein plötzlicher Einbruch des Schreckens zu befürchten war. Sie war übersichtlich, kalkulierbar, beherrschbar.« Lerchenmüller hat tatsächlich noch nie ein Buch gelesen. Und wenn er über Amérys »Hand an sich legen« sagt, das Buch verweigere sich dem rationalen Zugriff, so lese ich aus der Formulierung, mit der Lerchenmüller etwas ganz anderes gemeint hat, erleichtert, daß er es wieder weggelegt hat.

Aber warum dann das ganze Buhei? Oder ist alles ganz anders, und Lerchenmüller der Pädagoge mit der Schellenkappe? Wollte er mich Wichtigstes lehren, wollte er mir die Hoffnung abgewöhnen, diese deutschen Menschen könnten, wenn schon nicht bessere, so doch wenigstens tatgehemmte Menschen werden, wenn sie ein paar von den Büchern läsen, die in der Sprache geschrieben sind, die fälschlich die ihre genannt wird? Wollte er zeigen, was daraus wird, wenn sie es täten? Wäre, zuletzt, nur zu hoffen, die Deutschen ließen die Finger von 'ihren' großen Autoren? Wäre das Ergebnis ihrer Leseversuche wirklich furchtbarer als ihre Ahnungslosigkeit?

Konkret 10/88, S. 63

Franz Lerchenmüller

So komme uns keiner

Franz Lerchenmüllers Beitrag □ Links-stehen□ in KONKRET 9/88 über den Schriftsteller und Essayisten Jean Améry, der sich vor zehn Jahren das Leben nahm, hat eine heftige Replik provoziert, die wir hier mitsamt einer Duplik Lerchenmüllers abdrucken

»So frage keiner«? Doch. Genau so muß gefragt werden. Aber: So komme uns keiner. Mit diesem donnernden Pathos, dem herrischen Tonfall, der einschüchtern und davon abhalten soll, die Begründung des Verbots zu prüfen und für so unsinnig zu befinden, wie sie ist: Natürlich gibt es Essays und Bücher, die heute lesenswert sind und in zehn Jahren keinen mehr zu interessieren brauchen. Nichts selbstverständlicher als das. Doch Selbstverständlichkeiten lassen sich nur schwer zu Pseudo-Originalitäten aufblasen; mit Selbstverständlichkeiten hat einer nichts im Sinn, der sich zum Gralshüter der großen Literatur berufen glaubt.

Nichts selbstverständlicher auch, als die Sprache eines Autors zu untersuchen, der zugibt, daß er »sich sperrt gegen die Frage, ob er nicht gleichfalls einen (...) Jargon redet, nur eben einen überständigen, und nicht, wie er meint, eine reine Sprache, *die* Sprache schlechthin«, und im Ergebnis Formulierungen wie »steile Hochschwätzerei gefährlichster Art«, Sätze wie »wie schön und heiter-männlich, wie klug und lichtvoll« (– die klassische Aufklärung –) als antiquiert abzuhaken.

Ein Anschlag auf die große Literatur also? Schlimmeres: Reemtsma glaubt Herablassung gegenüber einem ehemaligen KZ-Insassen ausgemacht zu haben, Gleichgültigkeit gegenüber dem, was Améry durchgemacht hat, Antisemitismus, mehr oder weniger versteckten. Und er fragt sich natürlich, wie es zugehen konnte, daß ein Text, der ihm davon tief geprägt zu sein scheint, von den Mitgliedern einer Redaktion gebilligt wurde, der er sich seit langem stark verbunden weiß. Verkappte Antisemiten allesamt oder lediglich nachlässige Zensoren, die schleunigst ausgewechselt gehören?

Respekt vor den Opfern der Nazis ist in Deutschland nicht so selbstverständlich, wie er sein müßte, hier ahnt Reemtsma einmal etwas Richtiges. Respekt, der nicht nur Stimmung bleibt, sondern wirksam wird in dem Bemühen, zu verstehen, wie es zur Herrschaft der Nazis hatte kommen können und was sich ändern muß am Staat Bundesrepublik D, um neuen Faschismus zu verhindern – oder vielmehr, daß dieser selbst geändert werden muß. Der Respekt vor dem Menschen Jean Améry, seinem Mut, seiner Gradlinigkeit und den erlittenen Quälereien verpflichtet, ihn als politischen Schriftsteller da zu kritisieren, wo er irrt.

»Ist die Linke bereit, anzuerkennen, daß, wenn auch die also benannte 'formale' Demokratie nicht zu ihrer Wirklichkeit gelangen kann, solange nicht die ökonomische sie ergänzt, die formale doch den absoluten Vorrang hat, da nur aufgrund ihrer die ökonomische errichtet werden kann?« Hoffentlich nicht. Sozialdemokratische Märchen bleiben erlogen, auch wenn sie in gehobener Rede vorgetragen werden. – Ist es widerspruchslos hinzunehmen, wenn einer, der die Klassengesellschaft als zwar nicht einzige, aber wichtige Ursache des Faschismus erkannt hat, auch fordert, daß unter »links nicht länger eine Einstellung zum Problem der ökonomischen Herrschaft, sondern wesentlich ein radikaler Humanismus« zu verstehen sei (– die, oder wie, Herr Reemtsma, links allemal zusammengehen, oder was –)? Soll nicht darüber nachgedacht werden, warum Améry am Punkt »parlamentarische Demokratie« Beobachten und Denken einstellte und diese feierte, obwohl ihm spätestens im Deutschen Fahndungsherbst hätte klar werden müssen, wie schnell Sozialkundelehrers »freiheitlichste aller Staatsformen« im Ernstfall in eine faschistische Volksgemeinschaft umzurüsten ist?

Mit Améry darüber zu streiten – »ganz ohne Häme«, wie Reemtsma nicht ohne Grund, nehme ich an, unterschlägt – hätte sich wahrscheinlich gelohnt. Aber so?

Denn um Argumente geht es Reemtsma nicht. Der Stil seines Schriftstücks läßt ahnen: Hier ist einer ganz von seiner eigenen Bewegung ergriffen und vermißt diese getragene Feierlichkeit in dem Artikel über Améry: Da hängt ihm zu wenig Betroffenheit heraus. Die Idee, bei Lesern ein bestimmtes Wissen darüber vorauszusetzen, was zwei Jahre KZ bedeuten, ist ihm fremd; daß beim Schreiben über Folter, Hinrichtung und Vernichtung weniger mehr sein könnte und nüchterne Zurückhaltung eher als dekorative Trauer und aufgeregte Empörung Nachdenken provoziert, der Gedanke ist ihm nie gekommen – und hätte doch übermächtig werden müssen bei der Lektüre von »Jenseits von Schuld und Sühne«.

Die Vorstellung, jemand könne es mit Améry, der seit zehn Jahren tot ist, »gut meinen« wollen, hat natürlich etwas Belustigendes an sich, verdeutlicht aber andererseits die Schemata, in denen Reemtsma denkt: »gut meinen« – »übelwollen«, »angreifen« – »in Schutz nehmen«.

Jede Kritik dünkt ihn eine Besudelung des Meisters, jede andere als eine ehrfürchtige Herangehensweise unzulässig. Warum? – Fragen, die bisher nicht in die Öffentlichkeit gehörten und die ihm eine richtig verstandene Fürsorgepflicht der KONKRET-Redaktion erspart hätte: Weshalb hat ihm dort niemand gesagt, daß jeder im doppelten Sinn für die

Ungeheuerlichkeiten verantwortlich ist, die er in die Texte anderer hineinassoziiert?

Konkret 10/88, S. 64

Corinne Schelbert

Black out

Die südafrikanische Schriftstellerin Nadine Gordimer, die sich seit 50 Jahren schreibend mit dem Rassismus in ihrem Lande auseinandersetzt, gilt weltweit als ebenso mutige wie brillante Autorin. Mit ihrem letzten Roman allerdings hat sie eine Utopie für Schwachsinnige geliefert

Nadine Gordimer ist eine politische Schriftstellerin, wie man sie sich hartnäckiger und engagierter nicht vorstellen kann. Seit Jahren hat diese Südafrikanerin jüdisch-litauisch-britischer Abstammung es sich zur Aufgabe gemacht, die Welt über die Lage der Nation, die erst vor 40 Jahren das System der Rassentrennung gesetzlich verankerte, aufzuklären. Sie macht ausgedehnte Reisen, hält Vorträge, gibt unzählige Interviews, die allmählich jedoch etwas eintönig werden, will man doch von der mutigen Apartheidgegnerin immer etwa dasselbe hören und kann sie seit Jahren doch nur ihr immergleiches Credo verkünden, daß die Schwarzen die Macht demnächst übernehmen werden. Das Regime wird immer härter, der Zustand für die Schwarzen immer schlimmer, der Ausnahmezustand ist ein Dauerzustand geworden und an die vielen Toten bei Polizeieinsätzen hat man sich seit der Re-Eskalation der Gewalt von 1984 mittlerweile gewöhnt. So erscheint die von vielen Oppositionellen geäußerte Befürchtung, daß es in Südafrika über kurz oder lang zu einem Bürgerkrieg kommen wird, hierzulande als verzweifeltes Wunschdenken, geeignet, jene Gemüter zu beruhigen, denen die immerwährende Abscheu vor diesem »rassistischen und repressiven Regime« mit der Zeit schon etwas fad geworden ist. Denn wenn es dort nicht bald kracht, müßten wir uns mit unseren kümmerlichen Boykotten, Sanktionsversuchen und der geschenkten moralischen Empörung ja dumm vorkommen. Die Gordimer mit ihrem unerschütterlichen Vertrauen in die historische Gerechtigkeit ist genau das, was wir brauchen.

Nadine Gordimer ist Schriftstellerin aus Passion, die sich, wie man der 1987 im Fischer-Verlag erschienenen Aufsatzsammlung »Leben im Interregnum«, Essays zu Politik und Literatur, entnehmen kann, unablässig Gedanken macht über die moralische und politische Verantwortung der »Kulturarbeiter«. Denn der Schriftsteller hat »unbeirrt die Wahrheit zu schreiben, wie er sie sieht«. In einem Aufsatz von 1982 stellt sie sogar nicht ganz unbescheiden fest, daß Schriftsteller anderen Menschen zwar sehr ähnlich sähen, »aber sie bewegen sich tief unter der Oberfläche des menschlichen Lebens und besitzen zumindest gesteigerte Fähigkeiten zur Beobachtung und Wahrnehmung, die anderen unbekannt sind«.

Seit 50 Jahren schreibt nun dieses einstige »Kleinstadtwunderkind« aus einer kleinen Minenstadt im Norden des Landes, das mit 15 Jahren die ersten Kurzgeschichten veröffentlichte, und sich, als regimekritische Jüdin unter den calvinistischen Buren, immer als »Minderheit in der Minderheit« empfand, in Essays, Erzählungen und Romanen »die Wahrheit« über diesen Staat. Und hat in den neueren Romanen sogar gegen die miserable Gegenwart angeschrieben, indem sie, die beinahe verzweifelt an das »Primat des Wortes« glaubt, Situationen »nach der Befreiung« entwarf und uns in ein futuristisches, von weißer Herrschaft befreites Land führt. Die scharfsichtige Kritikerin der feineren Mechanismen und verheerenden seelischen Folgen der Rassenunterdrückung, die für den Westen in dieser Hinsicht regelrecht Aufklärungsarbeit leistete, hat sich damit, um nicht auf ewig in der Position der »Neinsager« zu verharren, aus der eigenen Ohnmacht herausgeschrieben, hat sich in der Fiktion Wünsche erfüllt.

Und das ist ihren Romanen nicht gut bekommen. Sie, die so bohrend nach dem politischen Stellenwert des Schreibens in einer unfreien, diktatorischen Gesellschaft fragte und immer wieder der – keineswegs nur politisch motivierten – südafrikanischen Zensur zum Opfer fiel, ist selber Opfer des Diktats der korrekten Haltung geworden, hat sich zum Schaden der Fiktion »positiv« selbstzensiert. Sie ist gewissermaßen über ihren eigenen liberalen Humanismus gestolpert. Denn ihr Wunsch, als Weiße einmal in einer von Schwarzen regierten »vielfarbigen, beliebig-farbigen Gesellschaft, (...) von der Schuld unserer Väter befreit«, zu leben (Ghana, das nach seiner Unabhängigkeit Weiße als Berater unter Vertrag nahm und im Land bleiben ließ, ist ihr häufig zitiertes Modellbeispiel), läßt sie nun ihrerseits farbenblind werden. Gordimer hat einmal geschrieben, daß »die verhängnisvolle Ordnung des kollektiven Lebens in Südafrika den Weißen unbemerkt ihre besondere Kontaktlinse eingesetzt« hat, denn »wir sehen Schwarze tatsächlich anders, (...) Apartheid ist vor allem eine Gewohnheit«. Gordimer ist sich mithin des Problems der Weißen unter Schwarzen so bewußt, daß sie darob das Problem der Schwarzen unter Weißen ganz vergessen hat.

Oder verdrängt? In ihrem jüngsten Roman, »Ein Spiel der Natur« (Fischer-Verlag, 1988) stellt sie eine unabhängige, vorurteilslose Südafrikanerin, deren tolerante Haltung faktisch eine »Mutation ihrer weißen Erbmasse« darstellt, in den Mittelpunkt. Diese Hillela, Anfang der 60er Jahre in Rhodesien in einem Mädcheninternat erzogen und dort wegen einer Freundschaft mit einem schwarzen Jungen bereits unliebsam aufgefallen, ist ein von Gordimer mit extremer Sympathie gezeichnetes Polit-Groupie, das zunächst in Johannesburg an einen regimefeindlichen weißen Journalisten gerät, mit ihm nach Dar es Salaam sich absetzt (wobei sich später herausstellt, daß der Journalist insgeheim für die südafrikanische Sicherheitspolizei arbeitet), und dort, am »Tamariskenstrand«, wo politisch Exilierte aus ganz Afrika versammelt sind, erst die Geliebte eines ANC-Kämpfers wird und nach dessen Ermordung durch südafrikanische Agenten einen um die

Befreiung seines Landes kämpfenden General heiratet, der später zum Präsidenten eines (fiktiven) unabhängigen afrikanischen Staates avanciert. Als grandioses Gordimersches Wunscherfüllungs-Finale wohnen der Präsident und seine Gattin im letzten Kapitel der Zeremonie, mit der die Geburt der südafrikanischen Republik gefeiert wird, in einem eigens für diesen Zweck erweiterten Stadion in Kapstadt bei. Bei Gordimer liest sich das so: Während die Wagenkolonne mit dem ersten schwarzen Präsidenten an der Spitze hereinrollt, »schwillt« nach stundenlangem Absingen von allerlei patriotischem Liedgut »die Woge zu einem Donner, der an den Berg schlägt und bis ins Reich der Adler hinaufsteigt, der Aufschrei der Ekstase«. Das ist purer Polit-Kitsch, der sich schon im Klappentext ankündigt, wo es heißt: »Um diese willensstarke und sinnliche Frau tobt die Auseinandersetzung der Rassen in Afrika«.

Doch noch etwas viel Schlimmeres ist geschehen: Gordimer wird nicht müde, diese wunderbar vorurteilsfreie Hillela, zweifellos eine Figur, wie sie die Autorin in Ansätzen selber war, ist oder gerne geworden wäre, und deren »sexuelle Ausstrahlung auf jeden Mann wirkte«, in allen Papierfarben zu schildern, und etwa zu betonen, daß sie »genau die richtige Frau für einen Revolutionär war«. Diese durch keinerlei politische Scharfsinnigkeit oder gar Radikalität auffallende Frau, die den schwarzen Männern, die sie im Beischlaf »ohne Mühe trug«, »großes Glück schenkte«, wird über den grünen Klee gelobt für ihr freies, tolerantes Verhalten, das sogar ihre ebenfalls im Widerstand engagierte Familie schockiert. Doch mit keinem einzigen Wort kommt Gordimer darauf zu sprechen, daß es allenfalls für Schwarze, sowohl für einen im Ausland diplomatisch tätigen hohen ANC-Vertreter (ein engster Berater Oliver Tambos, wie wir erfahren) und mehr noch für einen im Unabhängigkeitskampf engagierten General, der in einem von Gordimer aus Botswana/Uganda/Nigeria/Ghana/Tansania etc. gemixten Staat bereits einmal Präsident war, mit Hilfe der CIA gestürzt wurde und triumphierend mit seiner Guerilla-Armee in das befreite Land einmarschiert, ein Problem sein könnte, eine weiße Gattin an der Seite zu haben. Hier spielt der »liberale Humanismus« der Gordimer einen bösen Streich: Das hartnäckige Ignorieren des »Schwarzen Bewußtseins«, das sich nicht nur als politische Strategie, sondern auch als gelebtes Dilemma artikuliert, verrät einen Paternalismus, gar subtilen Rassismus, den Gordimer in ihren Aufsätzen ansonsten selbst demaskierte.

Ein einziges Mal allerdings signalisiert der Roman wenigstens eine Ahnung des Problems: Der neuernannte Präsident besucht als erstes Territorium den früh befreiten Südwesten des Landes und läßt seine Frau zuhause: »Es hätte als Zeichen der Entfremdung aufgefaßt werden können, wenn er mit einer weißen Frau erschienen wäre«. Das ist alles. Entfremdung, mehr nicht. Die Entscheidung des Präsidenten ist eine rein taktische. Kommt noch hinzu, daß er polygam lebt, bereits zwei schwarze Frauen mit erwachsenen Kindern hat, was wiederum Hillela nicht im geringsten stört. Sie ist ein freies Wesen und eine »Meisterin der Anpassung«, hat es Gordimer nicht hundertmal gesagt?

Was mit »Ein Spiel der Natur« vor uns liegt, ist ein penibel didaktisches Buch mit tausendfachem »name dropping« – der ANC-Vertreter wie auch der Präsident sind enge Freunde von Agostina Neto, Samora Machel, Nyerere, Mobutu etc. etc. – sozusagen ein afrikanischer Jet-Set-Roman, der allerdings nie über die bloße Nennung schwarzer Prominenz hinauskommt. Ein langweiliges, stets als sinnlich geschildertes aber nie sinnlich erfahrbares Polit-Groupie, das in der Gordimerschen Projektion als weiße, feministische Inspiration eines Bilderbuchbefreiungskämpfers und eines Bilderbuchpräsidenten wirkt, pro forma für die Sache, d. h. die Befreiung Südafrikas in der Welt herumreist und Vorträge über »Die Rolle der Frau im neuen Afrika« hält, wenn sie nicht gerade einem ihrer schwarzen Männer als »Ebenbürtige« »großes Glück« schenkt. Liebe über die Rassenschranken hinweg à la Gordimer: «Der General sagte ihr nicht, daß er ohne sie nicht leben könne. Es stand in seinem Gesicht, und in ihrem nicht minder – sie erkannten es ineinander sofort, ohne je darüber zu sprechen«.

Das wäre alles bloß lächerlich, wenn es nicht so traurig, ja tragisch wäre. Die Gordimer, die zwar für die südafrikanische Regierung wegen ihrer weltweiten Prominenz eine »Unberührbare« dennoch aber nicht Ungefährdete ist, hat sich entschlossen, in ihrem Land, wo »die Kluft zwischen Engagierten und Gleichgültigen so groß ist wie die Sahara«, zu bleiben und dort mit ihren Mitteln, den Mitteln des Wortes, zu kämpfen. Und dieses Mittel ist ihr nun aus der Hand geglitten. Sie scheint den Sinn für Realität verloren zu haben. Je aussichtsloser die Position des weißen Liberalismus in Südafrika wird, desto verzweifelter wirken ihre Entwürfe einer befreiten, gemischtrassigen Republik. Bis jetzt hat sie gehofft und geträumt, nun verdrängt sie auch. Und zwar massiv. Zwar stand sie der »Black Consciousness«-Bewegung schon immer kritisch gegenüber, jetzt aber setzt sie sich souverän über das schwarze Bewußtsein hinweg. Hillela ist nicht etwa die Schwäche der beiden schwarzen Politiker, nein, sie ist ihre Stärke. Das ist nicht nur naiv, das ist peinlich.

Gordimers afrikanischer Traumstaat mit einem »katholischen nationalen Marxisten, made in Africa«, an der Spitze und einer weißen Frau an dessen Seite, ist eine Utopie für Schwachsinnige. Da kann der Roman im angelsächsischen Raum noch so gelobt werden als »mutiges, ambitiöses Buch« und als »visionäre, brillante Reflexion einer existierenden Welt« – Nadine Gordimer hat den Anschluß an die afrikanische Wirklichkeit verpaßt. Sie erinnert auf einmal ein bißchen an die aristokratische Dänin Tania Blixen, die im kolonialen Kenia auf ihrer (leider wenig profitablen) Kaffeefarm saß und in »Out of Africa« im ältlich-humanistischen, mitunter geradewegs gouvernantenhaften Ton ihre feingesponnenen Beobachtungen über die Schwarzen zum Besten gab, sich damit als Rassistin der allersubtilsten Kategorie enthüllend. Bei beiden schlägt der so ängstlich vermiedene Paternalismus resp. Maternalismus letztlich voll durch und produziert entsprechende Klischees: Bei der Blixen waren es die animalisch-stolzen Bilderbuch-Massai, bei der Gordimer ist es, 60 Jahre später, der zeitgenössisch »aufgeklärte, sehr männliche, selbstbewußte und vitale« Märchen-Präsident.

Die Didaktik ist nicht neu bei Nadine Gordimer, neu ist der damit verbundene Kitsch und das Pathos (»brausendes Blut«, bis ins »Reich der Adler hinaufsteigende Wogen« etc.). Ihre Utopien waren schon mal differenzierter. In »Der Ehrengast« (1971) stellte sie einen alternden Colonel, einen ehemaligen britischen Distriktkommissar eines nun unabhängigen afrikanischen Staates ins Zentrum, der zurückgerufen worden war, um dem neuen schwarzen Präsidenten – das Vorbild ist offensichtlich Rhodesien resp. Simbabwe – bei der Niederschlagung sozialer Unruhen, die sein Gegenspieler und Berufsrevolutionär Shinza in Gang gebracht hatte, behilflich zu sein. Der Kolonialbeamte trifft seinen einstigen Freund Shinza, und es entwickeln sich Gespräche über politische Moral und Unmoral, die zum Klügsten gehören, was Gordimer geschrieben hat. In »Burgers Tochter« (1979) führt sie den politischen Diskurs anhand einer radikalisierten Südafrikanerin – Tochter eines authentischen weißen Oppositionellen – weiter und läßt sie am Ende sich dem Kampf des ANC (African National Congreß) anschließen. Und in »Julys Leute« (1981) schildert sie einfühlsam den Lernprozeß einer weißen Familie, die nach der Machtübernahme der Schwarzen zu fliehen gezwungen ist und von ihrem ehemaligen schwarzen Hausboy in seinem Dorf im Busch versteckt wird, um die Welt der Schwarzen von innen zu präsentieren und die weiße Attitüde herablassender Toleranz zu unterminieren. Das waren exemplarische Situationen und exemplarische Lebensläufe, von Gordimer im Verfolg angelsächsischer Tradition lustvoll erzählt und mit informativen Beobachtungen gespickt. Dennoch haftete ihren Figuren schon immer etwas Papierenes an. Deren Lernprozesse sind so vorgegeben wie ihr Ergebnis; die Protagonisten haben sich dem Schema nur noch anzupassen, d. h. entsprechend zu handeln und zu reagieren. Das kann auf die Dauer langweilig werden, sind doch Abweichungen vom progressiven Schnittmuster nicht vorgesehen. Wenn der Heldin in »Ein Spiel der Natur« wenigstens ein einziges Mal so etwas wie ein rassistischer Ausrutscher unterliefe, wenn die schwarzen Protagonisten – Revolutionäre und Märtyrer allesamt – nur einmal die Andeutung eines Ressentiments gegen Weiße laut werden lassen dürften – man könnte sich mit Gordimers »Realität« einer friedlichen Koexistenz, der projektierten Harmonie zwischen schwarz und weiß, aussöhnen. Doch nichts trübt die Utopie, das korrekte politische Engagement verbietet jeden Fauxpas.

»Die Welt muß wissen, daß die Schwarzen die Macht in Südafrika übernehmen werden. Das ist absolut sicher«, sagte Nadine Gordimer in einem Interview (KONKRET 8/86). Darüber, wie diese Macht allenfalls aussehen könnte, möchte sich die Gordimer wohl lieber keine allzu klaren und genauen Gedanken machen. Sie rettet sich lieber in die selbsterschaffene Fiktion eines glücklichen Afrika. O happy happy Africa....

Konkret 10/88, S. 68

Matthias Altenburg

Ich habe gelesen

Endlich. Die Verdammten dieser Erde sind aufgewacht und haben ihren Gegner erkannt. Ein Volk macht sich in Leserbriefen Luft – saubere Luft. Frau Anne Stürmer aus Göttingen schreibt zum »Streit-Thema Nr. 1« an die »Bunte«: »Um Rauchern zum Bewußtsein zu bringen, wie sehr sie ihre Mitmenschen quälen, sollte man ihnen Insektenspray in Augen, Nase und Mund spritzen und stinkende Brühe auf Kleider und Haare. Leider sind die Nichtraucher viel zu anständig, so was zu tun.« Seitdem ich diese Epistel vor ein paar Wochen im Wartezimmer meines Zahnarztes las, versuche ich, mir das Rauchen abzugewöhnen. Mit wachsendem Erfolg – ich höre jetzt bereits fünfzigmal pro Tag damit auf. Da sage noch einer, das geschriebene Wort würde nichts bewirken.

Nun, wo ich endlich so weit bin, will KONKRET mir auch noch den Alkohol vermiesen. In Heft 8/88 mokiert sich Franz Lerchenmüller über die linken Säufer und zählt auf, was der Alkohol alles mit ihnen anrichtet. Als würde ich das nicht allmorgendlich an Kopf und Magen selber spüren.

Mag ja sein, daß es Linke gibt, die auch ohne Tabletten einschlafen können. Mag ja sein, daß es Leute gibt, denen ein schöner Satz einfällt, ohne daß sie einen Joint dabei rauchen. Mag ja sein, daß es Feten gibt, die auch ohne Alkohol auszuhalten sind. Mag sein, daß es das alles gibt und ich es bloß nicht kenne. Stattdessen kenne ich Leute, die zwar weder rauchen noch trinken und zum Einschlafen mit Baldrian auskommen, die sich aber auf andere Weise den Alltag erträglich machen: Der Erste glaubt an die Weltrevolution wie der Zweite an Gott wie der Dritte an die Psychoanalyse wie der Vierte an den Sex. Bloß einen kenne ich, der nun wirklich keine Drogen braucht, und der ist ganz einfach ein stumpfer Bock.

Also gut, ich saufe. Aber hat es mir etwa geschadet? Zwar habe ich mir meinen Wortschatz heruntergesoffen auf das Niveau meines Kneipenwirtes, aber was macht das schon, wo doch die meisten seiner Gäste und meiner Leser nicht mal einen passiven haben, der nur halb so groß wäre wie unser aktiver? Oder weiß jemand, was ein Strotter ist oder ein Strunz oder ein Stubbi? Ja? Dann nehme ich alles zurück.

Ob und auf welche Weise ich mich selber in den Orkus befördere, das ist und bleibt eine der wenigen Angelegenheiten, in die ich mir nicht reinquatschen lasse, oder aber nur von wirklich guten Freunden. Um ein solcher zu werden, sollte man schon ein paar Flaschen mit mir getrunken haben.

□

Wie zum Beispiel Kurt. Kurt war Tankwart, jetzt ist er tot. Seit er vor ein paar Jahren meinte, etwas für seine Gesundheit tun zu müssen und deshalb für kurze Zeit einem Tennisclub beitrat, nannten ihn alle nur noch Center-Kurt. Manchmal, abends, wenn die Allee langsam leiser wurde und nur noch selten ein Kunde kam, saßen wir bei ihm in der Tankstelle, tranken Flaschenbier und hörten uns die Geschichte an, wie Kurt mal eine strenge Katholikin geheiratet hatte, die ihm dann doch mit seinen gesamten Ersparnissen und einem Religionslehrer durchgebrannt ist. »Seitdem«, sagte Kurt immer, »glaube ich an höhere Werte nur noch, wenn damit die Schnapspulle gemeint ist, die ich unverhofft auf dem Schlafzimmerschrank finde.« Dabei war er ein guter Mensch. An seinem Geburtstag zum Beispiel gab es immer noch einen Flachmann mit Asbach zum Henninger dazu. Und anschreiben lassen konnte man bei ihm das ganze Jahr.

Kürzlich ist Kurt gestorben. Er ist einfach aus einem Rausch nicht wieder aufgewacht. Weil er keine Angehörigen mehr hatte, haben die Freunde gesammelt, um ihm einen Grabstein zu kaufen. Für die Inschrift, beschloß man, sei ich zuständig. Für irgendwas müsse die Literatur ja schließlich gut sein. Ich grübelte und blätterte und wühlte, bis ich endlich bei Joseph Roth auf diesen Satz stieß: »Gebe Gott uns allen, uns Trinkern, einen so leichten und so schönen Tod!«

□

Wo wir schonmal dabei sind: Auf literarische Empfänge gehe ich nur am Ende des Monats, wenn das Geld knapp wird und wenn es dort außer einem kalten Buffet auch – na, was wohl? erraten! – einen ordentlichen Schluck gibt. Es ist schon wieder ein Weilchen her, als ich eines fortgeschrittenen Abends irgendwo in meinem Krabbensalat herumstochere und gerade den zehnten Framboise kippe, als sich hinter mir zwei ältliche Kulturdamen über Frank Schirrmacher, den Nachfolger von Marcel Reich-Ranicki, unterhalten. Man solle, sagt die eine zur anderen, dem Nachwuchs ja durchaus eine Chance lassen, aber der junge Mann bringe es fertig, eine ganze »FAZ«-Seite über Karl Kraus zu schreiben, ohne daß man beim Lesen auch nur einmal lachen müsse.

Hoppla, denke ich, wenn schon die Schranzen beginnen zu murren, dann müßte dieser Krähe doch eigentlich ein Auge auszuhacken sein, und achte in der folgenden Zeit besonders auf die Artikel der neuen Nulpe von der »FAZ«-Kultur. Und wahrhaftig, nachdem Ranicki nun endlich das geworden ist, was er immer schon hätte sein sollen, nämlich Pausenclown beim ZDF, scheinen im Feuilleton der »Frankfurter Allgemeinen« Franks mild years zu beginnen – auch wenn der sich

bemüht, seinen Texten grimmige Titel zu geben: »Haß und Hoffnung« heißt ein Artikel über Antisemitismus und deutsche Literatur, »Der erpreßte Leser« ist eine Rezension zweier Bücher Hermann Burgers überschrieben und ein Artikel über Paul de Mans nicht eben zarten Flirt mit dem Faschismus: »Totgeschwiegene Schuld«. Was Wunder, daß wir von dem zornigen jungen Mann auch bald einen Beitrag unter der Überschrift »Zornige Weise« zu lesen bekamen. Das war nämlich so: Die Redaktion hat Schirrmacher in »das westlichste Land dieses Kontinents« geschickt, wo er an einer Tagung zum derzeitigen Lieblingsthema der literarischen Lotterköpfe teilnehmen sollte, zum Thema »Mitteleuropa«.

Also geht eine Träne auf Reisen, Frankie goes to Portugal. Was er dort allerdings auf der »Internationalen Wheatland Konferenz« erleben muß, das hat ihn rischtisch fertisch gemacht. Daß sich Menschen mit Abitur so in die Haare bekommen können, nein, das hatte ihm seine Mutti nicht gesagt: »Wer nach Lissabon gekommen war mit dem Gedanken an irgendeinen abstrakten Kosmopolitismus von Freiheit und Humanismus, auf den man ja glaubt, die Intellektuellen aller Länder denn doch verpflichten zu können, der fuhr, die Gespräche mit den sowjetischen Schriftstellern im Kopfe, belehrt und verändert zurück.« Die nämlich waren zwar der Einladung in die portugiesische Hauptstadt gefolgt, hatten sich aber dennoch nicht einlassen wollen auf eine Diskussion, die keinen anderen Zweck hat, als das intellektuelle Dekor zu liefern für die große Eröffnungsparty des in Planung befindlichen gigantischen Supermarktes, genannt Mitteleuropa. »Mit einem Mal wurde klar, daß die Frage eines freien Mitteleuropas russischen Intellektuellen unendlich fremd ist«. Warum das klar wurde? Weil Joseph Brodsky, den die »FAZ« doch immer für einen anständigen, weil emigrierten, Russen gehalten hatte, plötzlich die Existenz einer mitteleuropäischen Kultur anzweifelte. Und wie jeder Schwarzwaldbauer, wenn's ihm die Saat verhagelt, hofft Schirrmacher prompt auf den Himmel: »Wenn nicht alles täuscht, wird an diesem imaginativen Ort, den es noch nicht gibt, eine der wichtigsten Debatten der nächsten Jahre geführt werden«. Ach Frankieboy, bleib lieber zuhause. Denn wo du auch hinfährst, du landest immer im Polyglottertal.

□

Die Frankfurter »andere zeitung« macht einen Rundruf bei Kritikern und bittet mich um Beantwortung der Frage, welche Bücher ich für schlecht halte und ob ich schlechte Bücher lese. Sie fragen, und dann drucken sie die Antwort nicht. Da ist sie:

»Gute Bücher definieren sich über die Abwesenheit von Fehlern. Es gibt wenige gute Bücher. Aber nur diese verdienen den Namen 'Literatur'. Literatur bezieht sich immer auf die Wirklichkeit oder verweist auf sie. Literatur ist der Versuch, Wirklichkeit zu erfassen – gewollt oder ungewollt. Jedes Mittel, da J diesem Versuch dient, ist recht. Phantasie und Träume gehören zur Wirklichkeit.

Schlechte Bücher verdecken den Blick auf die Wirklichkeit – den auf die wirkliche und den auf die mögliche. Schlechte Bücher bedienen Leseerwartungen und beugen sich den eintrainierten Wahrnehmungsmustern. Oftmals sind gerade jene Bücher schlecht, deren Autoren sich für Realisten halten.

Schlechte Bücher machen mir großen Spaß, wenn ich schlecht geschlafen oder wenn ich Ärger mit meiner Freundin habe.

Dann kann ich über die schlechten Bücher meine ganze Häme ergießen.«

Erst wollen sie, daß man die Hosen runterläßt, daß man Klartext redet, daß man ihnen Antwort gibt, – kostenlos, versteht sich, aus Solidarität – , und dann drucken sie es nicht. Da soll man nicht zum Trinker werden.

□

»Leben«, fragt Claude Tillier, »lohnt das die Mühe, die Augen zu öffnen?« Fragt es und brennt dann auf den dreihundert Seiten seines »Onkel Benjamin« (jetzt bei Haffmans in neuer Übersetzung zu haben) ein Feuerwerk ab, daß man die Augen gar nicht wieder zukriegt, bevor man nicht auch die letzte Zeile gelesen hat.

Tillier wird 1801 als ältester von drei Söhnen eines Schlossers im mittelfranzösischen Clamecy geboren. Er wird Elementarschullehrer, Soldat und schließlich Journalist. 1843 erscheint sein erster und einziger Roman. Drei Jahre später stirbt der Autor an Lungentuberkulose.

Stellt euch vor, Heinrich Heine hätte Münchhausen und Eulenspiegel in eine Figur gepackt und hätte deren Geschichte aufgeschrieben, dann habt ihr ihn, den »Onkel Benjamin« von Claude Tillier. Es ist dies ein ewig langes Geplapper, ohne Anfang und ohne Ende, ein Teil halt von jenem Räsonnement, aus dem womöglich die ganze Literatur besteht und dem man immer und immer zuhören möchte: »Mein Onkel Benjamin hatte Grundsätze: er behauptete, daß ein noch nüchterner Mensch ein noch schlafender Mensch sei; daß die Trunkenheit eine der größten Wohltaten des Schöpfers gewesen wäre, würde sie nicht Kopfschmerzen verursachen; und daß das einzige, was den Menschen über das Tier erhebe, seine Fähigkeit sei, sich zu betrinken.«

Sag ich's nicht?

Konkret 10/88, S. 71

Walter Klier

Symmetrien des Irrsinns

Zweimal ist der französische Schriftsteller Jean Genet in den Nahen Osten gefahren, um die palästinensischen Lager und Stützpunkte zu besuchen. Er hat miterlebt, wie 1970 Husseins Jordanier und im September 1982 christliche Milizen die Palästinenser massakrierten. Kurz vor seinem Tod im April 1986 hat er darüber einen Bericht geschrieben, der jetzt in deutscher Übersetzung vorliegt

Sie haben zu ihm gesagt: schreib was darüber. Er hat sich zum Ende seines Lebens noch einmal hingesetzt, die Schmerzmittel, obwohl die Schmerzen fast unerträglich geworden waren, abgesetzt, um einen klaren Kopf zu behalten, und, obwohl er doch das Schreiben längst aufgegeben hatte, diese bürgerliche Lebens-Nachahmung, dieses Schein-Handeln, noch einmal etwas geschrieben, fünfhundert Seiten, in zwei Teile geteilt, »Erinnerungen I« und »Erinnerungen II«. Bevor das Buch zu Ende redigiert war, ist er gestorben. Der große französische Verlag Gallimard brachte Jean Genets »Un captif amoureux« heraus in großer Eile mit vielen Druckfehlern und sonstigen Schlampigkeiten. Wie sorgfältig die deutsche Ausgabe durch den Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, erfolgen wird, kann ich nicht sagen, weil ich nur die unkorrigierten Druckfahnen kenne, ein wahres Gestrüpp aus Text, den alten Anarchisten hätte es wahrscheinlich ergötzt.

Der alte Anarchist, der sich zum Mißfallen des geschätzten Publikums, anstatt weitere mehr oder weniger geniale Romane und Theaterstücke zu verfassen, um 1970 für die Black Panthers engagiert hatte, seine durch das Schreiben subversiver Literatur (mit der Betonung immer noch auf Literatur) erworbene Berühmtheit den Sozialrevolten lieh, war um dieselbe Zeit von Palästinensern eingeladen worden, ihre Lager und Stützpunkte zu besuchen. Er fuhr hin, um einige Tage zu bleiben und blieb fast zwei Jahre lang. Er hatte einen Passierschein von Arafat höchstpersönlich bekommen und konnte sich weitgehend frei innerhalb dieser Welt eines entwurzelten Volkes und jener Teile desselben bewegen, die sich bewaffnet hatten, um ihr Land wiederzuerobern, dem übermächtigen »Teufel Israel« zu entreißen und die dabei gerade zu jener Zeit vom arabischen Bruderland Jordanien, in dem sie lebten, an die Wand gedrängt wurden; die Tage in und um Amman, in denen die Beduinen und Tscherkessen des Königs Hussein die Palästinenser »besiegten«, hat Jean Genet zum Teil miterlebt, und nicht zuletzt um zwei Menschen wiederzusehen, mit denen er damals eine Nacht verbrachte, den Fedai Hamsa und seine Mutter, fuhr er 1982 noch einmal in den Nahen Osten. Er kam, sozusagen, wieder gerade recht. In Beirut hatten die christlichen Milizen die Palästinenserlager von Sabra und Chatila verwüstet und die Bewohner massakriert.

»Eine Frau wurde von ihnen lebendig gekreuzigt. Ich sah ihren Körper, die ausgebreiteten Arme, die überall mit Fliegen bedeckt waren, und wie diese vor allem an den zehn Enden der beiden Hände saßen: denn sie waren mit zehn Klümpchen geronnenen Blutes geschwärzt; man hatte ihr die Fingerglieder abgeschnitten... Im ersten Moment und an jenem Ort namens Chatila, am 19. September 1982, dachte ich erst, daß es sich bei dieser Tat um ein Spiel gehandelt habe. Jemandem mit einer Baumschere die Finger abschneiden – ich denke dabei an einen Gärtner, der eine Eibe ausästet – , das hieß doch, daß diese Witzbolde von Falangisten lediglich fröhliche Gärtner waren, die aus einem englischen Park einen Park à la française machen wollten. Als dieser erste Eindruck nach ein paar Tagen Ruhe sich verflüchtigt hatte, sah ich vor dem inneren Auge eine andere Szene. Ohne Grund schneidet man weder Äste noch Finger ab. Als die Frauen durch die geschlossenen Fenster mit den zerbrochenen Scheiben die Schüsse hörten und die Leuchtraketen über dem Lager sahen, wußten sie, daß sie in der Falle saßen. Die Schatullen mit den Ringen wurden über dem Tisch ausgekippt. So wie man sich rasch Handschuhe überstreift, bevor man zu einem Fest eilt, so steckte sich jede Frau Ringe an alle zehn Finger – auch den Daumen – einer jeden Hand, vielleicht bis zu fünf oder sechs Ringe je Finger. Versuchten sie, so mit Gold beladen, zu fliehen? Eine von ihnen, die vielleicht glaubte, sie könne das Mitleid eines trunkenen Soldaten erkaufen, zog vom Zeigefinger einen armseligen Ring mit dem unechten Saphir. Der Betrunkene, aber vor allem vom Anblick der Kostbarkeiten berauschte Falangist nahm sein Messer (oder die neben dem Haus gefundene Baumschere) und schnitt bis zum ersten Glied alle Finger ab und steckte Grundglieder und Endglieder in seine Hosentasche.«

Dieses Bild steht fast am Anfang des Buches, es überfällt den Leser mit der Entstellung oder Weiterentwicklung der christlichen Ikonografie (durch Christen als Täter, durch den im Christentum erzogenen und der christlichen Bilderwelt verhaftet gebliebenen Autor), und das Bild der von christlichen Arabern gekreuzigten Palästinenserin bleibt im Bewußtsein, begleitet den Leser getreu durch das Buch.

Die Stellungnahme Genets für die Revolte, für die Unterdrückten geschieht mit einer Selbstverständlichkeit, einer instinktiven Komplizität, die den nach rationalen Begründungen strebenden, skeptisch abwägenden Europäer verwundert. Er identifiziert sich so sehr mit den Underdogs, daß die Unterdrücker im Text eine so geringe Rolle spielen, als seien sie eine nicht weiter erwähnenswerte, weil unabänderliche Tatsache wie Tag und Nacht. Eine ebenso geringe Rolle spielt Israel, der Teufel, in der Optik der Fedayin, die Genet sich angeeignet hat. »Für sie, für mich war Israel – das ich nie gesehen habe – eine Art Schießplatz mit ein paar Banken hier und da, mit Computern und großen Hotels, in denen man koscher essen kann, mit Fallen allerorts, mit Bussen voller niedergemähter Kinder, ein Hin und Her von Panzern unter dem

wachsamen Blick junger, kurzsichtiger Philosophen, bartlose dazu, mit hellblauen Augen und Bifokal-Brillen, lila geblümten T-Shirts und kurzen Ärmeln über ihren dünnen, behaarten Armen – denn so erschienen mir, ab 15. September 1982, die Infanteristen von Tsahal an den Toren von Beirut...«

Genet übernimmt die pathetische, islamisch-marxistisch-theologische Diktion seiner Helden, aber kann nicht umhin zu bezweifeln, ob er an den Teufel wirklich glaubt oder ihn lediglich als geniale Erfindung eines überirdischen Theatermachers sieht. Ebenso bleibt die Frage offen, wie real Israel, aber auch die projektierte palästinensische Nation für die jungen Helden sind, die im Morgennebel über den Jordan gehen, um dort zu sterben.

Der Irrsinn ist symmetrisch und der Jordan ist seine Symmetrieachse. Das Böse ist immer jenseits, unannehmbar, unverständlich, unausrottbar, obwohl man doch angetreten ist, um es auszurotten. Symmetrisch zu Genets Erinnerungen läßt sich das Reportage-Buch »Der gelbe Wind« des 1954 geborenen israelischen Autors David Grossman lesen, der im letzten Jahr sieben Wochen im besetzten Westjordanland zubrachte. Auch für ihn, besser: für seine Darstellung endet die Welt am Jordan, an der Allenby-Brücke, wo die Menschen stundenlang warten, um aus- oder einreisen zu dürfen, und ihre Habseligkeiten bis ins letzte durchsucht und zerlegt werden – mittlerweile wird der Sprengstoff schon in Pampers versteckt über die Grenze geschmuggelt. Ein diensttuender Reservist erzählt dem Autor: »Ein anderes Mal kam eine Frau mit einem dreijährigen Mädchen zu mir. Das Kind hatte eine Plastikpuppe dabei, die ich laut Vorschrift beschlagnahmen mußte. Da es ein ruhiger Tag war, beschloß ich, die Puppe zu zerlegen, um festzustellen, ob sie 'sauber' war. Anschließend wollte ich sie der Kleinen wieder zurückgeben. Ich nahm alles vorsichtig auseinander, die Hände und die Füße, den Kopf und den Bauch und den Mechanismus, der 'Mama' sagt. Die anderen machten sich über mich lustig und nannten mich einen 'Friedensheini'. In der Puppe war nichts versteckt. Ich setzte sie wieder zusammen und wollte sie dem Mädchen gerade wieder geben, als der Kommandeur vorbeikam und mir befahl, die Puppe zu konfiszieren.« Gegen Ende seines Buches schreibt Grossman: »...in diesen drei Wochen traf ich so viele Juden und Araber, die ihren elenden Dogmen hinterherliefen und von denen einige noch nicht einmal merkten, wie elend das alles war. Ich empfand nur noch Mutlosigkeit und Verzweiflung und die ganze Sinnlosigkeit dieses Gefängnisses aus zementierten Verhältnissen, dem nicht beizukommen ist und aus dem es kein Entrinnen gibt...«; ein Schriftsteller meiner Generation und Geisteslage, ausgestattet mit diesem Set aus bürgerlichem Humanismus, Liberalität, gutem Willen, demokratischer Gesinnung, all dem, was uns – hier wie dort in den westlichen Industrienationen – in Form einer guten Erziehung eingeimpft wurde an Leitlinien und was uns jetzt als sozialer Wert erscheint, all dem, was offensichtlich so leicht, leichtfertig, ja mit dem größten Vergnügen zugunsten sogenannter radikaler Lösungen verworfen wird, die offensichtlich nicht dazu geeignet sind, irgend etwas zu lösen, weil sie ja auch nicht, wie sie gerne von sich behaupten, das Neue in sich tragen und mit sich bringen, sondern einen Haufen von Altem, längst überwunden Geglaubtem: Da sind wir wieder bei Genet und seinen Märtyrern, die ihm abwechselnd Marx, Lenin und den Propheten vorzitieren und bei denen zuletzt der Verdacht nicht auszuräumen ist, den Mubarak, der sudanesische Kämpfer, äußert. »Du kannst dir nicht vorstellen, wie sehr sie mich anöden mit ihrer Revolution, die ihnen das Häuschen mit Garten und Blümchen zurückbringen soll...«

Je weiter der Betrachter vom Geschehen zurücktritt oder sowieso entfernt ist, desto einfacher läßt es sich darstellen und erklären, desto kühler kann er den Ursprung dieses konkreten, besonderen Elends in den Machenschaften der Wallstreet lokalisieren; wie alle einfachen Feststellungen wäre diese richtig und würde für das, was sich täglich und von Dorf zu Dorf dort abspielt, nichts erklären über das hinaus, was wir schon wissen, ebensowenig, wie wenn ich *die Situation* (so nennen sie Lage, das Problem, *the troubles* dort) als Werk des Teufels interpretierte. Sobald ich im Inneren eines Begriffssystems verharre, geht das alles. Schwieriger ist es, wie es Genet und Grossman getan haben, in die Einzelheiten zu gehen (und zwar selbst, in höchsteigener Person) und zu versuchen – dieser Versuch ist bei Grossman wesentlich deutlicher, auch die Voraussetzungen sind deutlicher geklärt als bei dem alten Anarchisten – einmal zuzuhören, zu schauen: »Ich bin dort gewesen. Ich habe das gesehen. Ich habe das gehört.« Das wird in der Regel sehr kompliziert, obwohl die Ingredienzien des historischen Hexengebräus im großen und ganzen hinlänglich bekannt sind. Das wissen wir schon seit dem notorischen Kapitel in Orwells Katalonien-Buch, in dem er nach dem Ende der Mai-Kämpfe in Barcelona versucht, das Geschehen, in dessen Mittelpunkt er selber sich befunden hat, zu rekonstruieren und den Hergang zu erklären.

Der alte Anarchist, unzuverlässig, wankelmütig, für große Beweisführungen und als Bannerträger des Fortschritts eigentlich unbrauchbar, bemüht sich auch gar nicht um eine kohärente Darstellung des »großen«, des politischen Geschehens, in dessen Mittelpunkt er sich in den elenden Lagerstraßen bei Amman wiederfindet. Die Palästinenser sind die Letzten und Untersten, sie stehen mit dem Rücken zur Wand, und es ist ganz selbstverständlich, daß er auf ihrer Seite ist. Und er liebt ihre Körper. Davon ist auf den 500 Seiten wenig die Rede, aber der mit dem politischen verwobene sexuelle Anarchismus Genets bildet, unausgesprochen, aber doch ständig präsent, den Fond, die emotionale Grundlegung des Textes. Er ist fasziniert vom Theatralischen dieses Aufstands, von der Selbstinszenierung der Märtyrer, vom Heldentum, das ständig Gefahr läuft, in Posen zu erstarren, vom Orgiastischen und notwendig schnell Verblühenden der Revolte – egal wie sie ausgeht. Er ist fasziniert vom Verrat, der als Möglichkeit oder Wirklichkeit alles durchdringt. Er ist davon fasziniert, dem Übergang vom dreckigen Morden zum Mythos beiwohnen zu können, und er erzählt das auch so: »In Beirut... tauchte eines Tages ein Mann auf. Niemand kann sich aber recht daran erinnern, wann das genau war. Er war mit einem Mal da,

ohne daß jemand sein Kommen bemerkt hätte. Der Mann sprach arabisch und palästinensischen Akzent; er tauchte urplötzlich auf so wie jene Götter, die eine Weile unerkannt auf der Erde leben wollen. Er fiel vor allem durch sein närrisches Benehmen auf. Von den Kindern, die ihn hänselten, und von den Eltern, die Mitleid mit ihm hatten, übernahm man den Namen, mit dem er angesprochen wurde: der Verrückte... Da jeder wohl ein Fünkchen Irrsinn in sich hatte, konnte sich dieser sanfte Irre allerlei Wunderlichkeiten erlauben; so tauchte er manchmal mitten in der Nacht auf, richtete seine Taschenlampe auf die Leute und redete zu ihnen in einem völlig unverständlichen Singsang... Niemand wagte sich zu nahe an ihn heran, denn er stank aus allen Poren: An den Füßen, den Händen, aus Hintern und Geschlecht und – besonders gräßlich – aus dem Mund. Eingewickelt in eine einzige Decke schlief er da, wo es sich gerade ergab, wenn es nur eine windgeschützte Stelle war. Er bettelte, und wenn er mal fluchte, ließ er kein gutes Haar an den Israelis. Am frühen Morgen des 15. September rollten die israelischen Panzer durch Beirut-West. Als sie nahe genug waren, sah ich den ersten und dann die folgenden, und als sie an der französischen Botschaft vorüberfuhren, sah ich außer den Israelis darauf nichts Außergewöhnliches, aber die Beiruter sahen auf dem ersten Panzer – den Verrückten.«

Die beiden hier vorgestellten Bücher werfen eher Fragen auf, als daß sie Antworten geben. »Alle Argumente sind ausgetauscht«, schreibt Grossman. Beiden eignet diese Optik, dieser Blick des (zu) nah am Gegenstand befindlichen, dem es nicht gelingen will, die Wirklichkeit nach der Perspektive der fallenden Bedeutungen zu ordnen. Zeit, Raum, Religion, Sprache, diese elenden, verbrauchten (glauben wir) Ikonen-Wörter Gott, Nation, dieser ganze höchst lebendige Überbau, der sich seine Basis schafft, der die Basis hernimmt, wo er sie kriegen kann, der Glanz in den Augen der Beduinen, die ihren Siegestanz tanzen, der Palästinenser, die für die Schizophrenie sterben gehen, mit dem Körper östlich und mit der Seele, den Träumen westlich des Jordan zu wohnen, die mürrisch und irritiert sich als Siegermacht, Besatzer wiederfindenden Israelis, die jeder Art von Argument unzugänglichen, fanatischen jüdischen Siedler, die ganze unlösbar scheinende Verschränkung können wir nun dankenswerterweise in diesen beiden Büchern von Augenzeugen nachlesen. Die ungestillte Sehnsucht zivilisierter Europäer nach stellvertretendem Heldentum wird ebenso erfüllt wie der schamlose Wunsch derer, denen Israel in der Rolle des kleinen Imperialisten eine Entlastung von der historischen Schuld des eigenen Volkes bedeutet. Eben haben die Palästinenser neue Formen des Widerstands gefunden, scheint in diesem Raum etwas in Bewegung zu geraten. Die Vermutung bleibt, daß Europas (Deutschlands) Interesse an gerade dieser Krisenregion andre Wurzeln hat.

Jean Genet: Ein verliebter Gefangener. Palästinensische Erinnerungen. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1988, 529 Seiten, 48 Mark

David Grossman: Der gelbe Wind. Die israelisch-palästinensische Tragödie. Kindler Verlag, München 224 Seiten. 28 Mark

Konkret 10/88, S. 74

Dietrich Kuhlbrodt

»Filmt uns!«

Ein Beiruter Videohändler hat den Widerstand der Palästinenser im Flüchtlingslager Chatila gegen die belagernde Amal-Miliz gefilmt. Die Medienwerkstatt Freiburg hat die Bänder in bester Absicht leider kommentiert

Ein starkes, ergreifendes, erschütterndes Bild, das keine Worte braucht: Ein Beteiligter filmt mit seiner Videokamera, wie in den Ruinen des Flüchtlingslagers Chatila Kinderleichen gewaschen werden Ein Klagegesang der Mütter. »Mit Chatila sterben wir«. Aber dann kommt wieder völlig ungerührt diese deutsche Moderatorenstimme dazwischen und blockt all das ab, was auf die Sinne gewirkt hat. Das, was zu sehen und zu hören war, wird auf die dürre Floskel reduziert: »Mit jedem Tag der Blockade spitzt sich die Situation zu«. Blut, Tränen, Schreie, Verzweiflung und Tod, festgehalten im palästinensischen Videodokument, werden zu Anschauungsmaterial im deutschen Lehrfilm. Ein Verrat.

Oder: Die palästinensische Kamera, soeben noch auf der Flucht vor Heckenschützen, dringt hastig und verwirrt in einen sehr beschädigten Raum ein, in dem hastig und in der größten Verwirrung operiert wird. Wiederum ist dies für den deutschen Dauer-Kommentar ein Anlaß, belehrend einzugreifen. In der Behördensprache dieses Films gerinnen Qual und Not, Wut und Empörung zu einer »Situation«, »in der die medizinische Versorgung nicht mehr gewährleistet ist«. Und ich finde es ungeheuerlich und beschämend, daß meine Wut und Empörung sich jetzt gegen etwas richten, was den betroffenen Palästinensern fremd ist: gegen die deutsche Stimme, die nicht an die Kraft und die Stärke der Videobilder glaubt. Verflucht seien die Ungläubigen! (Sprecherin: Verena Schwalbe. Mitarbeit: Ingeborg Kossmann).

Verflucht sei jedoch nicht die Medienwerkstatt Freiburg. Denn sie hat, zusammen mit *medico international,* in diesem fünfzig Minuten langen Videodokument Bilder öffentlich gemacht, die beredt genug sind, um aus dem Innersten der Blockade heraus spüren zu lassen, was es heißt, Angst und Verzweiflung zu widerstehen, den Glauben an die Zukunft zu behalten und den Mut zum Kämpfen zu finden, jeden Tag neu. Vorausgesetzt, der Zuschauer verteidigt sich gegen die Blockade, mit der der deutsche Kommentar, ganz von außen, in bester Absicht, aber im Verein mit den realen Belagerern, das Lager-Innere von Chatila umzingelt.

Jussuf Ali Naffa, Videohändler in Westbeirut, sah im dritten Lagerkrieg der Schiitenbewegung Amal gegen die palästinensischen Flüchtlingslager (Oktober 1986 bis Januar 1988) seine Stunde kommen. Er nahm in Chatila das »Filmt uns! Macht Fotos! « der Lagerfrauen auf. Es wurde das Dokument von Verfolgten, die Widerstand leisteten und geleistet hatten. Seit 1982, als im Gefolge der israelischen Invasoren Schlächter der libanesischen Falange-Miliz die Flüchtlinge in der PLO-Hochburg massakrierten. Drei Jahre lang blockierte und bekämpfte die Amalbewegung das Arafat-Lager, unterstützt von syrischen Panzern und schließlich auch von der PLO-Splittergruppe Fatah-Aufstand, nachdem Abu Moussa, die selbst ernannte Speerspitze der palästinensischen Revolution, sich 1983 von Yassir Arafat und El-Fatah losgesagt hatte. Der Lagerkrieg wurde auch zum Bruderkrieg. Zum Krieg um die Macht. (Abu Moussa gab auch dann nicht nach, als – 1987/88 – Israel gegen die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten vorging).

Jussuf Ali Naffas Bilder zeigen die Zusammenhänge, die jeder Betroffene kennt, nicht auf. Er hat den Feind im Blick, den namenlosen Schützen, die Bedrohung, den Kriegsalltag, die Deckung, die Zuflucht und die Zielposition. Das Blut pocht in den Schläfen, und das ist kein Material für ein Feature, wie jeder deutsche Glotzenfreund es kennt. Aber wir sehen ein Ghetto in der Erwartung des Pogroms. Scharfschützen in Fensterhöhlen, ein Lastwagen brennt, Säcke mit Mehl werden vor den Augen der Hungernden vernichtet, Kinder zusammengepfercht in Kellern, Leichen, Trümmer, Schlamm und Schmutz, Frauen auf der Suche nach Wasser und Essen, Totenklage, Tränen und Gebet, in einer Ruine hängt Wäsche zum Trocknen, der Muezzim singt, Gebetsstunde, eine Frau fragt vor der Kamera: »Was haben wir verbrochen? Sind wir Ungläubige?« Und: »Wir lassen uns das nicht gefallen! Mit Chatila sterben wir!« Im Januar 1988 wird Zement gemischt und wieder aufgebaut, Luftballons steigen (die Amal-Bewegung hatte im Dezember – trügerisch, wie wir heute wissen – das Ende der Belagerung ausgerufen und den Wiederaufbau des Lagers angekündigt). Ein Arafat-Funktionär gibt die neuen Losungen aus: »Wir werden weiter kämpfen, bis wir unseren unabhängigen Staat haben. Zusammen werden wir nach Palästina zurückkehren«.

Die Kamera duckt sich, sucht die Schärfe, wackelt, späht, stolpert durch die Gänge und Keller, bricht mitten im Getümmel ab und findet wieder zum gewohnten Bildausschnitt, wenn es ruhig wird und die Palästinenser Zeit für ein Statement haben. All das, was für den professionellen Film Fehler sind, wird auf dem Videoband zur Tugend. Hier organisiert keiner, fern vom Schuß, Zusammenhänge; er verwertet kein Material, und er rühmt sich nicht, den Überblick zu haben. Jussuf Ali Naffas Kamera ist vor Ort im Zeitpunkt des Geschehens, und seine Bilder geben das wieder, was er erleidet und erhofft. Die Kraft und Stärke dieser Aufnahmen lassen spüren, was Widerstand bedeutet und das Vertrauen auf die eigene, gerechte Sache. Dieser subjektive Blick aus dem Inneren des Lagers heraus ist unverstellt von Planung und Organisation. Die ureigensten Möglichkeiten des Mediums Video sind überzeugend genutzt, und wir könnten von einer Betroffenenästhetik

sprechen, wenn mir nicht jetzt schon ganz schlecht würde beim Gedanken daran, wie unsere Betroffenenanwälte und Medienarbeiter Material verwerten, Zusammenhänge organisieren und den totalen Überblick haben.

Es ist die alte eurozentristische Anmaßung der sogenannten Dritten-Welt-Filme, mit der die Freiburger BearbeiterInnen des »Schatila»-Dokuments den 'Betroffenen' sagen, wo's lang geht. Wer, wie die Kommentatoren des »Schatila»-Films, nicht hinsehen und hinhören kann, erfährt nichts, vor allem nicht, daß die Palästinenser einen eigenen Ausdruck suchen und finden könnten. Und der entspricht vielleicht oder Gott sei Dank mitnichten dem Nutzen, den unsere Lehrfilmer sich für den politischen Kampf in der Bundesrepublik erhoffen. Wem also soll die Isolation des Lagers Chatila, wie sie das Videoband dokumentiert, nutzen? Den Blockierern in Deutschland. »Es ist unsere Aufgabe, diese Isolation der Einzelnen aufzuheben, sie in Beziehung zu setzen, um erfolgreich gegen Blockaden jedweder Art vorzugehen« (Medienwerkstatt Freiburg). Richtig. Aber nun spricht nicht mehr der Palästinenser Jussuf, sondern der Deutsche Pepe Danquart, und dem Zuschauer verginge vor dem Videodokument das Sehen und Hören, wenn nicht. Wenn nicht die Bilder, die keineswegs Anschauungsmaterial für etwas anderes sein wollen. Wenn nicht diese Bilder, die die Palästinenser einer Mitarbeiterin von *medico international* zum Herausschmuggeln übergaben, damit die Welt eine Anschauung davon bekomme, was der Widerstand im Lager Chatila ist. Wenn also nicht die Bilder Kraft und Stärke genug hätten, Widerstand zu leisten auch gegen die Benutzung durch den aufdringlichen, unerträglich dreinredenden Kommentar. Was bleibt, sind diese Bilder. Sie setzen sich durch.

Eine provisorische Backstube. Teig wird in den Ofen geschoben. In aller Hast. Wir spüren, was das tägliche Brot bedeutet, die freudige Erwartung, essen zu können. Die Sprecherin versucht das Bild zu dementieren und uns weiszumachen, daß wir nicht sehen, was wir sehen. Statt von Teig und Brot ist von Hunden und Ratten die Rede, die zur Ernährung dienen würden. Die Worte stören, aber sie können nicht bestehen. Eine andere Szene. Der Bunker ist gefüllt mit Kindern. Es sind sehr viele, und es ist laut. Eine Mutter sagt in die Kamera: »Wir sind lebendig begraben«. Das Lärmen der Kinder macht Hoffnung. Sehbar, hörbar im Chatila-Keller. Nur die Kommentatorin meint, aus pädagogischen Gründen einschreiten zu müssen. »Schwierig ist es», belehrt sie uns. Was? »Die Kinder drin zu halten». Aber die Kinder lärmen weiter, und das Lehrerinnenwort geht wie immer ins eine Ohr rein und aus dem anderen wieder raus.

Während Schüsse fallen und Granaten einschlagen, bombardiert die Pädagogin ihrerseits die palästinensischen Bilder mit deutschen Worten. Es ist ein Dauerfeuer. Und es stellt sich heraus, daß sie im redlichen Bemühen, die fremde Sache zur eigenen zu machen, weder den Bildern noch den Sinnesorganen der Zuschauer vertraut. Es ist das Leid vieler gut und politisch gemeinter Filme. Aber wir sehen keine Straßenblockade in Mutlangen, und es besteht kein Anlaß, die unprofessionelle Kamera zu verteiden (»aufgeregt und von den Ereignissen befangen«) oder die lebendigen Bilder zu Beweismaterial zu degradieren. Schnell eine Behauptung vorziehen (»Nur zeitweise können sich die Menschen herauswagen, wie diese Frauen, die versuchen, Verletzte zu bergen«), dann folgt der Beleg (man siehts). Nein, wie recht der Kommentar doch hat. Welch Überblick.

Ab und an fallen die Freiburger Materialarbeiter den palästinensischen Frauen ins Wort, offenbar weil diese nicht zu hiesiger Zufriedenheit ausgesagt haben. Eine politische Intervention mit ästhetischen Mitteln. Es wird abgeblendet, ein Foto eingeschaltet, und dann braucht man sich nicht mehr von den »Ereignissen« stören zu lassen. Während die Palästinenserin sich eben noch fragte, warum die Amal-Shiiten schießen, erklärt die Kommentatorin Israel und Amerika zum Feind. Und wenn eben noch das Zerstörungswerk der Amaltruppen gezeigt wird, schiebt die Kommentatorin zum Standbild noch schnell »mit Schützenhilfe Israels« dazwischen. So wird aus dem Film der Akteure Eingriffsästhetik, und wir können von Glück sagen, daß die Bilder zurückschlagen und den Eingriff abwehren können.

Ist sie für uns »unbegreiflich, die Kraft, mit der die Menschen in diesem Trümmerfeld ausharren, es verteidigen und wieder aufbauen«? Was ist denn noch zu verbalisieren, wenn man diese Kraft sieht und spürt? Eine Frau beruft sich darauf, daß sie Gläubige ist, ein Mann betet. Die deutsche Sprecherin schweigt hierzu, erfreulicherweise, wenn auch nur einen Moment lang. Während noch die Worte »Mit Chatila sterben wir« in den Ohren klingen, findet der deutsche Kommentar, wiederum eingreifend, die Quelle von Hoffnung und Mut im Gaza-Aufstand, was wiederum Anlaß gibt, Jussufs Testament ein optimistisches, vom Siegeswillen getragenes Ende unterzuschieben. Ja, die »Lagerbevölkerung« wird weiterkämpfen, denn zusammen sind wir stark, drum heraus auf die deutschen Straßen, blockieren wir das nächste Objekt.

Nein, das, was Jussufs Bilder bezeugen, bleibt Vermächtnis, gerade weil die Chatila-Burg inzwischen erstürmt und die Geschichte über den kurzen Optimismus der Freiburger BearbeiterInnen hinweggegangen ist. Im April 1988 reiste Arafat zu Hafez al Assad, sich in Damaskus zu versöhnen. Und der unversöhnliche Dissident Abu Moussa, dem die Getreuen davongelaufen waren, marschierte am 28. Juni mit Hilfe der Syrer und Libyer in Chatila ein; der letzte und schließlich geglückte Versuch, sich die Macht zu sichern. Von den 4000 Menschen, die im »Schatila»-Film in den Ruinen ausharrten, blieben 96, 16 Frauen und 4 Kinder darunter, die an diesem Tag das Lager verließen. In den Wochen davor waren 130 getötet und mehr als 500 verwundet worden.

Schatila - Auf dem Weg nach Palästina. Video 50 Min. Verleih: Medienwerkstatt, Konradstraße 20, 7800 Freiburg, und medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1

Konkret 10/88, S. 76

Gabriele Riedle

Heller für Helle

Sündige Phantasien wollte Robert van Ackeren mit seinem neuesten Film, »Die Venusfalle«~ bebildern – platte Klischees mit einem Schuß Küchenpsychologie hat er geliefert

»Die Venusfalle«, neuester Film von Robert van Ackeren, ist überflüssig wie ein Kropf und penetrant wie 4711. Man braucht eben die Zauberformel 'Phantasie für alle' nur auszusprechen und schon sind sie gebannt, die Kleingeister. Gleich darf man im Interesse der neo-trivialen Triebforschung die finstersten gefühlsechten Feuchtegotope der bürgerlich-bis-halbintellektuellen Seele mit dem Neonlicht der Großstadt ausleuchten und die dort vorgefundene Langeweile ausgiebig und nachtbunt illustrieren. Wenn man keine Geschichte zu erzählen und auch sonst nichts zu sagen hat, hilft nur noch der wortreizende Overkill: »Die Venusfalle«, neuester Film von Robert van Ackeren, sei ein Film über den Reiz der sündigen Phantasie, über Illusionen, Sehnsüchte und heimliche Wünsche, ein Film aus der Bilderwelt der Träume und der Männerphantasien, mit Elementen von Ironie, Komik und Melodramatik.

Phantasien etc. darf nicht nur, die muß heute schließlich wieder jeder haben, der des wahrhaften Mensch- oder gar Mannseins sich nicht verschließen möchte, versieht doch Venus persönlich das Thema mit dem entsprechend gewichtigen mythologischen Ewigkeitswert. Und die Herrschaft unserer schönen alten Mythen haben mittlerweile offenbar nicht nur Magie-Manager wie André Heller erkannt, sondern auch ehemals linke Entsublimierungsstrategen wie Robert van Ackeren. Ob Mann gruppenweise dazu steht, ihnen lonesome-cowboy-mäßig hinterher hechelt, oder den alten Hut aufarbeitet anhand des passenden Standardwerkes – Phantasien sind niemals kritikabel, sondern sie sind im Gegenteil stets Ausdruck einer höheren, schonungslosen und daher schutzbedürftigen Wahrheit. »Frauen haben ein kleineres Gehirn als Männer«, darf die Traumfrau Coco im Film sagen. Und die gestandene Altfeministin im Publikum darf lächeln, denn es handelt sich ja hier nicht nur um eine Komödie, sondern ganz generell um männliche Projektionen, und die können, zumal wenn ein linker Regisseur und Drehbuchautor im Verein mit einer weiblichen Co-Autorin (Catharina Zwerenz) sie seiner »Neuentdeckung« (Sonja Kirchberger als Nachfolgeunbekannte von Gudrun Landgrebe in der »Flambierten Frau«) in den alles verschlingenden Mund legt, gottseidank unmöglich »so gemeint« sein. Nichts ist »so gemeint« in diesem Film und das macht ihn nichts als gemein, d. h. anbiedernd.

Dies sei auch ein Film über die Nacht, die Nacht in der Großstadt Berlin. Moloch Stadt trifft Moloch Weib – grüß' Euch Gott alle miteinander – fertig ist das postmoderne Operettenszenario. Die Superslimausgabe von Carmen – die hier natürlich neudeutsch-filmerisch Marie heißt, Ballettänzerin ist und sowohl einen hohen Unabhängigkeitsgrad vorzuweisen hat (Myriem Roussel aus Godards »Prénom Carmen« – Zufall, Absicht, Schicksal? mit dem Lederrock aus »Auf Liebe und Tod« – Zufall, Abfall, Altkleidersammlung?) als auch den generösen Berufsschöngeist aus »Berlin Chamissoplatz« (Hanns Zischler) sich zum Lebensgefährten erwählt hat – dieses Hirngeschöpf, nach eigenen Worten »schön, klug, dumm, elegant, vulgär, temperamentvoll, lasziv, damenhaft, nuttig, kameradschaftlich, unerreichbar« auf dem nachtglänzenden Asphalt wg. sündiger Phantasie durchvögeln und zuhause erst recht von vorn und hinten und von der Seite, von rechts und links und im Profil, Ständchen mit gedungenen Belcantosängern bringen, schlappe 36 Sätze Ohrfeigen mit ihr in öffentlichen Cafés tauschen – ja das alles auf Ehr, das kann er und noch mehr: Max (Horst-Günther Marx), unser jüngster Arzt (aus Bischofsbrück?) und nächtlich sensibel-brutaler schöngesichtiger unterhosenloser Tausendsassa. Ihm öffnen sich nachts einfach alle Türen, besonders die von Hochhäusern mit all den vielen einsamen Frauen (»Hier ist der Betthase«, haucht er durch die Gegensprechanlage), die allerdings alle blond sind, wo er doch eindeutig das dunkle Haar liebt wie sein eigenes, und sich deshalb die rechte Befriedigung bei diesen Streifzügen auf der Suche nach der »idealen Frau« nicht einstellen will.

Dies sei die Geschichte eines Mannes, der mal wieder wissen wollte, wie es ist, verliebt zu sein. Nach so viel apodiktischem Nacht-und-Phantasiegedröhne kann ja nur noch ein hauchdünner Plot kommen, à la Mann greift sich eine Frau nach der anderen, viel Ausschuß, aber auch ein Klasseexemplar dabei, Lebensgefährten finden das blöd, junges Paar brennt durch, trennt sich wieder, kriegt sich wieder. Kuß, Schluß.

Max hat also zuhause in seiner Welt der edlen Altbauwohnungen dieses dralldunkle, strahläugige Sexualmonster Coco mehr räkeln als sitzen, und ihre Funktion im Film ist die, soviele »nicht so gemeinte« Sätze wie möglich zu sagen: Ich möchte gejagt werden und im Schlafzimmer erlegt werden; ich möchte betäubt und geraubt werden etc. Sie schickt sich nicht nur gerade an, seine Arzthelferin im Kittel mit nichts drunter zu werden, sondern hat ihn auch sonst, wenn ausnahmsweise nicht zwischen den Beinen, dann wenigstens in der Hand: »Aus eigener Kraft kannst Du doch nicht mal geradeaus sehen.« Was ihn dann, offenbar angstschlotternd (!!, ah, ruft da der Küchenpsychologe, der als Rolf Zacher sowieso noch persönlich auftritt), etwas daherschwallen läßt von einer schwachen Frau, die einen kleinen starken Mann in ihrer Handtasche trägt, und je mehr sie den Mann liebt, desto größer wird er – alles nach der unbestechlichen Logik der männlichen Phantasie, wir erinnern uns. Und deshalb – es sei dieser Kausalschluß nur ein einziges Mal erlaubt – deshalb

also muß er mit diesem Carmenextrakt rasend in den Abgrund faseln mit allen Konsequenzen, wie Untertauchen in einem Bergsee mit Unterwasserkamerafahrten aus der Algemarinwerbung made in Florida.

So hangelt sich »Die Venusfalle« also angestrengte 102 Minuten von einer hübsch hindekorierten Frau zur ewig wiederkehrenden gleichen, will sagen von einem Klischee aus der »Bilderwelt der Träume« zum nächsten besten, bei dem der Sehschlitz über der Brust in Cocos enganliegenden affengeilen Kleidern ebensowenig fehlen darf wie der Schleier der Bauchtänzerin im Circus Salome. Denn hier im Film wie dort im Nostalgiecircus geht es um die gesammelten »heimlichen Wünsche«, um alles, und also um nichts.

Fazit: Es gibt nichts Langweiligeres als die objektivierte Phantasie, denn sollte die Phantasie wirklich anwesend sein, müßten ihre Objekte durch Abwesenheit glänzen. Die einzige wirkliche Männerphantasie in der tiefen Nacht dieses Kinos hatte deshalb schließlich wohl nur mein schwuler Kollege: »Der van Ackeren hat sicher einen ganz kleinen knallroten Schwanz«, aber den hat er nie gesehen.

Konkret 10/88, S. 78

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

Neues vom Legastheniker: »Vorabendpogrom«, »rundum hormonisch«, »Black-Pamper-Bewegung«

Was fehlt nach »Männer lassen lieben« und umgebenden Hirnarschigkeiten: »Schlagende kesse Väter klagen an!«

*

»Die Dialektik liegt in Asche, denn sie hat sich hergegeben als Interpretationssystem der abgetrennten Ordnung der materiellen Produktion.«

Ja, wenn das so ist: Was ist dann mit der Logik, der alten Schlampe, und an wen sie sich alles weggeworfen hat; der Religion, dem kleinen Nuttchen Ästhetik, daß man sich mit ihnen nur noch in Spelunken blicken lassen kann, nach Mitternacht? Zu schweigen vom Grisettenpack der Gattung Schuhbürste, so wie sie Offizieren die Stiefel geleckt soll haben...?

Der Franzose Jean Baudrillard ist das, was man in meinem geliebten Frankfurt einen »Schlächtschwätzer« nennt; der Frage, welchen Erfolg er diesseits des Rheins gehabt hätte, hätte er bloß Rudi Freßgass' geheißen, erspare man mir nachzugehen.

Daß alles nur als ob, Szenario, überhaupt umgekehrt genauso richtig wie falsch sei, entnehme ich der windschlüpfrigen Apodiktik seines »Kool Killer oder Der Aufstand der Zeichen«, wo sich Meisterdenker-Sätze wie dieser zuhauf finden: *»Paradox ist der Tod, dem das Reale suspendiert ist, jener Saum, wo der Tod, ehe er wirklich wird, zur Kraft des Einsatzes und des symbolischen Spiels, das heißt zum Residuum wird, insofern das Reale immer nur residuales Prinzip der Degradierung des Todes und des Restes wird. «*

Von der Zeit, in der es »wenigstens Geschichte gab«, »exorziert«, wie sie inzwischen sei durch eine »zögernd oder brutal zu Eis erstarrende (häh?) Gesellschaft«, weiß er zu berichten. Immerhin, darauf kann einer schon kommen, wenn er zu lange den Lehrstuhl drückt: daß sich Geschichte nicht mehr an uns vollzieht, geschweige denn, daß wir sie uns selbst noch anrichten könnten. Nicht einmal andern machen können wir sie ja wie früher: So richtig mit Säbel, Nilpferdpeitsche und »Heia Safari«! Heute lassen wir sie machen: Über Terms of Trade, Gewinntransfers und Schutzzölle, über IWF und Weltbank, Daimler Benz und Deutsche Bank und allen unseren Handlangern jenseits der Meere.

Schrecklich, so depraviert zu sein von Geschichte! Hatte doch selbst der Faschismus noch mehr davon und »hätte kaum diese massive Energie anziehen können, wäre er nicht Widerstand gegen etwas Schlimmeres gewesen«, gegen: »diese Neutralisierung und Pazifizierung... diese Operationalisierung des Lebens.«

Je nun. Beides zugleich – Geschichte haben wollen und exekutieren lassen – das ging schon zur Kaiserzeit der Römer nicht, die bekanntlich so posthistorisch war, daß Mommsen sie der Geschichtsschreibung nicht für würdig hielt.

Armer Baudrillard. Und dabei brauchte er nur einmal öffentlich zur Diskussion zu stellen, wer ihm für welches Geschwätz eigentlich warum seinen Lehrstuhl in Nanterre bezahlt, und schon hätte er sie wieder am Hals, die »exorzierte«, und die Herren der Geschichte, wie sie ihm die Hammelbeine langziehn!

*

Baudrillard ist umso mehr Gefangener des herrschenden Systems, das er zu beschreiben versucht, als er Gefangener seiner wissenschaftlichen Methode ist, mithin seiner Terminologie, nach deren Decke sich die Phänomene zu strecken haben. Diese Art dumm auszusehen, kannte man bisher nur bei gläubigen Marxisten. In der ZFD-Sendung »Mona Lisa« hat man nicht einmal diese Sorgen: Da ruht bisweilen die Dummheit im Schoß der Natur selbst, will sagen, im warmen Nest von Mitsponsor Burda, etwa wenn die Sendung tolle Tussis mit ihren Mountainbikes auf die Piste bringt. Zwar, alten Knackern von Wanderern passen sie nicht. Aber wer wollte sich in den Weg stellen, wenn die sich selbstverwirklichende moderne junge Frau über Stock und Stein, durch Wälder und über Almwiesen sich Bahn bricht?

Totales Selbstverwirklichungsverbot für die Republik für mindestens zehn Jahre: ob ich's noch erleben werde?

*

Was Druckfehler doch manchmal leisten können: »Der (immer) junge Klaus Wagenbauch...« (»FR« vom 20.8.88). Von wegen »ein guter Hahn wird selten fett!« Oh, mein Gott.

*

Aus: »P .E.N. Autorenlexikon«. *Unseld, Siegfried... 1967 Hermann-Hesse-Gedenkmedaille; 1975 Heinrich-Merck-Ehrung der Stadt Darmstadt; Goethe-Plakette der Stadt Frankfurt; 1978 L'Ordre du Mérite Culturel. der Volksrepublik Polen;*

1979 Großes Verdienstkreuz des Verdienstordens der BRD; 1980 Ehrendoktor der Washington University, St. Louis; 1981 Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen; 1984 Ricarda-Huch-Preds der Stadt Darmstadt; 1985 Ehrendoktor der Johann-Wolfgang-Goethe- Universität Frankfurt.

Marschall Siegfried Woroschi1ow. . .

*

Ich habe zwar nie einen Unterschied erkennen können zwischen deutschen Männern, die in Bangkok, und deutschen Frauen, die an griechischen Stränden nach ein bisserl Ficki-ficki suchen – die einen geben Geld, die andern ihre Möse, und weil's so schön warm und hot ist, auch noch umsonst – aber vielleicht erklärt ihn mir mal jemand?

*

Die Schwäche weltläufiger, liberal gesonnener Leute, die in der Hansestadt in Zeitungen schreiben, vor Fernsehkameras sprechen, für Persil werben und/oder Antiquitäten, Modellkleider und Design verkaufen, – ihre Schwäche für (die hanseatische Domenica voran) das Milieu von Zuhältern und Nutten beruht bekanntlich auf der fälschlichen Annahme, deren Welt sei weniger spießig als die ihre.

Und da erinnere ich mich eben an eine lehrreiche nächtliche Stunde mit dem – als Biertrinker und bislang unentbehrlichen Rotzlöffel vom Besten – von mir seit 20 Jahren unbeirrt und mit dem gebotenen Amüsemang verehrten Herausgeber eines deutschen Nachrichtenmagazins in einer Bar auf der Großen Freiheit Anfang der 70er Jahre. Damen mit erstaunlich tiefen Stimmen bedienten hinter der Theke. Im Separé, hinter Vorhängen, Rumoren. In der Music-Box drückte ich »Alle Jahre wieder/schlachten wir ein Schwein/Vater sticht es nieder/Mutter weckt es ein«, eben jenes ja... damals, im Winter, weithin beliebte Chanson. Indem nahm unser Bier auf den Filzen Platz. Ein erstes drohendes Herübernicken mit den Augen aus erstaunlich kantigen Gesichtern, rüber zur Box und zurück, die begleitende Frage, ob das denn nötig tue, warnten uns nicht. Ein zweitesmal erklang das Lied. Kein drittesmal war ihm vergönnt. Schreie, plötzlich, der Wut aus den Separés. Trainierte Muskeln, die sich aus Miedern pellten. Zornbebend fahrengelassene Schwänze von Kundschaft. Geballte Fäuste aus Vorhängen:... Ehrfurcht...! Ob denn den Herrschaften nichts heilig.. . ! Knilch von der »Nordschau«, der er sei, der Kleine.... was er sich zu erlauben glaube, überhaupt? Schweinereien, wo Heilig Abend vor der Tür.. !

»Ist doch wahr!«

Apropos, armer toter Heinrich, Schultz-Gerstein, Edelfeder, der Du mir gerade dabei mit einfällst: Warum hast Du seinerzeit nicht – oder nicht rechtzeitig oder nicht richtig – Brechts »Puntila« gelesen, so wie ich es Dir geraten hatte? Warum tatest Du immer so, als gäbe es bei Dichtern nichts zu lernen sondern nur bei den 93ern aus Altona (die übrigens gerade gestern an der Spitze der Oberliga Nord gestanden hatten, wenn auch nur für einen Tag, und es hätte Dich gefreut) oder beim Zocken auf St. Pauli, wo Du ohnehin immer nur verlorst, aber wohl dachtest, dabei sein ist alles?

*

Nach fast vierzig Jahren Nietzsches »Menschliches, Allzumenschliches« wieder aufgeschlagen und auf Anhieb gerührt wie von einem alten Kinderbuch:

»Tiefdenkende Menschen kommen sich im Verkehr mit anderen wie Komödianten vor, weil sie sich da, um verstanden zu werden, immer erst eine Oberfläche anheucheln müssen.« Oder:

»Der vernünftige Autor schreibt für keine Nachwelt als für seine eigene, das heißt für sein Alter, um auch dann noch Freude an sich zu haben.«

Konkret 10/88, S. 80

Eckhard Henscheid; Jens Thierfelder

Musikplaudertasche

Das letzte Wort, so war hier unlängst versprochen, zum neudeutschen sogenannten Opernregietheater sei definitiv gesprochen. Allein, es geht nicht. Denn inzwischen war zu erfahren, daß die bang erwartete, heiß umstrittene Harry Kupfersche Bayreuther »Ring«-Neuinszenierung 1988 u. a. damit beeindruckte, daß, indessen simultan zwei Kindlein als Blochsches Prinzip Hoffnung über die Bühne laufen, die Gibichungen im Schlußszenarium der »Götterdämmerung« eben diese und den Untergang Walhalls auf TV-Geräten mitverfolgen. Und wenn man dann bedenkt, daß die gleiche Grundidee Hans Neuenfels in seiner Frankfurter »Aida« schon 1981 überfiel, Ulrich Brecht in seiner Nürnberger Version gar schon 1972; wenn man ferner veranschlagt, daß Hundertschaften von Fachkritikern über diesen brillanten, ja hyperämischen Einfall in Tausenden von Artikeln reflektierten, die einen – um die Spannung auf den Gipfel zu treiben – mehr pro, die anderen eher contra: Dann mag sein erahnt man noch einmal die ganze Inkommensurabilität dessen, was modernes Musiktheater heißt; uns aber, weiterhin am Ball der inkompatibel augenreibenden Bewunderung zu bleiben.

&

Im übrigen und Ernst aber sollte man sich zwar nicht gerade mit den letztverbliebenen Bayreuther Alt-Wagnerianern gemein machen, so neulich gegen Kupfer wie vor zehn Jahren gegen Chereau öffentlich angelärmt haben; nicht aber schadete die ahnungsweise Einsicht, daß die Jahr für Jahr zu Bayreuth als schieres Alibi ihrer öffentlichen Repräsentanz versammelte und gerammelte Kunstanstrengung im Sinne etwelchen schöpferischen Gedankens weniger frommt als dieser – und dabei habe ich heute nicht mal meinen stärksten Tag – letzte Nebensatz, den ich hier fugenlos zu Ende bringe.

&

In der »Frankfurter Rundschau« fordert mich, als den zuständigen Experten, der Musikkritiker Hans-Klaus Jungheinrich auf, eine »profunde literarische und geistesgeschichtliche Würdigung« dessen vorzunehmen, was meine langjährige Lieblingstörin Luise Rinser per Programmheft der Bayreuther Festspiele 1988 auch noch zu diesen und zu Wagner zu sagen hat. Ich will das gerne tun, wenn nicht profund (ganz wahnsinnig bin ich ja doch noch nicht), so doch en passant; zumal mir dies neueste Rinser-Opusculum auch mit allerlei Hintergedanken von anderer Seite zugesteckt wurde; und ungeachtet der Zumutung, daß die gefeierte Autorin und Denkerin auch im 78. Jahre nicht dran denkt, mählich wenigstens die Grundlagen der deutschen Interpunktion zu erlernen.

»Tief in klischiert Gefühligem (ver)haftet« dünkt der kleine Rinser-Text Jungheinrich, dem gleichwohl das folgende und finale Rinser-Statement ob seiner »Aufmüpfigkeit« und »Spielverderberei« richtig »keck« und »im Vergleich zu ratloser und beflissener Affirmation balsamisch anmutet«. Der Kritiker zitiert Rinser: »Aber die Deutschen pilgern weiter nach Mecca = Bayreuth und genießen, was sie fürchten sollten.«

Jungheinrich hat restlos unrecht: Der Text ist weder aufmüpfig noch keck noch unbeflissen noch kontraaffirmativ noch sonst irgendwas Gescheites; sondern, wie überhaupt nicht anders zu erwarten, anbiederisch linksaffirmativ und angesichts dessen, was sich heute über Wagner bei einiger Anstrengung wissen läßt, nicht einmal viertelgebildet; sondern kurzum steindumm. Rinser hat irgendwas von Nietzsche vs. Wagner aufgeschnappt und davon nicht einmal 10 Prozent im römisch-bayerischen Hinterkopf behalten, und schon schmarrt sie los: »Mir war und blieb es eine unheimliche Musik. Unheimlich, ja, das ist das rechte Wort. Dieses germanische Pseudochristentum, diese nordische Tollheit« – die wiederum hat sie unbegriffen von Thomas Mann gestohlen – »diese Unerlöstheit. Das treffende Wort fand ich erst viel später, als ich Erich Fromms Begriff der Nekrophilie kennenlernte. DAS wars!« – nämlich, so wenig sie je ihre Lochhausener Nase wie in Nietzsche so ernstlich in Erich Fromm steckte, nun wirklich der pure Nonsens, den zu widerlegen nicht nur gleich mächtiger Nonsens, sondern einfach beschämend wäre. Im Ernst aber: Wagners Werk hat nicht eine einzige Sekunde lang mit Nekrophilie zu tun – die Lochhausenerin weiß nach wie vor nicht, was das Wort bedeutet.

Der Fall ist – und grenzt es in meinem eigenen auch an schweren Masochismus – gleichwohl und tatsächlich interessant; als einer von trostlos angepaßtem linkem Opportunismus, der von nichts nichts Genaues weiß, aber, bezahlt von den gleich Dummen, noch heute glänzend davon leben kann; befremdlich, daß Jungheinrich die Überevidenz dessen nicht sieht oder aber nicht sehen will. »Der Text! Überhaupt die Wagnertexte!

Konnte der keinen besseren Textdichter finden als sich selbst?« Nicht daß Wagner in Wahrheit ein überragender Textdichter war, ein erstklassiger Kunstgewerbler mit gelegentlichen Anfällen von authentischer sprachlicher Genialität, indessen seine Kritikerin lebenslang auf dem Ausdrucksniveau einer unbegabten Sechsjährigen versumpfte, – nicht dies so sehr macht den Abdruck des Rinser-Schmarrens so inkommensurabel blöde und doch auch wieder ärgerlich: Das diffuse Zeugs, welches der katholisch-rebellischen Schrulle durch den angeblich aufmüpfigen, in Wahrheit mit nicht einmal halbverstandenen linken Clichés und »Tickets« (Horkheimer/Adorno) vollgestopften Schädel brummt, es bezeichnet exakt das, was es an

Wagner zu bekämpfen und zu entlarven vorgibt, die »nordische Tollheit«; gemessen an der Richard Wagner der pure Cartesianer und Apolliniker war; was immer nun das wieder präzise sein mag.

Vom schieren und allerdings bewundernswerten Unwissen kaum zu reden. Jene, die schon vor zehn Jahren in ihren zusammengelogenen Memoiren »Den Wolf umarmen« keineswegs zufällig, sondern aus globaler Kenntnislosigkeit heraus den »Rheingold«-Riesen Fafner mit einem »Zwerg Fafner« verwechselte; jene, die wie von nichts so auch von Wagner keinen reellen Schimmer hat, diese unparsifalisch unreine Törin und einstige Orff-Ehefrau denkt im zuende gammelnden achten Lebensjahrzehnt schon zuweilen in durchaus genuin-autonomen Kategorien: »Ich fürchte mich vor Wagner und dem geistigen Boden, dem seine Musik entstammt.« Der geistige Boden ist musikalisch Beethoven und vor allem Carl Maria von Weber (und, seltsam genug, sogar Mendelssohn); literarisch u. a. die mittelalterliche Poesie; philosophisch ein recht privat ausgelegter Schopenhauer. Absolut unverdächtige und ideell wohlgewählte Zeugen also. Sicherlich meint dagegen Rinser (und hat so was vielleicht bei Karl Barth fehlläuten hören), Wagner habe Hitler, Rosenberg und zumindest Spengler assimiliert. Sie weiß wirklich nicht, von was sie redet; sie weiß wirklich überhaupt nichts. Sollte Jungheinrichs balsamisch Aufmüpfige irgend noch linke Kultur repräsentieren, dann täte z. B. diese Zeitschrift hier gut daran, die Läden schleunigst dichtzumachen. Auf daß die Welt nicht ganz brunzdumm noch werde.

Eigentlich, ahne ich aber beim nochmaligen Überfliegen ihres Textes, meint Linsers Ruine aber ja nichts anderes in ihm und durch ihn, als daß im »Rheingold« schon genau das steht, was sie selbst vor zwei Jahren in ihrem unermeßlichen Roman »Silberschuld« gleichfalls unterbrachte. Daß sie, die sonst auch vor der übelsten Eigenreklame nicht zurückschreckt, sich das dann aber doch nicht recht sagen traut und eine Hochzeit Linser/Wagner ausposauniert, dergleichen die Welt noch nicht gesehen: Das ist das einzig Neue und allerdings spielverderberisch tief Enttäuschende an diesem neuesten Unfall Rinnsal; in den mich der Jungheinrich, zu meiner Beschämung, noch doch etwas tiefer hineingelockt hat, als der Scheißdreck wert ist. – Sei's drum.

&

Mir ist nicht recht klar, was man aus Reinhard Baumgarts und Peter Patzaks 3-Stunden-Film »Wahnfried« lernen und ersehen soll. Daß Wagner irgendwo nicht ganz dicht war? Aber das weiß man doch spätestens aus der Feder des obersten und progressivsten »Spiegel«-Schmocks Klaus Umbach, der uns die Wucht dieser kolossalen Erkenntnis ca. zweimal im Jahr aufpreßt, nimmermüd alternierend mit der, daß auch Bach, Beethoven, Brahms nicht so ganz koscher waren. Daß Cosima das große Sagen hatte? Aber das stimmt doch gar nicht. Daß Genie und Unfug bestürzend nahe beieinanderliegen? Daß einen bunten Film zu gucken nicht so anstrengend ist wie Wagner-Briefe oder eine Biografie zu lesen?

Das ist freilich wahr.

Die nicht wenigen »kritisch« intendierten Spielfilme der letzten Jahre, die sich mehr oder weniger streng oder frei an Musikerviten heften, sei's um diese zu »entmystifizieren« (so die gängige, fast immer gedankenlos unsinnige Vokabel für das ahnbar Gemeinte), sei's um sie zu rehabilitieren, vom angeschwemmten Kitsch auch zu befreien; sie hängen mir nicht nur und nicht nur mir ein bißchen sehr zum Halse raus, sondern samt ihrem kritisch-verehrungsvollen Impetus irgendwo auch arg in der Luft der allgemein waltenden Verblasenheit. Kirschners und Formans Mozart-Filme, Fritz Lehners ambitiöses Schubert-Portrait »Mit meinen heißen Tränen« – die Gattung verliert umso rascher an Einleuchtungskraft, je imponierender ihre formalen und ideelichen Volten uns auf Anhieb dünken. Abgesehen davon, daß da tatsächlich oft viel Imponiergehabe mittransportiert wird, nämlich seitens der Autoren und Regisseure, deren »Mir nach, da geht's lang« immer wieder zu recht grämlich beflissenen Attitüden und Manierismen sich verkrümelt; abgesehen davon sagt mir meine Witterung, daß auch hier die Aufklärung selber halt wieder mal recht dialektisch ausschaut:

Fast möchte ich vermuten, daß da die wesentlich expansive »Machtsphäre des Kitsches« (Hermann Broch) abermals am Expandieren ist, daß sich in den genannten künstlerbiografischen Anstrengungen eine neue Spezies Kitsch konstituiert hat, eine, die sich aus der Mixtur aus Hochehrfurcht, Aufklärungswille und Kunstanstrengung speist und letztlich eben doch auch aus einer verräterischen Ranschmeißerei an die Großgenies, für die man stellvertretend und verspätet die Lorbeeren kassiert. Letztlich prangt die Botschaft immerzu als eine pro domo: Schaut her, Schubert und ich, der Regisseur und Autor, in die Knie mit euch, ihr Deppen!

Viel spricht dafür, daß hier eine neue Kitschgestalt jenseits der Brochschen Kitschtheorie sich offenbart; daß, ähnlich wie die beiden Grundsehnsüchte der Zeit – kritischer Habitus und ewig gemütliche Gesinnung im Herzen – exakt auf kritische Folklore hinausdämmern; daß auch der Kunst- und Wahrheitsanspruch von häufig sogenannten Psycho-Biografien, sei's geschriebenen, sei's gefilmten, zurückströmt in das breite Bett des soeben noch verfemten Kitsches. Der krude Kitsch des Schubertschen Dreimäderlhauses Rudolf Schockschen Eingedenkens, der des Titanen-Beethoven aus der Pranke Ewald Balsers, er wird im Angesicht des neuen und kritisch sich gebärdenden nicht nur fast wieder harmlos; ich hege den Verdacht, er kommt auch gar der Wahrheit näher. Der populäre Mythos Wagner, wie er Ludwig II. noch narrischer macht als er selber ist; die Legende Mozarts als eine Anekdotensammlung aus Josef Meinrad mal Grauer Gast mal Lacrimosa auf dem Totenbett: Der Primärkitsch hat mehr mit etwelcher Wahrheit zu tun als jener höhere, der auf Aufklärung aus ist wie

auf autonome Kunstwerke, und doch nur in besserer Folklore landet. Ich vermute schlicht: Alles zusammen kann nicht gutgehen.

&

Die Genies immer neu zu sehen und dabei nicht obligat in Torheit oder Krampfigkeit zu versinken: Daß es gelingen kann, zeigt die erste und »einzige Bilderbiographie« Mozarts, die Stefan Siegert (Zeichnungen) und Niels Frédéric Hoffmann (Text) im Rasch und Röhring Verlag zum Vorschein bringen. Hübsch verspielte Bild-Text-Verschlingungen; ein etwas altfränkischer Erzählhumor; schön durchkonstruierte Wimmelbilder; eine nur ganz selten phraseophil angehauchte Diktion; lustige und sinnreiche Anachronismen: Man erfährt nicht viel weniger als bei Hildesheimer und Einstein und gewiß mehr und Gescheiteres als in der 1988 erschienenen Monografie von H. C. Robbins Landon »1791 – Mozarts letztes Jahr«, deren Ehrgeiz auf optimalen Schmalspursinn per Philologie hinzielt. »Entmythologisiert« wird bei Siegert/Hoffmann nichts. Es sei denn, daß das Schwerwort nur entkitschen meint.

&

J.-P. Ponnelle ist gestorben. Seine großen Leistungen als Opernregisseur und -erneuerer bestanden darin, daß er 1. fürs Fernsehen die Sänger von »Figaros Hochzeit« mit partiell geschlossenen Mündern singen ließ; daß er 2. und gleichfalls im Fernsehen Puccinis Kleine Frau Schmetterling und ihren Leutnant Linkerton beim Liebesduett rammeln und beim gemeinsam geschmetterten hohen C – und auf die Idee mußte ja erst mal einer kommen – einen Orgasmus erleiden ließ; und daß er 3. Wagners »Ring« in der neuartig anmutenden Reihenfolge Rheingold, Götterdämmerung, Walküre und Siegfried zur Aufführung beförderte; das gemeinsam geschmetterte hohe C von »Leuchtende Liebe, lachender Tod« diesmal wieder ohne Orgasmus.

Friede seiner Asche; der Schwachsinn, siehe vorne, – er blüht regsam weiter.

Konkret 10/88, S. 82

Volker A. Zahn

Wippen und Schütteln

Die ehemalige »Brigitte«-Chefredakteurin, der grüne Bundestagsabgeordnete, die Leiterin des »Mutter Erde Zentrums«, der Politikwissenschaftler in Orange, der Weltenstürzer Bahro – alle waren sie mitsamt ihrem Fußvolk noch Köln gekommen, ein neues Kapitel in der Chronologie des laufenden Schwachsinns aufzuschlagen: das neueste Buch des Bhagwan Shree Rajneesh

Daß es sich bei der Veranstaltung um eine Meditation, eine Meßfeierlichkeit oder ein anderes Ritual kollektiver Vernebelung gehandelt habe, wollten Beteiligte und Verantwortliche nicht bestätigen - vielmehr hingegen sei die Wirkkraft des diskutierten politischen Manifests einwandfrei zu verspüren gewesen, und wahrscheinlich bereits im Jahre 2000 könne in Sachen Weltenrettung Vollzug gemeldet werden. Auch der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Dr. Wolfgang Daniels, schien endgültig um den Verstand gebracht: »Ich sehe hier eine Chance für großartige Veränderungen«.

Noch am Nachmittag hatte mich Daniels telefonisch wissen lassen, daß er gewisse Passagen des Buches für gefährlich halte. »Das muß zur Sprache gebracht werden«, hatte er sehr wichtigtuerisch und irgendwie vollends abgeordnetenmäßig in den Hörer gebrummt; Stunden später zog er vor, den Sauhaufen heim ins Reich der Grünen zu holen: »Die Sannyasins könnten ein Glied in der Kette der Grünen sein. Sie verkörpern eine Kultur, die unserer Partei abhanden gekommen ist«.

Zur Vorstellung des Buches »Die größte Herausforderung: Die Goldene Zukunft« von Altmeister Bhagwan Shree Rajneesh hatte dessen Gefolgschaft ins VHS-Forum am Kölner Neumarkt gebeten; der Präsentation sollte sich eine Podiumsdiskussion mit Wolfgang Daniels, Rudolf Bahro und anderen Leuchten aus der Öko- und Esoterikszene anschließen. Gegenstand des Gesprächs: Maßnahmen zur zügigen Erdbrandbekämpfung und Möglichkeiten zur Umsetzung der Weltrettungspläne Bhagwans. Der Guru hatte in seinem Manifest u. a. ausgeheckt: Beseitigung aller Politiker und Priester, Installierung einer Weltregierung aus Wissenschaftlern, Künstlern und ähnlich verläßlichen Zeitgenossen, Nutzung der Gentechnik zur Perfektionierung menschlicher Fähigkeiten, Deprogrammierung (Gehirnwäsche), Meditationspflicht zur Aufrechterhaltung der moralischen Integrität sowie weitere Reinerhaltungsmaßnahmen zur Gewährleistung vollständigen Seelenheils: «Du liebst deine Frau und deine Frau liebt dich, aber das heißt nicht, daß man das Risiko eingehen sollte, die Welt mit einem verkrüppelten, blinden Kind zu belasten... Wenn ihr ein Kind auf die Welt bringt, das verkrüppelt oder retardiert oder wahnsinnig oder stumpfsinnig ist, und das dann wieder andere Kinder zeugt. .. genau deshalb ja bleiben die Idioten immer in der Mehrheit der Welt... Wenn die Eltern willens sind, sollte das Kind in ewigen Schlaf geschickt werden.«

Der kompletten Hirnverbranntheit Bhagwans sollten an diesem Abend Podium und Publikum in nichts nachstehen. Dafür mitverantwortlich die Diskussionsleiterin Lore Krollpfeiffer, langjährige Chefredakteurin der Frauenzeitschrift »Brigitte« und neuerdings »Botschafterin Bhagwans in der Bundesrepublik«, eine dieser aufdringlich altersvitalen Inge Meysel-Typen: »Was in der Welt los ist, ist echt der totale Horror. Da muß man nur mal in die Zeitung gucken«.

Ihr zur Linken eine weitere Sportskanone aus dem Kreis der neuen Sinnstifter. Sigrid Beckmann-Lemb, die ein »Mutter Erde Zentrum« leitet und so auch aussieht, habe das Bhagwan-Buch in der Wanne zu lesen begonnen und deshalb drei Stunden gebadet. Zu heiß, wahrscheinlich. Sie, Beckmann-Lemb, finde das Manifest ganz großartig, wolle jedoch grundsätzlich daran erinnern, daß es nicht nur eine neue Weltordnung bräuchte, sondern vor allem »Liebe und Streicheleinheiten«. Mit dem Gedanken kann sich auch Bahro anfreunden; seine, Bahros, Kommune in der Eifel, u.a. Ausrichter verschiedener geheimnisvoller Selbstfindungstagungen, sei meditations- und schmusemäßig bzw. auch sonstwie seelenstöbernd einmal die Woche aktiv, und es sei schon ein tolles Gefühl, mal »zu vergessen, daß man den Willi anrufen will«.

»Meditation als Innenschau zur Ergänzung der Außenschau«, ergänzt mehr schleimscheißerisch der Politiker Daniels, könne sehr nützlich sein, zumal in Bonn, denn mit den Strukturen in Bonn sei das ein Kreuz. Diese Strukturen, wird der Abgeordnete vom ehemaligen Politikwissenschaftler Nelles alias Swami Sowieso pariert, hätten nichts mit Bonn zu tun, sondern seien vielmehr die Strukturen in seinem, Daniels, Kopf. Da könne man von Glück reden, redet gestenreich Holzkopf Bahro dazwischen, daß irgendwie auch Jesus Christus noch mitmische. Genau, heult einer im Publikum auf, »die einen gehen zum Herrn, die anderen ins Nirwana«. Das kann die Dame Beckmann-Lemb nur bestätigen: »Jeder braucht einen Meister, der ihn führt«. Im übrigen habe sie, Beckmann-Lemb, am vergangenen Samstag den amerikanischen Spielfilm »Michelangelo« mit Charlton Heston in der Hauptrolle angeschaut; das sei ein großartiges Stück mit eminent wichtiger Aussage.

Bahro scheint nun die Sache allzu sehr ins Triviale abzuschmieren; er, Bahro, müsse jetzt Kant, Hegel und Heidegger bemühen, um die ganze Angelegenheit in einen geistesgeschichtlichen Kontext zu setzen bzw. eigentlich seien Bhagwans Thesen olle Kamellen, und vor allem die Kulturbolschewiken wären mit ihrer Utopie vom nichtkorrumpierbaren Wissenschaftler schon vor Jahren auf die Schnauze gefallen. Wann denn, fährt schneidig Swami Nelles Bahro in die

Parade, die Bolschewiken jemals meditiert hätten. Außerdem, winselt's wieder sehr erbärmlich aus der Beckmann-Lemb, habe es da bei Bhagwan gewisse vorbeugende Maßnahmen. »Ehe das Meditationsinstitut dir kein Zeugnis gibt«, zitiert sie nun den Meister, »nimmt dir die Universität auch kein Examen ab«. Damit sei die Aufrichtigkeit der Wissenschaftler von vornherein und irgendwie einwandfrei gewährleistet. »Die Wissenschaft ist die wahre Kirche und die Welt ein einziges Kloster«, sucht waghalsig Bahro sich aus der Affäre zu ziehen, doch schon plappert's wieder von rechts dazwischen; und zwar könne die »Biographie eines Jogi«, die ja wohl allen hinlänglich bekannt sei, in diesem Zusammenhang nützliche Hilfestellungen leisten...

Und so geht der Stuß über drei Stunden fort. Die Rückkehr der Sensibelchen: Weil sie auf dem Marsch in die neue Innerlichkeit den Kopf verloren haben, gehen sie nun als Bauchredner der Bewegung hausieren - nachdem bereits die Christianisierung der Grünen den Prozeß landesweiter Verdummbeutelung entscheidend vorangetrieben hat, nimmt nun endgültig der komplette Wahnsinn überhand; das Wohl der Menschheit wird in Streicheleinheiten bemessen, Aufrichtigkeit ist primär eine Frage der Körperhaltung.

Die Veranstaltung im Kölner VHS-Forum nimmt gegen 21.30 Uhr eine beängstigende Wende; zahlreiche Heulsusen aus dem Publikum, die meisten nach eigenem Bekunden Gratwanderer zwischen Spiritualität und Politik, sind des Geredes überdrüssig und fordern »Aktionen im Hier und Jetzt«. Auch Beckmann-Lemb will mit »einem greifbaren Ergebnis« nach Hause brummen und fordert deshalb eine zehnminütige Meditation. »Richtig«, bestätigt einer aus den hinteren Reihen, »genug geredet. Jetzt müssen wir handeln«. Podium und Publikum sind sich schnell einig: Zehn Minuten Selbst- und Weltenrettungsspezialmeditation.

Gerade noch rechtzeitig kann der Chronist den Saal fliehen; denn schon hebt ein gnadenloses Gegröle und Gejaule an, 150 erwachsene Menschen brüllen sich die Lunge aus dem Hals, dazu hat es ein seltsames Wippen und Schütteln der Körper. Und genützt hat es doch nichts; noch in der Nacht rafft es Gert Fröbe hin, auch der Kurde hat weiter sein Päckchen zu tragen. Und uns, die Klugen und Aufrechten, macht sowas natürlich ganz schön zornig, und traurig, und betroffen sowie. Irgendwie.

Konkret 10/88, S. 84

Diedrich Diederichsen

Platte des Monats: Breiter als das Leben

Henry Kaiser: Those Who Know History Are Doomed To Repeat It; SST/EFA

Die die Geschichte kennen, sind verdammt, sie zu wiederholen. Die Lage der Pop-Musik, der Kultur ganz allgemein, oder Kaisers Problem (als Musiker, Improvisierer)? Denn Henry Kaiser, Gitarrist, kommt aus einer musikalischen Tradition, der es immer besonders darum zu tun war, nicht zu wiederholen, weder eine Form, Struktur, noch eine Methode, geschweige denn identifizierbare Tonfolgen. Diese Bewegung/Schule der improvisierten Musik, die, obwohl aus dem Free Jazz hervorgegangen und in den 70er Jahren auf ihrem Höhepunkt dessen konkurrenzlose Weiterentwicklung, kämpft seit über einem Jahrzehnt einen Zwei-Fronten-Kampf, sowohl gegen den, überwundene Formen wieder als klassische festschreibenden neo-konservativen Jazz der ausgehenden 70er, frühen 80er Jahre, wie gegen die, die Improvisation als adhoc-Komposition noch immer nicht für voll nehmende E-Musik, die sich darüberhinaus immer weiter unter Überschriften wie Minimal zum Verschmelzen mit der Meditations- und Dröhn-Musik, die unter dem Namen New Age bekannt ist, bereit zeigt. Zur allgemeinen und besonderen Problematik der improvisierten Musik sei das von ihrem Altmeister Derek Bailey verfaßte Standardwerk im »wolke«-Verlag empfohlen.

Kaiser ist indes nicht der einzige, der in dieser Situation entdeckt, daß die Improvisation für ihn nichts anderes war als der Endpunkt einer musikalischen Entwicklung, die mit der Pop-Musik der späten 60er/frühen 70er begonnen haben muß, nicht wie es die Ideologie der Improvisierenden manchmal nahelegt, eine absolute Musik. Damals war die Pop-Musik besonders entschlossen, alle sie beengenden Grenzen niederzureißen. Wer teilnahm an diesem Projekt, wer an die Notwendigkeit glaubte, daß die Befreiung den Weg über lange, improvisierte Mittelteile und Variationen, die nicht unter einer LP-Seite lang sein durften, nehmen mußte, verließ bald gänzlich die Pop-Form oder verschmolz sie, ohne um ihr Einverständnis zu fragen, mit Jazz und mußte schließlich zwangsläufig den Free Jazz entdecken, die Musik mit auf Anhieb der geringsten Zahl an Barrikaden.

Bis er erkennen mußte, daß es auch im Free Jazz Klischees und Regeln gibt, was den Preis, den man als Musiker für die Existenz als Free Jazzer bezahlt, nämlich bittere Armut, dann doch zu hoch treibt. Seit Jahren hat schließlich nur einer, nämlich Cecil Taylor, eine Technik entwickeln können, Töne hervorzubringen, die an nichts erinnern, die keine Referenz haben und auch keinen Code bilden werden, also wirklich intensiv sind und nicht referentiell. Fast alle, die in dieser Richtung lange gearbeitet hatten, klangen irgendwann wie Cecil Taylor. Oder wie Derek Bailey meinetwegen. Aber schon über ihn, der Ähnliches erreicht haben soll, weiß ein Weggenosse Kaisers, Eugene Chadbourne zu erzahlen: »Wenn Du mit ihm spielst, mußt Du um jeden Preis alles umgehen, was in irgendeiner Weise einem anderen bekannten Zusammenhang zuzuordnen ist, er will den Stil eliminieren, dabei spielt er selbst einen leicht identifizierbaren Anti-Stil, du gerätst so in einen Zustand, der gerade das Gegenteil von dem ist, von wo aus du normalerweise improvisierst. Du kannst mit dem Chaos gar nichts anfangen, wenn Du Dich nicht auch für einen guten Song erwärmen kannst.«

Chadbourne löste für sich das Problem u.a., indem er den Spieß umdrehte, den haltlosen Gaga-Zitat-Kaspermusiker erfand, bzw. aus des jungen Zappalutigen Handen riß. Entsprechend gesteigert, versteht sich: keine zwei Töne, keine drei Sinnzusammenhänge ohne mindestens die gesamte Geschichte der Pop-Musik der 60er Jahre zu zitieren, gerne auch noch des politischen Liedes und des Wiener Walzers, verweisen bis sich die Zeichensysteme biegen, der Referenzenvampir, Covern, was das Zeug hält, kein Moment, keine Pause, die nicht auf etwas zeigt. Das ergibt vor allem die lustigste Musik around, aber Kaiser wählte einen anderen Weg, indem er, statt die Widersprüche des Status Quo ins Groteske zu steigern, das Problem zu seinen Ursprüngen zurückverfolgte.

Warum hatte denn die Pop-Musik überhaupt aufgehört weiter Barrieren niederreißen zu wollen? War es ihr gedämmert, daß dies noch nie ihres Amtes war, bzw. ein Großteil der Barrikaden längst verfallen in den Hinterzimmern der Wiener Schule oder Kölner Studios für neue Musik herumlagen? Zehn Jahre lang (von 73 bis 83) reflektierte sie mit Gewinn ihr geschichtliches Gewordensein, verhedderte sich in Subkulturhistorie, schuf Zitiergattungen, die ihrerseits wieder Zitiermaterial für die nächste Generation wurden, bis sie einerseits, u.a. auch durch technologische Entwicklungen (Sampling), das Überarbeiten, Aufnehmen fertig eingespielter Musik in moderne Disco-Gattungen zum Mainstream erhoben hat (HipHop, House) – die Entsprechung in der Bildenden Kunst nennt sich »appropriation art«, andrerseits der Wert des Zitierten sich durch diese Inflation endgültig verflüchtigt hat, so daß vollkommene Beliebigkeit überall dort eingetreten ist, wo nicht, wie meistens im HipHop, zitiert wurde, weil eine fertige gesampelte Klangfarbe als Fertiges, als nicht persönlich Hervorgebrachtes einen gewissen Wert und vor allem antipeinliche Anti-Ausdrucks-Coolness besitzt, sondern um durch unmögliche oder sonstwie in der Kombination Wirkungen zu erzielen.

So ist die Bewegung immer näher zur Referenz, immer tiefer ins Herz der Referenz, ins Herz der Bedeutung, den die Pop-Musik gegangen ist, am entsprechenden End-Punkt angekommen, wie die improvisierte Musik, die sich immer weiter von

der Bedeutung zur referenzlosen Intensität bewegen wollte, jede am jeweiligen Nadir. Die improvisierte Musik, bzw. ihre meisten Vertreter baden in einem See von gerade noch lesbaren, noch bedeutenden zitierten Zeichen, die Pop-Musiker produzieren die sinnlose, bedeutungsfreie pure Intensität. Diese Situation versteht Kaiser als einer der wenigen richtig, weil er den Punkt des Aufbruchs aufsucht und verantwortlich macht, die Musik, der frühen 70er, die viel experimenteller waren als die dafür so oft gerühmten 60er, und versucht den Pop-Wert, das Sprachliche an diesen Formen der Entsprachlichung, der Deterritorialisierung, wie man vor ein paar Jahren noch gesagt hätte, ausfindig zu machen.

Eine Vorgehensweise, die schon alleine deswegen genial ist, weil sie zunächst mal zurückgewinnt, für die Rock/Pop-Musik, was diese im Zeitalter ihrer erhöhten Reflexivität sich selbst schon fast verboten hat: Intentionalität. Streng antisubjektivistisch entstand in den 80er Jahren die *Trash*-Lesart, die immer das zu schätzen, hervorzuheben wußte, was und weil es sein Autor nicht beabsichtigt hätte. Kaiser spielt auf seiner neuen Platte Monumente der aufbrechenden Musik der späten 60er, frühen 70er und er läßt sie gewähren, läßt ihnen ihre Intentionen, so lächerlich sie uns zum Teil heute erscheinen mögen, ohne Trash-Witze darüber zu machen, und setzt sie in Beziehung zu ihrem späteren Weg. Er spielt diese Stücke 1:1, wenn nicht larger than life, würdigt sie in ihrer Intentionalität, würdigt Intentionalität überhaupt und betreibt damit einen bitter nötigen Pop-internen Anti-Revisionismus. Wir zumindest haben das gewollt, was Grateful Dead auf »Dark Star« begonnen haben, also müssen wir unsere späteren Hervorbringungen erstmal darauf bezogen prüfen (oder erklären, daß wir in the first place im Unrecht waren). Das bedeutet die tieferliegenden Pop-Gesetze des Intensiven aufzudecken, zu betonen und die potentiellen Zündstoffe des Songs, die der Improvisation zugeschriebenen Eigenschaften am einfachen Lied herauszuarbeiten.

Kaiser tut auf der A-Seite von »Those Who Know. ..« das letztere, indem er Songs wie »Ode To Billie Joe« oder »The Man Who Shot Liberty Valance« in kleine unverbundene Explosionen einpackt, die sozusagen als Überschrift und Fazit unterstreichen, was er dem Song (speziell dem Country-Song, darin einig mit den alten Aufbrechern der Improvisation generell) zutraut, und auf der B-Seite ersteres durch eine ganz besondere Bearbeitung von »Dark Star«.

»Dark Star«, zuerst in einer Kurzfassung für den Soundtrack von Antonionis »Zabriskie Point« aufgenommen, und dann in seiner gültigen Drittel-Stunden-Fassung auf der zur Jahrzehntwende erschienen Live-Doppel-LP »Live Dead«, gilt als das Meisterwerk einer wie auch immer hippieideologisch verbrämt, sich frei verstehenden Pop-Musik. Kaiser beginnt mit Respekt vor dem Original, behandelt das Er-Improvisierte wie einen heiligen Text, wie eine Partitur, sogar der spezielle Sound von Jerry Garcias Lead-Gitarre ist ihm heilig; einzige Veränderung: Der Orgel-Part wird von einer Violine übernommen. Nach circa zehn Minuten kommt er wie vorgeschrieben zu dem bekannten zarten Vokal-Thema und verläßt es auf der vorgeschriebenen Ausfall-Straße, um dann allerdings erstmal frei und nun variierend in einem, nicht extra zitatmäßig gekennzeichneten, aber dennoch 70er-Fusion-Improvisationsstil mit dem ganzen Ensemble zu einem anderen, späteren Thema der Dead, auch aus einer Improvisationsnummer, aber schon zu Zeiten ihrer Rückbesinnung auf den klassischen amerikanischen Country-Song, entstanden, aufzubrechen. Kaiser führt diese Brücke aber nicht ganz beliebig durch. Er hat aus dem endlos in die Länge gezogenen, für den unbefangenen Hörer ziellos mäandernden Melodielinien von »Dark Star« durch gedachte Straffung, wie man das heutzutage oft automatisch bei für LSD-Meditationen gedachter Musik tut (und tun muß oder auch nicht), einen Melodiegehalt wie eine Grundfarbe aus den harmonischen Ansätzen des Stücks herausdestilliert, die er dieser rockigen, eigentlich unangenehmen spät70er Rockjazzbridge unterlegt, und die sich über dem Thema von »(That's It For) The Other One«, dem Ziel der kleinen Reise, in artige konstruktivistische Formen legt.

Der Punkt bei dieser aus besagten philosophischen Gründen einmaligen und wichtigen Platte ist aber eben, daß sie nicht nur das alles und noch viel mehr ist, was ich hier im Schweiße meines Angesichts an Ordnung in die Pop-Geschichte reinzubringen versuche – sie ist auch das, mehr als iede andere – , sie ist vor allem auch eine verdammte Hipster-Platte, die nur Hipster verstehen. Ich meine Folgendes. Wer würde sich bei einer göttlichst die Welt aus den Angeln improvisierenden Platte wie der Original-»Dark Star« für die Modalitäten des Ausblendens gegen Ende der übervollen Plattenseite interessieren? Niemand außer dem Pop-Kenner, dem der höhere Zweck und *Sinn* von Musik immer schon egal war, verdammter Fetischist, der er ist, und ein solcher wohnt, und das ist der große Gewinn an diesem Mann, auch in Kaiser: Er stellt dieses Ausblenden exakt nach, um dann im Gegensatz zum Original, wo man ganz am Ende von »Dark Star« bereits die ersten Töne der nächsten Seite des Doppelalbums hört, nämlich »St. Stephen«, die zwei Eröffnungstöne von besagtem »(That's It For) The Other One« anzuklingeln. Ich weiß nicht, ob das für jemanden, der nicht mit »Dark Star« und »The Other One« durch die psychedelische Erfahrung gegangen ist und auch sonst sehr viele Lebensentscheidungen diesen beiden Stücken verdankt, so zu verstehen ist, aber das ist wirklich genial. Im Sinne von far out.

Konkret 10/88, S. 86

Horst Toma□ er

Toma□ ers ehrliches Tageb□ ch

Zum 50. Jahrestag der Eingabe Hans Mosers an Adolf Hitler

Ja. Ja. Das Werk. Und nicht der Mensch. Und wie hat uns doch, Beispiel Hans Moser, stets Werk, nie Mensch, immer erheitert. Mit seinem sogenannten Nuscheln und daß er sich so unnachahmlich um seine eigene Achse zu wirbeln wußte. Und daß er, wie soziologisierende Sonden herausgefunden, die Gattung »kleine Leute«, also Kutscher, Dienstmänner u.a. Operettenmaterial auf's trefflichste zu geben verstand. Nun singt Anton Marschall »Wir lassen uns das Lachen nicht verbieten«. Einerseits. Andererseits: Müssen wir Zeit unseres beschränkten Lebens den Tiger namens Heiterkeit reiten? Vermöchte ernst sein nicht genauso Spaß zu verschaffen?

»24. Oktober 1938

Mein Fahrer! Ich lebe mit meiner Frau seit 25 Jahren in glücklicher Ehe. Ich bin vollkommen arischer Abstammung, während meine Frau Jüdin ist, Die für Juden geltenden Ausnahmegesetze behindern mich außerordentlich, insbesondere zermürben sie mich seelisch, wenn ich ansehen muß, wie meine Frau, die soviel Gutes für mich getan hat, dauernd abseits stehen muß Ich würde mir nicht erlaubt haben, dieses Gnadengesuch einzubringen, aber ich habe soviel Kummer (jetzt wieder durch die neuen Ausreisebestimmungen). Ich bitte sie deshalb inständig, meiner Gattin die für Juden geltenden Sonderbestimmungen gnadenweise zu erlassen, insbesondere von der Eintragung 'J' in ihrem Paß und von der Führung des ihr auferlegten jüdischen Vornamens zu befreien. Heil mein Fahrer! Hans Moser recte Julier, Schauspieler «

Um halber sechse am Tag der Befreiung Österreichs von seinem Grausamsten wäre der Mensch Moser gefordert gewesen, die Blaupause seines Lamentos an Hitler, daß nicht etwa seine Frau, die Jüdin, sondern er, der Arier unter dem Antisemitismus seines Landsmannes und Gönners A. H. leide, öffentlich auf dem Opernplatz zu Wien entweder zu verbrennen, zu zerreißen, oder, »recte«, zu verlesen. Aber das Werk Moser nuschelte nach 45, als wär nichts, geschweige dieser Brief geschehen, fort und gab weiter Dienstmänner, Kutscher u. a. Operettenmaterial aufs trefflichste und zwar zur Erheiterung des ganzen posthitlerischen Nazigesindels, dem der Mensch Moser durch ein klein bißchen Zerreißen oder Verbrennen oder Verlesen seines Bittbriefs an den Regisseur des III. Reiches in die Ablachsuppe hätte rotzen können.

Die beiden Früchtchen,

die eine für »Lebenshauch« zuständig in einem Blatt, das so schauderhaft aus dem Hals riecht, daß es nicht einmal der Teufel holen will, und der andre, von der Evolution steckbrieflich gesuchter Irrtum, am Rücken zusammengebunden und auf einer ein Meter O großen Insel in einem von 777 Krokodilen bewachten Teich ausgesetzt und schon erwacht Dornröschen, singen die Wälder wieder und ists überhaupt ein Aushalten auf der Welt.

Von unserm ins Mittelalter noch Memmingen entsandten Korrespondenten

In Memmingen ist ein Englmacher aufkommen. Ist tapfer denunziret worden. Hat zweenhundert Weyber von der Frucht abglassen. Hat derfür Geld gnommen. Hatz der Geldhauptmann der Heylingen Inqusition gsteckt. Hat die Heylinge Inquisition angschafft, daß der Englmacher ins Eysen kompt. Ist der Englmacher ins Eysen kommen. Dito sind ins Eysen kommen die zweyhundert Weyber. Ists zur Verhandlung kommen. Hat der Englmacher von nichts wissen wollen. Haben die Weyber feyn gschwiegen. Hat die Heylinge Inqusition peynlich innoviret. Sind die Weyber die Brüstwarzen zu Brey gwetscht worden. Sind den Weybern die Vulven mit glühende Zäng ausgrissen worden. War viel Weh und Ach bei die Weyber. Haben alle gstanden den Fruchtablass post procedere torturam. Ist dann der Englmacher ins Gebet gnommen worden. Sind ihm die Eyr zerschlagen worden auf dem Ambos. Hat der Englmacher laut gwinselt und gstanden also. Sind die Ehmänner von den Weybern aufgerufen worden. Haben sich dumm gstellt. Ist ihnen nichts passiret. Sind die Weyber in die Anklagschaft kommen. Haben um Gnad eingeben. Hat ihnen nichts gholfen. Sind zum Reysig verurtheilt worden. Sind aufs Reysig tan worden. Ist der Geystlich mit dem Kreuz ums Reysig gangen. Hat der Rechtshauptmann Feuer ausgeben. Haben die Rechtsknecht das Reysig anzunden. War viel Weh und Ach bei die Weyber. Hat nichts gholfen. Sind niederbrennt vom Haar auf die Faß. Wie die Weyber verbrennt, sind fümpf Rösser einspannt worden. Hat der Rechtshauptmann das Zeichen geben. Haben die Rösser den Englmacher ausgrissen Händt, Füß und das Glied. Ist viel Pluht gflossen. Wie der Englmacher drob ausghaucht, haben die Rechtsknecht alls ins Feuer gworfen, was von dem Englmacher übrig. Wie das Gericht fertig processiret, seyndt der Geldhauptmann, der Rechtshauptmann, der Geystlich und die Herrn der Heylingen Inquisition ins Goldne Lamm gangen, woselbst bei Schweinerm und dunklem Pier krefftig wurd zugelanget.

Porno mit Präser: Pervers!

Genossin Renate Schmidt-Nürnberg. Du bist in der Partei Bebels und Brandts Fachfrau für Pornografie. Und da sagst Du nun: »Es gibt den Skandal, daß Pornomodelle nicht mit Präservativ arbeiten dürfen. Und dies im Zeichen von AIDS.« Genossin Schmidt, wenn wir nicht restlos verblöden wollen oder, ganz sozialdemokratisch feige, BerufsfickerInnen »Pornomodelle« ersatzbenennen und der Pornografie wie der anderen Lehre der Körper und ihrer Bewegungen, der Physik, ein bißchen Gesetzmäßigkeit gestatten, dann begeben wir uns der Erkenntnis, daß das Muß zum sichtbaren Erguß den männerbezognen Pornofilm macht. Die Mackerbrühe muß rausgeschleudert werden auf, a-u-f den Frauenleib, denn dies ist der einzige Beweis, daß die endlose Vorlust keine Einbildung war. Wie, Genossin Schmidt, willst Du aber dieses »seht her, ich bin's! « mit Präser gestalten? Wie kann man denkerisch so verkorkst sein. Und du merkst noch nicht einmal, daß der Pornofilm mit Präser allenfalls die Palette vom Natursekt übers Koprophile um eine Nuance bereichern würde. Wenn schon...

Konkret 10/88, S. 90

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Was ist das?:

Zwei Stunden vor Hongkong, in knapp zehntausend Meter Höhe, geht kurz vor ein Uhr früh die Sonne auf. Unter mir buckeln Südchinas grüne Hügel zwischen vanillefleckigen Wolken. In unserer Boeing 747 schlafen sie alle noch. Nur ich hab die Fensterblende offen. Der schmale, teure Chinese neben mir macht miß mutig die Augen auf. Im Land der aufgehenden Sonne stört ihn das frühe Licht. Ich mag den Schieber nicht zumachen; ich will was sehen. Vorher, noch über der Sowjetunion, begleitete uns eine halbe Stunde lang eine Gewitterfront wie Granatwerferlicht. Wer schießt da auf wen, dachte ich zuerst. Wir fliegen doch gar nicht über den Golf, wo die Waffen schweigen (sollen) und nicht über Afghanistan, wo sie auch schweigen (sollen). Da beugte sich auch mein Nachbar

der schmale, teure Chinese

über mich, starrte aus dem Fenster und rief:«Look, look, like bombing!« Aber, dem Himmel sei Dank, wir haben wohl nur die Götter beim Feuerwerken beobachtet.

Das ist: »der meistgespielte deutsche Dramatiker der Gegenwart, der während der Olympischen Spiele exklusiv für die 'Welt' sein Tagebuch aus Seoul« schreibt. Das liberale Feuilleton ist entsetzt. Mich aber freut's, weil ich dem meistgespielten deutschen Dramatiker der Gegenwart schon in jener Vergangenheit, da er auf kommunistischen Parteitagen abweichenden Kollegen die korrekte Linie übern Scheitel zog, immer angemerkt habe, daß ihm einmal zum Sonnenaufgang das Land der aufgehenden Sonne, zur Gewitterfront das Granatwerferlicht, zu beidem göttliches Feuerwerk und zu buckelnden Hügeln vanillefarbene Wolken einfallen würden, kurzum: daß der Meistgespielte nicht nur die Fensterblende offen hat, sondern auch seine Sprache die Diarrhöe.

Das »Feministische Frauengesundheitszentrum« in Nürnberg bietet an:

Zysten – Infoabend und Austausch: Ich möchte mich mit anderen betroffenen Frauen über ihre Erfahrungen mit Zysten austauschen. Vielleicht kommen wir gemeinsam der Ursache auf die Spur. Andere Themen, die wir ansprechen können sind:

nein, nicht warum zwischen können und sind eine druckgraphische Zyste (sog.Komma) entfernt werden mußte, sondern:

alternative Behandlungsmöglichkeiten, Sexualität, Kinderwunsch, Ernährung...

also alles, wofür die dazugehörigen Männer, wenn es ihnen an Info mangelt, den Skat oder wenn es ihnen nach Fußpilz und Austausch ist, die Sauna haben.

Springers »Hamburger Abendblatt« berichtet über ein »Tischgespräch mit Irmgard Schleier«, der Organisatorin des »Festivals der Frauen«:

Ein Energiebündel, tizianrot überflammt, ausdauernd, unbeirrt im Urteil, vital, manchmal vor lauter Aktivitäten etwas verwirbelt, kurz: ein sanfter Taifun, ein Beispiel dafür, daß Power und Charme einander nicht unbedingt ausschließen... Geboren 1944 in Schwerin. Leitete seit frühester Jugend Chöre und Schulopern. Ihr Wunsch, sich als Dirigentin ausbilden zu lassen, scheiterte daran, daß es für Frauen diese Berufsausbildung nicht gab. Studierte an der Hamburger Musikhochschule Klavier, Gesang und Musiktheorie, als Zweitstudium Sozialwissenschaft. Arbeitete zusammen mit einer Hamburger Künstlergruppe, zu der später auch Eva Mattes gehörte, in Hamburger Stadtteilen und führte eine Reihe von Forschungsprojekten durch. 1976 gründete sie den «Hamburger Sängerhaufen«. Seit l986 Organisatorin und künstlerische Leiterin des »Festivals der Frauen« in Hamburg.

Wie in den Biographien deutscher Wirtschaftsführer, die bis 1933 kein Studienfach vergessen und, um den dabei vergeudeten Platz wieder einzubringen, die paar Jährchen bis 1945 einfach überspringen, fehlen hier einige Angaben, die so wenig ehrenrührig sind, daß sie ohne Schaden für die Künstlerin nachgetragen werden können: Die Genossin Schleier war lange Jahre ein im Urteil durchaus unbeirrtes und auch von mir, der sich ihrer tizianrot überflammten Ausdauer nur am Telefon ausgesetzt sah, stets geschätztes (wenn auch nicht gedrucktes) Mitglied einer Partei, zu der später zwar nicht Eva Mattes, früher aber Ernst Thälmann und Franz Xaver Kroetz gehörten. Den Durchbruch verdankt das vitale Energiebündel jedoch den Auseinandersetzungen um die Spesenabrechnung für ein Friedenskonzert, das die Künstlerin auf Rechnung der DKP veranstaltet hatte, und an deren Ende sie und ihr Ehemann, ein vorübergehend zur kommunistischen Orthodoxie konvertiertes ehemaliges Mitglied der RAF, sich auf den etwas verwirbelten, aber flotten Weg nach oben machten.

Der »Wohnungswissenschaftler« (auch das gibts jetzt) Michael Sachs wendet seine Wissenschaft den Bewohnern der Hafenstraße zu:

Ich kann dort drei Gruppen ausmachen. Die wirklich alternativ wohnen wollen. Dann die »Politiker«, hauptsächlich Anti-Imperialisten und Autonome, die mit dem Stadt-Guerilla-Konzept zumindest spielen. Und schließlich die Elenden unserer Gesellschaft, die mit Verelendung, Alkohol- und Drogenproblemen zu kämpfen haben.

Alte sozialdemokratische Frage: Was tun? Gar nicht mal so einfach:

Die unter einen Hut zu bringen und fürs sich und die Stadt lebbar zu machen, ist nach wie vor das Experiment wert.

Das Lied des Michael Sachs: Freunde, das Leben ist lebbar... Aber: wer wen? Müssen die elenden Verelendeten sich lebbar machen oder werden sie lebbar gemacht? Und was tan's wann i net wüll?/Das wird sich zeign, jetzt san's stüll. Ich fürchte, hier nahen Prolegomena zu einem rnittelfristigen sozialdemokratisch-wohnungswissenschaftlichen Lebbarmachungsprogrammentwurf.

Wichtige Meldung aus dem »Vorwärts«:

Wie die »Hamburger Morgenpost« meldet, hat Gruner & Jahr Vorstandsvorsitzender Gerd Schulte-Hillen mit Michael Jürgs einen der bislang drei gleichberechtigten Chefredakteure des »Stern« zum »primus inter pares« ernannt. Heißt: Kommt es demnächst bei redaktionellen Entscheidungen zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Jürgs und seinen beiden Kollegen Heiner Bremer und Klaus Liedke, ist Jürgs Stimme ausschlaggebend Die beiden derart Zurückgestuften sollen sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt haben.

Bremer und Liedke werden also, wenn sie eine Entscheidung treffen wollen, nicht mehr zusammen mit Jürgs beim Herausgeber Uwe Schmidt-Holtz nachfragen müssen, ob der schon weiß, wie der Vorstandsvorsitzende Schulte-Hillen in dieser Sache vom Verleger Reinhard Mohn angewiesen wurde, sondern dürfen sich darauf verlassen, daß es ihnen der Jürgs, als primus inter parias, ausrichten kann. Warum der «Vorwärts« die Meldung der »Morgenpost« nachgedruckt hat? Weil die Öffentlichkeit einen Anspruch darauf hat, über derart schwerstwiegende, pardon, wir sind bei Journalisten, also: schwerwiegendste Umwälzungen im Gefüge der vierten Gewalt aufgeklärt zu werden. Wäre dies unterblieben, hätten Millionen in dem Irrglauben weitergelebt, daß Bremer und Liedke immer noch zusammen mit Jürgs über Schmidt-Holtz und Schulte-Hillen die Meinung von Mohn einholen müssen, was doch einfach tatsächlich überhaupt nicht mehr wahr ist.

Der neue Kriegsspielminister Rupert Scholz verteidigt seine Rolle im Kunstfluggeschäft:

Irgendwelche Vorwerfbarkeit persönlicher Art ist absolut unbegründet.

Die Melange aus einem irgendwie absolut Zeitgeistlichen und einem Deutschmann, der Vorwürfe, die ihm gelten, zu Vorwerfbarkeiten persönlicher Art verstottert, erleichtert einem das Leben in dieser Gegend auch nicht. Vielleicht hilft da wirklich nur Ramstein.